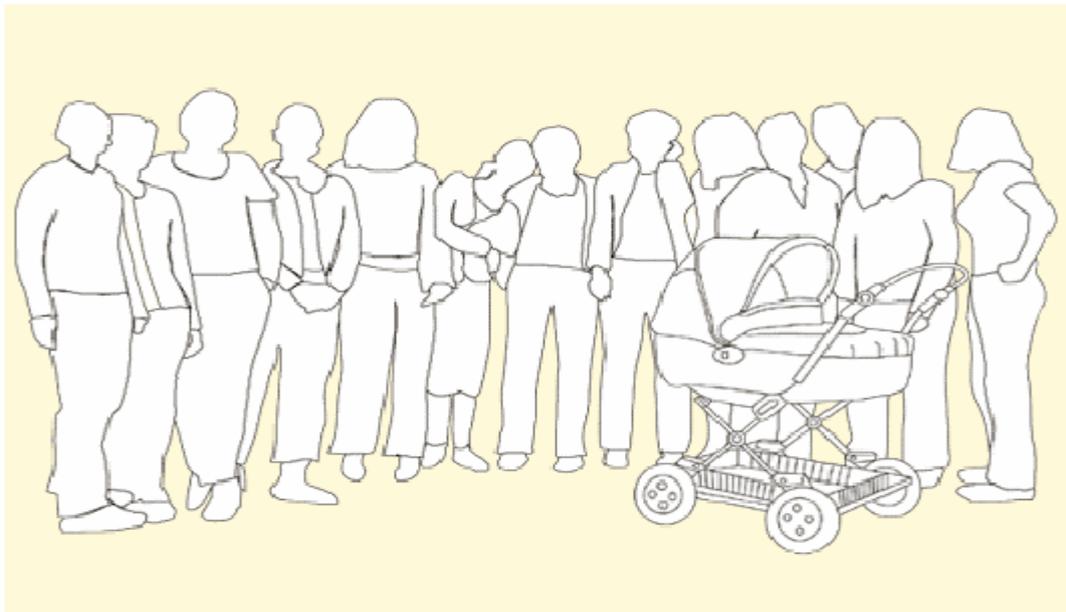


Abschlussbericht

Aktenzeichen 10.08.06.1.57.2

Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen und Strategien in ostdeutschen Modellregionen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl: Hochschulen als Katalysator regionaler Entwicklung in Ostdeutschland



Auftragnehmer:

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
Dr. Hans-Liudger Dienel,
Dr. Christine von Blanckenburg, Dr. Frithjof Reul
Loreen Lesske (Hochschule Magdeburg-Stendal (FH))
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin
Tel.: 030/31 80 54-63
Fax: 030/31 80 54-60

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3
1 FORSCHUNGSDESIGN DES PROJEKTES	3
2 ERGEBNISSE DER LITERATURSTUDIE	3
2.1 Einleitung.....	3
2.2 Kinderwunsch von Studierenden und Akademikerinnen und Fertilität	3
2.2.1 Kinderlose Akademikerinnen und geringe Fertilität.....	3
2.2.2 Kinderwunsch und Humankapital.....	3
2.2.3 Kinderwunsch und schlechte Vereinbarkeit von Beruf bzw. Studium und Familie	3
2.2.4 Kinderwunsch und Partnerschaft.....	3
2.3 Familien an der Universität	3
2.3.1 Maßnahmen und Projekte	3
2.4 Schlussfolgerungen	3
Literatur.....	3
3 EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR FAMILIENFREUNDLICHKEIT DER HOCHSCHULE MAGDEBURG-STENDAL (FH), DER UNIVERSITÄT MAGDEBURG UND DER UNIVERSITÄT GREIFSWALD	3
3.1 Ergebnisse der quantitativen Erhebung.....	3
3.1.1 Methodisches Vorgehen	3
3.1.2 Ergebnisse der einzelnen Einrichtungen.....	3
3.1.3 Unterstützungsformen für studierende Eltern an den universitären Einrichtungen	3
3.1.4 Ortsgebundenheit	3
3.2 Ergebnisse der qualitativen Erhebung.....	3
3.2.1 Organisationstalente Studierende und WissenschaftlerInnen mit Kindern	3
3.2.2 Sensibilisierung aller Personengruppen	3
3.2.3 Kinderlose haben keinen Einblick ins Eltersein.....	3
4 INTERNATIONALE VERGLEICHSTUDIE	3
4.1 Deutschland, Finnland, Irland: Schlüsselindikatoren und Entwicklungstrends	3
4.1.1 Grunddaten zur Bevölkerungsstruktur	3
4.1.2 Grunddaten zur ökonomischen Struktur	3
4.1.3 Grunddaten zur Beschäftigungsstruktur.....	3
4.1.4 Grunddaten zur Bildungsstruktur	3
4.1.5 Schlussfolgerungen aus der vergleichenden Betrachtung.....	3
4.2 Hochschulen und Regionalentwicklung in Finnland.....	3
4.2.1 Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in Finnland	3

4.2.2	Das Bildungssystem in Finnland.....	3
4.2.3	Hochschulen in Finnland.....	3
4.2.4	Die Region Oulu in Nordfinland.....	3
4.2.5	Die Universität von Oulu: Impulsgeber der regionalen Entwicklung.....	3
4.2.6	Familie und Beruf in Finnland	3
4.2.7	Lessons learnt from the Oulu example.....	3
4.3	Hochschulen und Regionalentwicklung in Irland.....	3
4.3.1	Wirtschaftliche Entwicklung und Bildung.....	3
4.3.2	Entwicklung des irischen Hochschulsystems	3
4.3.3	Hochschulen und Studium	3
4.3.4	Zielsetzungen und Herausforderungen der irischen Hochschulpolitik	3
4.3.5	Die University of Limerick: Regionale Entwicklung durch Hochschulförderung	3
4.3.6	Abschließende Betrachtung Irland	3
5	DEMOGRAFISCHE UND ÖKONOMISCHE DATEN DER MODELLSTANDORTE	
	3	
5.1	Hochschule und Wirtschaft in Magdeburg.....	3
5.1.1	Zur Region Magdeburg	3
5.1.2	Demografische Daten der Region Magdeburg	3
5.1.3	Der Hochschulstandort Magdeburg.....	3
5.2	Hochschule und Regionalentwicklung in Greifswald.....	3
5.2.1	Bevölkerung	3
5.2.2	Erwerbstätige	3
5.2.3	Gewerbe.....	3
5.2.4	Entwicklung der Beschäftigungsstruktur in Greifswald und den Landkreisen Ost- und Nordvorpommern sowie Demmin.....	3
5.2.5	Die Universität Greifswald als Katalysator der demografischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.....	3
6	MODELLMAßNAHMEN DES PROJEKTES.....	3
6.1.1	Aktionstag und Bürgerausstellung „Projekt Zukunft – Familien an der Universität	3
6.1.2	Vernetzungswebsite: www.familienfreundliche-hochschule.de	3
6.1.3	Vernetzung von Akteuren und Verantwortlichen	3
7	ERGEBNISSE UND MAßNAHMENVORSCHLÄGE	3
7.1	Wirkungsbereich Demografie	3
7.1.1	Familiengründung fördern.....	3
7.1.2	Unterstützung von Studierenden mit Kindern	3
7.1.3	Unterstützung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen mit Kindern	3
7.2	Wirkungsbereich Wirtschaft.....	3
7.3	Wirkungsbereich Kultur und Bildung	3

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Modellmaßnahmen und Ergebnisse	3
Tabelle 2: Ausgewählte Schlüsselindikatoren in den drei Untersuchungsländern	3
Tabelle 3: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung der drei Wirtschaftsbereiche in Greifswald in 2002.....	3
Tabelle 4: Beschäftigungsstruktur in Greifswald und den drei benachbarten Landkreisen	3
Tabelle 5: Ziele und Elemente zur Umsetzung.....	3
Tabelle 6: Akteure	3
Tabelle 7: Vernetzung von Akteuren auf der Abschlussstagung	3
Tabelle 8: Maßnahmen zur Förderung der Familiengründung.....	3
Tabelle 9: Maßnahmen zur Förderung studierender Eltern	3
Tabelle 10: Maßnahmen zur Unterstützung wissenschaftlicher MitarbeiterInnen mit Kind/ern.....	3
Tabelle 11: Maßnahmen zur besseren Vernetzung von Hochschule und regionaler Wirtschaft	3
Tabelle 12: Maßnahmen an Hochschulen, die auf Kultur und Bildung der Region wirken	3

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Prozentualer Anteil der Männer und Frauen unter den Teilnehmern	3
Abbildung 2: Kinderzahl in Prozent	3
Abbildung 3: Semesterzahl bei der Geburt des Kindes	3
Abbildung 4: Wunsch nach mehr Unterstützung in Prozent.....	3
Abbildung 5: Abwanderungsneigung Studierender mit und ohne Kind.....	3
Abbildung 6: Abwanderungsentscheidung mit und ohne Kind nach Fächergruppen ...	3
Abbildung 7: Abwanderungsentscheidung ohne Kinder nach Fächergruppen.....	3
Abbildung 8: Abwanderungsentscheidung mit Kind nach Fächergruppen.....	3
Abbildung 9: Haltefaktoren in Prozent.....	3
Abbildung 10: Das Rathaus von Oulu.....	3
Abbildung 11: Eingangsbereich am Universitätscampus Oulu	3
Abbildung 12: Fahrradparkplatz am Campus der Universität von Oulu	3
Abbildung 13: Technopolis am Universitätsstandort Linnanmaa	3
Abbildung 14: Technopolis am Standort Linnanmaa.....	3
Abbildung 15: Technopolis (Linnanmaa).....	3

Abbildung 16: "The spirit of Oulu"	3
Abbildung 17: Trinity College Dublin, Campus mit Campanile.....	3
Abbildung 18: National University of Ireland, Maynooth	3
Abbildung 19: Vorlesung an der University of Limerick	3
Abbildung 20: Eingang zum Martin Ryan Marine Science Institute am Campus der National University of Galway.....	3
Abbildung 21: Haupteingang der National University of Ireland, Galway	3
Abbildung 22: University of Limerick, Haupteingang.....	3
Abbildung 24:Hauptwohnsitzbevölkerung in Magdeburg 1988-2005	3
Abbildung 25: Entwicklung der Bevölkerung in Magdeburg nach Altersgruppen 1991- 2005.....	3
Abbildung 26: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Magdeburg von 1989 bis 1005.....	3
Abbildung 27: Entwicklung der Wanderungsbewegungen in Magdeburg	3
Abbildung 28: Entwicklung der Erwerbstätigen der Region Magdeburg	3
Abbildung 29: Gewerbeentwicklung in Magdeburg	3
Abbildung 30: Wirtschaftsbereiche der Magdeburger IHK-Unternehmen.	3
Abbildung 31: Entwicklung der Studierendenzahl in Magdeburg	3
Abbildung 32: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Kind	3
Abbildung 33: Bevölkerungsentwicklung	3
Abbildung 34: Studierendenzahlentwicklung	3
Abbildung 35: Gewerbebestandsentwicklung	3
Abbildung 36: Gewerbebestand in Greifswald	3
Abbildung 37: Beschäftigtenstruktur in den drei Landkreisen	3

Vorwort

Familienfreundlichkeit gilt als Mittel, um die besorgniserregende demografische Entwicklung positiv zu beeinflussen. Die praktische Umsetzung in Wirtschaft und Gesellschaft ist jedoch ebenso wie die empirische Forschung zu diesem Thema noch immer lückenhaft. Die politische Förderung konzentriert sich zurzeit stark auf die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Fragen der Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Familiengründung insbesondere von Akademikerinnen, die die höchste Quote an Kinderlosen stellen, sind weitgehend ausgeblendet. Das trifft in verstärktem Maße noch für die Erforschung des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Entwicklung, vorhandenem Humankapital und Familienförderung zu.

An der Schnittstelle der demografischen, ökonomischen und kulturellen Regionalentwicklung ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Fragen der Familienfreundlichkeit an Hochschulen besonders fruchtbar. In diesem Bereich haben wir empirische Forschung geleistet, sektorale Forschungsbefunde zusammengeführt und internationale Vergleiche angestellt, die in die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung und Gestaltung von Familienfreundlichkeit an Hochschulen mündeten.

Im Rahmen der Regionalentwicklung der strukturschwachen, von Abwanderung, Geburtenrückgang und Alterung gekennzeichneten Räume Ostdeutschlands sind familienfreundliche Hochschulen ein wichtiger Ansatzpunkt, um die demografisch besonders wichtige Gruppe der bildungsinteressierten jungen Frauen zu halten. Zur konkreten Ausgestaltung von unterstützenden Maßnahmen an den Universitäten sowie zur Förderung von Familiengründung sind im Rahmen des Projektes einige Maßnahmen modellhaft umgesetzt worden und eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet worden.

Im Projektteam haben zu Beginn unter der Leitung von Frau Professorin Christiane Dienel und, ab April 2006 unter meiner Leitung, Loreen Lesske als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) sowie Dr. Frithjof Reul und Dr. Christine von Blanckenburg als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Berliner nexus Institutes zusammengearbeitet. Ansgar Düben und Katharina Rohn haben die Projektgruppe als studentische Mitarbeiter/innen bzw. Praktikanten/innen unterstützt.

Ohne die Unterstützung des medialen Begleitprojekts am Lehrstuhl für Medienwissenschaft und Medienkultur der Universität Leipzig hätte das Projekt nicht so erfolgreich verlaufen können. Einen ganz herzlichen Dank dafür insbesondere an Herrn Professor Rüdiger Steinmetz und Frau Anne-Katrin Hübel! Dieser Dank gilt auch für die wunderbare Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der gelungenen Abschlussstagung am 2.11.2006 in Leipzig.

Frau Dr. Cornelia Krüger, der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Greifswald, und ihrer Mitarbeiterin Elke Hannuschka sei gedankt für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Aktionstages und für vielfältige Unterstützung im Rahmen der quantitativen und qualitativen Erhebungen am Modellstandort Greifswald.

Dank gebührt auch der Grafikerin Elke Vetter, die die Plakate der Bürgerausstellung „Projekt Zukunft – Familien an der Universität“ gestaltet hat sowie Sören Marotz (nexus

Vorwort

Institut) und Harald Dähne, die zu dieser Ausstellung die Fotografien beigetragen haben. Nicht zuletzt gebührt Dank auch all den Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Professoren und Professorinnen, die bereitwillig für Interviews zur Verfügung standen und die, auf Bürgerausstellungspostern abgebildet, teilweise mehr öffentliches Interesse über sich ergehen lassen mussten als erwartet.

Wir danken unserem Auftraggeber, der die Durchführung des Vorhabens überhaupt erst ermöglicht hat: dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Siedlungsentwicklung - insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung „Aufbau Ost, Raumentwicklung und Strukturpolitik“, Herrn Referatsleiter Wolfgang Helmstädter sowie Frau Christine Kuhn, Frau Juliane Seifert und Frau Angelika Jahn.

Das Vorhaben hat die Bedeutung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen im Rahmen der Regionalentwicklung unterstrichen. Wir blicken deshalb optimistisch und gespannt auf die Zukunft der Familienförderung im Hochschulbereich in den neuen Ländern.

Hans-Liudger Dienel, 4. Dezember 2006

1 Forschungsdesign des Projektes

Problemzusammenhang

Demografische Fragen sind in den letzten Jahren zunehmend in die Diskussion geraten. Der Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Gesellschaft bedrohen bereits mittelfristig die Alterssicherung und die Zukunft Deutschlands. Mit Vorstellungen von entleerten Regionen und einer wenig dynamischen und innovativen Gesellschaft und Wirtschaft werden Schreckensszenarien gezeichnet. In Ostdeutschland zeigen sich die Folgen des demographischen Wandels früher und stärker als in anderen Regionen, denn der demografische Wandel wird im Osten nicht nur durch den Geburtenrückgang und die verlängerte Lebenserwartung, sondern auch durch die Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen unter 35 Jahren, darunter überproportional viele Frauen, verursacht und beschleunigt. Mit dem Jahr 1990 gewannen diese Prozesse erheblich an Dynamik. Die Geburtenzahl ging innerhalb eines Jahres um fast 50% zurück, die Abwanderung setzte ein und die Lebenserwartung erhöhte sich sehr rasch. Ostdeutschland kann deshalb als Vorreiter angesprochen werden, aber auch als Versuchsanordnung zur Erprobung neuer Wege zum Umgang mit den Folgen der Bevölkerungsalterung.

Unter anderem durch die Studie „Zukunft für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ sind zunehmend die Folgen einer unausgewogenen demografischen Entwicklung für den Aufbau Ost in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Die genannte Studie konnte nachweisen, dass schon jetzt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt durch den Bevölkerungsrückgang bedroht ist und dass eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, Qualifikationsverlust und Beschäftigungsabbau eingesetzt hat. Diese Ergebnisse sind ohne weiteres auf ganz Ostdeutschland zu übertragen: Abwanderung und geringe Geburtenzahlen werden zunehmend zu einer Bedrohung für den wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess. Damit werden die so genannten „weichen“ Standortfaktoren, die die Familiengründung begünstigen und Absolventen im Land halten, zu Schlüsselbedingungen regionaler Entwicklung.

Hochschulen können, das zeigen Erfahrungen im deutschen und europäischen Kontext, Katalysatoren regionaler Entwicklung werden. Zugleich können sie gezielt junge Menschen in eine Region holen. Damit eine nachhaltige regionalpolitische Wirkung erzielt wird, müssen jedoch Wege gefunden werden, nicht nur den Wissenstransfer in die Region sicherzustellen, sondern auch die Menschen mit ihren in der Hochschule erworbenen Qualifikationen für die Region zu erhalten und so den Kern einer wissensbasierten Clusterbildung zu schaffen.

Neben dem Verlust von Humankapital ist auch die geschlechtsspezifische Unausgewogenheit der Abwanderung aufgrund der generationellen Folgewirkungen für die demografische Entwicklung und damit auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders bedrohlich. Junge Frauen mit hohem Bildungsniveau, Studien- und Kinderwunsch sind daher eine herausragend wichtige Zielgruppe, wenn mit sozialpolitischen Maßnahmen den Folgen des demografischen Wandels begegnet werden soll.

1 Forschungsdesign des Projektes

Eine geeignete Hochschulpolitik bietet Ansatzpunkte, um die Geschlechtsspezifität der Abwanderung zu mindern, indem Studiengänge, in die sich bevorzugt Frauen einschreiben, erhalten bleiben und eine familienfreundliche Gestaltung des Hochschulalltags die Umsetzung des Kinderwunsches erleichtert.

Aufgrund der skizzierten Problemlage sind in dem Projekt „Familienfreundliche Hochschule als Katalysator regionaler Entwicklung“ zwei wichtige Politikfelder kombiniert worden, die bisher vorwiegend getrennt organisiert und konzipiert werden: Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit (Familien-Mainstreaming) von Hochschulen und Maßnahmen zur Erhöhung ihrer regionalen Wirksamkeit.

Das Projekt versteht sich als Beitrag zur integrierten regionalen und lokalen Entwicklung mit demografischem Schwerpunkt. Es setzt auf Ebene der Hochschulen an, weil diese besonders innovationsfähige und ausstrahlende Institutionen sind, durch die mit gezielten und vergleichsweise kostengünstigen Maßnahmen ein starker regionaler Effekt erzielt werden kann und die herausragende Zielgruppe der qualifizierten jungen Frauen erreicht wird.

Ziele, Thesen und Forschungsfragen

Die Ziele des Forschungsprojektes waren

- die Erhebung der vielfältigen potenziellen Wirkungen von Hochschulen im Hinblick auf Familienförderung, Zuzugsförderung, Regionalentwicklung und soziale Vernetzung.
- die Implementation von modellhaften Einzelmaßnahmen mit Schwerpunkt Familienförderung an den Partnerhochschulen.
- eine Systematisierung von Maßnahmevorschlägen zur Erhöhung der regionalen Wirkung von Hochschulen.

Die aus den Forschungszielen abgeleiteten Kernfragen lauteten:

- Welche Wirkung hat eine Hochschule auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung?
- Welche Wirkungen kann Hochschulpolitik in Bezug auf die regionale Bevölkerungsentwicklung entfalten?
- Wie kann diese Wirkung durch gezielte familienpolitische Maßnahmen, regionale Vernetzung und neue Formen des Innovationstransfers verbessert werden?
- Wie kann eine Hochschule regional auf die Bildungs- und Lebensqualität wirken?

Um in vorhandene Forschungsergebnisse Praxisbeispiele und Anregungen auf möglichst breiter Basis aufnehmen zu können, erfolgte die Bearbeitung der Forschungsfragen in einem interdisziplinären und internationalen Rahmen.

Das Forschungsprojekt „Familienfreundliche Hochschule als Katalysator regionaler Entwicklung“ ging von der Grundannahme aus, dass der gleichzeitige Blick auf die beiden Politikfelder Bevölkerung und Bildung neue politische Zugänge für die

1 Forschungsdesign des Projektes

regionale Wirtschafts-, Innovations- und Familienpolitik erschließt. Im Einzelnen wurden folgende Thesen aufgestellt:

- Durch Hochschulgründung können gezielt junge Menschen und hoch qualifizierte Akademiker/innen zum Zuzug bewegt werden.
- Familienfreundliche Hochschulen bieten bessere Rahmenbedingungen zur Erfüllung des individuellen Kinderwunsches junger Frauen. Sie sind deshalb für diese Zielgruppe besonders attraktiv, denn Akademikerinnen bleiben trotz des ursprünglich vorhandenen Kinderwunsches zu einem großen Teil aufgrund widriger Bedingungen kinderlos. Familienfreundliche Hochschulen wirken so bei der Zielgruppe der bildungsinteressierten jungen Frauen als Haltefaktor und Pullfaktor.
- Aufgrund der besseren sozialen Vernetzung von Familien führt Familiengründung während des Studiums zu einer höheren Bleibewahrscheinlichkeit.

Methodisches Vorgehen und Ergebnisse

Das methodische Vorgehen setzte sich aus den vier Komponenten Literaturstudie, quantitative und qualitative Datenerhebung, Vergleichsstudien und Maßnahmenentwicklung zusammen, die phasenweise gestaffelt unterschiedliche gegenseitige Wechselwirkungen entfaltet haben.

Literaturstudie

Vorlaufend wurden in einer Zusammenführung sektoraler Forschungsbefunde systematisch Informationen zu familienfreundlichen Maßnahmen an deutschen Hochschulen und Universitäten gesammelt sowie die wissenschaftliche Literatur aus den Forschungsfeldern Regional- und Wirtschaftsgeografie, Soziologie, Wirtschafts- und Planungswissenschaften, Wissensmanagement und Hochschulforschung zu einer integrierten Sicht der regional- und bevölkerungspolitischen Wirkungen von Hochschulstandorten im spezifischen Kontext Ostdeutschlands zusammengeführt. Diese Literaturstudie diente zwei Zielen: Zum einen sollte recherchiert werden, in welchen Kontexten Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen realisiert wird, welche Einzelmaßnahmen es gibt und wie die Erfahrungen damit sind. Zum anderen diente die Literaturstudie dazu, für die Interpretation der auf lokaler Basis gewonnenen Daten einen Rahmen zu schaffen, der das anspruchsvolle Ziel der Berücksichtigung verschiedener Politikfelder gewährleistet, ohne die Anforderungen von Hochschulangehörigen mit Kindern zur konkreten Alltagsbewältigung aus dem Auge zu verlieren. Die umfassende interdisziplinäre Aufarbeitung der wissenschaftlichen Literatur bildete damit eine fundierte Basis, auf der die Fragestellungen und Thesen des Antrags überprüft und geschärft wurden sowie mögliche Modellmaßnahmen in Hinsicht auf die demografischen Ziele bewertet und gewichtet werden konnten.

Den zweiten großen Block des methodischen Vorgehens bildete die Datenerhebung, wobei sowohl quantitativ als auch qualitativ gearbeitet wurde.

1 Forschungsdesign des Projektes

Quantitative und qualitative Datenerhebung

Über eine online Befragung wurden insgesamt 602 Studierende mit wie auch ohne Kind/ern an den drei Partnerhochschulen (Universität Greifswald, Universität Magdeburg und Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)) erreicht. Mit dieser Erhebung sollten Daten gewonnen werden, die über die Ausgangslage zu den bevölkerungspolitischen Zielen des Projektes Auskunft geben: d.h. es wurden Daten zur Familiengründung im Studium und zu Haltefaktoren ermittelt. Außerdem diente der online Fragebogen dem Zweck, die Maßnahmenentwicklung, -systematisierung und -bewertung vorzubereiten.

Ergänzt wurde die quantitative Erhebung durch 37 Tiefeninterviews mit Hochschulangehörigen verschiedener Statusgruppen mit und ohne Kind/ern. Die qualitative Erhebung bildete ein Kernstück des Forschungsdesigns, denn hier wurden auf der Mikroebene die verschiedenen Dimensionen des Themas fassbar. Im Gespräch wurde nicht nur die auch in anderen Studien bereits dargestellte Alltagsbewältigung studierender oder wissenschaftlich tätiger Mütter und Väter thematisiert, sondern auch die Verbindung zur Motivation für Studium und Familiengründung, Heimatverbundenheit, Bleibegründe und die Bewertung von weichen Standortfaktoren hergestellt.

Internationale Vergleichstudien

Mit den internationalen Vergleichstudien wurde der Innensicht der Interviews eine Außensicht auf der Makroebene gegenübergestellt, die über Experteninterviews an verschiedenen Hochschulstandorten in Irland (Dublin ausgenommen) und Oulu in Nordfinnland ermittelt wurde. Die internationalen Vergleiche dienten als Hintergrund für die Diskussion der empirischen Ergebnisse, mit dem Ziel sowohl der Anregung durch „best practises“ als auch der Überprüfung der gewonnen Erkenntnisse in dem multifaktoriellen Forschungsfeld der Regionalentwicklung durch familienfreundliche Hochschulen.

Ergebnisse

Zugespitzt auf die innovative Kombination von Familienfreundlichkeit und Regionalentwicklung im Umfeld von Hochschulen haben wir die folgenden Fragen bearbeitet:

- Sind Hochschulen Bevölkerungsmagneten?
- Wie tragen Hochschulen zur regionalen Entwicklung bei?
- Erhöht die Familienfreundlichkeit diese Wirkungen?

Die Projektergebnisse bestätigen nachdrücklich die Projektthese, dass familienfreundlichen Hochschulen eine Katalysatorfunktion hinsichtlich der Regionalentwicklung zukommt.

Hochschulen wirken als Bevölkerungsmagneten, indem sie Landeskindern ermöglichen, zur Ausbildung in der Heimat zu bleiben. Darüber hinaus sorgen sie für Zuwanderung. So bilden nach der Erhebung des Rückwandererprojektes Studierende mit Abstand die größte Gruppe der befragten Zu- und Rückwanderer. Auch in Nordfinnland und Irland, die für den internationalen Vergleich gewählt wurden, hat die Investition in den Bildungsausbau und in die Gründung von Hochschulen zu

1 Forschungsdesign des Projektes

Bevölkerungswachstum in Regionen geführt, die zuvor stark von Abwanderung betroffen waren.

Zwar hat sich die Überlegung aus der Abwanderungsstudie nicht bestätigt, dass junge Frauen im Lande gehalten werden, indem man ihnen gute Bedingungen bietet, ihren Kinderwunsch schon im Studium zu erfüllen, damit sie nicht später zu den rund 33% größtenteils ungewollt kinderloser Akademikerinnen gehören. Dennoch kann die Funktion von Hochschulen als Bevölkerungsmagneten durch universitäre Familienfreundlichkeit noch gesteigert werden, weil Familie als wichtiger Haltefaktor wirkt. Von den Studierenden, die schon vor dem Examen eine Familie gegründet haben, wollen nur 45% nach dem Abschluss abwandern. Umgekehrt denken nur 28% der kinderlosen Absolventen daran, in der Stadt zu bleiben. Familie wirkt durch die Netzwerkbildung gegen den brain drain.

Ebenfalls positiv für die demografische Entwicklung ist, dass Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Familiengründungsalter sind. Ihre Kinder würden der Stadt fehlen, wenn es keine Universität gäbe. Unterstützt die Hochschule auch noch die Vereinbarkeit von Studium oder wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie, fällt die Entscheidung fürs Kind bzw. für ein weiteres Kind leichter. Es geht dabei nicht nur um demografische Quantität sondern auch um eine besondere Qualität, denn die Kinder dieser bildungsorientierten Gruppe steigern auch die Qualität von Kitas und Schulen. Die PISA Untersuchungen haben gezeigt, dass das Elternhaus der wichtigste Faktor für den Schulerfolg und damit auch für den Start in ein gesellschaftlich produktives Leben ist. Die Chancenungleichheit von Kindern aus Elternhäusern verschiedener Bildungsniveaus ist in Sachsen-Anhalt besonders extrem. Nur in Bayern hängt der Schulerfolg noch stärker von der sozialen Herkunft ab.¹

Familienfreundliche Hochschulen tragen über diesen Effekt der Steigerung des regionalen Qualifikationsniveaus dazu bei, unerlässliche – und von den Wirtschaftsverbänden immer wieder angemahnte – Grundlagen im Ausbildungsniveau für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu schaffen.

An den Hochschulen der neuen Länder lässt sich möglicherweise das Muster der frühen Familiengründung leichter etablieren, das aus demografischen Gründen wünschenswert ist und den Eltern Vorteile durch die Entzerrung des Lebenslaufs bringen würde. Ein großer Teil der heutigen Studentengeneration hat nämlich studierende Eltern gehabt, für die die Verbindung von Hochschulbildung, späterer qualifizierter Berufstätigkeit und Familiengründung eine Selbstverständlichkeit war. Da der Kinderwunsch aber ganz wesentlich von biografischer Erfahrung abhängig ist, lohnt es sich, bei der Gestaltung familienfreundlicher Hochschulen daran anzuknüpfen.

Ganz ohne Zweifel haben Hochschulen über Umsatz-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte auch eine positive Wirkung auf die Regionalentwicklung. Bildung von Humanvermögen, Wissenstransfer und Unternehmensgründungen, vorzugsweise in wissensintensiven Branchen im Umfeld der Universität, wurden als weitere zukunftsweisende Faktoren eindrücklich in der Vergleichsstudie über Oulu in

¹ Quelle: Manfred Prenzel u.a., PISA 2003:Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs, Zusammenfassung, Tabelle 9.1¹

1 Forschungsdesign des Projektes

Nordfinnland herausgearbeitet. Obwohl eine Steigerung dieser Effekte durch Familienfreundlichkeit nicht nachgewiesen werden konnte, kommt dem Konzept doch auf lange Sicht große Bedeutung zu, denn die Bildungsanstrengungen und die Akademikerquote müssen erhöht werden, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Familienfreundliche Studien- und Arbeitsbedingungen können helfen, den negativen Zusammenhang zwischen Qualifizierung und Geburtenrate aufzubrechen, den es in Deutschland, wie in vielen anderen Industriestaaten, gibt. Wir können weder auf hochqualifizierte Frauen noch auf ihren Nachwuchs verzichten.

Beides miteinander in Einklang zu bringen, sollte das Ziel einer integrierten Bildungs- und Bevölkerungspolitik sein. In den neuen Ländern gibt es dafür besonders günstige Ausgangsbedingungen aufgrund der biografischen Muster, die die frühe Familiengründung im Studium unterstützen.

Kleine Länder wie Finnland und Irland sind beispielhaft dafür, dass hohe Geburtenraten bei gleichzeitiger Orientierung der Ausbildung an den Anforderungen der knowledge-based economy möglich sind.

Die grundsätzliche Bestätigung der Ausgangsthese des Projektes, dass familienfreundliche Hochschulen als Katalysatoren regionaler Entwicklung wirken, wurde in der konkreten Maßnahmenentwicklung umgesetzt. Die drei wesentlichen Ergebnisse, die aus der Literaturstudie, den empirischen Erhebungen und den internationalen Vergleichen gewonnen wurden, bildeten hier jeweils einmal den Fokus der Maßnahmenentwicklung.

Maßnahme	Ergebnis als Fokus
Aktionstag mit Bürgerausstellung	Positives Familienleitbild
Vernetzungswebsite	Zielgruppengenau, Life Style, soziale Interaktion erhöhen
Vernetzungsworkshop	Vernetzung von Verantwortlichen und Akteuren zur bessern Abstimmung von unterstützenden Angeboten und größere Durchsetzungskraft

Tabelle 1: Modellmaßnahmen und Ergebnisse

Der Aktionstag an der Universität Greifswald unter dem Motto „Projekt Zukunft – Familien an der Universität“ und die zentrale Bürgerausstellung hatten zum Ziel, das Thema „Familie und Studium bzw. Wissenschaft“ positiv zu besetzen und Kinder im Universitätsbetrieb sichtbar zu machen. Hintergrund war das Ergebnis, dass Familiengründung im Studium nicht etwa wegen der erwarteten Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit auf Ablehnung bei den Studierenden stößt, sondern vor allem deshalb, weil zum einen Familienverantwortung als zu ernst für diese Lebensphase angesehen wird und zum anderen der Wunsch nach beruflicher Etablierung nach Studienende als Voraussetzung für Familiengründung angesehen wird. Durch die

1 Forschungsdesign des Projektes

Podiumsdiskussion am Nachmittag wurde das Risiko der ungewollten Kinderlosigkeit als Folge des mehrfachen Verschiebens der Familiengründung präsent gemacht. Der Schwerpunkt lag aber dank der Bürgerausstellung auf einem positiven Familienleitbild: Kinder machen Spaß und bereichern das Leben.

Die Vernetzungswebsite www.familienfreundliche-hochschule.de reagiert auf das Gefühl der Vereinzelung studierender Eltern. Zielgruppengenau wurde hier ein Medium aufgebaut, das Müttern und Vätern an der Universität nicht nur Informationen bietet, sondern mit den Foren auch die Möglichkeit zum Austausch und zu sozialer Interaktion. Die Gestaltung als Website mit Foren entspricht zudem den Informations- und Kommunikationsgewohnheiten junger Menschen besser als Broschüren, wie sie sonst üblicherweise verteilt werden, und ist damit auch ein Beitrag zur „Life Style“-Anpassung von familienfreundlichen Maßnahmen.

Bessere Vernetzung von Verantwortlichen und Akteuren ist ein probates Mittel zur besseren Abstimmung von unterstützenden Angeboten und zur Steigerung der Durchsetzungskraft bei dem Ziel, Hochschulen familienfreundlicher zu gestalten. Nicht nur auf dem Aktionstag in Greifswald wurden die kommunalen und universitären Akteure zusammengebracht, sondern auch auf der Abschlussstagung, wo Vertreter der Gleichstellungsbüros, der Universitätsleitungen, der Hochschulforschung und des Audits familiengerechte Hochschule zusammenkamen. Die Kombination mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Kommunen ging über die engeren Ziele der Vernetzung noch hinaus, war aber wegen der über den universitären Rahmen hinausgehenden Abhängigkeiten familienfreundlicher Strukturen besonders erfreulich.

Ein letztes Ergebnis des Projektes „familienfreundliche Hochschule als Katalysator regionaler Entwicklung“ war die Identifizierung offener Forschungsfragen und Handlungsfelder.

Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge im Rahmen des Bolognaprozesses und der Einführung von Studiengebühren wird sich die Frage der Familienfreundlichkeit an Hochschulen noch einmal neu stellen. Das verschultere, kürzere und teurere Studium wird vermutlich die Familiengründung im Studium noch weiter in den Hintergrund drängen. Wichtiger wird die Phase nach dem ersten Examen mit den Anschlüssen Magisterstudium, Praktikumsphase oder Erwerbseinstieg. Bislang fehlt es in dieser Phase des „Prekariats“ an jeglicher Unterstützung für Familien, da sie weder von den Programmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familien noch von Bestrebungen zur Familienfreundlichkeit von Hochschulen erfasst wird. Gezielte Unterstützung und bessere Abstimmung der Bedürfnisse und Bedarfe von Absolventen und Absolventinnen und Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang ein viel versprechender Ansatzpunkt zum produktiveren Umgang mit regionalem Humankapital.

Eine weitere offene Forschungsfrage betrifft Unternehmensgründungen im Umfeld familienfreundlicher Universitäten. Hier wären sowohl erste Hinweise auf einen Zusammenhang von Unternehmerpersönlichkeit und Familiengründung auszubauen, als auch die Selbstständigkeit von Akademikerinnen zu untersuchen. Das eigene Unternehmen ist für Frauen auch eine Möglichkeit, um die Verbindung von Berufstätigkeit und Familienarbeit zu ermöglichen und leistet gerade im psycho-

1 Forschungsdesign des Projektes

sozialen, medizinischen und kulturellen Bereich einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität von Standorten, die wiederum integraler Bestandteil der Regionalentwicklung ist.

Die Ergebnisse des Projektes zusammengefasst betreffen:

- Die wissenschaftliche Bestätigung der These, dass Familienfreundlichkeit von Hochschulen sich besonders günstig auf die Regionalentwicklung auswirkt,
- die Maßnahmenentwicklung, die mit Bürgerausstellung, Website und Vernetzung an den Punkten des positiven Familienleitbildes, des sichtbar Machens von Studierenden mit Kindern und der besseren Vernetzung der Akteure ansetzt und
- die Identifizierung von Prekariat und Existenzgründung im Umkreis familienfreundlicher Hochschulen als offene Forschungsfragen und Handlungsfelder.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

2.1 Einleitung

In den neuen Bundesländern ist der demografische Wandel nicht nur von einem starken Bevölkerungsrückgang und der Alterung der Gesellschaft gekennzeichnet, sondern auch von überproportionaler Abwanderung junger, gut qualifizierter Menschen und insbesondere junger Frauen (Roloff 2000 und 2004, Bähr 1997, Statistische Landesämter Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, Hilbig 2001, Kopp 2000, Dienel 2005).

Um die soziodemografischen Disproportionen auszugleichen wurden in der Vorläuferstudie "Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen Anhalt" familienfreundliche Hochschulen als ein Element in einem Mix verschiedener Maßnahmen vorgeschlagen, weil sie sowohl die Bildungsinteressen als auch den Kinderwunsch der demografisch herausragenden Zielgruppe aufnehmen. Die Wirkungen von Hochschulen auf die regionale Wirtschaft könnten – so die These – durch die Implementation von Maßnahmen zur Familienförderung um wichtige demografische Effekte ergänzt werden. Aufgabe der Zusammenführung der sektoralen Forschungsbefunde war daher, die demografischen Rahmenbedingungen und Chancen für die angestrebte Einbindung von Hochschulen in Strategien der Bevölkerungspolitik zu erheben und zu bewerten.

Eine nachhaltige Familienpolitik hat das Ziel, die Zukunft der Gesellschaft zu sichern, wozu konkret eine Erhöhung der Fertilität gehört. Während sich bislang die staatliche Familienförderung auf finanzielle Transfers konzentrierte, hat sie nun einen Paradigmenwechsel eingeläutet, indem sie ihr Hauptinteresse auf politische Rahmensetzungen richtet, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen sollen. Mit der Zusammenführung der statistischen Daten zur Erwerbstätigkeit von Frauen und zur Fertilität (OECD 2001) lässt sich also weder die bis Ende der 1990er Jahre populäre These erhärten, dass die Auflösung der traditionellen Frauenrolle durch Möglichkeit zur Familienplanung, zu finanzieller Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung für sinkende Geburtenzahlen verantwortlich ist (Coleman 1999), noch das umgedrehte Erklärungsmuster, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Voraussetzung für eine Bereitschaft zum Kinderkriegen ansieht (Esping-Andersen 1999, OECD 2001 und Engelhardt, Kögel und Prskawetz 2003).

Zwar ist die Berufung auf europäische Vergleichsdaten zu Fertilität und Berufstätigkeit wenig überzeugend wenn es um die argumentative Unterstützung des Vorrangs infrastruktureller Maßnahmen in der Familienpolitik geht, doch die Umorientierung auf das Handlungsfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt auch in einem zweiten Zusammenhang zum demografischen Wandel vordringlich. Zwischen 2010 und 2020 werden die geburtenstarken Jahrgänge beginnen, aus dem Arbeitsleben auszuschneiden. Das hat zur Folge, dass eine Mobilisierung bisher ungenutzter Potentiale notwendig wird, um den erwarteten Arbeitskräftemangel insbesondere an Facharbeitern und Hochqualifizierten auszugleichen (Ketzmerick/Terpe 2000, Grundig/Pohl 2004, Behr/Walter, Grünert/Lutz/Wiekert 2002). Die aus volkswirtschaftlicher Sicht dringend gebotene Erhöhung der Frauenerwerbsquote kann ohne ein weiteres Sinken der Geburtenzahlen aber nur gelingen, wenn Frauen nicht

2 Ergebnisse der Literaturstudie

mehr aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen meinen, sich zwischen Beruf und Familie entscheiden zu müssen.

Den ökonomischen Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik, wie ihn Rürup (2002) skizziert, bei dem die Zukunft der Gesellschaft im Wesentlichen von der Ausschöpfung der Humanressourcen für die ökonomische Entwicklung abhängt, kritisiert bzw. ergänzt Bertram mit Hinweisen auf die individuelle Ebene der Entscheidung, auf der auch Werthaltungen, Präferenzen und lebensläufige Faktoren wirken. Er macht darauf aufmerksam, dass es unterschiedliche Präferenzen gibt: Familienorientierung, Berufsorientierung und eine adaptive Orientierung (nach Hakim 2003, Familien-Monitor 2005). Die Berufsorientierung ist bei Hoch- und Höchstgebildeten ausgeprägter als bei den geringer Qualifizierten (Eckhard/Klein 2004).

Die Fragen des Kinderwunsches und seiner Realisierung, der Fertilität von Akademikerinnen im Allgemeinen und Hochschulmitarbeiterinnen im Besonderen, sowie die Bedingungen, unter denen gegenwärtig Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Studium bzw. wissenschaftliche Tätigkeit an der Hochschule miteinander vereinbaren, standen im Vordergrund dieser Literaturstudie.

2.2 Kinderwunsch von Studierenden und Akademikerinnen und Fertilität

2.2.1 Kinderlose Akademikerinnen und geringe Fertilität

In Deutschland bleiben laut der neuesten Mikrozensus-Auswertung etwa 30% aller Akademikerinnen lebenslang kinderlos², obwohl es bei „Akademikerinnen“ Ende 30 und auch noch Anfang 40 einen „Nachholeffekt“ gibt. Die Fertilität ist aber nicht geringer, denn es ist nachgewiesen, dass Frauen mit Hochschulabschluss zu 20% häufiger als Geschlechtsgenossinnen mit einem schlechteren Abschluss ein zweites Kind bekommen. Beim zweiten Kind gibt es keine Abhängigkeit von der Ausbildung der Mütter. Ausschlaggebend ist die Qualifikation des Partners. Hochschulabsolventinnen haben in der Regel Partner, die in akademischen Berufen überdurchschnittlich verdienen und so auch ein zweites Kind finanzieren können (Kreyenfeld 2002, Köppen 2004).

Die im Vergleich zu geringer gebildeten Frauen hohe Quote von kinderlosen Akademikerinnen kann nicht damit erklärt werden, dass für die Mehrheit der Verzicht auf Kinder explizit intendiert war, denn nur 6% der Studierenden gaben in der hisbus online Befragung an, keine Kinder zu wollen. Im Hinblick auf die familienfreundliche Hochschule ist zu klären, ob in Vereinbarkeitsproblemen von wissenschaftlichem Beruf und Familie der Grund für diese ursprünglich nicht gewollte Kinderlosigkeit liegt und ob im Vorziehen der Familiengründung in die Studienphase ein Weg liegt, der sowohl die Verwirklichung individueller Lebensziele ermöglicht, als auch die gesellschaftlich gewünschte positive Entwicklung der Geburtenzahlen bei gleichzeitigem Ausbau des Potentials an hochqualifizierten Arbeitskräften erwarten lässt.

² Zunächst wurde aufgrund einer ungenauen Interpretation der Mikrozensusdaten die Zahl der kinderlosen Akademikerinnen mit über 40% angegeben, vgl. Schmitt/Winckelmann, Berichtigung auch durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

In der Frage von Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen werden drei Erklärungsmuster diskutiert: erstens das höhere Erstgebärendenalter aufgrund langer Ausbildungszeiten und der anschließenden Zeitspanne, die für die Etablierung im Beruf nötig ist, und zweitens der negative Zusammenhang zwischen individuellem Humankapital und Familiengründung (Huink 2002, Bertram), und drittens fehlende Partner.

Das Alter der (verhinderten) Mütter wird in der öffentlichen Diskussion als Hauptgrund für die ungewollte Kinderlosigkeit aufgeführt. Dabei wird das Gebärendenalter als ein biologisches Problem interpretiert. Gegen diese pseudo-biologische Erklärung sprechen sowohl medizinische Studien zur Empfänglichkeit vor der Menopause (Dunson et al.) als auch der statistische Nachweis des Nachholeffektes (s.o.). Auch ein Vergleich der zusammengefassten Geburtenziffer mit dem durchschnittlichen Erstgebärendenalter auf europäischer Ebene, der allenfalls einen „vagen Trend“ zu weniger Kindern zeigt, wenn das erste Kind erst spät geboren wird (Rürup/Gruescu).

Kinderwunschstudien

Kinder gehören für die ganz überwiegende Mehrheit (84%) der angehenden Akademikerinnen und Akademiker selbstverständlich zum Lebensentwurf. Doch lediglich 2% der kinderlosen Studierenden möchten ihren Kinderwunsch in der Studienphase verwirklichen. Diese Ergebnisse werden sowohl von der Leipziger Studie zur Kinderwunschmotivation als auch von einer Befragung zum Kinderwunsch Studierender von A. Kemkes-Grottenthaler bestätigt. Als Voraussetzung zur Familiengründung gilt für Männer hauptsächlich eine sichere berufliche Position, also eine Etablierung, die auf die traditionelle Rolle des Ernährers hinausläuft. Frauen wollen vor allem den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase durch genügend Berufserfahrung absichern.

Trotz des Kinderwunsches zu Studienbeginn bleiben aber rund ein Drittel aller Akademikerinnen kinderlos. Die oft mehrfache Verschiebung der Familiengründung führt in die - gemessenen an der Ausgangssituation – ungewollte Kinderlosigkeit. Im Hinblick auf die familienfreundliche Hochschule ist zu klären, ob in Vereinbarkeitsproblemen von wissenschaftlichem Beruf und Familie der Grund für diese ursprünglich nicht gewollte Kinderlosigkeit liegt und ob im Vorziehen der Familiengründung in die Studienphase ein Weg liegt, der sowohl die Verwirklichung individueller Lebensziele ermöglicht, als auch die gesellschaftlich gewünschte positive Entwicklung der Geburtenzahlen bei gleichzeitigem Ausbau des Potenzials an hochqualifizierten Arbeitskräften erwarten lässt.

Vereinbarkeitsprobleme und Nachteile für die wissenschaftliche und berufliche Entwicklung sind auch der denkbare Hintergrund dafür, dass der Kinderwunsch von Studierenden und Akademikerinnen im Verlauf der Zeit deutlich abnimmt.

In ihrer Auswertung des Hisbus-Panels spricht Elke Middendorf von einer magischen Grenze, die Frauen mit etwa 30 Jahren überschreiten. Die Zahl der Studentinnen, die noch nicht oder nicht mehr wissen, ob sie eigene Kinder wollen steigt auf 27% an, weitere 10% geben an, keine eigenen Kinder zu wollen. Die Kinderlosigkeit ist mithin nicht das Ergebnis von Infertilität wegen des Hinauszögerns der Familiengründung, sondern Konsequenz eines Einstellungswechsels. Warum aber sind sich Studentinnen am Beginn des 3. Lebensjahrzehnts nicht mehr sicher, ob sie Kinder haben wollen oder verzichten explizit auf Kinder, während wenige Jahre zuvor Familie

2 Ergebnisse der Literaturstudie

selbstverständlich mit zu den Lebenszielen gehörte? Zu dieser Frage wurden keine Daten erhoben, so dass mögliche Zusammenhänge rein spekulativ sind. Der starke Wechsel zwischen der Altersgruppe 28/29 Jahre, in der nur 2% keine Kinder wollen, 15 % angeben, dass sie unentschieden sind und 83% für Kinder votieren, zu den 30-Jährigen, von denen sich knapp 20% für Kinder entscheiden, legt die Interpretation nahe, dass das kulturell tradierte Bild von der alten Jungfer, zu der man unweigerlich wird, wenn man nicht bis spätestens 30 Jahren einen Mann gefunden und eine Familie gegründet hat, noch sehr wirkmächtig ist. Die Konzentration darauf, eine sichere berufliche Position zu erlangen, d.h. die Annäherung an männliche Verhaltensmuster, die etwa zeitgleich stattfindet, wäre dann eine Reaktion auf die antizipierte Ehe- und Kinderlosigkeit. Zusätzlich werden in höherem Alter auch Erfahrungen eine Rolle spielen, die man gerade in der Phase des Übertritts in den Beruf oder der Promotion mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Karrierechancen gemacht hat. Hinzu kommt, dass sich jüngere Studierende laut Hisbus-Untersuchung, noch kaum Gedanken um Kinder gemacht haben. Ältere werden dazu im Gegensatz bereits an Erfahrungen partizipiert haben, die besagen, dass ein gleichberechtigter Status in der Partnerschaft nur erhalten bleibt, wenn beide ebenbürtig sind und nicht der eine bzw. die eine sich wegen der Kinderbetreuung in Abhängigkeit begibt. In diesem Zusammenhang ist auch die Zunahme des „Humankapitals“ im Laufe des Studiums als Faktor, der gegen Kinder spricht, von Bedeutung.

Auch andere Kinderwunschstudien bestätigen die Erhebungen von Middendorf. So stellte die McKinsey-online-Umfrage „Perspektive-Deutschland 2006“³ fest, dass sich nur 12% der Deutschen zwischen 20 und 39 Jahren keine Kinder wünschen. Von den 12% wollen wiederum nur die Hälfte grundsätzlich keine Kinder. Im Hinblick auf die Gruppe der hier interessierenden Hochqualifizierten stellt die online-Erhebung fest, dass immerhin doppelt so viele Frauen wie Männer die Sorge vor dem Karriereknick umtreibt. Jede Zweite befürchtet berufliche Nachteile.

Nach einer Erhebung im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung von 2006⁴ wollen im Gegensatz zur McKinsey-Umfrage viel mehr Frauen keine Kinder: von den Kinderlosen, die zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 20-29 Jahre alt waren, geben schon 33% an, keine eigenen Kinder zu wollen, und dieser Prozentsatz steigt noch mit dem Alter, denn in der Altersgruppe der 30 – 39-jährigen sind es bereits 64%, die auf Kinder verzichten wollen und von den befragten Kinderlosen zwischen 40 und 49 Jahren geben nur noch 4% an, sich ein eigenes Kind zu wünschen. Dass die erhobenen Kinderwünsche so auffällig geringer ausfallen als in anderen Studien, liegt am Untersuchungsdesign: gefragt wurde „Haben Sie vor, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen?“ Die zeitliche Festlegung der Kinderwunschfrage führt zu einem realistischeren Ergebnis, das widerspiegelt, wie die mehrfache Verschiebung der Realisierung des Kinderwunsches zur schlussendlichen Aufgabe des Wunsches und in die Kinderlosigkeit führt. Das ändert aber nichts daran, dass zum Eintritt in das Erwachsenenleben Kinder mit zu den Lebensplänen gehören. Die durchschnittliche gewünschte Kinderzahl der 20 – 39 Jährigen liegt bei 1,75 Kindern. Hochqualifizierte

³ McKinsey-online- Umfrage Perspektive-Deutschland 2006, www.perspektive-deutschland.de

⁴ Höhn et al. (2006): Kinderwünsche in Deutschland, Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Robert-Bosch-Stiftung.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

liegen mit 1,71 gewünschten Kindern knapp unter diesem Wert, Frauen mit mittlerem Bildungsabschluss wollen 1,74 Kinder und gering qualifizierte wollen geringfügig mehr Kinder, nämlich im Schnitt 1,82.

Für die Abnahme des Kinderwunsches mit steigendem Lebensalter gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Sie beziehen sich auf den Widerspruch zwischen Humankapital und Fertilität, schlechte Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Gründe, die in der Partnerschaft liegen.

2.2.2 Kinderwunsch und Humankapital

Sowohl die mit etwa 30% erhöhte Kinderlosenrate von Akademikerinnen, als auch die allgemein geringen Geburtenziffern in den europäischen Ländern werden mit einem negativen Zusammenhang von individuellem Humankapital und Familie erklärt (Blossfeld 1995, Hakim, Bertram). Nach Bachu besteht ein Grundwiderspruch zwischen der Entwicklung des Humankapitals in einer Gesellschaft und dem generativen Verhalten der durch diese Entwicklung höher gebildeten Gesellschaft. Auf der individuellen Ebene bedeutet das, dass eine erfolgreiche Ausbildung als Investition in das eigene Humankapital, daraus folgender beruflicher Erfolg und ein entsprechendes Einkommen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur dann erreichbar sind, wenn die Entscheidung im Wesentlichen für eine berufliche Karriere und gegen das Familienleben getroffen wird.

Die verminderte Familienorientierung der höher gebildeten kinderlosen Frauen bildet sich erst im Verlauf des Studiums heraus. Sie ist nicht Folge eines Abwägens von „Opportunitätskosten“ sondern Ausdruck eines Wertekonflikts (Nave-Herz). Die mit Fortschreiten der Ausbildung antizipierte Berufsrolle erfordert die „Hingabe an den Beruf“ (Bertram). Während es aber bei Männern als selbstverständlich angesehen wird, dass sie ihre verfügbaren Ressourcen für das berufliche Fortkommen verwenden und dies sogar als Dienst für die Familie interpretiert wird, wird die gleiche Berufsorientierung bei Frauen und auch von Frauen selbst nicht akzeptiert. Der Wunsch, den Ausbildungsweg in eine entsprechende Karriere münden zu lassen, führt daher nur für Frauen in den Konflikt zwischen Kind oder Familie. Insofern ist es nur logisch, dass gerade wissenschaftlich arbeitende Frauen sich eher gegen Kinder entscheiden. Wenn sie beides leben, leiden sie unter einem schlechten Gewissen: Sie kümmern sich nicht so gut um die Kinder, wie sie es selber für notwendig erachten (Meiswinkel/Rottkord-Fuchtmann), und gleichzeitig müssen sie, auch wenn sie den Kindern nicht genug Zeit widmen, Abstriche bei der Wissenschaft machen, was mit dem spezifischen Arbeitsethos in der Wissenschaft nicht vereinbar ist.

2.2.3 Kinderwunsch und schlechte Vereinbarkeit von Beruf bzw. Studium und Familie

Kinderwunsch von Studierenden und Studienbedingungen für Eltern

Als Gründe, warum sie eine Familiengründung während des Studiums für so besonders schwierig halten, gaben die Befragten an:

- unzureichende finanzielle Absicherung, u.a. Verlust von BAFöG Ansprüchen,

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Probleme der Studienorganisation, worunter vor allem die Terminierung von Pflichtveranstaltungen außerhalb der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen verstanden wurde,
- Vereinbarkeitsprobleme insbesondere bei Prüfungen, Praktika und Laborzeiten, die zu einer Verlängerung des Studiums führen würden,
- unzureichende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung,
- unzureichende Unterstützung bzw. zu wenig Verständnis seitens der Lehrkräfte und Kommiliton/-innen,
- insgesamt eine wenig kinderfreundliche Atmosphäre an der Hochschule und
- die hohe zeitliche Belastung durch das Studium.

Diese Angaben korrespondieren mit den Maßnahmen, die ergriffen werden, um Hochschulen familienfreundlicher zu gestalten. Es wäre aber ein Fehlschluss, anzunehmen, dass durch die Beseitigung der Problemfelder und besonderen Belastungen studierender Eltern die Bereitschaft zum Kind während des Studiums deutlich größer werden würde. Die Befragten urteilen nämlich, sofern sie keine Kinder haben, nach Hören-Sagen und geben bei einzelnen Vorgaben fast zur Hälfte an, sie könnten dazu keine Angaben machen. Diese Aussage lässt die Interpretation zu, dass sich Studierende ohne Kinder noch gar nicht mit den Bedingungen einer möglichen Elternschaft beschäftigt haben. Es ist für sie offenbar kein Problem, denn sie wollen ohnehin erst beruflich etabliert sein, bevor sie eine Familie gründen.

Kinderwunsch von Akademikerinnen und das Karrierehindernis Kind

Die schwierige Entscheidung für oder gegen ein Kind und erst recht für oder gegen ein zweites Kind ist für Frauen, die in Lehre und Forschung tätig sind, letztlich abhängig vom Faktor Zeit. Sie müssen konkurrierende Anforderungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen ausbalancieren: „Für Familie ist gemeinsame Zeitgestaltung konstitutiv“ (Vedder) und Wissenschaft hat ebenfalls hohe, nicht mit den vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten übereinstimmende Zeitanforderungen. Je qualifizierter die Arbeit ist, desto größer sind die Ansprüche an die zeitlichen Umfang der Arbeit und die Verfügbarkeit der Arbeitskraft. Die Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Vollhard etwa begründet ihre Stiftungsunterstützung zur Kinderbetreuung damit, dass sie Frauen mit Kindern in ihrem Forschungsteam nur akzeptieren könne, wenn sie ebenso verfügbar seien wie ihre männlichen Kollegen und leitet daraus ab, dass die Kleinkindphase spätestens mit der Promotion abgeschlossen sein muss (Die Zeit 12/2005). Die wissenschaftliche Karriere erfordert den vollen Einsatz. Forscherinnen, in deren Zeitbudget auch das Zusammensein mit den eigenen Kindern Platz finden muss, berichten daher von außerordentlichen Problemen bei der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie (Abele 2002 u. 2003, Biller-Adorno, Krimmer/Stallmann/Behr/Zimmer, Keller, Putensen, Schlegel/Burkhardt, Schmid).

2 Ergebnisse der Literaturstudie

In der Regel wird an Hochschulen mit Ausnahme der Universitätsklinik das Modell der „Vertrauensarbeitszeit“ praktiziert, d.h. es existiert keine Kontrolle der Arbeitszeiten von Mitarbeitern, was diesen eine hohe Flexibilität ermöglicht, die die Kinderbetreuung einfacher macht, dafür müssen die Mitarbeiter aber vorgegebene Ziele und Deadlines einhalten. Die Delegation von Verantwortung, die sich hinter der Zeitsouveränität verbirgt, hat oft genug fatale Auswirkungen, z. B. wenn in Anbetracht der knapper werdenden Ressourcen an den Hochschulen regelmäßig und nicht nur in Spitzenzeiten Aufgaben vergeben werden, die in der vereinbarten Arbeitszeit nicht erbracht werden können.

Verbindliche Arbeitszeitregelungen können hier Abhilfe schaffen, wobei Eltern, die kleine Kinder betreuen, durch die Kombination mit Teilzeitarbeit und verminderten Anwesenheitspflichten am Arbeitsplatz die Berufstätigkeit wesentlich leichter gemacht wird. Solche Maßnahmen, die von den Universitäten unter dem Begriff der Familienfreundlichkeit subsumiert werden, lösen zwar individuelle Vereinbarkeitsprobleme, doch sind sie zwiespältig zu beurteilen, da sie auch negative Folgen haben.

Die Inanspruchnahme von Teilzeitregelungen erweist sich aus verschiedenen Gründen häufig als ernsthaftes Karrierehindernis. Zum einen ist der zeitliche Rahmen, in dem die wissenschaftliche Weiterqualifikation erfolgen muss, durch das Hochschulrahmengesetz auf 6 Jahre bis zur Promotion und weitere 6 Jahre zur Weiterqualifikation begrenzt, wobei unberücksichtigt bleibt, ob in dieser Zeit der ganze Arbeitstag für das wissenschaftliche Fortkommen genutzt werden konnte. Wer sich aus Kinderbetreuungsgründen zur Teilzeit entschieden hat, muss die Qualifikation trotzdem in der gleichen Zeit bewältigen, wie die ungebundeneren Kollegen. Die Möglichkeiten, die Zwölfjahresfrist durch Mutterschutz und Erziehungszeit zu verlängern sind begrenzt und oft sowohl aus finanziellen Gründen als auch aus Erfordernissen der Institute nicht möglich. An diesen Stellen könnte der Gesetzgeber leicht familienfreundlichere Regelungen erlassen und damit mehr Chancengleichheit zwischen Kinderbetreuern (in der Regel Frauen) und anderen schaffen. Ähnliches gilt für die Vergabekriterien von Promotions- oder Postdocstipendien. Wem nur der halbe Tag und nicht der ganze und dazu noch die halbe Nacht zur Verfügung steht, wird weniger Publikationen aufweisen. Das sollte berücksichtigt werden.

Zwar gibt es an diesen Punkten noch Spielraum für eine normative, auf Chancengleichheit gerichtete Gestaltung, doch kann die Wirkung nur begrenzt sein, denn Spielregeln der internationalen Wissenschaft werden so nicht außer Kraft gesetzt. Sie lauten: Nur wer sehr schnell und sehr gut ist kommt weiter. Auch wenn die Zahl der Publikationen nicht bei der Aufnahme in Förderprogramme gewertet würde, blieben sie doch der wichtigste Nachweis wissenschaftlicher Exzellenz. Auch die Teilnahme an Kongressen und Tagungen, um sich selbst bekannt zu machen und ein Netzwerk aufzubauen, verträgt sich nicht mit Teilzeitarbeit.

Telearbeit, die eine individuelle Gestaltung des Arbeitstages zuhause ermöglicht, ist eine familienfreundliche Maßnahme, mit der Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden soll. Auf die Bedingungen der Wissenschaft übertragen, heißt das, dass die Anwesenheitspflichten gering sind und die wissenschaftliche Arbeit in den eigenen vier Wänden geleistet wird, möglicherweise unterstützt durch einen externen Serverzugang. Diese Art der Arbeitsorganisation, die traditionell vor allem in

2 Ergebnisse der Literaturstudie

den Geisteswissenschaften zum konzentrierten Schreiben genutzt wird, ist ambivalent. Der höheren Flexibilität steht auf der anderen Seite die Leistungsverdichtung bei „Vertrauensarbeitszeit“ gegenüber. Außerdem sind Marginalisierungseffekte, wie sie von der Telearbeit bekannt sind, zu befürchten. Den „Heimarbeiterinnen“ fehlen die informellen Kontakte und persönlichen Netzwerke. Wer nicht präsent ist, wird nicht als wichtig oder kompetent wahrgenommen (Jäckel).

Für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, die ihre Arbeitszeit der Kinder wegen reduzieren, erweist sich dieser Schritt im Nachhinein oft als Karrierehindernis. Da im Mittelbau des Wissenschaftsbetriebs binnen weniger Jahre eine Auslese stattfindet, nach der die wenigsten auf einen Lehrstuhl gelangen während sich für die meisten die Tore zur Forschung dauerhaft schließen, muss klar benannt werden, dass „Karrierehindernis“ in diesem Fall den endgültigen Verzicht auf eine wissenschaftliche Laufbahn bedeutet. Gerade Geisteswissenschaftlerinnen, für die es außerhalb der Hochschulen kaum Arbeitsplätze gibt, laufen Gefahr, nach Auslaufen des befristeten Arbeitsvertrages ohne eine am Arbeitsmarkt verwertbare Qualifikation aus dem Hochschulbetrieb ausgegliedert zu werden.

Die genannten Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Tätigkeit haben trotz der unmittelbaren Entlastung beim Betreuungsproblem mittel- und langfristig oft negative Folgen, und auch für die Arbeitgeber bergen sie Nachteile (Jungwirth). Die festen Ansätze für Personalkosten in der Forschungsförderung orientieren sich an kinderlosen jungen Mitarbeitern; hier ist schon ein „kreativer“ Umgang mit den Vorschriften gefragt, um Eltern anstellen zu können – meist indem die Dauer des befristeten Vertrages offiziell verkürzt wird. In der Praxis bedeutet das für die Betroffenen unentgeltliche Arbeit, Verzicht der Anrechenbarkeit dieser Zeiten bei der Rentenversicherung und im Falle gleichzeitiger offizieller Arbeitslosigkeit im Anschluss an den befristeten Vertrag eine prekäre Situation (Vedder). Da die Arbeitsbelastung in Zeiten knapper Kassen deutlich gewachsen ist und weniger Mitarbeiter mehr Aufgaben erledigen müssen, erfordert es auf Seiten der Professoren einen gewissen Enthusiasmus trotz der Bereitschaft zur unbezahlten Arbeit, Kleinkinder betreuende Mütter oder Väter einzustellen, die nur beschränkt zur Verfügung stehen. Bei dem überwiegend konservativen Familienbild dieser Gruppe ist das kaum zu erwarten. Da aber alle Frauen mit dem „Gebärrisiko“ behaftet sind, führen Maßnahmen, die eigentlich der Berufstätigkeit und Qualifizierung von Frauen dienen sollen, zu einer strukturellen Benachteiligung von Frauen bei Stellenbesetzungen (Winter, Wetterer).

So wird Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern gemindert und zugleich auch das traditionelle Rollenmodell in Ehe und Familie zementiert. Obwohl Studierende tendenziell ohnehin am „Brotverdiener-Modell“ festhalten, wird damit auch ein beachtenswertes Potenzial zur Veränderung neutralisiert. Zwar kommt für männliche Studierende ein vorübergehendes Ausscheiden aus dem Beruf zugunsten der Kinder nicht in Betracht, aber annähernd die Hälfte von ihnen wünscht sich eine Reduzierung der eigenen Arbeitszeit in der ersten Lebensphase des Nachwuchses (Middendorf). In der Praxis wird dieser Wunsch nicht umgesetzt. Da die Männer eher Arbeit finden bzw. in der Regel den besseren (festen und/oder höher dotierten) Arbeitsplatz haben übernehmen sie die Versorgerrolle. Daran wird sich nichts ändern, bis Väter im gleichen Maße Erziehungs- und Betreuungspflichten übernehmen wie Frauen.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Initiativen und Absichtserklärungen, wie sie die „Dachverbände“ des Wissenschaftsbetriebes (Goethe Institute/DFG/HRK/Leibniz-Gesellschaft) zur familienfreundlichen Hochschule abgeben, zielen darauf ab, das Potenzial hochbegabter Wissenschaftlerinnen für die Forschung zu erhalten und nicht durch Familiengründung zu verlieren. Zur Erreichung dieses Zieles wird die Umsetzung von Maßnahmen empfohlen, die in anderen Arbeitsbereichen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt wurden. Die einfache Übertragung insbesondere der Teilzeitregelungen hat jedoch eine gegenteilige Wirkung: Sie führt eher dazu, dass die wissenschaftliche Karriere der Mütter gestoppt wird. Diese Maßnahmen sind trotzdem sinnvoll, da sie der Erlangung von Qualifikationen dienen, die im Anschluss an die Tätigkeit an der Hochschule für die Arbeitssuche in der freien Wirtschaft wichtig sind. Um der anvisierten Gruppe der Hochbegabten Familie zu ermöglichen und trotzdem ihr Potenzial für die Forschung zu erhalten, sollten die Wissenschaftsmanager aber bei den Bemühungen um familienfreundliche Hochschulen die offenbar zunächst weniger interessante Gruppe der Studierenden in den Blick nehmen. Im Studium sind zwar auch die zeitlichen Ansprüche hoch – durch eine hohe Zahl von Pflichtveranstaltungen, Praktika als Vorbereitung auf den Beruf und Jobs –, doch insgesamt ist es für die Elite der Studierenden, die eine wissenschaftliche Karriere anstreben, vermutlich der günstigerer Lebensabschnitt zur Familiengründung.

2.2.4 Kinderwunsch und Partnerschaft

Kinder werden in Deutschland ganz überwiegend ehelich geboren (12. Familienbericht Teil A). Auch Akademiker und Akademikerinnen folgen diesem Muster, jedenfalls haben 80% der verheirateten Akademikerinnen Kinder, aber nur 13% der ledigen. Die erhöhte Kinderlosigkeit von Akademikerinnen lässt sich demnach auch als Problem verstehen, einen passenden Partner für die gewünschte Familiengründung zu finden. Partnerlosigkeit wurde in einer Forsa Umfrage aus dem Jahr 2004 mit 44% am häufigsten als Grund für die eigene Kinderlosigkeit angegeben. Auch in der McKinsey online Erhebung zum Kinderwunsch gibt jeder Dritte an, dass er (sie) kinderlos sei, weil er (sie) keine (keinen) geeignete(n) Partner(in) habe. Für Hochschulabsolventinnen hat dieser Grund eine herausgehobene Bedeutung, weil diese häufiger als weniger qualifizierte Frauen ledig bleiben: 25% der Jahrgänge 1957 und 1958 sind ledig, und der Trend zeigt steil nach oben, bis hin zu 50% der 1967 und 1968 Geborenen (Wirth/Dümmeler). Der Heiratsmarkt für studierte Frauen ist besonders eng, denn von beiden Geschlechtern wird überwiegend ein gleiches Qualifikationsniveau von Mann und Frau gewünscht, wobei für Frauen das gleiche Niveau das Minimum ihrer Anforderungen darstellt – sie orientieren sich immer noch eher an einer Heirat „nach oben“, während Männer in den letzten Jahrzehnten den Wandel von der Dominanz, was Qualifikation und Beruf angeht, zur Ebenbürtigkeit vollzogen haben (Blossfeld und Timm). Während Männer also bei gleich oder geringer qualifizierten Frauen auf Partnersuche gehen können, können Frauen nur auf der gleichen oder einer höheren Ebene heiraten. Der Heiratsmarkt wird für akademisch gebildete Frauen mit dem Alter immer knapper, weil sich der bevorzugte Altersunterschied zwischen Mann und Frau mit dem Alter der Männer erhöht. Da jedoch der präferierte Zeitpunkt für Eheschließung und Familiengründung bei männlichen Studierenden erst deutlich später liegt als weiblichen Studierenden

2 Ergebnisse der Literaturstudie

(Middendorf, hisbus 5), müssen akademisch gebildeten Frauen sich nicht nur mit weniger qualifizierten sondern auch mit jüngeren Konkurrentinnen messen.

Die Eheschließung ist zwar in der Regel Voraussetzung einer Familiengründung, doch garantiert sie diese nicht, denn „Kinder werden in Partnerschaft ausgehandelt“ (Thomson & Hoem 1998). Bei Männern verstärkt die Investition in das eigene Humankapital aber den Verzicht auf eigene Kinder ebenso wie bei Frauen, wenn dieser Umstand für Männer auch kaum reflektiert wird (Bachu, Bertram).

2.3 Familien an der Universität

Nach Angaben der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes haben ca. 6% der Studierenden in Deutschland ein oder mehrere Kinder – 58% davon haben 1 Kind, 42% zwei oder mehr Kinder. Der Anteil der studierenden Eltern an der Gesamtheit der Studierenden ist seit dem Jahr 2000 (16. Sozialerhebung) leicht um 1% gesunken. Die Geburt des ersten Kindes findet eher im höheren Alter statt. Bei den unter 24-Jährigen gibt es nur 2% Studierende mit Kind, dieser Wert steigt erst ab Mitte 20 an. Bei den 29-Jährigen hat er fast 10% erreicht. Mitte 30 beträgt der Anteil der Eltern dann schon 1/3. Studierende mit Kind sind im Durchschnitt 10 Jahre älter als ihre Kommilitonen ohne Kind (34,3 zu 24,6 Jahre). Diese Aussage korrespondiert mit den Daten zur Korrelation von Geburten und Semesterzahl, wonach ein Drittel der Väter und Mütter ihr jüngstes Kind frühestens 5 Jahre nach Studienbeginn, d.h. in aller Regel nach Ablauf der Regelstudienzeit bekam. Studierende mit Kind sind in postgradualen Studiengängen überproportional (29%) vertreten, davon absolviert über die Hälfte ein Zweitstudium. Bei den Studierenden ohne Kind macht dagegen die Promotion mit 41% den größten Anteil an den postgradualen Studien aus, der ohnehin mit nur 8% Anteil an der Gesamtheit aller Studierenden ohne Kind weit geringer ausfällt als bei Studierenden mit Kind.

Die Heterogenität der Gruppe der Studierenden mit Kind ist groß. Das trifft auch auf die Altersverteilung zu. Trotz aller diesem Umstand geschuldeten Vorsicht kann doch aufgrund der Datenlage festgestellt werden, dass die gegenwärtig Studierenden mit Kind nicht als Beispiel taugen für ein Modell, das die Familiengründung im Studium mit Anfang 20 propagiert, damit nach dem Examen, unbelastet durch die besonders intensive Kinderbetreuung, in den ersten Lebensjahren umso zielstrebigere die berufliche Laufbahn angegangen werden kann. Diesem Modell haben eher die Studierenden mit Kind in der DDR entsprochen.

Die Kinder studierender Eltern werden mehrheitlich in Familien groß, die auf einer festen Paarbeziehung beruhen, wobei mehr als die Hälfte verheiratet ist (ledige Paarbeziehung 35% m, 29% f; verheiratet 57% m; 56% f). In diesen Familien sind Männer erheblich häufiger erwerbstätig als Frauen, was die grundsätzliche Orientierung an traditionellen Rollenmustern unterstreicht (Hisbus 5, Middendorf).

Der Studienverlauf Studierender mit Kind gestaltet sich aufgrund der Mehrfachbelastung durch Studium, Kinder und Erwerbsarbeit oft problematischer als derer kinderloser Studierender. Besondere Auswirkungen hat die wirtschaftliche Lage. Zwar lassen die in der 17. Sozialerhebung erhobenen Daten kein gravierendes Problem in diesem Bereich erkennen, doch liegt das daran, dass nur Durchschnittswerte angegeben werden, obwohl es sich bei Studierenden mit Kind nicht um eine homogene Gruppe handelt. Eine verheiratete Mutter, deren Partner nach

2 Ergebnisse der Literaturstudie

abgeschlossenem Studium im Beruf steht, ist auf eine ganz andere Art abgesichert als eine ledige Mutter. Hinzu kommt, dass mögliche Unterstützungen wie Sozialhilfe Studierenden nicht gewährt werden, oder familienfreundliche Regelungen, wie das Teilzeitstudium, zu Schwierigkeiten bei der Gewährung von BAFÖG führen.

Den Konflikt zwischen der Notwendigkeit erhöhten Zuverdienstes wegen der höheren Lebenshaltungskosten als Familie, Ansprüchen des Studiums und des Kindes wird bei einem Vergleich des Zeitbudgets deutlich, wobei auch hierbei gilt, dass sich hinter den Durchschnittswerten aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage weit voneinander abweichende Werte verstecken. Studentinnen ohne Kinder wenden durchschnittlich 34,7 Stunden in der Woche für das Studium auf, weitere 7,4 Stunden gehen sie arbeiten. Ihre Kommilitoninnen mit Kindern können mit 26 Stunden erheblich weniger studieren, sind aber mit 7,1 Stunden fast im gleichen Maße erwerbstätig. Auch studierende Väter müssen den Zeitaufwand für das Studium einschränken, nämlich auf 30,8 Stunden im Vergleich zu 33,9 Stunden, die Studenten ohne Kind zur Verfügung stehen, dafür arbeiten sie aber mit 11,9 Stunden fast 4 Stunden länger in der Woche als diese. Dieser erhöhte Zeitaufwand für Erwerbsarbeit der Väter ist wiederum ein Hinweis auf eine traditionelle Rollenverteilung. Die studierenden Mütter tragen entsprechend die Hauptlast der Kinderbetreuung (Schnitzer).

Den Müttern erwachsen, das zeigen sowohl die Daten zur wirtschaftlichen Lage als auch zum Zeitbudget, größere Nachteile aus der frühen Familiengründung im Studium als den Vätern. Zusammen mit dem traditionellen Rollenverständnis, d.h. der hohen Wertschätzung der Kinderbetreuung durch die Mütter, führt dies dazu, dass der Stellenwert, der dem Studium beigemessen wird, bei studierenden Müttern besonders gering ist: Nur für ein Fünftel von ihnen ist das Studium zentral, umgekehrt erklärt nur ein Fünftel der studierenden Väter das Studium zur Nebensache, was an der grundsätzlich höheren Berufs- und Karriereorientierung von Männern liegt. Von den Studierenden ohne Kind hält die Hälfte das Studium für zentral und nur für eine verschwindende Minderheit ist es nebensächlich.

Angesichts der Belastungen und des geringen Stellenwertes, den das Studium einnimmt, ist es nur folgerichtig, dass nur ein Drittel der studierenden Mütter geradlinig studiert, d.h. ohne Unterbrechung, Studienfach- oder Hochschulwechsel. Von den Studentinnen ohne Kinder sind demgegenüber zwei Drittel „geradlinig“. Bei den Männern sind die Unterschiede schwächer, aber immer noch deutlich. Aufgrund der eigenen Vorstellungen von Mutterschaft, die eindeutig die Betreuung der Kinder durch die eigene Mutter favorisiert, wobei für immerhin 39% eine Fremdbetreuung erst ab einem Alter von drei Jahren in Frage kommt, bedeutet die Unterbrechung des Studiums oft den „Einstieg in den Ausstieg“ (Hisbus 5/Middendorf). Ein Viertel der Mütter bricht das Studium ab (Heublein/Spangenberg/Sommer). Von denen, die Examen machen, bewältigt wiederum jede Dritte nicht den Berufseinstieg. Ein verzögerter Berufseinstieg bedeutet jedoch wegen des „Dequalifizierungsprozesses“ (Klein und Braune 1995) in der Praxis den gänzlichen Verzicht auf einen qualifizierten Beruf (Birkelbach S.349).

Familiengründung im Studium: pro und contra

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es Studentinnen nicht zu empfehlen, ihren Kinderwunsch im Studium zu realisieren. Das Risiko des Studienabbruchs, eines

2 Ergebnisse der Literaturstudie

verlängerten Studiums, möglicherweise eines geringeren Studienerfolgs sowie des misslingenden Berufseintrittes ist zu groß. Würden Konzepte zur familienfreundlichen Hochschule umgesetzt, gäbe es allerdings gute Gründe für eine frühe Familiengründung: nämlich die Entzerrung des Lebenslaufs, größere Chancen auf ein gleichberechtigtes Kinder-Großziehen, sowie größere Chancen, einen Partner zu finden.

Das zurzeit gelebte biografische Muster konzentriert Familiengründung, Berufseinstieg und Karriere in einem verhältnismäßig kleinen Zeitfenster. Eine Entzerrung des Lebenslaufs könnte zur Entspannung und damit zu einer positiven work-life-balance (Vedder etc.) beitragen. Wenn die Phase des Zusammenlebens mit Vorschulkindern, in der besonders viel Zeit in die Betreuung und das Zusammensein mit den Kindern investiert wird, bereits während des Studiums abgeschlossen ist, kann man sich nach dem Examen intensiver auf den Berufseinstieg und die Karriere konzentrieren. Ob Studieren mit Kind tatsächlich eine gute Karrierestrategie ist, ist umstritten. Den theoretischen Überlegungen steht die Realität des Arbeitsmarktes gegenüber. Frauen im gebärfähigen Alter werden seltener eingestellt als Männer, gleich ob sie schon ein Kind haben, das „aus dem Größten raus ist“ oder nicht. „Es könnte ja noch ein Geschwisterchen kommen“ (Die Zeit 14/2005). Für diejenigen, die trotz Kind zügig studiert haben, eine Stelle gefunden und bereit sind Vollzeit berufstätig zu sein, könnten sich allerdings tatsächlich bessere Karrierechancen ergeben (ebd.).

Für den besten Zeitpunkt für die Geburt des ersten Kindes halten Frauen die Zeit etwa zwei Jahre nach dem Berufseinstieg. Dann haben sie die Voraussetzung für den Wiedereinstieg in den Beruf geschaffen. Nach einem Erziehungsurlaub von bis zu drei Jahren würden Frauen, solange die Kinder noch klein sind, am liebsten Teilzeit arbeiten. Dieses durch gesetzliche Regelungen abgesicherte Modell, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht, orientiert sich an der traditionellen Rollenverteilung in der Partnerschaft, nach der der Mann vorrangig die Verantwortung für den Lebensunterhalt trägt und die Frau vorrangig für die Kinder sorgt. Die Frau begibt sich während der Erziehungszeit, in der sie gar nicht berufstätig ist, in völlige finanzielle Abhängigkeit von ihrem Partner. Diese Konsequenz ist gerade für Akademikerinnen, die in hohem Maße in ihr Humankapital investiert haben und für die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung von hohem Wert sind, schwer zu akzeptieren. Trotz aller „verbalen Aufgeschlossenheit“ sind die Chancen, dass sich die Männer gleichberechtigt an der Erziehungsarbeit beteiligen, etwa indem sie auch in Elternzeit gehen, und sich die Gewichte in der Partnerschaft nicht verschieben, äußerst gering, wenn die Kinder zu einer Zeit kommen, in der die Männer Karriere machen wollen, denn der volle Einsatz zählt gerade in der Anfangsphase der Berufslaufbahn. Während des Studiums, wenn der berufliche Druck für die Männer erheblich geringer ist, besteht eine größere Bereitschaft für gleichberechtigtere Familienmodelle. So gibt immerhin fast jeder zweite Student (49%) an, dass er im ersten Lebensabschnitt des Kindes gern teilzeitbeschäftigt wäre. Andererseits vertritt nur ein Viertel von ihnen die Meinung, dass beide Eltern in gleichem Maße beschäftigt sein sollten und gerade die familien- und berufsorientierten Studenten vertreten besonders nachdrücklich das konservative Rollenmodell (Hisbus 5/ Middendorf).

Die Aussichten von Studentinnen während des Studiums Partner zu finden, mit denen sie auf gleichberechtigter Basis Familie leben können, sind also nicht sehr groß. Dieses

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Modell wird aber auch nicht mehrheitlich von Studentinnen gewünscht. Die Chancen, überhaupt einen Partner zu finden, mit dem man Kinder bekommen kann, verschlechtern sich dagegen im Laufe der Zeit, denn mit zunehmendem Alter der Männer sind zwei Entwicklungen feststellbar, die die Familiengründung für Akademikerinnen erheblich erschweren: Zum einen nehmen Männer mit zunehmendem Alter Abschied von ihrem Kinderwunsch, zum anderen wählen sie als Partnerinnen eher jüngere Frauen mit einem niedrigeren Qualifikationsniveau. Frauen heiraten aber keine Männer, die einen niedrigeren formalen Bildungsabschluss haben als sie selber. Die Chancen von Frauen, einen passenden Mann zu finden, schwinden demnach mit zunehmendem Alter und vor allem, wenn durch Examen und Berufseinstieg die Ranghöhe beziffert wird. Im Studium dagegen gibt es keinen ausgeprägten Altersabstand bei Partnerschaften und Rangstreitigkeiten spielen kaum eine Rolle. Wenn es für Studentinnen auch ratsam wäre, sich aus diesen Gründen bereits bei den während der Studienzeit eingegangenen Partnerschaften mit der Kinderfrage zum befassen, soll nicht verschwiegen werden, dass die männlichen Studierenden fast ausnahmslos keine Kinder während des Studiums wollen. Anders als die Frauen können sie ihre Familienwünsche auch noch später leicht realisieren.

Die Zusammenstellung der Argumente für oder wider Familiengründung im Studium verweist auf einen Problemzusammenhang, in den Konzepte einer familienfreundlichen Hochschule eingebettet sind ohne direkt Einfluss nehmen zu können, denn flankierende Maßnahmen, die die bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium herstellen sollen, nützen nicht, wenn ihnen tradierte Leitbilder entgegenstehen, die eine Familiengründung vor der beruflichen Etablierung wenig ratsam erscheinen lassen. Zu solchen langfristigen kulturellen Mustern, die die Bereitschaft senken, schon während des Studiums Verantwortung für Kinder zu übernehmen, gehört, dass der Eintritt in den Ehestand und die Familiengründung erst erfolgt, wenn eine ausreichende materielle Basis vorhanden ist. Bertram bemängelt aus diesem Grunde die lange finanzielle Abhängigkeit der Hochschüler von ihren Eltern, die die Studierenden in einer künstlichen Adoleszenz hält. Europäische Vergleichsstudien belegen, dass die Überweisung der staatlichen Transferleistungen an die Eltern der Kleinkinder statt an die Großeltern einen positiven Einfluss auf das Gebärverhalten haben könnte.

Die DDR-Familienpolitik hat zwar gezeigt, dass sozialpolitische Maßnahmen sehr wohl auch diese langfristige kulturelle Verhaltenskonstante verändern können, aber dies war nur möglich unter den spezifischen Bedingungen der DDR-Gesellschaft, die gekennzeichnet war durch einen Mangel an unterschiedlichen Lebensmöglichkeiten. Eine Vielfalt der Lebensoption gilt aber in der westlichen Gesellschaft als Kennzeichen und besondere Vergünstigung der Jugend. Unter diesen Vorzeichen erscheint die Entscheidung fürs Kind als ein unnötiger Verzicht und als unzeitige Beschneidung der eigenen Möglichkeiten (Reinhardt 2003). Im Hisbus Panel formulierten „nicht wenige Studierende ganz persönliche Begründungen dafür, warum sie während des Studiums kein Kind haben wollen. Einige empfinden sich selbst als noch zu jung, zu unerfahren und noch in der Ausprägung der eigenen Persönlichkeit bzw. auf der Suche nach ihrem Weg befindlich, als dass sie bereit bzw. in der Lage wären, Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Andere befürchten, das Studentenleben mit Kind nicht mehr richtig auskosten zu können, auf Parties verzichten zu müssen, nicht mehr ausschlafen

2 Ergebnisse der Literaturstudie

zu können und den Kontakt zu den Kommiliton/-innen zu verlieren und dadurch an der Hochschule isoliert zu sein“.

2.3.1 Maßnahmen und Projekte

Die Schwierigkeiten und gravierenden Nachteile für Ausbildung und Berufstätigkeit, die insbesondere studierende Frauen zu erwarten haben, wenn sie bereits im Studium Kinder bekommen, sind unübersehbar. Um diese Nachteile auszugleichen gibt es an den bundesdeutschen Hochschulen und Universitäten zahlreiche Einzelprojekte, Initiativen, Angebote und Regelungen, die das Studieren oder wissenschaftliche Arbeiten mit Kind erleichtern sollen. Sie setzen bei den Hauptproblemen Kinderbetreuung, Studienorganisation und Prüfungen, Beratung und Wohnsituation an. Probleme bzw. der sich daraus ergebende Bedarf sowie Grunddaten zu Familien mit Kindern an der Hochschule werden in Forschungsprojekten erhoben. Einen guten Überblick gibt die Auswertung einer Umfrage aus dem Jahr 2002 im Auftrag der Hochschulrektorenkonferenz, die hier in Einzelfällen ergänzt wird.

Erhebungen

An der Universität Gießen wird am Lehrstuhl „Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft“ in dem von der Hessenstiftung geförderten Projekt „Studieren und Forschen mit Kind“ die bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium bzw. wissenschaftlicher Tätigkeit erforscht. Die erste Phase der qualitativen Erhebung, bei der auf Basis von Interviews mit Experten und Betroffenen Daten gewonnen wurden, ist bereits abgeschlossen. Nun werden in den Handlungsfeldern Studienorganisation, Kinderbetreuung, Finanz- und Wohnsituation, Information und Beratung, Hochschulpolitik und Übergang in die Erwerbstätigkeit Maßnahmen implementiert und erprobt. In der dritten Phase soll eine Wiederholung der qualitativen Erhebung stattfinden, um die Effekte der Maßnahmen identifizieren zu können.

Ein vergleichbares, von der Landesstiftung Baden-Württemberg gefördertes Projekt „Familiengründung im Studium (fast)“ existiert in Freiburg. Kooperationspartner sind das Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsinstitut der Kontaktstelle praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule und das Institut für Soziologie der Universität Freiburg. Auf der Grundlage einer quantitativen Erhebung, die im Abstand von zwei Jahren wiederholt wird, und von 30 qualitativen Interviews als Ergänzung entsteht eine Panel-Studie, die die soziale, finanzielle und Studien-Situation von studierenden Eltern erforscht. Themenschwerpunkte sind bessere Vereinbarkeit durch mehr Kinderbetreuung sowie die Verteilung der familialen Aufgaben in der Partnerschaft. Ziel des Projektes ist die praktische Umsetzung von hochschulinternen und politischen Maßnahmen, die die Gleichzeitigkeit von Studium und Elternschaft erleichtern.

Im Rahmen eines vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen geförderten Projekts zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) auch die Universität Bamberg untersucht und mit leitfadenorientierten Interviews und standardisierten Befragungen den Ist-Zustand erfasst, eine Bedarfsanalyse erstellt und der Universität Bamberg sowohl als Arbeitsstätte als auch als Studienort Lösungsvorschläge unterbreitet. Zu dieser Erhebung hat die Frauenbeauftragte der Universität eine geschlechtsspezifische Zusatzauswertung erstellen lassen. Die

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Erhebung und beide Auswertungen entstanden im Kontext eines Arbeitskreises, der die Universität familienfreundlicher machen sollte.

Vergleichbare Erhebungen wurden und werden an verschiedenen Hochschulen – in der Regel in der Zuständigkeit der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten – durchgeführt (PH Freiburg, FH Bielefeld, FH Magdeburg, BTU Cottbus, FH Nordostniedersachsen – inzwischen mit der Universität Lüneburg fusioniert, Humboldt Universität Berlin, FH Bingen, Universität Potsdam und FH Regensburg; kein Hinweis darauf auf der Universitätswebsite). Sie sollen den Handlungsbedarf verdeutlichen und dienen als Argumentationsgrundlage für die Initiierung von Projekten, die konkrete Maßnahmen implementieren. Häufig haben die Erhebungen zur Situation Studierender mit Kind eine Startschussfunktion für eine Umgestaltung der universitären Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder, die dann im Rahmen eines Auditierungsprozesses fortgesetzt wird.

In der Studie „Kinder eingeplant“ des Hisbus online panels wurden mit der Bewertung der Familienfreundlichkeit ihrer Hochschule durch Studierende ebenso Grunddaten zum Studieren mit Kindern erhoben wie in der 16. Sozialerhebung des Hochschulinformationssystem in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk. In dieser repräsentativen quantitativen Erhebung wurden Daten erhoben betreffend Anzahl, Geschlecht, Alter, soziale Herkunft und Fachrichtung der Studierenden mit Kindern, Alter und Anzahl der Kinder, zudem wurden Angaben gesammelt zum Zeitbudget studierender Eltern, zum Betreuungsaufwand, der wirtschaftlichen Lage, dem Studienverlauf und zur Wohnsituation.

Beratung

Die Beratung von Schwangeren und Studierenden mit Kindern über die Möglichkeiten und Regelungen der Kinderbetreuung, Studienorganisation, Wohnungsfragen, wissenschaftliche Qualifikation, Prüfungsordnungen etc. obliegt in aller Regel den Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten. Auch die Allgemeinen Studentenausschüsse und die Studentenwerke bieten verschiedentlich Beratungen an. Die Beratung findet persönlich in Sprechstunden statt. Zusätzlich gibt es kostenlose Broschüren, Leitfäden und Informationen via Internet. Die Informationen sind oft auf den Websites der Universitäten schlecht zu finden. Das Beratungsangebot ist vom Umfang her sehr unterschiedlich. Aufgenommen worden in den Literaturbericht sind nur längere Broschüren, Übersichtsseiten und Internetportale. Eine vollständige Erfassung des Beratungsangebotes war nicht das Ziel.

Kinderbetreuung

Die Bereitstellung der Infrastruktur zur Kinderbetreuung fällt in die Zuständigkeit der Kommunen, wobei die Familienpolitik der Länder und auch des Bundes nicht ohne Einfluss darauf bleibt, in welchem Umfang institutionelle Betreuung von Kindern stattfindet. Eine vom kommunalen Angebot unabhängige Kinderbetreuung an der Universität zu organisieren, ist in Bayern, Thüringen und Hamburg Aufgabe der Studentenwerke. Ein vergleichender Überblick über die Kinderbetreuung ist schwer zu gewinnen, weil typischerweise ein Nebeneinander unterschiedlicher Träger, mit unterschiedlichen Betreuungsbedingungen, unterschiedlichen Berechtigungsgründen zu Inanspruchnahme, Kostenbeteiligungen und Betreuungszeiten existiert (Hardach-Pinke/Strehmer/Winner 1996). Um einen Eindruck davon zu vermitteln, wie

2 Ergebnisse der Literaturstudie

unterschiedlich die Voraussetzungen sein können, die studierende Eltern vorfinden, hier zur Illustration ein Vergleich der Bedingungen in Berlin und Konstanz:

In Berlin können studierende Eltern ihren Nachwuchs auch schon mit weniger als drei Jahren in städtischen Kinderkrippen oder Kitas freier Träger, bei Tagesmüttern oder in den Einrichtungen des Studentenwerks (mit erweiterten Öffnungszeiten) ganztags unterbringen, ergänzend gibt es an der Humboldt Universität preiswerte Betreuungsmöglichkeiten bis 20.30 Uhr und ein Eltern-Kind-Zimmer an der Technischen Universität zur Betreuung in Eigenregie. In Konstanz ist es viel schwieriger, Studium und Kind miteinander zu vereinbaren, denn dort gibt es nur sechs städtische Einrichtungen mit Ganztagsbetrieb, die auch ein Mittagessen anbieten. In diese Einrichtungen können nur Kinder ab drei Jahre gegeben werden. An der Universität gibt es einen Elternverein, der zehn Plätze zur Verfügung stellt. Die Anmeldung der Kinder erfolgt für einzelne Betreuungseinheiten (1-5 Vormittage bzw. 1-3 Nachmittage pro Woche, alle Betreuungseinheiten zusammen kosten 279 Euro im Monat).

Als besonderes Problem erweist sich die Betreuung von Kindern unter drei Jahren, da diese keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Um Eltern die Fortsetzung ihres Studiums oder eine weitere Berufstätigkeit zu ermöglichen, betreiben zahlreiche Universitäten oder die Studentenwerke eigene Kitas (RWTH Aachen, Bayreuth, Berlin: FU;TU, FHTW, HU, FH Bielefeld, BTU Cottbus, PH Freiburg, Universität Hamburg, FH Hildesheim, TU Ilmenau, Uni Jena, FH Ludwigsburg, Universität Mainz, FH München, LMU München, FH Münster: 7 Plätze, Universität Oldenburg, Universität Passau, FH Esslingen, FH Regensburg, HS für Musik Weimar). In Aachen, Bingen und Mainz vermitteln die Hochschulen auch Tagesmütter und die Universität Potsdam geht noch einen Schritt weiter: hier betreut eine Tagesmutter fünf Kleinkinder.

Besonderer Bedarf, z. B. wenn man die Kinder ausnahmsweise oder zu regelmäßigen Terminen mit an die Hochschule nehmen muss, wird an der FH Magdeburg durch ein offenes Freizeitangebot für Kinder im „Spielhaus“ abgedeckt.

Eltern-Kind-Initiativen werden häufig durch Bereitstellung von Räumen durch die Leitung der Universitäten unterstützt. Zum Teil werden die Kinder dort durch Erzieherinnen betreut (FH Hannover, Universität Karlsruhe, Universität Konstanz, FH Frankfurt, FH Freiburg, FH Nürnberg, Universität Siegen, Universität Trier, FH Magdeburg), zum Teil handelt es sich um privat organisierte Aktionen gegenseitiger Hilfe (TU Berlin, Universität Hamburg, FH Harz, FH Fulda, FH Hannover, Universität Karlsruhe, FH Detmold).

Ein besonderes Problem Studierender oder wissenschaftlich arbeitender Eltern besteht darin, dass sie keine festen täglichen Arbeitszeiten kennen und gezwungen sind, auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten Seminare, Tagungen oder Vorlesungen zu besuchen, Prüfungen abzulegen, Versuche abzuschließen u. s. w.

Auf dieses spezielle Problem haben einige Hochschulen mit Richtlinien reagiert, wodurch Pflichtveranstaltungen und prüfungsrelevante Veranstaltung entsprechend terminiert werden (Humboldt Universität Berlin, FH Bielefeld, Universität Jena, FH Nürnberg) oder bei der Studienablaufplanung der Ferienplan des Bundeslandes (BTU Cottbus) berücksichtigt wird.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Für den Fall, dass wichtige Veranstaltungen oder Prüfungen in die Schließzeiten der Betreuungseinrichtungen fallen und/oder keine anderweitige Betreuung organisiert werden kann, haben einige Hochschulen so genannte Notfallbetreuungsmöglichkeiten geschaffen, die jedoch wenigstens eine Woche vorher gebucht werden müssen (FH Albstadt-Sigmaringen, Universität Lüneburg, Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, Humboldt Universität Berlin, FH Harz). Entsprechende semesterweise buchbare Betreuung an einzelnen Vormittagen oder Nachmittagen bietet auch die Universität Konstanz an.

Damit ist das für Eltern besonders belastende Problem der Betreuung kranker Kinder aber nicht abgedeckt, denn kranke Kinder können gar nicht außer Haus betreut werden. Als einziges Angebot erlauben Hochschulen die Wiederholung von Prüfungen, die wegen kranker Kinder versäumt wurden (FH Anhalt, FH für Wirtschaft Berlin, TU Jena, FH Ludwigshafen, LMU München, FH Nürnberg, Universität Oldenburg, Universität Trier, HS für Musik Weimar).

Bei schulpflichtigen Kindern wird die Betreuung während der Ferien zum Problem. Der Jahresurlaub reicht nicht aus, um 12 Wochen und mehr im Jahr abzudecken. Außerdem stimmen Schulferien und Semesterferien nur partiell überein. Um hier Abhilfe zu schaffen und gleichzeitig Kindern einen spielerischen Zugang zu Wissenschaft und Technik zu ermöglichen, haben verschiedene Hochschulen Ferienfreizeiten für Kinder geschaffen (Universität Karlsruhe, RWTH Aachen, FH Dortmund, FH Oldenburg, Universität Paderborn, Universität Trier, Universität Wuppertal).

Wissenschaftliche Qualifikation

In der Zeit der wissenschaftlichen Qualifikation stellt sich die Frage der Kinderbetreuung noch einmal anders als im Studium. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind in der Regel mehr als Vollzeit ausgelastet, wenn sie ihren Verpflichtungen in der Lehre, im Forschungsprojekt, beim Abfassen von Dissertation und Habilitation, bzw. weiterer Publikationen, der Vernetzung durch Mitarbeit in wissenschaftlichen Gesellschaften, in Forschungsverbänden etc. oder dem Besuch von Tagungen und Kongressen nachkommen.

Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, die diese Ansprüche abdecken könnten, gibt es nicht. Sie wird auch nicht als dauerhafte Regelung angestrebt, denn es ist ja auch gewünscht, Zeit mit den Kindern zu verbringen. Meist sind es die wissenschaftlich arbeitenden Mütter die hier in einen Konflikt geraten. Sie können Ihre Zeit nicht voll für den Aufbau der Karriere nutzen, wie sie es müssten, um mit männlichen Konkurrenten mithalten zu können. Insofern sind Regelungen, die Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen die Teilzeitarbeit ermöglichen (RWTH Aachen, FH Harz, Universität Trier, BTU Cottbus, FH Esslingen) oder Gleitzeit und Sonderabsprachen vorsehen zwar hilfreich, um gerade die Phase der frühen Kindheit überhaupt regeln zu können, aber die grundlegenden Probleme werden damit nicht gelöst. Regelungen, die Nachteile bei den Stellenbesetzungen der Institute ausgleichen, die durch Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen entstehen, die Kinder bekommen, tragen dazu bei, dass bei der Besetzung der entsprechenden Stellen Frauen nicht diskriminiert werden (FU Berlin, Humboldt Universität Berlin, TU Ilmenau, Universität Oldenburg, Universität Paderborn, Universität Potsdam). Möglichkeit zur Weiterbildung während des

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Erziehungsurlaubs gibt es an der BTU Cottbus, spezielle Wiedereinstiegsstipendien insbesondere für Promovierende an der TU Ilmenau und der Universität Jena.

Die Christiane-Nüsslein-Volhard-Stiftung möchte dazu beitragen, dass sich in Zukunft mehr hochqualifizierte Frauen an der Spitzenforschung in Deutschland beteiligen können und setzt dazu ganz pragmatisch beim drängendsten Problem von Frauen mit Kindern in der Phase der wissenschaftlichen Qualifikation an: bei der Kinderbetreuung. Stiftungszweck ist es, begabten Frauen mit Kindern den Berufsweg zur Wissenschaftlerin zu erleichtern. Insbesondere werden Doktorandinnen aus einem Fach der experimentellen Naturwissenschaften gefördert, indem finanzielle Zuschüsse für Kinderbetreuung und Hilfe im Haushalt zur Verfügung gestellt werden, damit die jungen Mütter mehr Zeit und Flexibilität für ihre wissenschaftliche Arbeit gewinnen.

Studienorganisation

Verantwortete Elternschaft (Bertram 2004) bedeutet, dass Eltern bewusst Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, dass sie die Entwicklung der Kinder begleiten wollen und maßgeblichen Einfluss auf die Erziehung ihrer Kinder nehmen wollen. Sie müssen daher bei ihrem Zeitbudget nicht nur Studium, gegebenenfalls Job und Freizeitaktivitäten einplanen, sondern auch Zeit für das Kind bzw. die Kinder. Für berufstätige Mütter liegt die Lösung, gerade wenn die Kinder noch sehr klein sind, in der Reduktion der täglichen oder wöchentlichen Erwerbsarbeit. Entsprechende Teilzeitangebote für Studierende gibt noch zu wenig. Das mag daran liegen, dass traditionell die Organisation des Hochschulstudiums ganz in der Eigenverantwortung der Studentinnen und Studenten lag. Seit aber verbindliche Regelstudienzeiten eingeführt worden sind, bei deren Überschreitung zum Teil empfindliche Gebühren fällig werden, sind Regelungen zu Urlaubssemestern, die nicht auf die Studiendauer angerechnet werden, wichtig (Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, TU Jena, Universität Wuppertal: Beurlaubung bis zu drei Jahre). Auch Teilzeitstudienangebote für studentische Eltern sind dringend notwendig (BTU Cottbus, FH Fulda, Universität Hamburg, FH Harz, TU Ilmenau, TU Jena, FH Karlsruhe, LMU München, FH Nürnberg, FH Esslingen, spezielles Angebot für studierende Mütter: FH NW). Die Einführung der noch stärker verschulten Bachelor-Studiengänge, die nicht selten mit Vollzeitpraktika (flexible Arbeitszeit in den Praxissemestern: FH Freiburg, Teilzeit Praxissemester: FH Ludwigsburg, Teilzeitpraktika Universität Potsdam) kombiniert werden, hat diesen Bedarf sogar noch erhöht.

Die Reservierung von Seminarplätzen für studierende Eltern, gehört auch zu den Maßnahmen, mit denen Benachteiligungen studierender Eltern ausgeglichen werden können (Fachhochschule für Wirtschaft Berlin).

In Hamburg werden bis zu zwei Kindererziehungsjahre auf Wartelisten für Fächer mit speziellen Zulassungsvoraussetzungen angerechnet. Mutterschutz und Erziehungszeiten werden in der Prüfungsordnung der Universität Hamburg und der TU Ilmenau berücksichtigt.

Möglichkeiten, wie dem geringeren Zeitbudget studierender Eltern in der Prüfungsphase Rechnung getragen werden kann, sind die Verlängerung der Bearbeitungszeit der Diplomarbeit (BTU Cottbus), generell verlängerte Prüfungsphasen (FH Wirtschaft Berlin, FH Harz, Universität Potsdam), oder flexible Handhabungen (FH

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Freiburg). In Ilmenau sollen Prüfungen nur in Zeiten stattfinden, in denen die Kinderbetreuung gesichert ist.

Wohnsituation

Preiswerter Wohnraum ist für Studentenfamilien mit Kindern, die nur einen engen finanziellen Rahmen haben, um angemessene Wohnungen zu mieten, sehr wichtig. In einigen Städten werden sie von den Studentenwerken durch die Bereitstellung spezieller Familienwohnungen unterstützt (Universität Bayreuth, BTU Cottbus, FH Freiburg, HS für Musik Weimar, TU Ilmenau: vorrangige Vergabe von Wohnheimplätzen). Eine Eingliederung von Familienwohnungen in Studentenwohnheime ist wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse – man denke nur an nächtliche Parties und das frühe Lärmen kleiner Kinder – wenig empfehlenswert. Gegenseitige Hilfe bei der Kinderbetreuung ist ein Hintergedanke bei der Konzentration solcher Familienwohnungen für Studierende. Modellhaft wird das Wohnraumangebot wenn auch noch eine Krippe, ein Kindergarten und eine Grundschule in die Wohnanlage integriert sind (Universität Bayreuth, allerdings ist auf den Internetseiten kein Hinweis darauf zu finden).

Sonstiges

Oft sind es die kleinen Maßnahmen, die Kinder an der Hochschule in den Blick rücken und zu einer familienfreundlichen Atmosphäre beitragen. Dazu gehören beispielsweise Wickelräume, Spielecken in der Bibliothek, wobei die Steckdosen im Umkreis kindersicher sind (Alice-Salomon-Fachhochschule für soziale Berufe) oder Hochstühle in der Mensa u.ä.m.

Doch es gibt auch noch substantiellere Hilfen, die nur an einzelnen Hochschulen gewährt werden. Dazu gehören die finanzielle Unterstützung in Notlagen (FH Freiburg), Zuschüsse bei Auslandsaufenthalten (Humboldt Universität Berlin) oder bei der Kinderbetreuung (Universität Oldenburg, HS für Musik Weimar).

An der LMU München werden Studierende mit einem Seminar „Studientechniken für Studierende mit Kindern“ unterstützt. Es soll ihnen dabei helfen, das Studium unter den erschwerten Bedingungen der Elternschaft zu bewältigen.

Schulung von Mitarbeitern und Vorgesetzten zur Erweiterung der Führungskompetenz in Sachen Familienorientierung gibt es bislang nur an der Universität Trier. Dies ist umso bedauerlicher als es einen „Wandel in den Köpfen“ braucht, um Hochschulen zu familienfreundlichen Orten zu machen. In allen Erhebungen wird deutlich, dass ein familienfreundliches Umfeld nicht in allen Einzelheiten geregelt sein kann oder im Alltag bestehende Regelungen unterlaufen werden können, wenn nicht insbesondere Vorgesetzte vom Leitbild der Familienfreundlichen Hochschule überzeugt sind.

Audit Familiengerechte Hochschule

Die Übersicht über die Projekte im vorangegangenen Kapitel zeigt eindrücklich, dass es vielfältige Bemühungen gibt, dem Ziel einer familiengerechteren Gestaltung von Hochschulen näher zu kommen. Selten erfolgt allerdings eine Einbindung der verschiedenen Maßnahmen in ein Gesamtkonzept Familienfreundliche Hochschule, das die Ansätze der verschiedenen Ebenen, für verschiedene Zielgruppen, mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten stimmig zusammenführen könnte (Vedder 2004). Hier setzt das *Audit Familiengerechte Hochschule* an, das

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Hochschulen auf einen von Auditorinnen begleiteten Prozess verpflichtet, der sich auf die Gesamtheit der systematisch erfassten Handlungsfelder erstreckt, nämlich: Arbeitszeit, Arbeitsort, Arbeitsinhalte und -abläufe, Führungskompetenz, Information und Kommunikation, Personalentwicklung, flankierender Service für Familien, Rahmenbedingungen der Qualifizierung.

Die *Gemeinnützige Hertie-Stiftung* engagiert sich bereits seit 10 Jahren für einen Perspektivenwechsel, bei dem familiäre Interessen nicht als Hemmnis, sondern als Chance der Wirtschaft begriffen werden. Den Anfang machte die Finanzierung von Studien, mit denen systematisch die Bedingungen und der Nutzen einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik erforscht wurden. Darauf aufbauend wurde ein dreijähriges Pilotprojekt ins Leben gerufen, in dessen Rahmen das *Audit Beruf & Familie* entwickelt und in zahlreichen Unternehmen erprobt wurde. Nachdem sich in dieser zweiten Phase die Umsetzbarkeit und Effizienz des Konzeptes erwiesen hatte, gründete die *Gemeinnützige Hertie-Stiftung* 1998 die *Beruf & Familie gemeinnützige GmbH*, die seitdem interessierte Unternehmen bei der Implementation familienfreundlicher Maßnahmen berät und unterstützt. Das *Audit Beruf & Familie* ist damit eine wichtige konkrete Ergänzung zur Initiative der Bundesregierung *Deutschland wird familienfreundlich* und der Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmannstiftung und des Familienministeriums *Allianz für Familie*.

Mit der familienfreundlichen Gestaltung von Arbeits- und Studienbedingungen übernehmen Hochschulen aber nicht nur gesellschaftliche Verantwortung, sondern verfolgen auch Eigeninteressen. So wird der Personaleinsatz effizienter, die Zahl der Studienabbrüche wird reduziert und die Studiendauer studierender Eltern verkürzt sich. Wie wichtig den Hochschulen das Element Familienfreundlichkeit bei der Profilbildung und Attraktivitätssteigerung mittlerweile ist, kann man daran ermessen, dass seit 2001 20 Hochschulen⁵ das Audit-Grundzertifikat erhalten haben. Das Grundzertifikat wird vergeben, wenn die Auditorinnen die bisherigen Bemühungen um Familienfreundlichkeit geprüft, Potenziale aufgezeigt und konkrete Zielvereinbarungen mit den Universitätsleitungen geschlossen haben, die auf die Rahmenbedingungen der Universität zugeschnitten sind. Nach drei Jahren nehmen alle auditierten Universitäten an einer Re-Auditierung teil, die das Erreichte auswertet und neue Impulse für eine Weiterentwicklung der jeweiligen familiengerechten Personalstrategien setzt. Für die erfolgreiche Teilnahme vergibt die Hertie-Stiftung das „Zertifikat Familiengerechte Hochschule“, das neben dem Erreichten vor allem die Fortsetzung des Prozesses auszeichnet.

Initiativen zur Chancengleichheit

Initiativen zur Chancengleichheit werden in diesem Literaturbericht zur – an sich geschlechtsneutralen – familienfreundlichen Hochschule aufgenommen, weil die

⁵ Universitäten Frankfurt a. M., Gießen, Marburg, Erfurt, Hohenheim, Kiel, Trier, Oldenburg, Saarbrücken sowie die Fachhochschulen Ludwigshafen, Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Gießen, Heilbronn, Koblenz, Nürnberg, Wismar, Mainz und Bremen die Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, die Medizinische Hochschule Hannover, die International University Bremen, die Technische Universität Kaiserslautern und die katholische Universität Eichstätt. Die Universitäten Konstanz und Bochum wollen sich um eine Auditierung bemühen. Die Universität Trier und die Fachhochschule Ludwigshafen haben bereits die zweite Stufe erreicht.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

geschlechtsneutralen Formulierungen wie „Studierende mit Kindern“, „Eltern an der Universität“ etc. verschleiern, dass Mütter und Väter mit ganz unterschiedlichen Problemen zu kämpfen haben. Wenn von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf respektive Studium oder Forschung die Rede ist, so wird unausgesprochen ein Frauenproblem thematisiert. Für Männer stellt sich die Alternative Beruf oder Kinder nicht. Professionelle Erwerbsarbeit und Karriere sind für sie eher Voraussetzung zur Familiengründung (Birkelbach) als ein Hinderungsgrund oder zumindest eine Schwierigkeit, es sei denn, sie hätten die „Frauenrolle“ (sic!) übernommen.

Warum aber übernehmen Frauen die „Frauenrolle“? In erster Linie deswegen, weil ihre Familienorientierung höher ist. Mehrheitlich bevorzugen sie das adaptive Modell, bei dem Kinder den gleichen Rang einnehmen wie berufliche Ambitionen (Bertram, Hakim, Familienmonitor). In der Praxis bedeutet das eine Favorisierung von Teilzeitarbeit. Mit dieser grundsätzlichen Einschränkung der zeitlichen Verfügbarkeit für wissenschaftliche Arbeit, geraten Frauen mit Kindern schnell gegenüber Männern, aber auch Frauen ohne Kinder im Wettbewerb ins Hintertreffen. Selbst Vollzeit arbeitende Frauen mit eindeutiger Berufsorientierung sind eher für die Organisation der Kinderbetreuung zuständig als die Väter und müssen insofern auch Ansprüchen genügen, die mit einer wissenschaftlichen Karriere erst vereinbart werden müssen. Es gibt also Benachteiligungen durch eine eingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit, die fast ausschließlich Frauen betreffen. Hinzu kommt eine strukturelle Benachteiligung von Frauen etwa bei Stellenbesetzungen, für die eine (potenzielle) Mutterschaft ein wichtiger Erklärungshintergrund ist. Befürchtete Folgen sind die Vakanz von Stellen wegen Mutterschutz und Elternzeit, eine geringere Belastbarkeit und mehr Fehlzeiten wegen kranker Kinder. Für die Skepsis gegenüber weiblichen Bewerberinnen ist es dabei völlig unerheblich ob die Frau Kinder hat, sich Kinder wünscht oder sich gegen eigene Kinder entschieden hat. Diese Vorbehalte werden vermutlich solange bestehen, wie Männer nicht Erziehungsurlaub nehmen, Kinderkrankentage geltend machen oder auf ein pünktliches Ende von Besprechungen drängen, weil sie den Nachwuchs spätestens um 17.00 Uhr aus der Kita abholen müssen. Maßnahmen, die die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern erhöhen, sind daher auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Qualifikation und Familie (vgl. 3.1.4). Das erste bundesweite Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten (CEWS.pubilk.no5) des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung beruht auf einer quantitativen Analyse von Indikatoren zu den Bereichen Studierende, Promotionen, Habilitationen, wissenschaftliches und künstlerisches Personal und Professuren sowie zu Veränderungen im Zeitverlauf bei den Indikatoren. Es enthält Anhaltspunkte für eine familiengerechte Ausgestaltung der Hochschulen, wenn dies auch nicht Ziel der Gleichstellungsprogramme und des Rankings ist. Der Chancengleichheit wird vielmehr der Rang eines eigenständigen Profilvermerks eingeräumt und an sie wird auch ein entsprechendes Zertifikat vergeben. Mit dem Total E-Quality Prädikat werden vom CEWS im Auftrag des Bundes Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgezeichnet, die sich mit personal- und

2 Ergebnisse der Literaturstudie

institutionenpolitischen Maßnahmen um die Durchsetzung von Chancengleichheit in ihren Einrichtungen bemühen und dabei auch Erfolge erzielen⁶.

Die Bewerbung um das Prädikat basiert auf einer Selbsteinschätzung anhand eines Selbstbewertungsinstrumentes, das mit dem Verein TOTAL E-QUALITY Deutschland e.V., der Sozialforschungsstelle Dortmund sfs und Expert/innen aus Wissenschaft und Forschung entwickelt wurde.

Eine gute Übersicht über die Vielzahl von Programmen der Frauenförderung in der Wissenschaft bietet: <http://www.cews.org/hwp/>. Hier findet man Beschreibungen und Literatur, vor allem Evaluationsberichte zu Einzelprojekten, Länderprogrammen zur Habilitations- und Promotionsförderung von Frauen, Stiftungsstipendien, zum HWP-Fachprogramm Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre des Bundes, zu den Hochschulsonderprogrammen des Bundes etc.

Bestrebungen, die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern an Universitäten herzustellen, und Maßnahmen zur Förderung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen sind häufig organisatorisch und personell miteinander über die Büros der Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragten verbunden. Aus gutem Grund, denn die Familiengründung im Studium und erst recht Kinder während des Aufbaus einer wissenschaftlichen Karriere gehen in der Regel zu Lasten der Mütter. Wer hätte sich sonst der Problematik annehmen sollen, wenn nicht die Frauenbeauftragten, die mit den vielschichtigen Problemen der Bewältigung des Universitäts-Alltags mit Kindern bestens durch ihre Beratungstätigkeit vertraut sind. Doch aus der „Frauenecke“ muss die Familienfreundlichkeit raus, wenn Maßnahmen erfolgreich implementiert werden sollen. Zu diesem Ergebnis kommt Günther Vedder, der Leiter des Trierer Hertie Projektes in der Rückschau auf Dutzende von Auditierungen. „Familienorientierung muss als Querschnittsaufgabe auch Chefsache sein. Zudem erhalten Männer, Partner und Väter im Rahmen der Auditierung die Chance, auf einem für sie ungewohnten Terrain aktiv zu werden ... im schlechtesten Fall ziehen sie sich schnell wieder zurück, wenn ihre Bedürfnisse von anderen Beteiligten nicht ernst genommen oder überstimmt werden.“ (Vedder 2004). Die „Ambivalenz von Frauenbeauftragten mit dem Thema Vereinbarkeit“ (Winter 2004) hat aber auch Gründe, die nichts mit der wünschenswerten breiten Repräsentanz unterschiedlicher Beteiligter in Initiativen zu tun haben. Die Ökonomisierung von Wissenschaft und Forschung seit den 1990er Jahren hat dazu geführt, dass die Argumentation mit Rechtsansprüchen weit weniger überzeugend ist und ein wenig antiquiert wirkt im Vergleich zur ökonomischen

⁶ Mi dem Total E-Quality Prädikat ausgezeichnete Institutionen: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (2004) ■Fachhochschule Dortmund (2005, 2002) ■Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (2005, 2002) ■Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (2005, 2002) ■Fachhochschule Hannover (2005) ■Fachhochschule Lippe und Höxter (2004) ■Fachhochschule Nordostniedersachsen (2004) ■Fachinformationszentrum Karlsruhe (2004, 2001) ■Forschungszentrum Karlsruhe GmbH (2005, 2002) ■Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO/ Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement IAT der Universität Stuttgart Stuttgart (2005, 2002) ■Freie Universität Berlin (2005, 2002) ■Georg-August-Universität Göttingen, Bereich Humanmedizin (2005, 2002) gsf - Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (2005), Institut für Personalwesen und Internationales Management der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg (2004, 2001, 1998) Johannes Gutenberg Universität Mainz (2005) RWTH Aachen (2005) Technische Informationsbibliothek und Universitätsbibliothek Hannover (2004) Universität Dortmund (2005) Universität Hannover (2005, 2002) Universität Potsdam (2005, 2002) Universität zu Köln (2004)

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Verwertungslogik. Diese können aber Konzepte zur Familienfreundlichkeit insbesondere zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Verweis auf den Verlust von Humankapital für sich beanspruchen. Mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird aber von Personalverantwortlichen vorschnell als Erklärungsmuster für die mangelnde Vertretung von Frauen auf den höheren Stufen der Karriereleiter akzeptiert. Sie müssen sich z. B. nicht mit männlich dominierten Rekrutierungsmethoden des wissenschaftlichen Nachwuchses auseinandersetzen, denn das auslösende Problem, auf dessen privaten Rahmen sie ohnehin wenig Einfluss haben, liegt ja bei den Frauen. So akzeptieren Personalverantwortliche nur zu gern die Bemühungen von Gleichstellungsbeauftragten „den Frauen zu helfen“. Die Vertretung des Ziels familiengerechte Hochschule nimmt den Frauenbeauftragten daher auch Möglichkeiten, den Anspruch auf Gleichberechtigung zu vertreten und im Hintergrund wirkende trotz aller objektiven Rhetorik eben nicht geschlechtsneutral wirkenden Mechanismen anzuprangern (Krais, Müller).

Familienfreundliche Hochschule in der DDR

Der Standort der Partnerhochschulen in den neuen Bundesländern und die Einordnung der Strategie – durch familienfreundliche Hochschulen strukturschwache Regionen zu unterstützen – in die Aufbau-Ost Problematik, stellte den Literaturbericht vor die Aufgabe, nicht nur das Themenfeld von fördernden und hindernden Faktoren für den Kinderwunsch und Fertilität (angehender) Akademikerinnen zu erschließen, sondern auch herauszuarbeiten, ob es Bedingungen und Anknüpfungspunkte gibt, die für den Osten Deutschlands spezifisch sind.

In den fünfziger Jahren war die DDR-Familienpolitik auf die Gleichberechtigung der Frau und ihre vollständige Integration in den Produktionsprozeß ausgerichtet. Das entsprach dem marxistischen Überbau, der den Menschen als homo oeconomicus definierte, der im Sozialismus durch die volle Teilhabe an den Produktionsmitteln ausgezeichnet wurde. Die Vollzeit-Erwerbstätigkeit der Frauen erfuhr vor diesem ideologischen Hintergrund eine Deutung als Befreiung der zuvor im kapitalistisch-patriarchalen System unterdrückten Frau. Die hohe Frauenerwerbsquote entsprach aber auch den wirtschaftlichen Erfordernissen, denn durch die Bevölkerungsverluste im 2. Weltkrieg und die Fluchtbewegung aus der DDR bis 1961 litt die DDR-Wirtschaft unter einem massiven Arbeitskräftemangel.

Das Ziel der weitgehenden Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben wurde allerdings um den Preis eines starken Geburtenrückgangs erreicht. Der Widerstand der Frauen gegen eine Politik, die ihnen neben der mannsgleichen Berufsarbeit noch die Sorge für mehrere Kinder aufbürden wollte, führte in den sechziger Jahren zu einer Modifikation des Familienleitbildes. Durch eine Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen sollte es den Frauen nun leichter gemacht werden, Kinder mit der weiterhin als prioritär angesehenen beruflichen und gesellschaftlichen Arbeit zu vereinbaren. Mit dem Jahr 1972 wurden die Rahmenbedingungen dafür deutlich verbessert. Neben der Bevölkerungsvermehrung sollte dieser Richtungswechsel in der Familienpolitik auch einen stabilisierenden Einfluß auf das Gesellschaftssystem haben (Obertreis).

Zu den Rahmenbedingungen der Familiengründung in der DDR gehörte der Schwangerschaftsurlaub, der von 14 Wochen in den sechziger Jahren auf 26 Wochen Ende der 80 Jahre ausgedehnt wurde. Während dieser Zeit erhielten die Frauen eine

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Unterstützung in Höhe ihres Nettodurchschnittsverdienstes. Für den Rest des ersten Jahres konnten sich die Mütter (ab 1986 auch Väter oder Großmütter) von der Arbeit freistellen lassen und erhielten eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes. Während des Babyjahres genossen die Mütter Kündigungsschutz, der für Alleinerziehende auf drei Jahre ausgedehnt wurde. Die Mutterschutzzeiten wurden bei der Rentenversicherung berücksichtigt, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt und der Jahresurlaub verlängert. Es gab bezahlte Kinderkrankentage (z.B. vier Wochen für Alleinerziehende mit einem Kind) und den Anspruch auf unbezahlte unbefristete Freistellung zur Pflege kranker Kinder. Die Familiengründung wurde auch finanziell unterstützt durch eine Geburtenbeihilfe und einen Ehekredit, der "abgekindert" werden konnte. Die Bevorzugung bei der Vergabe von Wohnungen war unter den Bedingungen des Wohnungsmangels eine wichtige Vergünstigung.

Die leichte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde außerdem durch den Ausbau der Infrastruktur zur Kinderbetreuung erreicht. 1988 waren 80% der unter Dreijährigen, 95% der Drei- bis Sechsjährigen und 80% der Sechs- bis Zehnjährigen in Krippen, Kindergärten und Schulhorten untergebracht. Sie wurden dort kostenlos gegen eine Beteiligung von 1 Mark/Tag für Verpflegung bis zu 11 Stunden betreut (Ochs).

Diese sozialpolitischen Maßnahmen zeigten Wirkung. In der DDR gab es kaum kinderlose Frauen. Die Familiengründung erfolgte früh und war früh mit meist zwei Kindern abgeschlossen (Hoffmann/Trappe). Das Familienleitbild, das zum Vorziehen der Geburten führte, war so wirkmächtig, dass Frauen über 30 allgemein als zu alt galten, um Kinder großziehen zu können und kinderlose Frauen teilweise schon ab Mitte 20 mit sozialer Diskriminierung rechnen mussten. Keine Kinder zu haben galt als egoistisch und kleinbürgerlich (Meyer/Schulze). Die Grenzen dieser Politik waren jedoch schon vor der Wende erreicht. Schon ab 1987 sank die Geburtenzahl gering ab (Hoffmann/Trappe).

Kopp verbindet in seiner Studie zur Geburtenentwicklung ältere wohlstandstheoretische Ansätze zur Fertilität, die etwa die sozialpolitischen Maßnahmen in den Vordergrund stellen, mit neueren biographischen Erklärungsmustern. Er hebt hervor, dass der im Vergleich zum Westen frühen Elternschaft auch nicht die Vielfalt von Lebensoptionen entgegenstand, die für junge Erwachsene im Westen kennzeichnend sind. Im Gegenteil, Familiengründung markierte in der DDR in traditioneller Weise das Ende der Adoleszenz (Meyer/Schulze). Auch der Rückzug ins Private, in die kleine selbstbestimmte Welt vor der Verplanung des Lebens durch den Staat ist einer der individuellen Beweggründe zum Kinderkriegen in der DDR gewesen (Gysi).

Das Ziel früher Familiengründung bei gleichzeitiger Ausschöpfung des Humankapitals sorgte auch für Studienbedingungen, die die Vereinbarkeit von Kindern und Studium besonders leicht machten. Es gab spezielle Regelungen für schwangere Studentinnen, finanziell war das Leben durch Stipendien und Kindergeld abgesichert, die Kinderbetreuung war gewährleistet, Wohnheimplätze wurden vermittelt und eine langfristige Berufsperspektive war vorhanden. Durch die finanzielle Unabhängigkeit und eigenen Karriereoptionen der Frauen war vielleicht, anders als im Westen, das Ansehen der Partnerschaft als besonders haltbar und belastbar nicht Voraussetzung für die Entscheidung zum Kind. Auch Alleinerziehende konnten ohne weiteres damit rechnen, ihre Kinder ohne sozialen Abstieg großziehen zu können. Außerdem sorgte

2 Ergebnisse der Literaturstudie

das öffentlich propagierte Familienleitbild dafür, dass trotz aller Regelungen noch vorhandene Entscheidungsspielräume in Fragen der Studien- und Prüfungsorganisation zugunsten von Eltern genutzt werden konnten. Studierende Mütter waren daher seit den 70er Jahren eine DDR-typische Erscheinung (Grandke).

Waltenberg erkennt zwischen den familienfreundlichen Maßnahmen für Studierende und der Erhöhung des Frauenanteils an den Hochschulen einen Zusammenhang, der dem Zusammenhang der oben besprochenen allgemein familienfördernden Maßnahmen und der Erhöhung bzw. Beibehaltung der Frauenerwerbsquote entspricht.

Kritisch merkt sie an, dass der Studienzugang in der DDR gesteuert wurde. Die Bildungspolitik setzte auf einen mittleren Bildungsabschluss von Frauen. Fächerverteilung und Ausbildungsniveau folgten einem internen Numerus clausus, der die Männerdomäne von (Natur)wissenschaft und Technik an den Universitäten konservierte und für Frauen vor allem Studien im medizinischen und pädagogischen Bereich, vornehmlich an Fachschulen, vorsah (Chancengleichheit sehen konträr zu Waltenberg: Huinink/Mayer/Trappe).

Frauen wurde also staatlicherseits die Entwicklung ihres individuellen Humankapitals verwehrt. Ob bei dieser gezielten Benachteiligung von Frauen die Tatsache eine Rolle spielte, dass auch in der DDR ein negativer Zusammenhang zwischen Hochqualifizierung und Geburtenzahl bestand, lässt die Verfasserin offen. Frauen wurden im Widerspruch zur Propaganda an der Ausschöpfung ihres Potenzials gehindert und waren auch trotz der Vollzeitberufstätigkeit dem traditionellen Rollenbild entsprechend vornehmlich für Haushalt und Familie verantwortlich (Nickel). Die aufgeführten familienpolitischen Maßnahmen erleichterten ihnen diese Doppelbelastung und minderten im Vergleich zum Westen auch die Abhängigkeit vom Ehemann.

Mit der Wende sank die Geburtenzahl dramatisch. Allgemeine Verunsicherung durch die sich wandelnden Lebensverhältnisse, vor allem Arbeitslosigkeit und instabile wirtschaftliche Lage, werden dafür verantwortlich gemacht. Auch nach Abklingen des Wendeschocks bleibt die Geburtenziffer deutlich unterhalb des Niveaus der alten Bundesländer. So nähert sich das Geburtsverhalten ostdeutscher Frauen dem westdeutscher an, auch was das höhere Erstgebärendenalter betrifft (Hullen, Huinink, Richter, Habisch).

2.4 Schlussfolgerungen

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen „familienfreundlicher Hochschule“ und regionaler Entwicklung?

- Hochschulen gelten als ein herausragender Faktor der regionalen Wirtschaftsentwicklung, weil sie den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis befördern und damit zu Innovativität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beitragen.
- Durch Ausgründungen aus Universitäten werden wissensintensive Firmen in der Region angesiedelt.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Die akademischen Gründungen sind statistisch überdurchschnittlich erfolgreich und garantieren damit langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze.
- Das Potenzial von Hochschulen für die Regionalentwicklung kann insbesondere in Ostdeutschland durch eine familienfreundliche Ausrichtung von Hochschulen noch erhöht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen ist unter anderem dadurch beeinträchtigt, dass Hochschulabsolventen abwandern, wodurch das entwickelte Humankapital mit seinem Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung der Region nicht mehr zur Verfügung steht. Durch entsprechende Maßnahmen kann die Familiengründung während des Studiums also vor der Abwanderungsentscheidung erleichtert werden. Familien sind aber ein wichtiger Haltefaktor.
- Gerade gut ausgebildete junge Frauen wandern überproportional häufig ab. Da sich durch die Implementation familienfreundlicher Maßnahmen an Hochschulen für diese Gruppe die Chancen auf Verwirklichung des individuellen Lebenswunsches nach eigenen Kindern erhöhen, steht zu erwarten, dass sich das als Haltefaktor erweist.
- Weiche Standortfaktoren sind wichtige Haltefaktoren und können sogar als Pullfaktor im Wettbewerb um Spitzenwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen wirken. Zu diesen weichen Standortfaktoren zählen an erster Stelle Bedingungen, die den Alltag der Partner bzw. Partnerinnen und Kinder bestimmen, wie Möglichkeiten für Dual-Careers, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Schulauswahl, Vereinsleben etc. Maßnahmen, durch die die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie erhöht wird, sind hierbei ein wichtiger Beitrag der Hochschulen.
- Die Regionalentwicklung ist sowohl von einer Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung abhängig als auch vom Qualifikationsniveau der vorhanden Arbeitskräfte. In Anbetracht des erwarteten Fachkräftemangels ist es unerlässlich, Rahmenbedingungen zu schaffen, die beide Ziele vereinbaren. Gegenwärtig wirkt sich Hochschulbildung negativ auf die Fertilität aus und vice versa.

Warum bleiben etwa 30% der Akademikerinnen kinderlos?

- Nicht, weil sie sich erst in einem Alter dazu entscheiden, in dem das Kinderkriegen aus biologischen Gründen schwierig wird.
- Weil sie keinen passenden Partner zum heiraten und für die Familiengründung finden.
- Eine hohe Investition in das individuelle Humankapital führt zu einer hohen Berufsorientierung, die wiederum häufig zu einer Entscheidung zwischen Beruf oder Kind führt. Hintergrund für das ambivalente Verhältnis beider Lebensbereiche sind sowohl die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie als auch die persönlichen Ansprüche an die Ausfüllung der Mutterrolle, die insbesondere mit dem Anspruch auf Verfügbarkeit der Arbeitskraft in akademischen Berufen kollidiert.
- Zu Beginn des Studiums wird noch kein Konflikt zwischen Beruf und Familie gesehen. Insofern wäre es für Studentinnen günstig, sich den Kinderwunsch bereits im Studium zu erfüllen.

Warum bekommen Studierende keine Kinder im Studium?

- Die Studierenden verhalten sich konform zum tradierten Lebenslaufmuster, das eine gesicherte Existenz zur Voraussetzung der Familiengründung erfordert. Sie wollen zwar bis auf wenige Ausnahmen eigene Kinder, aber erst, wenn sie sich beruflich etabliert haben (Männer) bzw. soviel berufliche Erfahrung gewonnen haben, dass sie nach einem Erziehungsurlaub auch wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können.
- Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ist die Familiengründung im Studium auch wenig empfehlenswert, denn sie ist mit einem hohen Risiko eines Studienabbruchs, einer erheblichen Verlängerung der Studiendauer und eines schwierigeren Berufseintritts verbunden.

Ist die Familiengründung (angehender) Akademikerinnen ein relevantes Forschungsthema?

- Das Thema hat an Relevanz gewonnen, weil sich die Bildungsbeteiligung von Frauen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich erhöht hat.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Die weitere Erhöhung der Quote akademisch qualifizierter Frauen ist wegen des zu erwartenden Fachkräftemangels notwendig. Gegenwärtig wirkt sich die Qualifizierung aber negativ auf das Gebärverhalten oder dieses negativ auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt aus.
- Gesellschaftliche Eliten haben auch eine Trend- und Vorbildfunktion. Schon heute gibt es im Milieu der konkurrierenden Optionen, in dem gehobener Lebensstandard contra Kinder steht, die zweithöchste Kinderlosenquote (Dorbritz).

Bleiben durch familienfreundliche Maßnahmen weniger Akademikerinnen kinderlos?

- Vermutlich hat die Implementation familienfreundlicher Maßnahmen keinen messbaren Effekt, denn die mangelnde Neigung zur Familiengründung im Studium beruht nicht etwa auf der (berechtigten) Sorge, dass sich Studium und Kinder schlecht vereinbaren lassen, sondern darauf, dass Studierende während der Ausbildungsphase keine Kinder bekommen wollen.
- Sozialpolitische Maßnahmen sind trotzdem notwendig, da der Staat mit seinem Ausbildungsmonopol auch eine gewisse Fürsorgepflicht wahrnehmen sollte, die die Umsetzung des vorhandenen Kinderwunsches ermöglicht, zumal Geburten wegen der demografischen Entwicklung gesellschaftlich erwünscht sind.
- Um einen Effekt zu zeigen, müssten die sozialpolitischen Maßnahmen aber mit einem Leitbild ergänzt werden, das die frühe Elternschaft propagiert.
- Eine familienfreundliche Ausrichtung von Hochschulen könnte sich auf die Kinderzahl auswirken, denn die beim ersten Kind erfahrenen Alltagsschwierigkeiten und Benachteiligungen halten möglicherweise viele vom eigentlich erwünschten zweiten Kind ab.

Ansatzpunkte für Maßnahmen für eine familienfreundliche Hochschule

- Sozialpolitische Maßnahmen, wie sie etwa im Konzept des Audits Familienfreundliche Hochschule systematisiert worden sind, sind sinnvoll.
- Sinnvoll ist aber auch eine Ergänzung durch ein neues Leitbild: Familie zu haben ist normal, bereichernd, aufregend und erwünscht.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Zielgruppe des neuen Leitbildes müssen Männer ebenso sein wie Frauen, denn sie sind die Partner, mit denen Familie gelebt wird oder entscheiden im Universitätsalltag als Dozenten, Professoren und Prüfer über die Ausgestaltung von Ermessensspielräumen, die für Studierende oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kindern genutzt werden können oder auch nicht.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Literatur

7. Familienbericht/Council of Europe: recent demographic developments, 2003.
10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de).
- Akademischer Senat der Ernst-Moritz-Arndt- Universität (2004): Zehn Thesen zur Hochschulpolitik des Landes. <http://www.uni-greifswald.de>.
- Antony, H. Conny (2004): Anforderungen an die Auditierungen im Hochschulbereich, in: Vedder (2004): Familiengerechte Hochschule, F. a. M.
- Arndt (2001): Innovative Netzwerke als Determinante betrieblicher Innovationstätigkeit. Das Beispiel Süd-Wales/UK. Kölner Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, Band 51.
- Aßmann/Röpke (1999): Universitäten und regionale Entwicklung - das Beispiel Marburg.
- Assenmacher u.a. (2004): Regionale Entwicklungsimpulse von Hochschulen, Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH) (Harzer Hochschultexte).
- Audretsch, David/Lehmann, Erik (2004): Universitäten als regionale Förderer der Wirtschaft? Ifo Schnelldienst, Nr.3, Dresden.
- Bachu, A. (1999). Trends in Prematrital Childbearing: 1930–1994. Current Population Report, P23–197.
- Backhaus, 2000: Öffentliche Forschungseinrichtungen im regionalen Innovationssystem: Verflechtungen und Wissenstransfer – Empirische Ergebnisse aus der Region Südostniedersachsen. Hannoversche Geographische Arbeiten, Band 55, Münster, 2000.
- Bähr, Jürgen (1997): Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. Stuttgart.
- Bauer, Elisabeth-Maria (1997): Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor: eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte; dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München (Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie; 41 zugleich Diss. Universität München), Kallmünz/Regensburg : Lassleben.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004): Kurzinformationen zum Kreis KS Greifswald, Hansestadt Mecklenburg-Vorpommern. In: Laufende Raumbewertung des BBR – Stand: Oktober 2004. <http://www.bbr.bund.de>.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1990.
- Behr, M./Walter, A. (2005): Wirtschaftliche Entwicklung und Fachkräftebedarf in Brandenburg – Verarbeitendes Gewerbe – Tourismus – Sozialwirtschaft (Schriftenreihe des Brandenburger MASGF).
- Bertram, Hans, Rössler, Wiebke, Ehlert, Nancy (2004): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Berlin: bmfsgj.
- Beyer u. a. (2004): Die FH Bonn-Rhein-Sieg und Rhein-Ahr Campus als Instrumente im regionalen Strukturwandel, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie.
- Biller-Andorno, Nikola (2005): Karriere und Kind. Erfahrungsberichte von Wissenschaftlerinnen, Frankfurt a.M. Birkelbach, Klaus W. (1998): Berufserfolg und Familiengründung, Lebensläufe zwischen institutionellen Bedingungen und individueller Konstruktion (Studien zur Sozialwissenschaft 201, Opladen : Westdt.-Verl., 1998.
- Birkelbach, Klaus W. (1998): Berufserfolg und Familiengründung, Lebensläufe zwischen institutionellen Bedingungen und individueller Konstruktion (Studien zur Sozialwissenschaft 201, Opladen : Westdt.-Verl., 1998.
- Bittman, M. (2004): Parenting and Employment: what Time-use survey show. In: Folbre, N., Bittman, M., The social organisation of care London/New York, Routledge.
- Blossfeld, Hans-Peter (1995): The new role of women : family formation in modern societies, Boulder
- Blossfeld, Hans.-Peter./Timm, A. (2003): Who marries whom? Educational System as Marriage Markets in Modern Societies. Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers
- Blossfeld, Hans-Peter, Huinink, Johannes (1990): Bildung, Karriere und das Alter bei der Eheschließung von Frauen in: Bevölkerung und Wirtschaft Felderer, Bernhard [Hrsg.] Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N.F.,202
- Blume, L./Fromm, O., 2000, Wissenstransfer zwischen Universitäten und regionaler Wirtschaft, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 69.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Breschi (1999): Localised knowledge spillovers and trade competitiveness: The case of Italy, in: Innovation, networks and localities (1999), S.155-180.
- Broch, Sylvia: Mit Kind im Gegenwind. Studie zur Vereinbarkeit von Karriere und Familie von Studierenden und Beschäftigten mit Kindern an der Universität 1999/2000 (hg. Gleichstellungsbeauftragte der Universität Bielefeld) erhältlich im Frauenbüro.
- Brüderl. L./Paetzold, B (1992): Frauenleben zwischen Beruf und Familie: Psychosoziale Konsequenzen für Persönlichkeit und Gesundheit, Weinheim: Juventa.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Elternschaft und Ausbildung. Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin Mai 2004.
- Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.) (2004). Deutschland vor der demographischen Herausforderung. Interesse, Informationen, Daten, Hintergründe. 11/04.
- Butzin, Bernhard, 2000, Netzwerke, Kreative Milieus und Lernende Regionen, Perspektiven für die regionale Entwicklungsplanung, Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Heft 3-4, Jg. 44.
- Castles, F.G. (2002): Three facts about fertility: Cross-national lessons for the current debate, in: Family Matters, 63.
- Crevoisir, Oliver (2001): Der Ansatz des Kreativen Milieus, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Heft 3-4, Jg. 45.
- Cuyvers, P., Schulze, H.J., Künzler, J., Hooghiemstra, E. (2003): Partners of fertility and division of household/childcare in the European Union, Eurobarometer 59. A report for the European Commission.
- Davelaar (1991): Regional economic analysis of innovation and incubation, Aldershot [u.a.] : Avebury, 1991.
- Deilmann (1995): Wissens- und Technologietransfer als Regionaler Innovationsfaktor: Ausgangsbedingungen, Probleme und Perspektiven am Beispiel der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern, Dortmund, 1995.
- Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Handwerk, hg. Vom Deutschen Handwerks Institut, 2004.
- Dienel, Christiane (2005): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, Wiesbaden: VS Verlag.
- Dienel, Christiane (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt, <http://www.menschen-fuer-sachsenanhalt.de/>
- Dittrich, Gisela (2002): Das institutionelle Angebot für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt (Kindergartenalter). In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Zahlenspiegel. Daten zu Tageseinrichtungen für Kinder. Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. München.
- Döring, Thomas (2004): Räumliche Wissens-Spillovers und regionales Wirtschaftswachstum, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 48, Heft 1.
- Dorbritz Jürgen (1994): Demographische Trends und Hauptergebnisse der deutschen Population Policy Acceptance Study (PPAS), in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft.
- Dorbritz, Jürgen (1994): Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft.
- Dornseiff, Aann-Michael und Sackmann, Reinhold (2003): Familien-, Erwerbs- und Fertilitätsdynamiken in Ost- und Westdeutschland. in: „Partnerschaft und Familiengründung - Ergebnisse der dritten Welle des Familiensurvey“ hg.v. Walter Bien.
- Dubiel, Gerald (2002): PIK-NBL I/2002, isw- Konjunkturbefragung zur Situation von Unternehmen der Informationswirtschaft in den neuen Bundesländern, Vergleich Neue Bundesländer – Sachsen-Anhalt.
- Duchhardt, Heinz (1993 Hg.): Stadt und Universität (Städteforschung A 33), Köln-Wien: Böhlau.
- Dunson, D.B. et al.: Increased infertility with age in men and women. *Obstet gynecol* 103 (2004) 7-14.
- Ebenrett, Heinz J.; Hansen, Dieter; Puzicha, Klaus J. (2003): Verlust von Humankapital in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2003) B 6-7, S. 25-31.
- Eckhard, J./Klein, T. (2004). Kinderwunsch, Kinderzahl und Kinderlosigkeit von Männern. Eine Sonderauswertung des Familiensurveys. Heidelberg.
- Edler/Schmoch (2001): Wissens- und Technologietransfer in öffentlichen Forschungseinrichtungen, ifo Schnelldienst, Nr.4.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Eichhorst, Werner ; Thode, Eric, Hg. Bertelsmann Stiftung (2002), Strategien gegen den Fachkräftemangel Band 1: Internationaler Vergleich.
- Engelhardt, H., Kögel, T., Prskawetz, A. (2004): Fertility and women´s employment reconsidered, in: Population studies, 58/1.
- Engstler, H./Lüscher, K. (1991): Späte erste Mutterschaft. Ein neues biographisches Muster der Familiengründung? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, S. 433–460.
- Esch, Karin/Stöbe-Blossey, Sybille (2002): Kinderbetreuung. Ganztags für alle? Differenzierte Arbeitszeiten erfordern flexible Angebote. Institut für Arbeit und Technik, IAT-Report 2002-09.
- Esping-Andersen, G. (1999). Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford University Press.
- Fachkräftemangel bei Ingenieuren - Aktuelle Situation und Perspektiven Fachkräftemangel bei Ingenieuren,VDI Nachrichten 2004.
- Familien-Monitor: Mütter und Beruf: Realitäten und Perspektiven. Monitor Familienforschung Ausgabe Nr. 4, Dezember. 2005 .
- R. Felberbaum/Küpker, W./Ludwig, M./Diedrich. K. (1/2002): Gynäkologische Endokrinologie, Springer.
- Franz, Peter./Rosenfeld, Martin T.W. / Roth, Diana (2002): Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle. Diskussionspapier des IWH, Nr. 163, 2002.
- Fritsch u .a. (2004): Gründungen in Städten, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie.
- Fritsch/Koschatzky/Schätzel/Sternberg (1998): Regionale Innovationspotentiale und innovative Netzwerke, in: Raumforschung und Raumordnung Heft 4 / 1998.
- Fritsch, M./Schwirten, C (1998): Öffentliche Forschungseinrichtungen im regionalen Innovationssystem. Ergebnisse einer Untersuchung in drei deutschen Regionen, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4 / 1998.
- Fromhold-Eisebith (1992): Wissenschaft und Forschung als regionalwirtschaftliches Potential? Das Beispiel von Rheinisch-Westfälischer Technischer Hochschule und Region Aachen. Aachen, 1992.
- Fuchs, Johann/Thon, Manfred (1999): Potentialprojektion bis 2040: Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften. IABkurzbericht Nr. 4/1999.
- Gansel, Benjamin/B. Raith/Matthias G. Wilker/Helge M. (2005): Die Hochschule als regionaler Impulsgeber für Unternehmensgründungen – Eine empirische Untersuchung des Technologietransfers der Universität Magdeburg von 1990-2004 (FEMM Faculty of Economics and Management Magdeburg Working Paper Series 2005 21).
- Genosko, J.: Netzwerke in der Regionalpolitik, Marburg, 1999.
- Genosko, J.: Regionale Netzwerke: Eine kritische Bestandsaufnahme, Ingolstadt, 2000.
- GEO-Beilage zu den demographischen Perspektiven Deutschland (2005).
- Gerloff, Antje (2004): Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie, in: Dienel, Christiane (Hg.): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt
- Gloede, K./ Schirmag, T./ Schöler, K.: Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region, Frankfurt am Main u. a. 1999.
- Goldstein, J./Lutz, W./Testa, M-R. (2003 Vienna Institute of Demography): The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe, in: Population Research and Policy Review 22(2003)5-6:479-496.]:
- Göhler, M./Scholz, W.D. (1989): Zwischen Küche und Hörsaal. Zur Situation studierender Mütter, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg.
- Grandke, Anita (1992): Veränderte Lebenssituation der Familien in den neuen fünf Ländern, in: Jans, Bernhard/ Sering, Agathe (Hgg), Familien im wiedervereinigten Deutschland, AFG Dokumentation, Bonn, Vektor, 1992.
- Gries, T. (1995): Neue regionale Wachstumstheorie und Humankapital als regionaler charakteristischer Faktor, in: Gahlen, B./Hesse, H./Ramser, H.J. (Hrsg.): Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalökonomik. Tübingen, 1995.
- Grotherr, Michael (2005): Erwerbseinstiege ostdeutscher Hochschul- und Lehrabsolventen: Eine Anwendung der Optimal-Matching-Technik, sfb 580 diskussionpapers.
- Grünheid, Evelyn (2003): Junge Frauen in Deutschland – Hohe Ausbildung contra Kinder? in: Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Grünert, Holle/Lutz, Burkart/Wiekert, Ingo (2002): Betriebliche Erstausbildung in Sachsen-Anhalt. Forschungsberichte aus dem zsh 02-3, Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg 2002 im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt.
- Grundig, Beate/Pohl, Christian (2004): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen – Analyse und Gegenstrategien in: ifo Dresden berichtet 3/2004.
- Gysi, Jutta (1990): Die Zukunft von Familie und Ehe, Familienpolitik und Familienforschung in der DDR, in: Burkart, Günter (1990): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie ZSE 1. Beiheft)
- Habisch, André (2004): Das gesellschaftspolitische Leitbild „Studienbegleitende Elternschaft“, in: Vedder, Günther (Hg.)(2004): Familiengerechte Hochschule - Analysen, Konzepte, Perspektiven, Trier.
- Hakim, Catherine. (2003): A new approach to explaining fertility patterns: Preference theory, in: Population and development review 29/3.
- Hakim, Catherine (2000): Work-lifestyle choices in the 21th century, Oxford, University Press.
- Hall (1985): High technology and regional-urban policy, in: Silicon landscapes (1985), S.144-151.
- Hamm, R./Wenke, M. (2002): Die Bedeutung von Fachhochschulen für die regionale Wirtschaftsentwicklung: Eine Darstellung am Beispiel der Hochschule Niederrhein, in: Raumforschung und Raumordnung, 1.
- Hammerstein, Notker (1993): Die städtischen Universitätsgründungen des 20. Jahrhunderts, in: Duchhardt, Heinz (1993 (Hg.)): Stadt und Universität (Städteforschung A 33), Köln-Wien: Böhlau.
- Hardach-Pinke, Irene/Strehmel, Petra/ Winner, Anna (1996): Kinderbetreuung im Hochschulbereich, bmbf Bonn.
- Haude, G. (1984): Regionaleffekte von Fachhochschulen: Eine Untersuchung über die möglichen und tatsächlichen Beiträge von Fachhochschulen zur regionalen Entwicklung. Oldenburg, 1984.
- Hecht, M.: Innovationspotentiale in der Region: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald. Regensburg, 1998.
- Heins, Cornelia (2003): Selbständig ist die Frau, Landsberg: Moderne Industrie.
- Hengst, Karl (1993): Kritik von Stadt und Ständen an den Universitätsprivilegien für Münster 1626 und 1629, in: Duchhardt, Heinz (1993 (Hg.)): Stadt und Universität (Städteforschung A 33), Köln-Wien: Böhlau
- Heublein, U./Spangenberg, H./Sommer, D. (2003): Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002. (Hochschulplanung Bd. 163). Hannover: Hochschul-Informations-System.
- Hewitt, P. S. (2002). The End of the Postwar Welfare States. The Washington Quarterly, 25/2, 7–16.
- Hilbig, Antje (2001): Kleinräumige Differenzierung der Bevölkerungsdynamik in Mecklenburg-Vorpommern, Greifswalder geographische Arbeiten 20, Zugl.: Greifswald, Univ., Diss., 2000.
- Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten (CEWS.pubilk.no5) (2005 nach Daten von 2001): <http://www.cews.org/cews/files/62/de/cewspublik5.pdf>; korrigierte Tabellen unter: <http://www.cews.org/cews/cewspublik.php?aid=62>.
- Höhn et al. (2006): Kinderwünsche in Deutschland, Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Robert-Bosch-Stiftung.
- Hoffmann, Elke/Trappe, Heike (1990): Leben mit Kindern in der DDR. Ergebnisse bevölkerungssoziologischer Forschung, in: in: Burkart, Günter (1990): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie ZSE 1. Beiheft)
- Huinink, Johannes (1993): Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR : vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? Arbeitsberichte aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR ; 5/1993, Berlin : Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Huinink, Johannes (2002): Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 2: 49-74.
- Huinink, Johannes/Mayer, Karl Ulrich/Trappe, Heike /(1995): Staatliche Lenkung und Individuelle Karrierechancen: Bildungs- und Berufsverläufe, in: Huinink u.a.: Kollektiv und Eigensinn, Lebensverläufe in der DDR und danach.
- Hullen, Gert (1998): Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland : Längsschnittanalysen des deutschen Family and Fertility Surveys, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ; 26.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung. Allensbach am Bodensee.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Institut für Marktforschung Leipzig (2/2005): Chancen für alle:
http://www.chancenfueralle.de/Downloads/PDF__Dateien/Schriftdokumente/Umfrage_Chancengleichheit.pdf
- Isserstedt, Wolfgang/Middendorff, Elke/Weber, Steffen/Schnitzer, Klaus/Wolter, Andrä: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003. 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: <http://www.his.de/Abt2/Foerderung/hb.soz17/pdf/Soz17Ges.pdf>
- Jäckel, Michael (2004): Riskante Freiheiten? Die Telearbeit und die Vereinbarkeitsmetapher, in: Vedder, Günther (2004): Familiengerechte Hochschule, Analysen, Konzepte, Perspektiven, Trier.
- Janssen (2001): Mobilität und Standortwahl höher qualifizierter Existenzgründer in Deutschland und den Niederlanden, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 45.
- Jürgens, Kerstin (2001): Familiäre Lebensführung. Familienleben als alltägliche Verschränkung individueller Lebensführungen.
- In: Voß, G. Günter/Wehrich, Margit (Hg.): tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung, München/Mering 2001, S. 33-60.
- Jungwirth, Carola (1999): Soll der Erziehungsurlaub verkürzt werden?, in: Zeitschrift für Personalforschung 13.
- Kahle, Irene (1993): Studierende mit Kindern. Die Studiensituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden mit Kindern in der Bundesrepublik Deutschland. Hochschulplanung, Band 97, hrsg. von HIS Hochschul-Informationssystem, Hannover.
- Karlsson, Charlie; Zhang, Wie-Bin (2001): The role of universities in regional development. Endogenous human capital and growth in a two-region model. Gefälligkeitsübersetzung: Die Rolle von Universitäten in der regionalen Entwicklung. endogenes Humankapital und Wachstum in einem Zwei-Regionen-Modell. In: The annals of regional science, 35 (2001) 2, S. 179-197.
- Keller, Barbara (2002 Hg.): Frauen machen Karriere in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik (Schriften des Heidelberger Instituts für Interdisziplinäre Frauenforschung (HIFI) e.V. ; 4), Baden-Baden, Nomos
- Kemkes-Grottenthaler, Ariane (2004): Determinanten des Kinderwunsches bei jungen Studierenden. Eine Pilotstudie mit explorativem Charakter, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 29, 2/2004.
- Kemper, Franz-Josef (2003): Binnenwanderung in Deutschland: Rückkehr alter Muster? In: Geographische Rundschau 55, 6: 10-15
- Kemper, Franz-Josef; Gans, Paul (2003): Ost-West-Wanderungen in Deutschland - Verlust von Humankapital für die neuen Länder, In: Geographische Rundschau, 55 (2003) 6, S. 16-18.
- Kerst, Christian, Minks, Karl-Heinz (2005): Selbständigkeit und Unternehmensgründung von Hochschulabsolventen fünf Jahre nach dem Studium - Eine Auswertung der HIS Absolventenbefragungen 2002/2003 (HIS A 8/2005).
- Ketzmerick, Thomas/Terpe, Sylvia (2000): Die Blockierung der Generationenablösung im ostdeutschen Beschäftigungssystem, in Lutz, Burckard, Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hg.)(2000): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland Bd.1: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2004): Cheffinnensache - Frauen in der unternehmerischen Praxis.
- Kiese (2003): Regionale Innovationspotenziale in Südostasien aus der Sicht einer "neuen" Wirtschaftsgeographie, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 47 (2003)
- Kleinknecht/Poot (1992): New findings in long-wave research, Basingstoke, Hampshire [u.a.] : Macmillan.
- Knödler, R./Tivig, T (1996): Die Universität Rostock als regionaler Wirtschaftsfaktor , Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftslehre, Heft 3, Universität Rostock, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre.
- Köppen, Katja (2004): The compatibility between work and family life – an empirical study of second birth risks in West Germany and France“, MPIDR Working Paper WP 2004-015, Mai 2004.
- Kötter, Paul M. ; Hunziger, Anke ; Dasch, Patricia , Hg. Bertelsmann Stiftung (2002), Strategien gegen den Fachkräftemangel Band 2: Betriebliche Optionen und Beispiele.
- Kopp Johannes (2000): Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Trends, regionale Unterschiede, Erklärungen, in: Bertram et al. (Hg.): Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung, Opladen: Leske und Budrich.
- Koschatzky (2001): Räumliche Aspekte im Innovationsprozess: ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeographie aus Sicht der regionalen Innovationsforschung, Münster.
- Krätke (2004): Urbane Ökonomie in Deutschland, Clusterpotenziale und globale Vernetzung, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Krais, Beate (Hg.) (2000): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt, Frankfurt a.M.
- Kreyenfeld, Michaela (2002): Time-squeeze, partner effect or self-selection? An investigation into the positive effect of women's education on second birth risks in West Germany, in: *Demographic Research*, 7:2, 15-48.
- Kreyenfeld, Michaela/Spieß, Katharina/Wagner, Gert G. (2001): Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung: Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform. Neuwied (u. a.): Luchterhand.
- Krimmer, Holger;/Stallmann, Freia/ Behr, Markus; Zimmer, Annette (2003): Karrierewege von ProfessorInnen an Hochschulen in Deutschland. Online ressource: http://www.wissenschaftskarriere.de/wika_broschuere.pdf.
- Kröhnert, Steffen et al.(2005): Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Laaksonen, H. (2000). Young Adults in changing Welfare States. Prolonged Transitions and Delayed Entries for Under-30s in Finland, Sweden and Germany in the ,90s. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 12.
- Lafrenz, Jürgen: Visionen zur Neuanlage der Universität Hamburg von der Weimarer Zeit bis in das Dritte Reich, in: Duchhardt, Heinz (1993 (Hg.)): *Stadt und Universität (Städteforschung A 33)*, Köln-Wien: Böhlau.
- Leicht, René, Welter, Friederike (Hg.) (2005): *Gründerinnen und selbständige Frauen - Potentiale, Strukturen und Entwicklungen in Deutschland*, Karlsruhe, Loep.
- Lemke, Elfriede (2004): Einflussfaktoren auf beruflichen Erfolg von Unternehmerinnen und Frauen in Führungspositionen kleiner und mittlerer Betriebe in Ostdeutschland, Mering, Hampf.
- Lesske, Loreen (2004): Kinderwunsch und Familiengründungsabsichten junger Menschen in Sachsen-Anhalt- Ergebnisse der Familienstudie, in: Dienel, Christiane (Hg.): *Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt*.
- Matuschewski (2004): Regionale Verankerung der Informationswirtschaft am Beispiel der Regionen Hamburg, Dresden – oberes Elbtal und Technologieregion Karlsruhe, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*
- McKinsey-online- Umfrage Perspektive-Deutschland 2006, www.perspektive-deutschland.de
- Media-Forschung und -Service (2004). Gründe für den Verzicht auf (weitere) Kinder. Mehr Kinder - Mehr Leben. Ergebnisse der forsa-Befragung, 10/04.
- Meiswinkel, Petra/Rottkord-Fuchtmann, Hiltrud (1995): *Wie bringen Frauen Kinder und Wissenschaft unter einen Hut?*
- Meske, W.: Öffentliche Forschung als notwendige Infrastruktur für Innovationen in Ostdeutschland, in: Fritsch, M./Meyer-Kramer, F./Pleschak, F. (Hrsg.): *Innovationen in Ostdeutschland: Potentiale und Probleme*. Heidelberg, 1998.
- Meyer, Sybille/ Schulze, Eva, *Familien im Umbruch, Zur Lage der Familien in der ehemaligen DDR*, Schriftenreihe des bmfjsf Bd. 7, Stuttgart, Kohlhammer 1992.
- Middendorf, Elke (2003): *Kinder eingeplant? Lebensentwürfe Studierender und ihre Einstellung zum Studium mit Kind*. Hochschulinformationssystem(HIS). A4/2003.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2003): *Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin.
- Minks, K.-H./Schaeper, J. (2002): *Modernisierung der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und Beschäftigung von Hochschulabsolventen. Ergebnisse aus Längsschnittuntersuchungen zur beruflichen Integration von Hochschulabsolventinnen und -absolventen*. (Hochschulplanung Bd. 159). Honnover: Hochschul-Informationssystem.
- Müller, R.: Ist eine spezifische FuE-Förderung für die neuen Länder notwendig? In: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 14/1998.
- Müller, Ursula (1999): *Asymetrische Geschlechterkonstruktionen in der Hochschule*, in: Neusel, Ayla, Wetterer, Angelika (HG.): *Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse in Studium, Hochschule und Beruf*, Frankfurt a.M.
- Nave-Herz (1988): *Kinderlose Ehen. Eine empirische Studie über die Lebenssituation kinderloser Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit*. Weinheim, München.
- Nickel, Hildegard Maria (1990): *Geschlechtersozialisation in der DDR. Oder: Zur Rekonstruktion des Patriarchats im realen Sozialismus*, in: in: Burkart, Günter (1990): *Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie ZSE 1. Beiheft)*.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Nonaka/Takeuchi (1995): *The knowledge creating company : how Japanese companies create the dynamics of innovation*, New York [u.a.] : Oxford Univ. Press, 1995.
- Obertreis, Gesine (1986): *Familienpolitik in der DDR 1945 – 1980 (Forschungstexte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 17)*, Opladen: Leske und Budrich, zugl. Diss. FU Berlin.
- Ochs, Christiane (1990): "Nicht alles, was die Partei der Frau zusammenbraute, gehört gleich in den Gulli der Vereinigung". *Frauen in der DDR*, in: WSI-Mitteilungen 43, 1990.
- Oser, U./Schröder, E.: *Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region*. Center for International Labor Economics (CILE), Konstanz 1995.
- Park, 2003: *The effects of regional and industry*, ZEW, 2003.
- Peters, Jan, 2001, *Möglichkeiten zur Förderung von Kreativen Milieus, gezeigt am Beispiel Erlangen*, Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 208
- Pfähler, Wilhelm/Bönte, Werner/Gabriel, Christian/Kettner, Anja (1999): *Wirtschaftsfaktor Bildung und Wissenschaft. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Bremen, Frankfurt u.a.*: Lang.
- Phan/Foo (2004): *Technological Entrepreneurship in Emerging Regions*. *Journal of Business Venturing* 19: 1-5.
- Putensen, Dörte (2002) (Hrsg.): *Geschafft! Chancen und Enttäuschungen auf dem Weg in die Wissenschaft. Akademikerinnen in Mecklenburg-Vorpommern blicken zurück*, *Frauen, Gesellschaft, Kritik*. 37.
- Rallet/ Brousseau (1998): *Beyond technological or organisational determinism : a framework to understand the link between information technologies and organisational changes*, in: *Telecommunications and socio-economic development* (1998), S. 245-262
- Rees/Stafford (1986): *Theories of regional growth and industrial location : their relevance for understanding hightechnology complexes*, in: *Technology, regions, and policy* (1986), S. 23-51.
- Reinberg, A. und Hummel, M. (2002), *Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs in Deutschland*, *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* Nr. 4, 580 – 600, Nürnberg.
- Revilla-Dietz, J.: *Betrieblicher Innovationserfolg und räumliche Nähe: Zur Bedeutung innovativer Kooperationsverflechtungen in metropolitenen Verdichtungsräumen*. Hamburg, London, 2002.
- Rexroth, Frank (1993): *Städtisches Bürgertum und landesherrliche Universitätsstiftung in Wien und Freiburg*, in: Duchhardt, Heinz (1993 (Hg.)): *Stadt und Universität (Städteforschung A 33)*, Köln-Wien: Böhlau.
- Richter, Karin (1996): *Zum Wandel von Kinderwunsch und Familiengründung in den neuen Bundesländern*, in: *Demographie aktuell* ; 8.
- Ries, Klaus (2004 Hg.): *Zwischen Universität und Stadt : Aspekte demographischer Entwicklung in Jena um 1800 (Bausteine zur Jenaer Stadtgeschichte, Bd. 7)*. Weimar: Hain.
- Roloff, Juliane (2000): *Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands*, Wiesbaden Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Roloff, Juliane (2004): *Die demographische Entwicklung in Sachsen-Anhalt – eine quantitative Analyse*, in: Dienel, Christiane (Hg.): *Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt*
- Roloff, Juliane (2004): *Population Policy Acceptance Study 2003 bezogen auf Sachsen-Anhalt*, in: Dienel, Christiane (Hg.): *Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt*.
- Rosenfeld/Heimpold (2001): *Öffentliche Forschung in Ostdeutschland: ein Hoffnungsträger für den wirtschaftlichen Aufschwung?* In: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 15.
- Rosenfeld, Martin T.W./Franz, Peter/Roth, Diana (2005): *Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle*, in: *Schriften des IWH* 18/2005
- Rosner/Weimann (2003): *Fiskalische, Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)*, Magdeburg : Univ., FEMM, 2003
- Rost, Harald, Schmidt, Jan (2005): *Universität Bamberg – eine familienfreundliche Hochschule – Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium an der Universität Bamberg*. ifb - Materialien 7/2003:
- Rürup, Bert, Gruescu, Sandra (2003): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*, Gutachten im Auftrag des bmfsfj. (<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/publikationen.html>).

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Sachse, Wieland (1987): Göttingen im 18. und 19. Jahrhundert. Zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur einer deutschen Universitätsstadt, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen 15) Zugl.: Göttingen, Univ., Phil. Fak., Diss.
- Schätzl, Ludwig, 2003, Wirtschaftsgeographie 1, Theorie.
- Schlegel, Uta/Burkhardt Anke (2005): Frauenkarrieren und -barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext. HoF Arbeitsbericht 2005/6.
- Schulte, 1993: Fachhochschulen als Infrastrukturfaktor von Regionen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 (1993).
- Schmid, Karoline (1994): Heirat und Familiengründung von Karrierefrauen : analysiert am Beispiel bundesdeutscher Hochschullehrerinnen, Aktuelle Frauenforschung 29, zugl.: Marburg, Univ., Diss., 1994.
- Schmidt, Renate/Mohn, Liz (2004): Familie bringt Gewinn. Innovationen durch Balance von Familie und Arbeitswelt, Gütersloh.
- Schmidt, Rudi/Behr, Michael: Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena Projekt: Modernisierung betrieblicher Arbeits- und Sozialbeziehungen im demografischen Umbruch: Strategien zur Vermeidung einer Fachkräfte- und Nachwuchskräfte-lücke in der ostdeutschen Industrie (Projekt der Otto Brenner Stiftung).
- Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike (2005): Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern, DIW discussion-papers 473.
- Schnitzer, Klaus/Isserstedt, Wolfgang/Middendorff, Elke (2001): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000. 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes durchgeführt von HIS Hochschul-Informationssystem.Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn (Download: www.his.de)
- Schön, B./Frankenberger, T./Tewes-Karimi, M. (1990): Gratwanderung: Eine Studie über Studentinnen mit Kindern, Weinheim, Deutscher Studienverlag.
- Schramm, W., (1995): Humanvermögen und Raumentwicklung, Siedlungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung (ARL-Arbeitsmaterialien 219), Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover.
- Schrull, Barbara (2005): Work–Life–Balance an der Universität Potsdam Vereinbarkeit von Studium – Beruf – wissenschaftlicher Karriere und Familie: <http://www.uni-potsdam.de/u/gleichstellung/Netz.pdf>.
- Shane/Venkataraman (2003): Guest Editors' Introduction to the Special Issue on Technological Entrepreneurship. Research Policy 32: 181-184.
- Solga, Heike/Rusconi Alessandra (2004): Deutsche Hochschulen und ihr ambivalentes Verhältnis zu Doppelkarrieren in Akademikerpartnerschaften, in: Vedder, Günther(Hg. 2004): Familiengerechte Hochschule - Analysen, Konzepte, Perspektiven, Trier.
- Spielkamp/Becher/Beise, 1998: Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland, Schriftenreihe des ZEW, Band 29.
- Staber (1996): Networks and Regional Development: Perspectives and Unresolved Issues, in: Staber/Schäfer/Sharma (1996): Business Networks. Prospects for regional development.
- Stark, Gunnar (2004): Studieren mit Kind. Ergebnisse einer Befragung aller Studierender der Humboldt-Universität zu Berlin, hg. V. Schlüter, Fritz/Sekutowicz, Miklaj/Kriszto, Marianne (Schriftenreihe der Frauenbeauftragten Band 5), Berlin: Humboldt-Universität.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2005): Mikrozensus in Sachsen-Anhalt 2004. Halle (Saale)
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2004): Sachsen-Anhalt 2003. Ein Portrait in Zahlen. Halle (Saale).
- Sternberg (1995): Technologiepolitik und High-Tech-Regionen: ein internationaler Vergleich Münster
- Sternberg u. a. (2004): Clusteransätze in der regionalen Wirtschaftsförderung, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. Storper,Walker (1989): The capitalist imperative : territory, technology, and industrial growth, New York, NY [u.a.] : Blackwell, 1989
- Storper (1993): Regional "worlds" of production: learning and innovation in the technology districts of France, Italy and the USA, in: Regional studies, Bd. 27 (1993), 5, S.433-455.
- Strambach (2004): Wissensökonomie, organisatorischer Wandel und wissensbasierte Regionalentwicklung, in Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 2004.
- "Studium mit Kind oder ohne Kind?" (2001), Erhebung der FH Nordostniedersachsen, erhältlich im Büro der Frauenbeauftragten.

2 Ergebnisse der Literaturstudie

- Tichy, Gunther (2001): Regionale Kompetenzzyklen- Zur Bedeutung von Produktlebenszyklen- und Clusteransätzen im regionalen Kontext, Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Heft 3-4, Jg.45.
- Tölke, Angelika und Diewald, Martin (2003): Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern in: „Partnerschaft und Familiengründung - Ergebnisse der dritten Welle des Familiensurvey“ hg. V. Walter Bien.
- Torbrügge, Birgitt (2004): Teilzeitselbständigkeit. Das Handbuch für die Kleinunternehmerin, München: Frauenoffensive.
- Vedder, Günther(Hg. 2004): Familiengerechte Hochschule - Analysen, Konzepte, Perspektiven, Trier.
- Vedder, Günther (2004): Wie familienorientiert sind deutsche Hochschulen? Dilemmata und Paradoxien der Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Elternschaft, in: Beiträge zur Hochschulforschung, 26 (2004) 2, S. 102- 122.
- Voigt (1995): Die Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor: eine Analyse am Beispiel der TU Ilmenau. Institut für Volkswirtschaftslehre, Ilmenau 1995. Weinheim: Juventa. S. 69-88.
- Waltenberg, Christine (1990): Frauen in der Wissenschaft, eine kritische Betrachtung, in: Intelligenz und Forschung in der DDR, hg .v. Hansgünther Meyer, , Berlin: De Gruyter.
- Wetterer, Angelika (2000): Noch einmal: Rhetorische Präsenz – faktische Marginalität. Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung, in: Zeitschrift für Frauenforschung.
- Wiener, Bettina (2005): Wer zu spät kommt den bestraft das Leben. Der Landwirtschaft droht eine Fachkräftelücke. In: B&B Agrar. Zeitschrift für Bildung und Beratung, H. 3, S. 107-11
- Wiener, Bettina (2004): Großer Nachwuchskräftebedarf an landwirtschaftlichen Fachkräften in den neuen Bundesländern am Beispiel Sachsen-Anhalt In: Laschewski, Lutz; Neu, Claudia (Hg.): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen. Theorie, Empirie und politische Strategien. Aachen: Shaker, S. 93-112.
- Winter, Claudia (2004): Die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ – keine Aufgabe der Gleichstellungspolitik? In: Vedder, Günther (Hg.) (2004): Familiengerechte Hochschule – Analysen, Konzepte, Perspektiven, Frankfurt a. M.: gemeinnützige Hertie-Stiftung.
- Werz, Nikolaus (Hg.) (2004): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern, Wiesbaden Verlag für Sozialwissenschaft.
- Wirth, Heike/Dümmler, Kerstin (2004): Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen, in: Informationsdienst soziale Indikatoren ISI 32/2004.
- Wöhlcke., Manfred (2004): Demographische Entwicklungen in und um Europa: politische Konsequenzen. Baden-Baden : Nomos-Verl.-Ges., 2004.

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

3.1 Ergebnisse der quantitativen Erhebung

3.1.1 Methodisches Vorgehen

Die Quantitative Erhebung zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald wurde methodisch über einen Online-Fragebogen realisiert. Dieser wurde über die Projektseiten www.menschen-fuer-ostdeutschland.de mehrere Monate ins Internet gestellt. Studierende wurden per Email-Verteiler der Hochschule, Links auf den Homepages der Einrichtungen bzw. über Studentenportale um Mitarbeit gebeten. Ziel dieser Form der Erhebung war es, einen ersten Überblick über Lebenslagen und Meinungen der Zielgruppe Studierenden mit und ohne Kinder zu erhalten. Dieser quantitative Datenbestand wurde anschließend durch tiefer gehende qualitative Interviews weiter erforscht.

Fragenkatalog

Mit der ersten Frage wurden die Informanten unterteilt nach Eltern und Nicht-Eltern. Nach den Standardabfragen von Alter und Hochschulzugehörigkeit sollten die Eltern angeben, wie viele Kinder in welchem Alter sie haben. Wichtig war hier auch die Anschlussfrage nach der Ausbildungssituation bei der Geburt des Kindes. Die Antworten sollten eingeordnet werden zwischen „Bei der Geburt des Kindes studierte ich im ... Semester“ oder „Das Kind wurde vorher geboren“. Hintergrund dieser Einteilung war die Frage danach, ob es typische Zeitphasen innerhalb des Studiums gibt, in denen vorwiegend Kinder geboren werden. Außerdem stand die Frage im Raum, ob sich Frauen und Männer mit bereits geborenen Kindern für ein Studium entscheiden. Anschließend sollten die Studierenden angeben, welche Betreuungsart sie für ihr Kind hauptsächlich nutzen: KiTa, Großeltern, Hort, Tagesmutter oder alleine. Aufgrund des gut ausgebauten Betreuungsnetzes im Osten Deutschlands sollte hier geschaut werden, ob die vorhandenen Einrichtungen genutzt werden oder ob Mütter und Väter alleine oder in Zusammenarbeit mit den Großeltern die Betreuung ihres Nachwuchses abdecken.

Bei den kinderlosen Teilnehmern wurde parallel der Frage nachgegangen, wie wahrscheinlich eine Elternschaft noch während des Studiums für sie ist.

Im dritten Teil des Fragebogens ging es um die Bekanntheit und Nutzung von Unterstützungsangeboten an den universitären Einrichtungen. Von Kinderbetreuungseinrichtungen über Sonderberatungen oder Sonderregelungen in Studienordnungen sollten die Teilnehmer angeben, ob sie diese kennen und/oder nutzen. Ziel hier war zu erfahren, ob die wenigen vorhandenen Unterstützungsformen an den jeweiligen Einrichtungen der Zielgruppe bekannt sind oder ob sie eher im „Dornröschenschlaf“ versunken liegen. Anschließend folgte die einzige offene Fragestellung. Hier konnten die Nutzer eintragen, welche weiteren Unterstützungen sie sich von ihrer Universität bzw. Hochschule wünschen.

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

Mit der abschließenden Frage wurde der These nachgegangen, dass studierende Eltern weniger abwanderungswillig sind als kinderlose Kommilitonen. Die Teilnehmer konnten auf die Frage: „Was können Gründe sein, am Studienort zu bleiben?“ unter mehreren Antwortvorgaben wählen. Die Vorgaben umfassten: ein Arbeitsplatz, das Netzwerk zur Kinderbetreuung, Familie, Freunde, Sport- und Freizeitangebote

Eingruppierung der Teilnehmer

Den Online-Fragebogen füllten insgesamt 602 Studierende aller drei Einrichtungen aus.⁷ Die Informanten waren zwischen 18 und 40 Jahre alt. Davon waren 217 männlich und 342 weiblich.

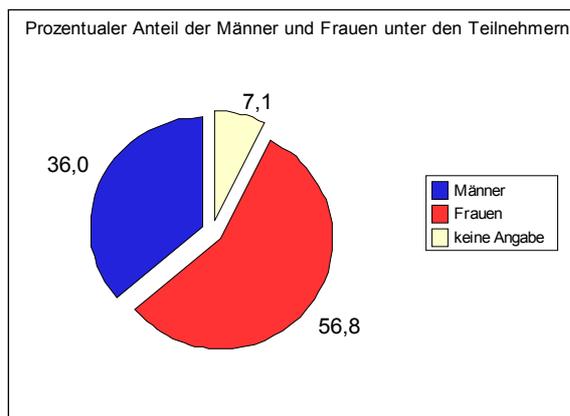


Abbildung 1: Prozentualer Anteil der Männer und Frauen unter den Teilnehmern

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

Nur 76 Befragte gaben an, Kinder zu haben. Davon hatten 55 Befragte ein Kind, 20 waren Eltern von zwei Kindern und eine Befragte gab an, 3 Kinder zu haben.

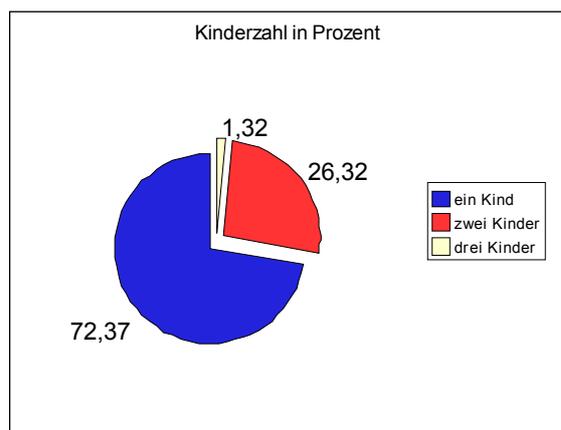


Abbildung 2: Kinderzahl in Prozent

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

⁷ Die folgenden Angaben beziehen sich teilweise auf leicht abweichende Grundgesamtheiten, da nicht alle Fragen von allen Teilnehmenden beantwortet wurden.

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

Die kinderlosen Teilnehmer wurden danach gefragt, ob sie sich vorstellen können, während des Studiums ein Kind bzw. mehrere Kinder zu bekommen. 230 Studierende antworteten mit „ja“, 284 Frauen und Männer antworteten mit „nein“. 14 Befragte machten keine Angaben. D.h. weniger als die Hälfte der Teilnehmer konnte sich vorstellen, Studium und Familiengründung zu verbinden. Zur weiteren Detaillierung wurden die Kinderlosen auch gefragt, ob sie während des Studiums wahrscheinlich noch ein Kind bzw. mehrer Kinder bekommen. Hintergrund dieser Differenzierung war das Bestreben, die Antworten bezüglich der weiteren Lebensplanung der Teilnehmer möglichst konkret zu erfassen. An dieser Konkretisierungsfrage sollte deutlich werden, ob und wie viele Studierende sich bewusst mit dem Gedanken der Familiengründung beschäftigen. Von den insgesamt 528 kinderlosen Frauen und Männern gaben nur 56 an, im Studium wahrscheinlich ein Kind bzw. mehrer Kinder zu bekommen. 458 entschieden sich für ein eindeutiges „nein“, 26 machten keine Angaben. Dass knapp 11% der befragten Kinderlosen wahrscheinlich Kinder bekommen werden, liegt weit über den sonst in Deutschland erhobenen Zahlen. In der Absolventenstudie von McKinsey und dem Manager-Magazin „Generation ´05“ gaben 3% an, mit Kindern zu leben, nur 7% gaben an, keine eigenen Kinder haben zu wollen⁸. Da es sich beim Onlinefragebogen nicht um eine repräsentative Erhebung handelt, können an dieser Stelle nur Vermutungen über das Zustandekommen dieser Quote angestellt werden. Geantwortet haben vermutlich die, die sich für das Thema besonders interessieren, daher die hohen Werte. Zum einen könnte sich in diesem Antwortverhalten die „Ostradition“ der frühen Familiengründung widerspiegeln. Vielleicht spielen auch die guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern eine Rolle. Um diese Ergebnisse in einen deutschlandweiten Kontext zu setzen, wäre eine vergleichbare Studie an westdeutschen Universitäten und Hochschulen nötig.

3.1.2 Ergebnisse der einzelnen Einrichtungen

Aus der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) füllten 147 Studierende den Fragebogen aus, unter ihnen 100 Frauen. In dieser Zielgruppe an der Hochschule hatten 26 Kinder. Aus der Universität Magdeburg kamen mit 235 beantworteten Fragebögen die meisten Rückantworten. 119 Frauen waren darunter. Nur 13 Studierende mit Kindern aus der Universität Magdeburg füllten den Bogen aus. Aus der Universität Greifswald nahmen 204 Frauen und Männer an der Online-Aktion teil, darunter waren 36 mit Kindern und 121 Frauen.

Das Alter der Kinder lag zwischen einem und zehn Jahren. Des Weiteren sollten die Teilnehmer angeben, in welchem Semester sie bei der Geburt des jeweiligen Kindes waren. Die insgesamt 76 Befragten mit Kindern brachten ihren Nachwuchs mehrheitlich vor dem Studium zur Welt. So ist dem Onlinefragebogen zu entnehmen, dass 39 Kinder vor Antritt des Studiums geboren wurden. Bei der weiteren Unterscheidung nach Semestern wird keine Präferenz der Befragten für Grundstudiums- oder Hauptstudiumszeit sichtbar. Die Eltern von 27 Kindern studierten zwischen dem ersten und dem fünften Semester, 23 Kinder wurden zwischen dem 6. und dem 16. Semester zur Welt gebracht.

8 www.mckinsey.de/presse/050317_generation_05.htm; 04.10.2006

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

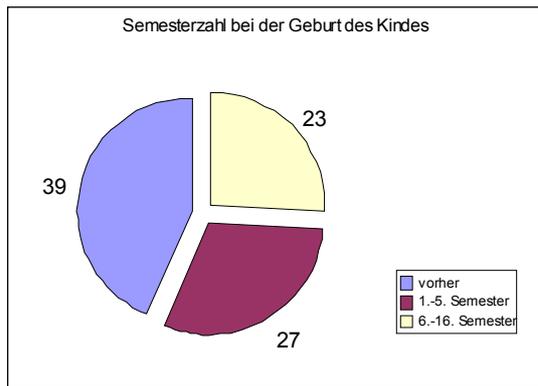


Abbildung 3: Semesterzahl bei der Geburt des Kindes

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

In der Mehrzahl brachten die Studierenden ihren Nachwuchs während der Studienzzeit in einer Kita (78%) unter. Andere Betreuungsmöglichkeiten waren bei Schulkindern der Hort (9%). 18% der Studierenden gaben an, ihr/e Kind/er allein zu betreuen. Die Großeltern bzw. andere Betreuungsarten nutzten die Befragten kaum (17%).

Es wird deutlich, dass das gut ausgebaute Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen den Studierenden maßgeblich Unterstützung bietet. An anderen (vor allem westlichen) Hochschulstandorten sind die Großeltern als Betreuungspersonen sehr viel wichtiger für die Studierenden. Die Unterbrechungsdauer des Studiums fällt dementsprechend durch die Nutzung der Fremdbetreuungseinrichtungen wesentlich geringer aus. Auch kann man hier die schon erwähnte „Osttradition“ vermuten. Gut ausgebaute Netze der Betreuungseinrichtungen gab es auch schon in der Elterngeneration der heutigen Studierenden. Die Kinder dann so schnell wie möglich in den gewohnten Berufs- und Familienalltag zu integrieren, entspricht dem Lebensmuster mindestens aus der Elterngeneration.

3.1.3 Unterstützungsformen für studierende Eltern an den universitären Einrichtungen

Ausgehend von der These, dass Unterstützungsformen für Studierende mit Kindern entweder nicht vorhanden oder aber nicht bekannt sind, wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Unterstützungen sie kennen und welche sie nutzen. Speziell für die Studierenden der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) war die Frage nach der Bekanntheit des KiZi (Kinderzimmer-Projekt am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen). Von den insgesamt 147 teilnehmenden Frauen und Männern dieser Einrichtungen gaben 87 an, das KiZi zu kennen, davon wiederum nutzten nur 5 dieses Angebot. Generell an alle Informanten richtete sich die Frage, ob sie eine Kinderbetreuung an ihrer Einrichtung kennen. Nur 16% (88 Nennungen) antworten mit „ja“. Davon waren nur 56 Teilnehmende von der Hochschule in Magdeburg. Diese Angaben erstaunen, weil an den beiden anderen Einrichtungen keinerlei Betreuungsmöglichkeiten für Kinder vorhanden sind.

Weiterhin wurden die Studierenden gefragt, ob sie Beratungsangebote speziell für studierende Eltern kennen bzw. nutzen. 151 Frauen und Männer wissen von einer

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

solchen Beratung, 12 haben sie bereits in Anspruch genommen. Das heißt, nur 25% aller Teilnehmenden sind im Bilde über die vorhandenen Beratungsangebote.

Sonderregelungen für Studierende mit Kind kennen 100, nutzen bisher aber nur 5 Befragte. Auch diese Antworten erstaunen, da es unseres Wissens keine offiziellen Regelungen in Studien- oder Prüfungsordnungen an den drei Einrichtungen gibt. Es muss sich hier also um individuelle Lösungen handeln, die die Betroffenen mit den Lehrenden persönlich ausgehandelt haben. Dieser Ansatz erscheint in sofern sinnvoll, als von solchen privaten bzw. persönlichen Regelungen eine Vielzahl der studierenden Eltern in unseren Interviews berichteten.

45% aller Befragten wünschen sich mehr Unterstützung für Studierende mit Kind/ern. Von den Eltern sogar 64%. Die Vorstellungen im Onlinefragebogen bezogen sich in erster Linie auf die Einrichtung universitätsnaher oder universitätseigener Kinderbetreuungseinrichtungen. Schwerpunkt dabei waren flexible Öffnungszeiten angepasst an die Seminar- und Prüfungszeiten. Des Weiteren wünschten sich die Befragten mehr finanzielle Unterstützung für Familien. Speziell das Thema der Sensibilisierung aller Zielgruppen an universitären Einrichtungen für die Belange studierender Eltern griffen die Teilnehmenden häufig auf. Dazu zählen zum einen Wünsche nach mehr Rücksichtnahme der Lehrenden gegenüber Eltern. Zum anderen wird hier aber auch deutlich, dass eine Vielzahl der Befragten sich durch ihre Einrichtung nicht ausreichend über die Unterstützungsformen informiert fühlt. Ihnen sind Beratungsangebote nicht bekannt, sie wissen nicht, welche Unterstützungsformen ihre Universität/ Hochschule überhaupt für sie im Falle einer Elternschaft vorhält.

Zur genaueren Untersuchung dieser Teilergebnisse werden im folgenden Absatz nur die Aussagen der Eltern betrachtet. Es wird davon ausgegangen, dass sich in erster Linie Frauen und Männer mit Kindern für Unterstützungsangebote ihrer Hochschuleinrichtung interessieren und diese dann eventuell in Anspruch nehmen.

Von den insgesamt 76 Befragten mit Kind/ern gaben nur 12 an, eine Beratung speziell für (werdende) Eltern zu kennen. Davon studierten 5 an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und 7 an der Universität Greifswald. An der Universität Magdeburg kannte niemand diese Form der Unterstützung. Es ist also davon auszugehen, dass an den beiden erstgenannten Einrichtungen Beratungen speziell für Eltern angeboten werden bzw. vorhandene Beratungseinrichtungen wie die Studienberatung dieses Thema mit abdecken.

Sonderregelungen für Eltern an ihrer Einrichtung kennen nur 8 Befragte, jeweils 4 an der Universität Greifswald und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH).

An den geringen Zustimmungen beider Fragen wird deutlich, dass die spärlich vorhandenen Angebote für Eltern kaum wahrgenommen werden. Denn mehr als 80% der befragten Eltern kennen keine Beratungsangebote. 88% wissen nichts von Sonderregelungen im Studium. Hier liegt die Vermutung nahe, dass es sich bei den Sonderregelungen nicht um offiziell in den Prüfungs- oder Studienordnungen verankerte Regularien handelt, sondern vielmehr um individuelle Lösungen zwischen Lehrenden und Studierenden.

Die Frage nach dem Vorhandensein von Kinderbetreuungseinrichtungen richtete sich speziell an die Studierenden der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), da es hier mit

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

dem Projekt KiZi eine solche Einrichtung gibt. Von den insgesamt 26 studierenden Eltern kennen 21 eine Kinderbetreuungseinrichtung an ihrer Hochschule. Das zeigt, wie bekannt diese am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen angesiedelte Betreuungsform unter den Eltern ist. Zudem handelt es sich bei den hier betrachteten Eltern nicht ausschließlich um Studierende des genannten Fachbereiches – das KiZi ist campusweit bekannt.

Die Teilnehmenden der Befragung wurden abschließend zu diesem Thema gefragt, ob sie sich mehr Unterstützung für Studierende mit Kind/ern wünschen. Von den insgesamt 603 Informanten bejahten 45% (also 271 Befragte) diese Frage. Bei den Eltern sind es 64% (49 Nennungen) der 76, die sich mehr Unterstützung wünschen. Aus der Universität Magdeburg (insgesamt 235 Teilnehmende) wünschen sich 42% (101 Nennungen) der Befragten mehr Unterstützung. Von den Eltern an dieser Universität sind es mit 10 Nennungen 77%. An der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) (insgesamt 147 Teilnehmende) wünschen sich 44% (65 Nennungen) mehr Unterstützung, von den Eltern sind es hier 73% (19 Nennungen). In Greifswald (insgesamt 204 Befragte) bejahten 51% (105 Nennungen) die Frage nach mehr Unterstützung, von den Eltern sind es hier 55% (20 Nennungen).

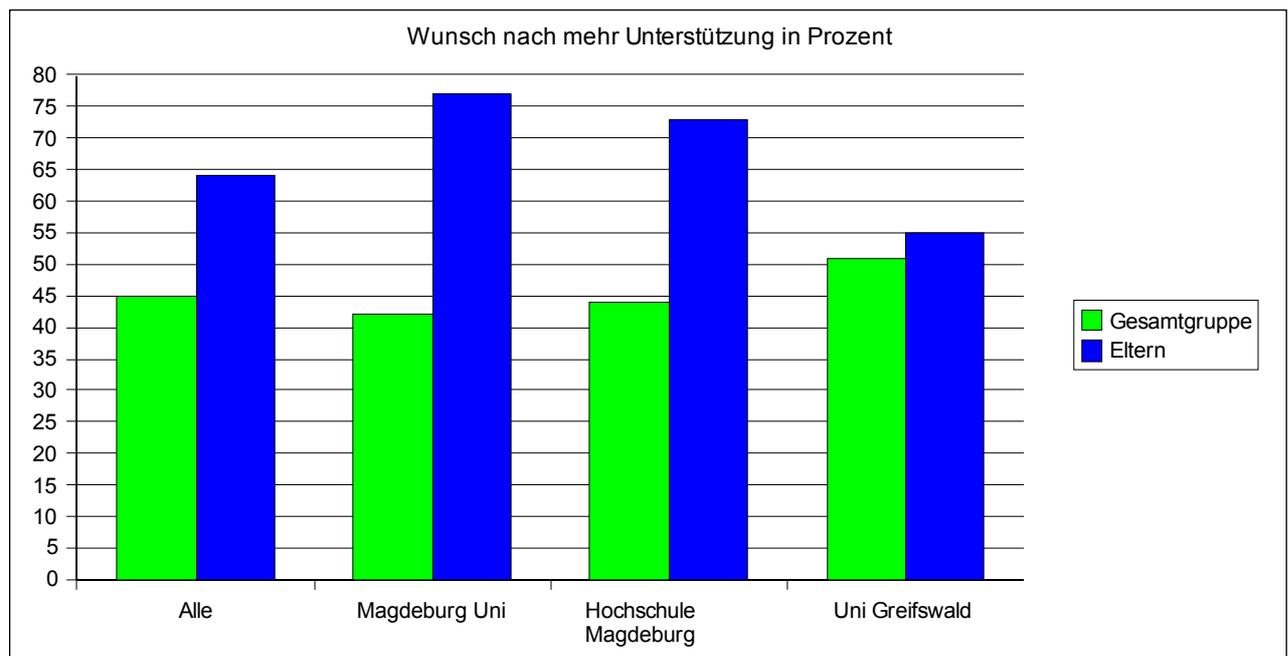


Abbildung 4: Wunsch nach mehr Unterstützung in Prozent

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

Natürlich ist die Quote derjenigen, die sich mehr Unterstützung wünschen unter den studierenden Eltern höher als unter der Gesamtmenge, da sich ja gerade diese Gruppe mit den vorhandenen Unterstützungsformen auskennt. Auffällig ist im Vergleich der einzelnen Einrichtungen jedoch, dass der Bedarf nach mehr Unterstützung unter den studierenden Eltern in Greifswald am geringsten ist. Mit 55% liegt die Quote hier gut 20% unter der der anderen Hochschuleinrichtungen. Das liegt sicher nicht daran, dass hier die vorhandenen Unterstützungsformen viel weiter ausgereift wären, als in den anderen Einrichtungen. Möglich ist aber, dass sich die

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

studierenden Eltern ihre Netzwerke vor allem außerhalb der Universität eingerichtet haben und deshalb von dieser Seite weniger Unterstützung wünschen. Dies scheint besonders in der Stadt Greifswald plausibel, weil hier in der verhältnismäßig kleinen Universitätsstadt lokale Netzwerke durch alle Bildungsschichten hindurch geknüpft werden. Kurze Wege und eine gute Infrastruktur der Innenstadt bescheinigen die InterviewpartnerInnen aus den qualitativen Interviews ihrer Universitätsstadt.

3.1.4 Ortsgebundenheit

Die Teilnehmenden der Online-Umfrage wurden zum Abschluss gefragt, ob sie nach Beendigung ihres Studiums den Studienort verlassen wollen. Diese hinter dieser Frage ist die Vermutung, dass Studierende mit Kindern weniger mobil sind und aufgrund von Netzwerken eher am Studienort wohnhaft bleiben. Dass Familie als Haltefaktor wirkt, hat die Online-Befragung eindrucksvoll bestätigt. Von den 591 Studierenden, deren Datensätze für die Auswertung in dieser Frage herangezogen werden konnten, waren immerhin 55% der Eltern entschlossen, auch nach dem Examen am Ort zu bleiben, während sich in der Vergleichsgruppe ohne Kind bereits 72% auf Abwanderung eingestellt hatten (vgl. Abb. 4). Zwischen den Geschlechtern ergaben sich dabei keine signifikanten Unterschiede.

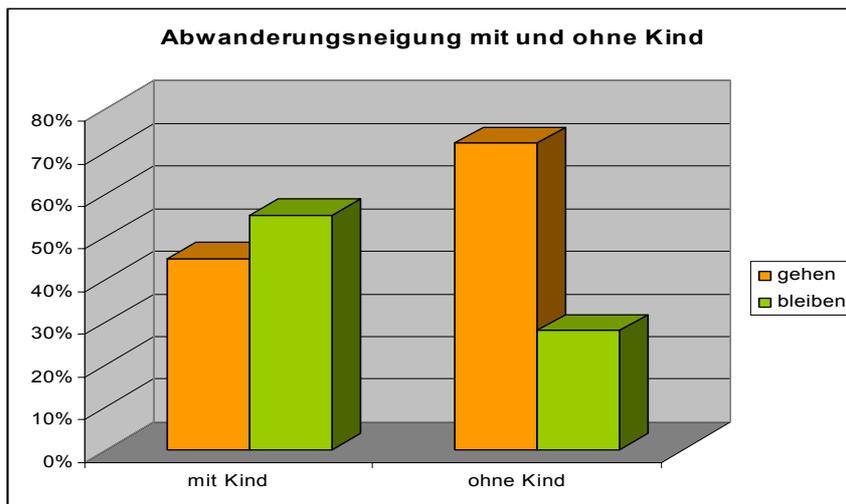


Abbildung 5: Abwanderungsneigung Studierender mit und ohne Kind

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

Untersucht man die Wanderungsentscheidungen von Eltern und Studierenden ohne Kind nach Fächergruppen zeigt sich eine Verknüpfung von Familienfreundlichkeit und Regionalentwicklung, wie sie der Projekttitle „Familienfreundliche Hochschule als Katalysator regionaler Entwicklung“ formuliert.

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

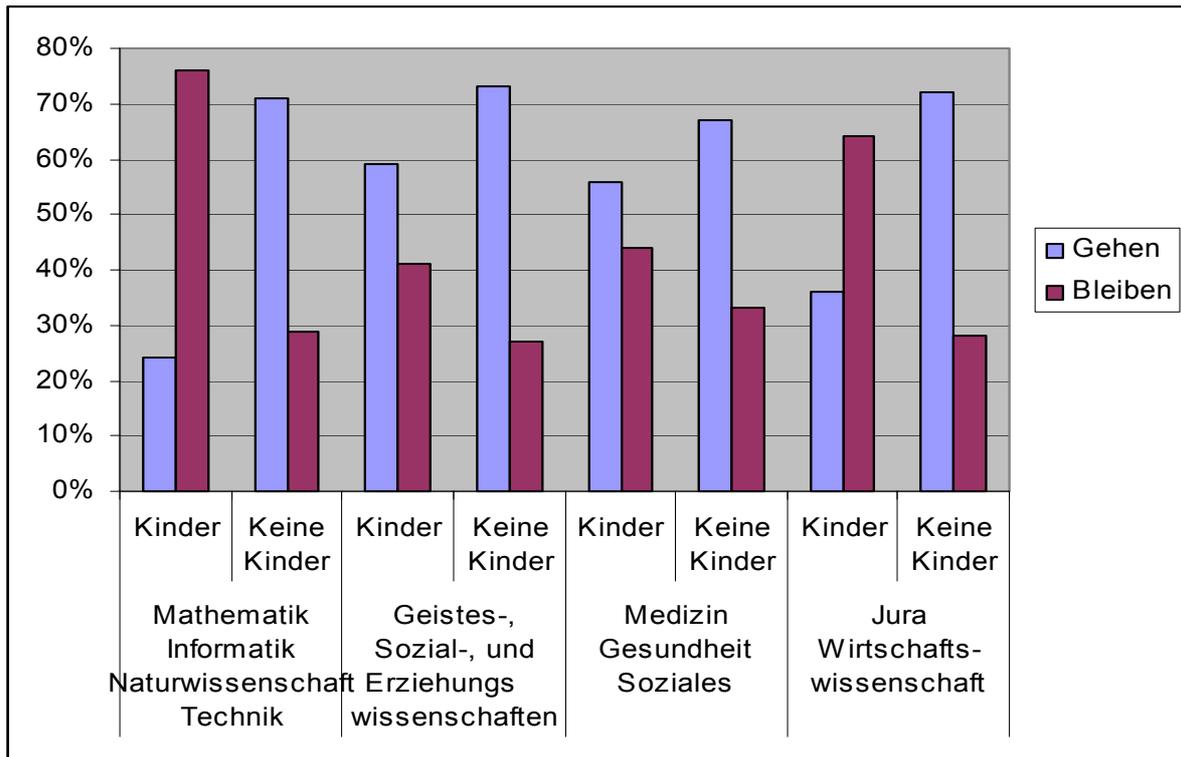


Abbildung 6: Abwanderungsentscheidung mit und ohne Kind nach Fächergruppen

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

In der Gruppe der Kinderlosen zeigt sich eine annähernd gleiche Abwanderungsbereitschaft von etwa 70% der befragten Studierenden.

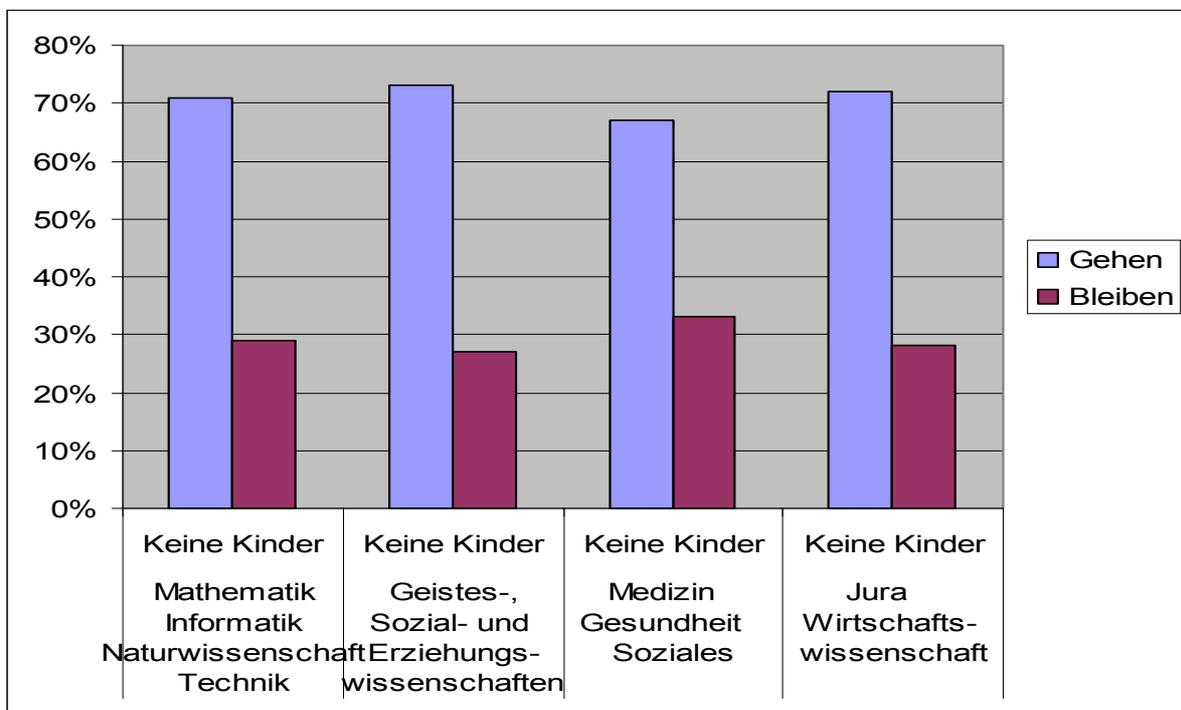


Abbildung 7: Abwanderungsentscheidung ohne Kinder nach Fächergruppen

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

In der Gruppe der Eltern, in der wie bereits beschrieben die Bleibebereitschaft insgesamt höher ist als in der kinderlosen Vergleichsgruppe, zeigen sich dagegen auffällige Unterschiede in Verhältnis von Migrations- und Bleibepreferenzen zwischen den Fächergruppen. Bei den Studierenden der Disziplinen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaft gewinnt die Bereitschaft zu bleiben ein eindrucksvolles Übergewicht über die Absicht, nach dem Examen wegzugehen.

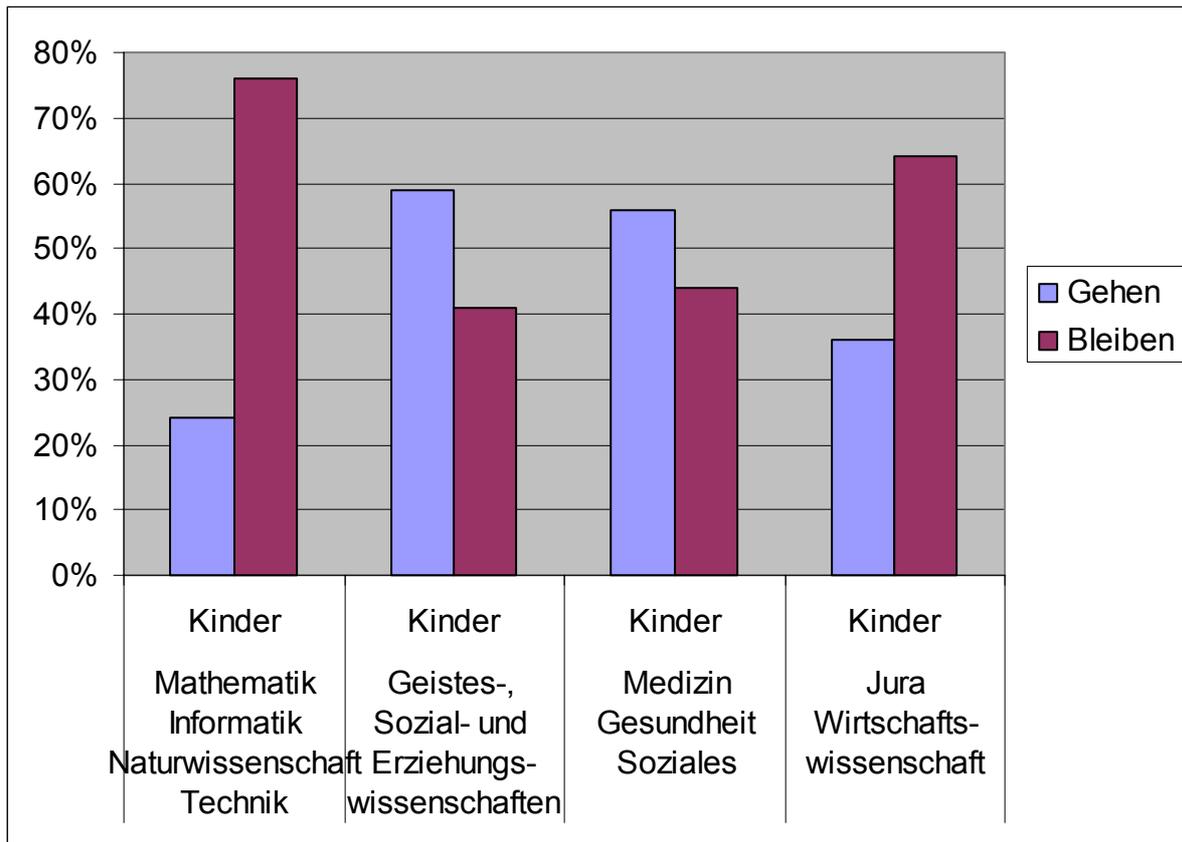


Abbildung 8: Abwanderungsentscheidung mit Kind nach Fächergruppen

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

Gerade die Angehörigen dieser Fächergruppen wandern Absolventenstudien zufolge besonders häufig ab, weil sie als Leistungsträger innovativer Wirtschaftsfelder entsprechend gesucht und umworben werden. Familie ist also unseren Daten zufolge ein ausgezeichneter Ansatzpunkt um diese Garanten regionaler Entwicklung zu halten. Grundlage für die Bleibeentscheidung der künftigen Ingenieure und Ingenieurinnen, Informatiker und Informatikerinnen usw. ist zwar wie bei allen Befragten die Aussicht auf einen Arbeitsplatz, doch entfaltet dieses Kriterium bei den Kinderlosen keine Wirkung, denn wie die Abbildung zeigt, sind im Gegensatz zu den Eltern rund 70% der künftigen Absolventen ohne Kinder ungeachtet guter Berufschancen in der Region zur Abwanderung entschlossen.

Die Teilnehmenden wurden ebenso danach gefragt, was für sie Gründe zum Bleiben sein können. Die Antwortmöglichkeiten für die Frauen und Männer waren Arbeitsplatz,

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

Familie, Freunde, Netzwerk Kinderbetreuung, Sport- und Freizeitangebote und anderes. In den Antworten ist keine Gruppierung der Informanten nach Familienstand (mit oder ohne Kinder) sichtbar. Die größte Haltewirkung hat ein Arbeitsplatz: 80% der Befragten gaben dies an. Die Familie wäre für 54% Grund zum Bleiben. Auf Platz drei der Haltefaktoren stehen die Freunde mit über 40%. Das Netzwerk an Kinderbetreuung bietet demnach mit nur 17% nicht die erwartete Haltewirkung. Auf Platz fünf stufen die Befragten das Angebot an Sport- und Freizeitbeschäftigung ein.

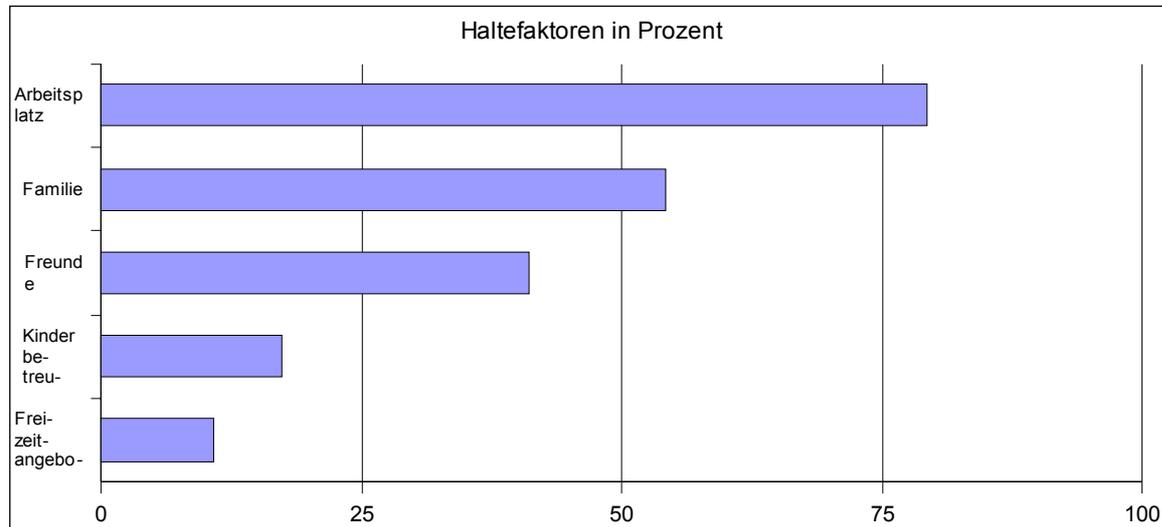


Abbildung 9: Haltefaktoren in Prozent.

Quelle: Online-Fragebogen; eigene Berechnungen

3.2 Ergebnisse der qualitativen Erhebung

3.2.1 Organisationstalente Studierende und WissenschaftlerInnen mit Kindern

Es ist bekannt, dass studierende Eltern ihren Studienalltag rund um die Bedürfnisse der Familie herum organisieren. Dabei ist es bei weitem nicht so, dass sie weniger gut oder weniger intensiv studieren. Die ihnen zur Verfügung stehende Zeit nutzen sie effektiver als Studierende ohne Kinder. Eigene Interessen bleiben dabei gelegentlich auf der Strecke. Diese Organisationstalente der Mütter und Väter werden von den meisten anderen Personengruppen an einer Hochschule kaum gesehen. Sie betrachten studierende Eltern eher als Defizitgruppe denn als gewünschte Zielgruppe. Diese Einstellung wird vor allem in der weitgehenden Ignoranz der Eltern deutlich. Studierende Eltern sind an den universitären Einrichtungen kaum präsent. So gestaltet sich ein typischer Tag einer studierenden Mutter wie folgt⁹:

„Also, mittwochs und donnerstags ist es so, da müssen sie halb sieben (...) viertel, halb sieben aufstehen. Und dann müssen wir, dann machen wir um, um sieben so los. Und dann, ja, in der Kita frühstücken sie dann. Und die, mittwochs bin ich so um drei, halb viere dann so zu Hause. Dann noch schnell durch die Wohnung bisschen so wuseln und dann hol ich sie sie so, um vier so ab. Und donnerstags ist es halt so, da werden sie von, äh, vom Babysitter abgeholt, auch so gegen vier. Und dann bin ich

⁹ Interview SmK HS_MD-SDL_1; Zeile: 361-399

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

so, halb, halb sechs zu Hause. (...) Und die Zeit halt so bis zum Abendbrot essen wird halt nur, ist für die Kinder eingeplant.(...) Ja, und Abendbrot essen meistens so um sechs. Dann wird die Kleine, äh, ja ins Bett gebracht. Und dann noch so eine Stunde, 1 ½ Stunde mit dem Großen (...) Er geht dann so halb acht ins Bett, vorher natürlich noch mit Papa telefonieren.(...) Ja, und dann ist dann, meistens so um acht ist dann schläft er dann. Ja, dann wird's halt bloß fürs Studium, Bücher auf den Tisch oder so Lernmaterial durchgucken und dann ist dann aber so um zehn ist dann meistens Schluss“.

Die hier zitierte Studentin ist Mutter von zwei Kindern (4 und 1,5 Jahre alt). Sie ist 24 Jahre alt und studiert im ersten Semester Gesundheitsförderung und -management in Magdeburg.

In Prüfungsphasen nutzen Eltern dann zusätzlich auch die Wochenenden für das Studium. Es wird deutlich, dass der Studienalltag mit Kindern kaum Raum für private Vergnügungen lässt. Während sich andere Studierende in Cafés treffen, Sport treiben oder anderen Hobbies nachgehen, versorgen studierende Eltern Kinder und Haushalt.

In unserem Forschungsprojekt interviewten wir selten Studierende, die noch mitten im Studium steckten. Die meisten Interviewpartner hatten den Zeitpunkt der Familiengründung in die Phase der Diplomarbeit oder der Diplomprüfungen gelegt, um so dem strengen Semesterrhythmus zu entgehen. Anhand unserer Interviews wird deutlich, dass sich die Eltern keineswegs über dieses enge Zeitkorsett beschweren. Sie haben zumeist diesen Weg der Familienplanung bewusst gewählt und würden ihn auch weiterempfehlen.

Der Familien- und Arbeitsalltag akademischer Eltern unterscheidet sich nur wenig von dem der Studierenden. Wie schon bei den Studierenden ist auch der Alltag von wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren mit Kindern geprägt durch ein hohes Maß an Organisation, Zeitmanagement und zielorientiertem Arbeiten. Auf den ersten Blick schildern beinahe alle Interviewpartner, dass Akademiker-Sein und Familie besonders gut zusammen passen, da gerade die Tätigkeit an einer universitären Einrichtung verbunden ist mit einem hohen Maß an Flexibilität. Arbeitszeiten können von den Mitarbeitern innerhalb eines Rahmens selbst festgelegt werden, zum Arbeiten muss nicht das Büro in der Hochschule genutzt werden. Das geht dank Email und Mobiltelefon auch von zu Hause oder unterwegs. Die MitarbeiterInnen wissen diese Flexibilität zu schätzen und nennen sie als großen Pluspunkt bei der Entscheidung für Kinder.

Der hier zitierte Vater eines Kindes ist an der Universität Greifswald als wissenschaftlicher Assistent angestellt.

„...um zu vereinbaren, klar. Also besser kann man`s, glaube ich, nicht haben, zumindest wenn man irgendwie mal 2 Stunden irgendwo hin muss oder so“¹⁰

Auf der anderen Seite fordert diese freie Zeiteinteilung im Beruf eine detaillierte Planung des Familienalltags. Beide Lebensbereiche müssen aufeinander abgestimmt werden, so dass Aufgaben der Kinderbetreuung genau verteilt sind. So kommt es,

10 Interview MmK_EMAU_1; Zeile: 188-190

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

dass die Wochentage einer typischen Akademikerfamilie ähnlich der hier geschilderten geplant sind:¹¹

„Ja, die Donnerstage sind so Tage, wo das so ein bisschen ineinander greift. Das fängt damit an, dass ich dann so 20 vor 8 den Jüngsten in den Kindergarten bringe, meine Frau fährt den Ältesten mit dem Auto zur Schule. Dann komme ich nach Hause, gucke ich dann die Zeitung durch, dann setze ich mich an den Schreibtisch zu Hause. An den Vormittagen kann meine Frau dann auch dann so`ne Führungen machen, sonst ist es dann an den Wochenenden hauptsächlich. Oder auch am späten Nachmittag, da sag ich, gut, die Kinder können spielen und da arbeite ich nicht. Ja, dann holt meine Frau die Kinder vom Kindergarten und von der Schule ab. Sie hat dann meistens irgendwas erledigt in der Stadt. Dann gibt's - ja, sie holt dann den Jüngsten vom Kindergarten ab und dann essen wir zu dritt dann, dann holt sie den Ältesten von der Schule – der isst in der Schule, das ist so`ne Ganztagschule, holt sie um 2 ab. Um 2 bin ich hier an der Uni, da hab ich meinen Unterricht zwischen 2 und 6. Und dann ab 6 Uhr hab ich dann meine Sprechstunde und dann muss ich spätestens um viertel nach 7 zu Hause sein, damit meine Frau dann ihre Tasche nehmen kann und dann zu ihrem Training fahren kann (I: Ja.) Da hat sie dann meistens den Brei schon gekocht, die Kinder spachteln .. und ich löse sie dann ab so zu sagen (lacht auch). Ja, dann gibt`s das normale Abendprogramm dann: Zähne putzen, waschen, Schlafanzug, dann machen wir ... Meistens lesen dann – äh – es ist viel lesen, (...) Ja und dann räume ich dann ein bisschen in der Küche auf – äh (...) und dann komme ich dann auch zu meinem Abendessen (...), irgendwann so um halb 10 (...). Und, ja dann machen wir ein bisschen was zu zweit, es gibt ja immer was zu besprechen (I: ja), mit den Kindern oder Finanzen oder im Beruf oder irgendwas, was gemacht werden muss (...), dann geht's ins Bett (...) und dann am Freitag bringe ich wieder den Jüngsten zum Kindergarten, aber gehe dann sofort an die Uni, weil ich um 8 dann Unterricht habe (...), der geht dann bis 1 oder so.“

So wie dieser Vater schildert die überwiegende Mehrheit der Interviewpartner mit Kind/ern ihren Alltag. Problematisch wird es bei einer so eingespielten Alltagsorganisation, wenn Sondertermine wie Sitzungen hinzukommen oder ein Familienmitglied durch Krankheit ausfällt.

Demgegenüber steht aber eine Anforderung der ständigen Flexibilität, die die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familienleben erschwert. Die so oft gepriesenen familienfreundlichen flexiblen Arbeitszeiten gehen einher mit dem Anspruch des Rund-um-die-Uhr-verfügbar-Seins. Der Freiheit, am frühen Nachmittag das Büro verlassen zu können, stehen Arbeitsstunden an den Wochenenden und in den Abendstunden gegenüber. Besprechungen, Sitzungen u.a. am späten Nachmittag oder am Abend in einem Restaurant oder einer Kneipe sind Teile der „männlichen Gelehrtenkultur“¹², die mit der Familienarbeit nur schwer vereinbar sind. Ein Vater von zwei Kindern an der Universität Greifswald schildert seine Prioritätensetzung wie folgt:

„Und viel Zeit bleibt auch nicht über, also bevor ich dann mit irgendeinem Kollegen ein Bier trinke und über Belangloses rede, dann mache ich lieber was mit der Familie.

11 Interview MmK_EMAU_1; Zeile 327-362

12 Interview MmK_EMAU_3

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

(I: ja) Das ist einfach so. Allein aus Zeitgründen stellt sich dieser Familienegoismus einfach ein.“¹³

Ein anderes Hindernis, Wissenschaft und Familiengründung zu vereinbaren, liegt in der Art der Verträge. Junge wissenschaftliche Mitarbeiter bekommen in der Regel auf wenige Jahre befristete Arbeitsverträge oder arbeiten in zeitlich eng abgesteckten Drittmittelprojekten. Diese unsicheren Aussichten lassen sich in den Augen vieler Informanten kaum mit dem Sicherheitsstreben von werdenden Müttern und Vätern in Einklang bringen. Also wird die Phase der Familiengründung verschoben auf einen Zeitpunkt, an dem hoffentlich einer der beiden eine Festanstellung im Wissenschaftsbetrieb hat.

„Sondern mal darüber hinaus, würde ich eher sagen, es ist ein Effekt von einer Nichtplanbarkeit irgendwelcher mittelfristiger Perspektiven. Was passiert ab nächstes Jahr September? Was für eine Art von Mobilität ist dann tatsächlich auch erforderlich?“¹⁴

Der hier zitierte wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität in Magdeburg steht kurz vor der Beendigung seines befristeten Arbeitsverhältnisses. Seine Zukunft – derzeit ohne Kind – kann er nach eigenem Einschätzen kaum planen. So steht auch die Abwanderung im Mittelpunkt der familiären Gespräche.

Die Interviews machen deutlich, dass ein Bekenntnis der ostdeutschen Hochschulen und Universitäten zur Familienfreundlichkeit und dazugehörige (Infra)Strukturänderungen durchaus haltend und in vielem auch anziehend auf junge Akademiker wirken kann. Junge WissenschaftlerInnen auf der Suche nach einer Anstellung informieren sich ausführlich über ihren zukünftigen Arbeitsort. Wenn sie dabei auf konkrete Fakten und Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit an einer Einrichtung stoßen, werden sie sich entspannter mit der Thematik Vereinbarkeit von Beruf und Familie auseinandersetzen und sich auch bewusst für diese Universität oder Hochschule entscheiden – wenn auch andere Argumente gegen die ausgeschriebene Stellen sprechen würden. Diese enorme Anziehungskraft und Haltewirkung von Familie könnten Hochschule und Universitäten bei der anstehenden Konkurrenz um „kluge Köpfe“ und auch Studienanfänger bewusst für sich nutzen.

3.2.2 Sensibilisierung aller Personengruppen

Ein Fazit vorweg: Fast alle von uns befragten Mütter und Väter unter den Studierenden sind überzeugt von ihrem Lebensweg und würden die Elternschaft während des Studiums weiterempfehlen. Eine Studentin der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) fasst ihre Entscheidung zusammen:

„Ich bin heilfroh, ich weiß nicht, wann ich sonst Kinder gekriegt hätte. Wahrscheinlich nie.“¹⁵

Die in den Interviews geschilderten Erfahrungen und Probleme beziehen sich vorwiegend auf zwei Bereiche des Studiums:

13 Interview MmK_EMAU_1; Zeile 461-465

14 Interview MoK_OvGU_2; Zeile: 85-88

15 Interview SmK_HS-MD-SDL_3; Zeile: 207-208

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

- Die starre Organisation der Lehrveranstaltungen und fehlende Rücksichtnahme auf studierende Eltern in den geltenden Prüfungs- und Studienordnungen sowie
- Hürden bei Behördengängen

Gerade bei Studierenden hat die Entscheidung für Kinder während der Studienzzeit enorme Auswirkungen auf den weiteren Alltag: Lehrende und Kommilitonen sind oftmals nicht im Bilde über die Elternschaft. Der Nachwuchs der Studierenden ist während der Vormittagsstunden meist in einer öffentlichen Kindertagesstätte oder bei einer Tagesmutter. Der Sonderstatus „Eltern“ wird auf dem Campus nicht wahrgenommen und somit erfolgt auch kaum eine Rücksichtnahme. Dabei wollen Eltern in der Mehrzahl keine Sonderregelungen im Studienalltag, die mit einer Abminderung der Leistungen einhergehen. Aber Routinen im Stundenablauf können von studierenden Müttern und Vätern aufgrund der Elternschaft oftmals nicht eingehalten werden. Gerade die Einrichtung der BA-Studiengänge erschwert eine Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Ausbildung und Elternschaft. Die auslaufenden Diplom- und Magisterstudiengänge hatten in der Anlage des Studiums den Vorteil, dass die Studierenden in weitem Maße über die Anzahl der Semesterwochenstunden oder zu leistenden Belegarbeiten selbst entscheiden konnten. So war denn auch ein Studium „auf Sparflamme“ mit nur wenigen Semesterwochenstunden machbar. Die BA-Studiengänge sind zwar vorteilhaft kürzer als die Diplom- und Magisterstudiengänge, dafür sind sie geprägt von einem festen Stundenplan, vorgegebenen zu erbringenden Leistungen und Semesterplänen. Für studierende Eltern bringt diese Art der Studienorganisation Probleme mit sich.

„Wir wurden ja hier so eingelost in so Lerngruppen im Bachelor-Studiengang jetzt. Und ich war halt für ne Gruppe eingeteilt mit zweimal oder dreimal in der Woche bis 19 Uhr. Und da hab ich gesagt, das, das schaff ich nicht.“¹⁶

Anstatt sich in diesem Fall auf eine Regelung in der Prüfungsordnung berufen zu können, die ihr jede weitere langwierige Absprache und jedes Erbitten einer Sonderregelung erspart, musste die hier zitierte Studentin über mehrere Instanzen des Fachbereiches ihren Stundenplan umorganisieren lassen, sich in kommenden Seminarsitzungen für ihren späten Einstieg rechtfertigen, immer wieder Überzeugungsarbeit leisten.

Ein weiteres Problem schildern die Diplom- und Magisterstudenten in der Organisation der Seminare und Vorlesungen. Für den Scheinerwerb wichtige Veranstaltungen wurden über viele Semester hinweg immer in der gleichen Zeitschiene angeboten. Dass eine Teilnahme an solchen Pflichtveranstaltungen für Mütter und Väter abends zwischen 19 und 21 Uhr kaum möglich ist, wurde von den anbietenden Lehrenden nicht berücksichtigt. So berichteten Eltern, dass sie auf andere, nicht ihrem Interesse entsprechende aber eben in den Vormittagsstunden angebotene Lehrveranstaltungen ausweichen mussten. Sie sahen sich in ihrer freien Wahl natürlich eingeschränkt und wünschten sich eine flexiblere Lehrveranstaltungsplanung von Seiten der Universitäten.

In den Rahmen dieser fehlenden Rücksichtnahme fällt auch das Erbringen von Studienleistungen. Die meisten Informanten berichteten von einer Anwesenheitspflicht

16 Interview SmK_HS-MD-SDL_1; Zeile: 235-241

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

in Seminaren, festen Terminsetzungen für die Abgabe von Seminararbeiten etc. Auch hier wird in den Schilderungen deutlich, dass die Lehrenden auf die Gruppe der „Eltern“ nicht vorbereitet sind. Ihnen wird erst deutlich, welche Probleme die Anwesenheitspflicht beispielsweise für die Mutter eines kranken Kindes mit sich bringt, wenn diese den Mut aufbringt und dies offensiv im Seminar oder der Sprechstunde thematisiert. Von Seiten der Lehrenden oder der geltenden Prüfungsordnungen macht es keinen Unterschied, ob ein Seminarteilnehmer wegen gesundheitlicher Probleme des Nachwuchses oder aus purer Unlust nicht zum Seminar erscheint. Die Konsequenz nach mehrmaligem Fehlen ist dieselbe: Ausschluss aus dem Seminar.

„Das ist bei uns auch so. Also eigentlich normalerweise wäre es immer so 2-mal fehlen, das 3. Mal kannst du das noch mal wiederholen. Das war halt auch in meiner Schwangerschaft ein Problem, weil ich öfter gefehlt habe allein durch die Untersuchungen und so. Das lag immer so, da konnte ich nichts dafür oder man fühlt ja nun mal nicht jeden Tag toll. Und da habe ich das den Leuten in der Regel erklärt und gemeint, ich bin halt schwanger und habe denen auch noch mal eine E-Mail geschrieben, damit sie sich das in Ruhe durchlesen können. Es wird vorkommen, dass ich öfter als 2-mal fehle und dass ich das trotzdem besuchen möchte und auch einen Schein machen möchte. Und das hat dann eigentlich auch geklappt. Also, ich glaube es gab nur ein Seminar, wo sie mir gesagt haben, nee dann soll ich bitte nächstes Semester wieder kommen.“¹⁷

Auch an dieser Schilderung wird wieder deutlich, dass offizielle Regelungen für studierende Eltern fehlen. Neben den Umstellungen der Schwangerschaft, den Behördengängen usw. müssen sich werdende Eltern mit jedem einzelnen Lehrenden über zu erbringende Studienleistungen abstimmen, nachhaken und gegebenenfalls Sonderregelungen erbitten.

In die zweite Kategorie der geschilderten Probleme fallen alle Erfahrungen mit Ämtern, Beratungsstellen oder Institutionen. Eine Studentin der Universität Magdeburg schildert ihre Erfahrungen schon während der Schwangerschaft wie folgt:

„Man ist entweder Schwangere oder Studentin. Beides kann ja gar nicht funktionieren... Ja und die Mutterschutzzeiten werden an der Uni auch nicht eingehalten (...) die Prüfung müssen sie jetzt schreiben und die Arbeit müssen sie jetzt abliefern. Ich habe sechs Wochen Mutterschutz vor der Entbindung. Da achtet keiner drauf.“

Die Mutter einer Tochter hatte früh begonnen, sich um Fördermöglichkeiten für studierende Eltern zu kümmern. Der Gang durch die einzelnen Beratungsinstitutionen der Universität, der Stadt und des Landes machte ihr deutlich, dass kaum jemand gezielt diese Gruppe der Studierenden in Magdeburg beraten kann. Die Studienberatung der Universität fühlt sich nicht zuständig, die Beratung des Arbeitsamtes sieht sich nicht als Ansprechpartner für studierende werdende Eltern. Klar, dass solche Erfahrungen nicht dazu beitragen, dass sich die Gruppe der Eltern in der universitären Öffentlichkeit präsentiert.

Eine andere Studentin schildert einen Besuch beim Prüfungsamt:

17 Interview SmK_OvGU_4; Zeile: 206-217

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

„Aber sie ist auch knallhart. Da war ich auch mal da und meinte, oh es passt immer nicht, ich muss immer gucken und mit Kind. Sie sitzt nun immer in ihrem Büro aber sie hat nun mal nur 3 Tage Sprechzeiten und wenn du dann mal außerhalb der Sprechzeiten kommst, auch wenn du dann sagst, es tut mir leid, ich muss nach Hause, ich habe keine Zeit, ich habe nur jetzt mal Zeit und morgen muss ich mit meinem Kind zum Arzt, da kann ich nicht kommen während der Sprechzeiten. Kommen sie während der Sprechzeiten, müssen sie zusehen. Aber sie sind doch da, ich brauche doch nur kurz was. Sie kommen bitte innerhalb der Sprechzeiten.“¹⁸

Schon vor dieser Begegnung mit der zuständigen Bearbeiterin hatte sie versucht, Formalien im Amt zu erledigen, konnte aber aufgrund der Kinderbetreuungszeiten sich nicht in der langen Schlange der Wartenden anstellen. Froh, die Mitarbeiterin außerhalb der Sprechzeiten angetroffen zu haben, wird sie gleich wieder des Raumes verwiesen. Da wundert es nicht, dass Studierende mit Kind nach offiziellen Regelungen für ihre Statusgruppe suchen.

In Greifswald hingegen ist die Beratung für studierende werdende Eltern weiter ausgebaut.

„Im Grunde genommen haben wir dann alles durchgewälzt, was an Informationen da ist für Familien, für junge Studenten. Das Studentenwerk hat einige Broschüren, die Caritas hat einiges für junge Familien gerade hier in der Studentenstadt, wo es ziemlich viele Wegweiser gibt und Informationen, die man sich holen kann. Und darüber hinaus auch so im Freundes- und Verwandtenkreis.“¹⁹

Auch wenn dieser Student erst mehrere Broschüren lesen musste, so kam er doch an seine Informationen. Eine persönliche Beratung ist auch diesem Vater nicht begegnet. Erstaunlich ist hier, dass die Informationen nicht in erster Linie von der Universität sondern von den freien Trägern zur Verfügung gestellt worden sind. Diese haben sich offensichtlich mit den Problemlagen studierender Eltern auseinandergesetzt und beziehen diese Gruppe selbstverständlich in ihre Beratungsangebote mit ein.

3.2.3 Kinderlose haben keinen Einblick ins Eltersein

Resultierend aus der Tatsache, dass sowohl studierende Eltern als auch Mütter und Väter unter den Wissenschaftlern ihre Kinder kaum mit auf den Campus nehmen, haben vor allem kinderlose Studierende keinen Einblick in das Lebensmodell „Studieren mit Kind“.

In den Interviews mit kinderlosen Informanten wurde deutlich, dass die best practise der studierenden Eltern eben kaum sichtbar wird. Die Möglichkeit des Austausches über Lebensmodelle besteht also über diesen Weg nicht.

„Kannst du dir vorstellen, in so einem Tag ein Kind unterzubringen?“

„Nein, ich könnte mir das in meinem Tag nicht vorstellen. Ich glaube, man muss unheimlich viel Abstriche machen und Prioritäten setzen und alles reduzieren. Die meisten sind ja dann sehr konzentriert auf ihre Familie und auf ihren Partner, beispielsweise. Die Sozialkontakte nehmen total ab und dieses ganze Rumgedaller,

18 Interview SmK_OvGU_4; Zeile:246-254

19 Interview SmK_EMAU_4; Zeile: 49-54

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

was man hat, geht halt nicht mehr. (...) Man ist total müde, weil der nicht durchgeschlafen hat. Hat seine Veranstaltung ja trotzdem und kann da nicht sagen, möchte ich jetzt nicht hin. Das kann man natürlich, aber wenn man es parallel machen will kann man es nicht. (...) Und in diese kurzen Zeitfenster, die er dann vielleicht mal schläft, lernen einzubauen glaube ich ist fast unmöglich. Und im Grunde wird der ganze Tag ja durch so ein Kind bestimmt. Ich glaube, dass man unheimlich viel an Freiheit verliert, so an eigener Freiheit. (...) Und das ist vor allem in der Zeit in der man stillt schwierig. Wie soll das gehen? Da kannst du auch schlecht Zeitfenster schaffen, weil wenn dein Kind nun mal ständig trinken möchte (...)“²⁰

Die hier zitierte Greifswalder Studentin hat zwar den Vorteil, Einblicke in den Alltag befreundeter Kommilitonen mit Kind zu haben, dennoch sind ihre Vorstellungen zu einer eigenen Mutterschaft in der derzeitigen Examensphase eher vage und ablehnend.

Ein Vorteil der auf dem Campus „lebenden“ Eltern wird an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) innerhalb des Projektes „Kinderzimmer“²¹ deutlich. Hier findet ein reger Austausch von Eltern und Nichteltern statt. Studierende lassen sich direkt beraten, überlegen, ob die frühe Elternschaft während des Studiums auch für sie ein möglicher Lebensweg wäre und sind somit in ihrer Entscheidungsfindung nicht allein gelassen. Ein zentraler Vorteil des Projektes liegt eben auch darin, dass der Nachwuchs studierender Eltern auf dem Campus präsent ist, Eltern und Kinder zusammen wahrgenommen werden und somit im Hintergrund eine Sensibilisierung der Kommilitonen und Angestellten stattfindet.

In dem Projekt arbeiten Studierende des Fachbereiches Sozial- und Gesundheitswesen. Sie betreuen Kinder von MitarbeiterInnen und Studierenden für einen festgelegten Zeitraum von dreimal zwei Stunden in der Woche. Dieses Angebot wird vor allem von Studierenden genutzt, die in den Abendstunden Seminare besuchen oder Blockveranstaltungen haben, und von Lehrenden, die eine Kinderbetreuung für die Zeit der Gremiensitzungen benötigen. Die Projektplätze sind in jedem Semester ausgebucht. Die Studierenden bieten eine Eins-zu-eins-Betreuung für die Kinder. Für die teilnehmenden Projektstudenten gibt es am Ende mehrerer Semester einen Leistungsnachweis. Für die „abgebenden“ Eltern ist das Angebot kostenlos. Das „KiZi“ versteht sich als Ergänzung zu den öffentlichen Einrichtungen der Stadt. Die große Akzeptanz und Nutzung des Projektes zeigt, wie schon mit einem Betreuungsangebot für wenige Stunden eine Entlastung für die Eltern geschaffen werden kann.

Eine kinderlose Studentin versucht, sich den Alltag mit Kind an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) vorzustellen:

„Klar gibt es dann mal so Stoßzeiten, wo es dann vielleicht wirklich zu viel werden würde, aber prinzipiell könnte ich sagen, wenn ich jetzt ein Kind hätte, wäre das eigentlich noch relativ gut unterzubringen. (...) Ich könnte es dann in die Kita bringen oder eben wie gesagt hier unten ins Kizi.“²²

20 Interview SoK_EMAU_1; Zeile: 292-323

21 weitere Infos siehe www.sgw.hs-magdeburg.de/projekte/kinderzimmer/index.html

22 Interview SoK_HS-MD-SDL_1; Zeile: 212-220

3 Empirische Befunde zur Familienfreundlichkeit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), der Universität Magdeburg und der Universität Greifswald

Deutlich wird hier, dass allein das Vorhandensein einer Kinderbetreuung potenzielle Eltern beruhigter mit dem Thema umgehen lässt. Die Studentin denkt – im Gegensatz zu der zitierten kinderlosen Studentin aus Greifswald – in erster Linie nicht an Probleme bei der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft sondern an die Vorteile an der Hochschule in Magdeburg.

Eine Mutter fasst ihre Eindrücke zusammen:

„Dann fühlt man sich ja schon schlecht, weil das Kind ist jetzt nicht ruhig. Und wenn man jetzt mehr Leute sehen würde, die machen es halt auch und dann geht es anscheinend. Ich glaube auch, dann würden sich mehr trauen“²³.

23 Interview SmK_OvG_4; Zeile: 521-523

4 Internationale Vergleichsstudie

Das „Projekt Hochschulen als Katalysatoren regionaler Entwicklung“ beinhaltet eine Vergleichsstudie zu Irland und Finnland. Durch die Methode des Vergleichs wird der Blick geweitet und die Bandbreite möglicher Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirksamkeit von Hochschulen erweitert. Erfolgreiche Ansätze in anderen europäischen Regionen werden analysiert und bewertet und im Hinblick auf Ihre Übertragbarkeit überprüft.

Länderspezifische Studien zu Irland und Finnland, die auf Forschungsaufenthalten in den Ländern, auf Interviews und einer umfangreichen Literaturrecherche aufbauen, schließen an eine einleitende Darstellung von demographischen, ökonomischen und bildungspolitischen Schlüsselindikatoren an.

4.1 Deutschland, Finnland, Irland: Schlüsselindikatoren und Entwicklungstrends

Folgende erkenntnisleitende Fragestellungen standen im Mittelpunkt der Untersuchungen:

- Wie stellt sich die demographische Situation in Finnland und in Irland im Vergleich zu Deutschland an Hand ausgewählter Indikatoren dar?
- Welche Trends bestimmen die ökonomische Situation in den drei europäischen Ländern?
- Wie stellt sich die bildungspolitische Situation in den zu vergleichenden Ländern dar?
- Wie ordnen sich nationale Bemühungen zur Verbesserung der Bildung und der Wettbewerbsfähigkeit in die europäische Politik ein?
- Welche Rückschlüsse lassen sich an Hand der Betrachtungen treffen? Wo liegen die großen Herausforderungen für das deutsche Hochschulsystem?

4 Internationale Vergleichsstudie

Tabelle 2: Ausgewählte Schlüsselindikatoren in den drei Untersuchungsländern

	Deutschland		Finnland		Irland	
Gesamtfläche (in Tausend km ²)	357		338		70	
Personen pro m ² (2004)	231		15		58	
Demografie ²⁴						
Bevölkerung (in Tausend)	(2004)	(1994)	(2004)	(1994)	(2004)	(1994)
	82 491	81 422	5 228	5 088	4 044	3 583
Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)	(2004)	(1960)	(2004)	(1960)	(2004)	(1960)
	unter 15 Jahre	unter 15 J.	unter 15 J.	unter 15 J.	unter 15 J.	unter 15 J.
	14,3	21,3	17,5	30,4	20,9	30,5
	15 – 64 Jahre	15 – 64 J.	15 – 64 J.	15 – 64 J.	15 – 64 J.	15 – 64 J.
66,4	67,8	66,7	62,3	68,0	58,6	
über 65 Jahre	über 65 J.	über 65 J.	über 65 J.	über 65 J.	über 65 J.	über 65 J.
19,3	10,8	15,7	7,3	11,1	10,9	
Ausl. Bevölkerung (in % der Gesamtbevölkerung)	8,9 (2003)		2,0 (2003)		5,6 (2003)	
Gesamfruchtbarkeitsrate ²⁵	1,3 Kinder pro Frau		1,8 Kinder pro Frau		2,0 Kinder pro Frau	
Geburtenrate ²⁶	9		11		16	
Sterberate ²⁷	10		9		7	
Natürliche Wachstumsrate ²⁸	-0,1 % pro Jahr		0,2 % pro Jahr		0,8 % pro Jahr	

²⁴ Quellen: Bevölkerung, Altersstruktur und ausl. Bevölkerung. Aus: OECD (2005): OECD in Figures, Statistics on the member countries. Gesamfruchtbarkeits-, Geburten-, Sterbe- und natürliche Wachstumsrate aus: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2005): DSW-Datenreport 2005.

²⁵ Die Gesamfruchtbarkeitsrate gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommen würde, wenn die für den gegebenen Zeitpunkt maßgeblichen altersspezifischen Fruchtbarkeitsverhältnisse der betrachteten Population als konstant angenommen werden. Vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2005): DSW-Datenreport 2005.

²⁶ Geburten pro 1000 Einwohner

²⁷ Todesfälle pro 1000 Einwohner

4 Internationale Vergleichsstudie

	Deutschland		Finnland		Irland	
Ökonomie						
BIP Wachstum, durchschnittliche jährliche Volumenänderung (1994 – 2004) ²⁹	1,5%		3,6%		7,9%	
Arbeitslosenquote (% der erwerbsfähigen Bevölkerung) ³⁰	9,9% (2004) 8,5% (1994)		8,8% (2004) 16,6% (1994)		4,4% (2004) 14,8% (1994)	
Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64) (2003) ³¹	64,6%		67,4%		65%	
Erwerbstätigenquote nach Bildungsabschluss (Erwerbstätige im Alter von 25 bis 64) (2003) ³²	Geringer als Sek. II: 50,2% Sek. II: 69,7% Tertiärbereich: 83%		Geringer als Sek. II: 58,1% Sek. II: 72,9% Tertiärbereich: 85,1%		Geringer als Sek. II: 56,6% Sek. II: 75,6% Tertiärbereich: 86,1%	
Erwerbstätigenquote nach Bildungsabschluss und Geschlecht (2003) ³³	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	< als S. II: 61,2%	43,2%	< als S. II: 60,4%	55,4%	< als S. II: 72,7%	38,1%
	Sek. II: 75%	64,4%	Sek. II: 74,8%	70,8%	Sek. II: 89,4%	63,5%
	Tertiärb.: 86,1%	78,2%	Tertiärb.: 87,3%	83,3%	Tertiärb.: 91,3%	81,1%

²⁸ Geburtenrate minus Sterberate ergibt die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung, ohne die Auswirkung von Migration einzubeziehen. Sie wird in Prozent ausgedrückt.

²⁹ (GDP Growth, average annual volume change %) OECD (2005): OECD in Figures, Statistics on the member countries.

³⁰ (Unemployment rates) Aus: OECD (2005): OECD in Figures, Statistics on the member countries.

³¹ Employment/population ratios. Aus: OECD (2005): OECD Employment Outlook, Table B.

³² OECD (2005): OECD Employment Outlook, Table D.

³³ ebenda, Table D.

4 Internationale Vergleichsstudie

	Deutschland			Finnland			Irland			
Bildungsstruktur										
Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung (2003) ³⁴	Sekundärbereich II		Tertiärbereich A		Sekundärbereich II		Tertiärbereich A		Sekundärbereich II	
	83%		14%		76%		17%		62%	
			In der Altersgruppe 25-34 14%				In der Altersgruppe 25-34 23%			
Studienanfängerquote im Tertiärbereich A (2003) ³⁵	M+F	M	F	M+F	M	F	M+F	M	F	
	36%	35%	37%	73%	66%	81%	41%	37%	46%	
Anteil ausländischer Studierender Im Tertiärbereich	(2003) 10,7%		(1998) 8,2%		(2003) 2,5%		(1998) 1,7%		(2003) 5,6%	
Öffentl. Ausgaben für Bildungseinrichtungen als Prozentsatz des BIP (alle Bildungsbereiche) ³⁶	(2002) 4,4%		(1995) 4,5%		(2002) 5,9%		(1995) 6,2%		(2002) 4,1%	
Öffentl. Ausgaben für Bildungseinrichtungen als Prozentsatz des BIP (Tertiärbereich)	(2002) 1,0%			(2002) 1,7%			(2002) 1,1%			
Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen ³⁷	109			123			156			

³⁴ Bildungsstand der 25- bis 64-Jährigen nach dem höchsten erreichten Bildungsstand. Vgl. hierzu: OECD 2005: Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2005, Tab. A1.3a.

³⁵ Es handelt sich um die Quoten für den Ersteintritt in den Tertiärbereich A. In diesem Zusammenhang ist in den OECD-Veröffentlichungen auch von der Netto-Studienanfängerquote die Rede. Vgl. hierzu OECD 2005: Bildung auf einen Blick, Tabelle C2.2. Die Summe der Netto-Studienanfängerquoten wird berechnet, indem die Studienanfängerquoten der einzelnen Altersjahrgänge aufsummiert werden.

³⁶ OECD 2005: Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2005, Tab. B2.1a.

³⁷ ebenda, Tab. B2.2.

4 Internationale Vergleichsstudie

	Deutschland	Finnland	Irland
Wissensbasierte Wirtschaft			
Wissenschaftliche Veröffentlichungen pro 1 Mio. Einwohner (2002) ³⁸	731	1309	647
Patentanmeldungen pro 1 Mio. Einwohner (European Patent Office) ³⁹	259,4	61,6	258,6
Wissenschaftler pro 1000 Beschäftigter (2001) ⁴⁰	6,6	13,8	5

Zusammenstellung: nexus (2006). Zahlen in Klammern sind Jahreszahlen.

Quellen: Siehe die jeweiligen Fußnoten.

Internationale Vergleiche sind eine gute Orientierungshilfe bei der Bewältigung der großen Herausforderungen wie sie sich angesichts der demografischen Verschiebungen ergeben: Die Bildungssysteme müssen sich neu ausrichten, Familie und Beruf müssen besser miteinander vereinbar werden, die soziale Chancengerechtigkeit muss erhöht werden und Regionen müssen sich strategisch neu ausrichten. Dem Lernen aus Erfahrungen der Anderen kommt dabei eine wachsende Bedeutung zu. Vergleichende Analysen geben zunehmend wichtige Impulse und bilden eine wichtige Grundlage für politische Diskussionen.

Dieser Teil der Studie wirft einen vergleichenden Blick auf die Länder Finnland, Irland und Deutschland. Demographische, ökonomische und bildungspolitische Entwicklungen sollen an Hand von Schlüsselindikatoren dargestellt und Trends identifiziert werden.

4.1.1 Grunddaten zur Bevölkerungsstruktur

Zunächst ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsstruktur in den drei Ländern (vgl. Tabelle 2).

Deutschland ist mit ca. 82,5 Mio. Einwohnern das bevölkerungsreichste Land in der Europäischen Union (vor Frankreich mit ca. 59,9 Mio. Einwohnern und dem Vereinigten Königreich mit 59,5 Mio. Einwohnern). Demgegenüber gehören Finnland und Irland mit einer Bevölkerungszahl von ca. 5,2 bzw. ca. 4 Mio. Einwohnern zu den dünnbesiedelten Staaten Europas. Irland ist auch hinsichtlich seiner Fläche „klein“ (70.000 km²). Deutschland und Finnland gehören mit weit über 300.000 km² zu den

³⁸ European Commission (2003), Community Research: Toward a European Research Area. Science, Technology and Innovation. Key Figures 2003-2004.

³⁹ European Commission (2003).

⁴⁰ European Commission (2003).

4 Internationale Vergleichsstudie

großen Flächenländern in Europa (Platz 4 und Platz 5 - nach Frankreich, Spanien und Schweden).

Besonders bemerkenswert ist der Bevölkerungsanstieg in Irland in den letzten Jahren. Traditionell ist Irland als ein Land mit hohen Abwanderungsraten bekannt. So verlor das Land z. B. in den 1950-er Jahren jährlich 14.000 Menschen durch Abwanderung, was zu einem Bevölkerungstiefpunkt von 2,8 Millionen Einwohner im Jahr 1961 führte. Mit Ausnahme einer Abwanderungsphase zwischen den Jahren 1986 und 1991 stieg dann die Bevölkerung kontinuierlich an. Starke Wachstumsphasen waren die Jahre 1971 bis 1979 sowie die Zeit nach 1996. Zwischen 1994 und 2004 stieg die Bevölkerung um über 12% auf 4,04 Mio. an. Der Bevölkerungsanstieg in dieser Zeit war eines der schnellsten in den westlichen Industrieländern. Die Netto-Zuwanderung trug dabei zu über 50% zu diesem Anstieg bei. Ein großer Teil der Zuwanderer sind dabei irische Rückwanderer, die ca. 1/3 dieser Gruppe ausmachen.⁴¹

Damit hat Irland die höchste Bevölkerungszahl seit der Gründung der Republik Irland im Jahr 1922 erreicht. Betrachtet man die Geburten in Irland, so ergibt sich folgendes Bild: Im Jahr 1994 wurden 47.929 Geburten registriert, das entspricht einer Zahl von 13,4 Geburten pro 1000 Einwohner. Diese Zahl stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an und betrug im Jahr 2001 schon 57.882, das entspricht 15,1 Geburten pro 1000 Einwohner.

Interessant ist der Blick auf die Altersstruktur der Bevölkerung in den drei Staaten und damit auf die sich abzeichnenden demografischen Veränderungen. Irland hat im Jahr 2004, bezogen auf alle OECD-Länder, mit 20,9% den höchsten Anteil an unter 15-Jährigen in der Bevölkerung. Deutschland hat, zusammen mit Italien, mit einem Anteil von 14,3% in diesem Bevölkerungssegment den niedrigsten Anteil unter allen OECD-Ländern. Finnland liegt mit einem Anteil von 17,5% an unter 15-Jährigen im Mittelfeld. Dem hohen Anteil an jungen Menschen in der Bevölkerung steht in Irland ein sehr geringer Anteil an Menschen über 65 Jahren (11,1%) gegenüber. In Deutschland sind bereits 19,3% der Bevölkerung älter als 65 Jahre. Nur Japan hat von allen OECD-Ländern mit 19,5% einen noch höheren Anteil an über 65-Jährigen. Finnland liegt mit 15,7% in diesem Bevölkerungssegment zwischen den Werten Irlands und Deutschlands.

Betrachtet man die durchschnittliche Anzahl von Kindern, die eine Frau gebärt, so ergeben sich große Unterschiede zwischen den ausgewählten europäischen Staaten. Deutschland gehört mit ca. 1,3 Kindern pro Frau zu den europäischen Staaten mit einer sehr geringen Fruchtbarkeitsrate (Westdeutschland ca. 1,4 Geburten je Frau, Ostdeutschland ca. 1,25 Geburten je Frau). Damit liegt Deutschland gleichauf mit Italien, Spanien und Griechenland. Finnland mit 1,8 und Irland mit 2,0 Kindern pro Frau belegen demgegenüber europäische Spitzenplätze (zusammen mit Island: 2,0, Frankreich: 1,9, Dänemark: 1,8, Norwegen: 1,8).

Für den Ersatz der Elterngeneration ist eine Geburtenrate von ca. 2,1 Geburten je Frau notwendig. Anders ausgedrückt: Soll die Kindergeneration über Geburten genauso

⁴¹ Vgl. Central Statistics Office Ireland, Statistical Yearbook of Ireland 2005 Edition, www.cso.ie/releasespublications/statistical_yearbook_ireland_2005.htm

4 Internationale Vergleichsstudie

stark sein wie die Elterngeneration, müssten 100 Frauen durchschnittlich 208 Kinder zur Welt bringen. In diesem Fall läge die „Nettoreproduktionsrate“ der Bevölkerung bei 100%. In Deutschland beträgt dieser Wert seit 1975 lediglich etwa Zweidrittel, also ca. 140 Kinder pro 100 Frauen (ausgehend von noch 250 Kinder pro 100 Frauen im Jahr 1965). Jede Kindergeneration schrumpft also im Vergleich zur Elterngeneration um circa ein Drittel.⁴²

4.1.2 Grunddaten zur ökonomischen Struktur

Ökonomische Bedingungen haben einen wesentlichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt, auf die Familienfreundlichkeit der Politik und auf demografische Trends. So bieten starke Ökonomien mit höherer Wahrscheinlichkeit familienfreundliche Arbeitsplätze an, in ökonomisch schwachen Zeiten hingegen sind entsprechende Angebote gering. Im Folgenden soll der makroökonomische Hintergrund in den drei Vergleichsländern an Hand ausgewählter Indikatoren dargestellt werden (vgl. Tabelle 2).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP oder engl.: GDP = Gross domestic product) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum.⁴³ Die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.

Die OECD gibt das BIP Wachstum als „average annual volume change“, also als durchschnittliche jährliche Volumenveränderung, an.⁴⁴ Betrachtet man den Zeitraum 1994 bis 2004, so weist Irland im Vergleich zu Finnland und Deutschland mit 7,9% das größte Wachstum auf. Finnland verzeichnet im gleichen Zeitraum 3,6%, Deutschland nur 1,5%. Damit liegt Deutschland bezogen auf den Betrachtungszeitraum zusammen mit Italien, Japan und der Schweiz im unteren Bereich der OECD-Staaten während Irland den Spitzenplatz in der gesamten OECD belegt (vor Korea mit 4,9%, Luxemburg mit 4,8% und Polen mit 4,4%).

Die irische Volkswirtschaft ist eine der dynamischsten in Europa. Allein 2004 stieg das BIP um 5,1% und knüpfte damit nach zwei schwächeren Jahren (2004: 1,75%, 2003: 2,3%) wieder an die hohen Wachstumsraten seit Anfang der 1990er-Jahre an, in denen regelmäßig über 5% erzielt wurden.

Auch die Löhne stiegen 2004 in Irland weiter an. Gleichzeitig konnte die Arbeitslosigkeit gegenüber 2003 weiter verringert werden, sie lag 2004 bei nur noch 4,4%.⁴⁵

Das irische Wirtschaftswachstum in den 1990er Jahren geht mit einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung einher. So wuchs von 1993 bis 2003 die Anzahl der Erwerbstätigen von 1,2 Millionen auf 1,8 Millionen. Dieser Anstieg wurde ermöglicht

⁴² Geißler, R.: Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Informationen zur politischen Bildung, 269, Dezember 2004.

⁴³ Das BIP misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das BIP wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt errechnet. Auf Vorjahrespreisbasis wird die „reale“ Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt.

⁴⁴ OECD (2005): OECD in Figures, Statistics on the member countries.

⁴⁵ Vgl. Harenberg Aktuell 2006 (2005).

4 Internationale Vergleichsstudie

durch den Ersteintritt von Schul- und Hochschulabgängern in den Arbeitsmarkt, durch den großen Pool von für die Wirtschaft verfügbaren Arbeitslosen, durch die stärkere Erwerbstätigkeit von Frauen sowie durch Netto-Zuwanderung von sowohl Ausländern als auch von Rückkehrern (Expatriates). Die 1990er Jahre sind dementsprechend von einem starken Anstieg der Bevölkerung gekennzeichnet.

Ursache für das starke Wachstum sind in besonderem Maße Investitionen multinationaler Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Hochtechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, chemische und pharmazeutische Industrie sowie in den Finanzdienstleistungen. Weiteres Wachstum in diesen Bereichen wird in Zukunft auch von dem Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften und Hochschulabgängern abhängen. Heute kann man in Irland praktisch von Vollbeschäftigung sprechen. Allerdings haben sich mit den internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch die ausländischen Investitionen verlangsamt, gleichzeitig ist mit über 5% die Inflationsrate wesentlich höher als im EU-Durchschnitt.⁴⁶ In diesem Zusammenhang wird in Irland bereits von einem Klima der ökonomischen Unsicherheit gesprochen. Bei den Expertengesprächen im Rahmen des Forschungsaufenthalts in Irland ist diese Ansicht immer wieder deutlich geäußert worden. Es wird befürchtet, dass die ausländischen Investitionen sich zunehmend in die neuen EU-Mitgliedstaaten und nach Asien verlagern und Irland im Zuge der Globalisierung viele seiner Standortvorteile verliert.

Auch Finnland verzeichnete 2004 einen deutlichen BIP-Anstieg von 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Wegen der günstigen Konjunktorentwicklung verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,6% auf 8,8%.⁴⁷

Deutschland weist eine anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage auf. Immerhin wuchs 2004 das BIP um 1,6%, nachdem es im Vorjahr noch um 0,1% gesunken war. Tragende Säule der konjunkturellen Entwicklung war der Außenhandel, der einen deutlichen Überschuss erzielte. Trotz dieses moderaten Wirtschaftswachstums zeichnete sich 2004 auf dem deutschen Arbeitsmarkt keine Besserung ab, die Jahresdurchschnittsquote verharrte auf Vorjahresniveau und liegt 2004 bei 9,9%.⁴⁸

Während die Arbeitslosigkeit in Finnland und Irland seit 1994 beträchtlich gesunken ist (Irland: von 14,8% im Jahr 1994 auf 4,4% in 2004 und Finnland: von 16,6% auf 8,8% im gleichen Zeitraum) weist Deutschland steigende Arbeitslosenzahlen auf: einer Quote von 8,5 % im Jahr 1994 steht 2004 eine Quote von 9,9% gegenüber.

4.1.3 Grunddaten zur Beschäftigungsstruktur

Die Erwerbstätigenquote (=Beschäftigungsquote) misst den Anteil der Erwerbstätigen⁴⁹ an der (Referenz-) Bevölkerung (oder auch: das Verhältnis der Zahl der Beschäftigten zur Bevölkerung). In Tabelle 2 dargestellt ist die Nettoerwerbstätigenquote, die den Erwerbstätigenanteil an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren misst. Anders

⁴⁶ Vgl.: Coolahan, John: Country Background Report for Ireland. OECD 2003.

⁴⁷ Vgl. Harenberg Aktuell 2006 (2005).

⁴⁸ Vgl. Harenberg Aktuell 2006 (2005).

⁴⁹ Erwerbstätige stehen in einem Arbeitsverhältnis, betreiben selbstständig ein Gewerbe, eine Landwirtschaft oder üben einen freien Beruf aus.

4 Internationale Vergleichsstudie

ausgedrückt ist die Nettoerwerbstätigenquote der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Für die Interpretation der Daten wichtig ist allerdings, dass nicht der Ertrag der Tätigkeit für den Lebensunterhalt und auch nicht der Umfang der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig geleisteten Arbeitszeit berücksichtigt werden.

Die Unterschiede in der allgemeinen Erwerbstätigenquote sind zwischen den drei Ländern mit 2-3% relativ gering. Die höchste Erwerbstätigkeit findet sich in Finnland mit einer Erwerbstätigenquote von 67,4%. Der Durchschnittswert der OECD liegt demgegenüber bei 64,9%.

Die Erwerbstätigkeit nimmt mit dem Alter deutlich ab. So gab es in Deutschland in den letzten Jahren Tendenzen zur Frühverrentung, die noch durch Regelungen wie Altersübergangsgeld und Altersteilzeit unterstützt wurden. In vielen Betrieben sind Mitarbeiter, die älter als 50 Jahre sind eher selten. Mit über 55 Jahren sind in Deutschland nur noch knapp 40% in Arbeit, in Finnland und Irland sind es demgegenüber ca. 50%.⁵⁰ Die aktuellen Daten in Deutschland weisen wieder auf ein höheres Alter beim Eintritt in die Rente hin. Grund ist oftmals der Wunsch, Abschlüsse bei der vorzeitigen Rente zu vermeiden. Für jedes Jahr, das man vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheidet, werden 3,6% von den berechneten Ansprüchen abgezogen.⁵¹ Langfristig soll das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden. Die Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt wird vielfach als ein gravierendes Problem in Deutschland gesehen. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem drohenden Fachkräftemangel wird es zunehmend wichtiger, das Leistungspotential und den Erfahrungsschatz der älteren Arbeitnehmer zu nutzen. Stellt sich die Wirtschaft nicht auf das Älterwerden unserer Bevölkerung ein, so wird die Gefahr des wirtschaftlichen Rückgangs größer. 41% aller Betriebe in Deutschland beschäftigen niemand über 50 Jahren.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquote in Bezug auf die Bildungsabschlüsse.⁵² Generell gilt: Die Wahrscheinlichkeit für Erwerbstätigkeit nimmt mit dem Grad des Bildungsabschlusses deutlich zu. Hohe Bildungsabschlüsse erhöhen die Chancen für Beschäftigung. Die größte Kluft der Erwerbstätigenquote zwischen gering- und hochqualifizierten Menschen findet sich in Deutschland. Zwischen geringem Abschluss (geringer als Sekundärbereich II) und hohem Bildungsabschluss (=Tertiärbereich, bezeichnet ohne Differenzierung in A und B die Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen zusammengenommen) gibt es eine Differenz von 32,8%. Beträgt die Erwerbstätigenquote unter den Akademikern immerhin noch 83%, so fällt sie bei den geringqualifizierten mit einem Abschluss unterhalb des Sekundär-II Niveaus auf 50,2% ab. In Irland macht der Unterschied immerhin noch fast 30% aus, in Finnland sind es 27%. Damit liegen alle drei Länder deutlich über dem OECD Durchschnittswert von 23,9 %. Allein an diesem Beispiel wird

⁵⁰ OECD, Employment Outlook 2005, Table C.

⁵¹ Spiegel online, 12.01.2006.

⁵² Zur Definition: der Sekundärbereich II bereitet Schüler auf den direkten Eintritt in das Erwerbsleben oder den Tertiärbereich vor. Im Tertiärbereich wird über ein Studium die Qualifikation für Berufe mit hohem Qualifikationsniveau erreicht.

4 Internationale Vergleichsstudie

deutlich, wie wichtig eine Anhebung der Bildungsabschlüsse in den Staaten zur Erhöhung der Erwerbsquote und damit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist. Ebenso wird die Qualität der „Humanressourcen“ bestimmend für den wirtschaftlichen Erfolg in den kommenden Jahren sein. Deshalb bemühen sich die meisten Staaten, ihre Bildungssysteme auszubauen, um in der Wissensgesellschaft und der zunehmend wissensbasierten Wirtschaft den steigenden Herausforderungen und dem internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein.

Die OECD differenziert die Beschäftigungsquote nicht nur bildungs- sondern auch geschlechtsspezifisch, wobei deutlich Unterschiede zwischen Männern und Frauen zum Vorschein kommen. Während, bezogen auf Deutschland, die Erwerbstätigenrate der Männer mit Abschluss im Tertiärbereich bei 86,1% liegt, sind von den Frauen lediglich 78,2% mit diesem Bildungsabschluss erwerbstätig. In Finnland sind 87,3% aller Männer mit einem Abschluss im Tertiärbereich erwerbstätig und 83,3% der Frauen, in Irland sind es 91,3% gegenüber 81,1%. Generell kann festgestellt werden, dass die Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten zwischen Männern und Frauen mit steigendem Bildungsstand geringer werden. So beträgt in Deutschland die Differenz zwischen den Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen mit Abschluss im Tertiärbereich als höchsten Abschluss 7,9%, bei Personen mit einem Abschluss im Sekundärbereich II dagegen 10,6% (75% Männer gegenüber 64,4% Frauen), bei Personen mit einem Abschluss geringer als Sekundärbereich II 18% (61,2% Männer gegenüber 43,2% Frauen). In Finnland wie in Irland ist die Erwerbstätigkeit von Frauen viel selbstverständlicher als in Deutschland. Insbesondere in Finnland gibt es eine lange Tradition der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Das egalitär-erwerbsbezogene Familienmodell“ der finnischen Gesellschaft ist ein Doppelversorgermodell, das bei sehr guter staatlicher Kinderbetreuung erwerbstätige Väter und Mütter vorsieht und einplant (vgl. Kapitel C).

4.1.4 Grunddaten zur Bildungsstruktur

Im Folgenden geht es um Schlüsselkenngrößen der Bildung in den betrachteten Ländern. Behandelt werden hier der Bildungsstand der Bevölkerung, Studienanfängerquoten und Bildungsausgaben. Zuvor sollen aber einige Anmerkungen zur europäischen Bildungspolitik gemacht werden.

Die Strategie von Lissabon und der Bologna-Prozess

„In the context of an increasingly knowledge-based economy, human capital can be seen as a key factor linked to economic success, productivity, social cohesion, full employment and a better quality of life and work.“ (Eurostat 2006: EU integration seen through statistics.)

Die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union kamen auf dem Lissabonner Gipfel im März 2000 überein, dass Europa Wirtschaftsreformen braucht, um die Herausforderungen anzunehmen, die die Globalisierung mit sich bringt, um Wachstum zu erreichen und um Arbeitsplätze zu schaffen.

Aus diesem Grund stellten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon im März 2000 eine neue Strategie vor, die darauf abzielt, Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit in Europa bei gleichzeitiger Förderung der sozialen Integration auf nachhaltige Weise zu steigern. Auf dem Gipfel wurde das Ziel gesetzt, bis 2010

4 Internationale Vergleichsstudie

ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3% zu erreichen und 20 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Es wurde das Ziel formuliert, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“ Dabei wird die Gesellschaft nicht nur als "Informationsgesellschaft" definiert, in der preiswerte Information und IKT allgemein benutzt werden, sondern insbesondere als "Wissens(basierte)-Gesellschaft". Hier wird betont, dass die wertvollste Anlage die Investition in immaterielles Human- und Sozialkapital ist, und dass die Schlüsselfaktoren Kenntnis und Kreativität sind.⁵³ Dem muss die Politik gerecht werden. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Integration und Beschäftigung sind also die zentralen Begriffe von Lissabon, die in einem engen Kontext zur Wissensgesellschaft stehen und sich gegenseitig bedingen.

Im aktuellen Fortschrittsbericht zum Lissabon-Prozess vom Januar 2006 werden wichtige Schritte zu Erreichung dieser Ziele genannt. Hierzu gehört insbesondere die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung, damit mehr Menschen ihre Potenziale auch ausschöpfen können. Weitere Schritte beziehen sich auf Forschung, Hochschulbildung, Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privaten und Technologietransfer.

Um den Vorsprung zu halten, den die EU hat, soll insbesondere verstärkt in die Forschung investiert werden. Forschung soll sich in Innovationen niederschlagen, damit Unternehmen auf den Wettbewerbsmärkten einen Schritt voraus sind.

Die Aufstockung der Investitionen in Hochschulbildung, Forschung und Innovation ist eine der dringlichsten Herausforderungen. Die nationalen Regierungen sind aufgerufen, ehrgeizige Ziele für die Ausgaben für Forschung und Entwicklung festzulegen. In der Hochschulbildung wurde als gemeinsames Ausgabenziel 2% des BIP bis 2010 festgelegt.

Bis 2007 sollen Hemmnisse abgebaut werden, damit Universitäten Zugang zu ergänzender privater Finanzierung erhalten und öffentlich-private Partnerschaften gebildet werden können.

Es sollen Technologietransferstellen an allen technischen Universitäten eingerichtet werden, um z. B. Forschungsergebnisse in Form von Erfindungen, Patenten, Lizenzen usw. in Partnerschaft mit der Wirtschaft vermarkten zu können.⁵⁴

In den Kontext der Ziele von Lissabon ist der Bologna-Prozess eingebunden. Dieser Prozess geht auf die gemeinsame Erklärung der Bildungsminister von 29 Staaten zurück, in der diese sich verpflichten, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Die Erklärung von Bologna vom 19. Juni 1999 beinhaltet die Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Hochschulabschlüsse. Angestrebt werden mehr Vergleichbarkeit und Kompatibilität der Hochschulsysteme in Europa. Die unterschiedlichen nationalen Systeme sollen

⁵³ Vgl.: http://europa.eu.int/comm/employment_social/knowledge_society/index_de.htm

⁵⁴ Vgl.: <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/23&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4 Internationale Vergleichsstudie

transparenter gestaltet werden, indem ein gemeinsamer Rahmen geschaffen wird, der auf drei Studienphasen (Bachelor, Master und Promotion) aufbaut. Mittlerweile beteiligen sich 40 Staaten am Bologna-Prozess.

Die Kenngrößen

Nationalstaaten und Regionen müssen sich vor dem Hintergrund globaler Veränderungen neu positionieren. So öffnen sich weltweit die Märkte immer mehr. Der Wettbewerb wird immer internationaler, Akteure wie die neuen EU-Mitgliedsstaaten oder China und Indien werden zu einer Verschärfung des Wettbewerbs beitragen. Heute verteilen international tätige Unternehmen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in der Wertschöpfungskette auf die jeweils wirtschaftlich oder strategisch günstigsten Standorte. Im Wettbewerb der Standorte werden die Generierung von Wissen und die verstärkte Investition in „Humankapital“ sowie die Steigerung von beruflichen Qualifikationen immer bedeutender. Wettbewerbsvorteile werden sich zukünftig weniger auf der Basis von Kosten erzielen lassen als vielmehr auf der Basis von Expertenwissen, das in die Entwicklung von Produkten einfließt.

Mit der Strategie von Lissabon will sich die EU dieser Entwicklung stellen. Im Hinblick auf Wissen und Innovation geht es darum, die öffentlichen und privaten FuE-Investitionen auf 3% des BIP bis 2010 anzuheben. Für die Hochschulbildung alleine sollen 2% des BIP bis 2010 ausgegeben werden. Die aktualisierte Strategie hebt hervor, dass die Bildung der Menschen verbessert werden muss, damit diese ihre Potenziale auch ausschöpfen können. Die Aufstockung der Investitionen in Hochschulbildung, Forschung und Investition wird als eine der dringlichsten Herausforderungen gesehen.

Im Hinblick auf die bildungspolitische Situation legt die OECD regelmäßig Daten vor, die den beteiligten Staaten eine Einschätzung dazu ermöglicht, wo ihre Bildungssysteme im internationalen Vergleich stehen. Diese Daten werden zur Beschreibung der Bildungsstruktur in Deutschland, Finnland und Irland herangezogen.

Hohe Studienanfängerquoten und eine hohe Bildungsbeteiligung im Tertiärbereich tragen dazu bei, die Entwicklung und den Erhalt einer hoch qualifizierten Bevölkerung und Erwerbsbevölkerung sicherzustellen.⁵⁵ Eine Ausbildung im Tertiärbereich führt, wie die Daten zu den Beschäftigungsquoten zeigen, zu besseren Beschäftigungsaussichten und auch zu höheren Verdiensten.

Der Bildungsstand einer Bevölkerung ist eine häufig verwendete Kennzahl für den Humankapitalbestand eines Landes, d.h. für die in der Bevölkerung vorhandenen formalen Qualifikationen. Das Humankapital bezeichnet also die Gesamtheit der erworbenen Kompetenzen und Wissensbestände, die sich zum Nutzen der Gesellschaft einsetzen lassen. Je höher der Bildungsstand einer Gesellschaft ist, desto besser ist sie den Anforderungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt gewachsen. Die Unterschiede im Bildungsstand werden durch den Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, der einen bestimmten Bildungsstand erreicht hat, deutlich. Die Festlegung der einzelnen Bildungsbereiche erfolgt auf Grundlage der

⁵⁵ Vgl. OECD (2005): Bildung auf einen Blick, S. 273.

4 Internationale Vergleichsstudie

Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens. Wesentliches Kriterium ist dabei die durchschnittliche Ausbildungsdauer in Jahren. Unterschieden wird nach Elementar- und Primarbereich, Sekundärbereich I, Sekundärbereich II und Tertiärbereich. Im Folgenden werden die relevanten Indikatoren für die drei Untersuchungsländer beschrieben.

Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung

In Deutschland haben 83% der Erwachsenenbevölkerung mindestens einen Abschluss des Sekundärbereichs II, d.h. entweder Abitur oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. In Finnland entfallen auf den genannten Bereich 76% und in Irland 62%. Im Mittel der OECD-Staaten sind es 66%. Damit gehört die deutsche Bevölkerung zu den am besten ausgebildeten Staaten im internationalen Vergleich.

Betrachtet man die Unterschiede im Hinblick auf einen Abschluss im Tertiärbereich A (Abschluss an Fachhochschulen und Universitäten), so ergibt sich für Deutschland ein weniger günstiges Bild. In Deutschland haben 14% der Erwachsenenbevölkerung einen Abschluss im Tertiärbereich, das Land liegt damit unterhalb des OECD-Durchschnitts von 16%. In Finnland und Irland wird in diesem Bereich demgegenüber ein Wert von 17% bzw. 16% erreicht.

In Deutschland bleibt diese Quote über die verschiedenen Altersgruppen fast konstant, hat sich also über die Jahre hinweg kaum verändert. In Finnland und Irland hingegen hat die jüngere Altersgruppe der 25-34-jährigen einen höheren Anteil an AbsolventenInnen im Tertiärbereich A.

Betrachtet man nur die Altersgruppe der 25-34-jährigen, so haben in Deutschland 14% einen Abschluss im Tertiärbereich A, wo hingegen in Irland und in Finnland 23% dieser Altersgruppe diesen Abschluss haben. Aufgrund der positiven Entwicklung bei den Studienanfängern wird in Deutschland die Zahl der Hochschulabsolventen in den nächsten Jahren allerdings steigen. Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, die Studienabschlüsse schneller erreichbar machen, haben zudem die Vorbehalte gegenüber einem Studium reduziert.

Betrachtet man die Netto-Studienanfängerquoten für alle Altersgruppen ergibt sich im Ländervergleich folgendes Bild: In Deutschland nehmen nur 36% eines Altersjahrgangs ein Studium im Tertiärbereich A auf. Im Durchschnitt aller OECD-Staaten sind es demgegenüber 53%. In Finnland liegen die Quoten für den Eintritt in den Tertiärbereich A bei 73% und in Irland bei 41 %.

Die für das Jahr 2003 in der Tabelle angegebenen Daten weisen erstmals für Deutschland einen höheren Anteil von Frauen als von Männern auf, die ein Studium angefangen haben (37% Frauen gegenüber 35% Männern). In Irland liegt dieses Verhältnis bei 46% Frauen gegenüber 37% Männern. In Finnland ist der Frauenanteil bei den StudienanfängerInnen noch wesentlich ausgeprägter: Hier stehen 81% Frauen 66% Männern gegenüber. Bei diesem Vergleich wird deutlich, dass Deutschland eine immer noch steigerungsbedürftige Akademisierungsquote hat und dass – trotz der ungefähren Parität zwischen Männern und Frauen – insbesondere bei den Frauen erhebliche Steigerungsmöglichkeiten vorhanden sind, denn in Finnland und Irland überwiegt der Frauenanteil um 15% bzw. 9%.

4 Internationale Vergleichsstudie

Zu den negativen Auswirkungen des mit dem demografischen Wandel verbundenen Rückgangs der jüngeren Bevölkerung gehört auch ein steigender Fachkräftemangel, der durch eine höhere Qualifizierung kompensiert werden könnte. In Deutschland ist es zumindest gelungen, den demografisch bedingten Rückgang der Studierenden im Tertiärbereich durch eine höhere Bildungsbeteiligung zu kompensieren. Die Möglichkeiten für eine weiter steigende Bildungsbeteiligung der Bevölkerung sollten deshalb gesichert und ausgebaut werden. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Attraktivität einer tertiären Ausbildung und damit das Angebot an hoch qualifizierten Fachkräften zu sichern.⁵⁶

Der Anteil ausländischer Studierender an der Gesamtzahl der Studierenden vermittelt einen guten Eindruck des Ausmaßes der Internationalisierung in den einzelnen Ländern. Die Internationalisierung des Tertiärbereichs ist ein Mittel zur Entwicklung von Weltoffenheit von Bürgern und Arbeitnehmern. Dieser Aspekt steht auch im Zusammenhang mit den Fragen nach Mobilität und Ausbildung wie sie im Rahmen des Projekts aufgeworfen werden. Der Besuch von Universitäten in anderen Ländern ist eine Möglichkeit für Studierende, ihre Kenntnisse über andere Kulturen, Gesellschaften und Sprachen zu erweitern und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.⁵⁷ Auch deshalb fördert die EU die Mobilität der Studierenden durch spezielle Programme.

Neben möglichen Beeinträchtigungen der Unterrichtssituation und -abläufe haben die Bildungseinrichtungen auch Nutzen von der Internationalisierung. Oftmals können Hochschulen erst durch die Teilnahme der ausländischen Studierenden die notwendige kritische Masse erreichen, um die Bandbreite der Bildungsangebote zu erhalten oder zu erweitern. Auch die finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen kann durch zahlende ausländische Studierende verbessert werden.

Sowohl in Deutschland als auch in Finnland und Irland ist ein Anstieg der ausländischen Studierenden zu verzeichnen. Hatte Deutschland 1998 noch einen Anteil von 8,2% ausländischer Studierenden, waren es 2003 schon 10,7%. In Finnland nahm im gleichen Zeitraum der Wert von 1,7% auf 2,5% zu, in Irland von 4,8% auf 5,5%.

Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass diejenigen als ausländische Studierende gelten, die nicht die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Studienlandes besitzen. So kommen in Deutschland nur etwa 72% der eingeschriebenen ausländischen Studierenden tatsächlich aus dem Ausland. Eine beträchtliche Zahl der „einheimischen Ausländer“ sind Kinder ausländischer Arbeitnehmer und in Deutschland aufgewachsen.

Dennoch gehört Deutschland in absoluten Zahlen, neben den USA, England, Frankreich und Australien, zu den wichtigsten Aufnahmeländern für ausländische Studierende. Hier spielt auch die Sprache eine wichtige Rolle. Neben Englisch und Französisch gehört Deutsch zu den weit verbreiteten Sprachen. Die hohen Anteile von ausländischen Studierenden in England (11,2%) sind in hohem Maße auf die

⁵⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung: OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“. Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2005, S.7.

⁵⁷ vgl. OECD (2005), „Bildung auf einen Blick“, S. 283.

4 Internationale Vergleichsstudie

Bedeutung der englischen Sprache zurückzuführen. Deshalb bieten auch immer mehr Bildungseinrichtungen in nicht englischsprachigen Ländern Studiengänge in Englisch an. Dieser Trend ist besonders in den nordischen Ländern ausgeprägt. In Finnland werden über 350 Studiengänge auf Englisch angeboten, in den Niederlanden, ein Land mit 16,3 Mio. Einwohnern, sogar über 1000. In Deutschland sind es etwa 300 Studiengänge, die auf Englisch belegt werden können, was angesichts der Größe des Gastlandes relativ wenig ist.

Bildungsausgaben im Vergleich

Sehr komplex sind die Betrachtungen der OECD im Hinblick auf die Bildungsausgaben. Die hier ausgewählten Indikatoren zu den Bildungsausgaben sind Angaben als Prozentsätze zum BIP. Anhand des für Bildung verwendeten Anteils an den Gesamtressourcen lässt sich gut die Priorität der Bildung in einem Land aufzeigen. Angegeben wird also der relative Anteil des Volksvermögens in den einzelnen Ländern, der in Bildungseinrichtungen fließt. Diese Ausgaben sollten als Investitionen angesehen werden, die dazu beitragen können, das Wirtschaftswachstum zu stärken, die Produktivität zu steigern, die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern sowie soziale Ungleichheiten zu verringern.⁵⁸ In diese Richtung geht auch die Argumentation der erwähnten Strategie von Lissabon.

Bezogen auf 2002 tätigt Finnland unter den drei betrachteten Ländern mit 5,9% des BIP die mit Abstand höchsten öffentlichen Investitionen für Bildungseinrichtungen. Deutschland und Irland fallen demgegenüber mit 4,4% bzw. 4,1% deutlich zurück und liegen auch unter dem Ländermittel der OECD-Staaten von 5,1%. Bezogen auf 30 OECD-Staaten rangiert Finnland auf dem 5. Platz, während Deutschland nur den 18. Platz, Irland sogar nur den 23. Platz erreicht. Die skandinavischen Länder nehmen in diesem Punkt Spitzenpositionen innerhalb der OECD ein (Dänemark: 6,8%, Norwegen und Schweden jeweils 6,7%).

Gegenüber 1995 sind in allen drei Ländern die bildungsbezogenen Prozentanteile der Investitionen ihres BIP gesunken, in Deutschland um 0,1%, in Finnland und Irland um 0,3% bzw. 0,6%.

Betrachtet man die öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung zwischen 1995 und 2002, so sind die Ausgaben für Bildung allerdings real erheblich gestiegen. Deutschland steigerte seine Bildungsausgaben um ca. 10%, Finnland um 23% und Irland sogar um 56%. Dennoch blieb insbesondere in Irland der Anstieg der Bildungsausgaben zwischen 1995 und 2002 hinter dem Anstieg des BIP zurück: Hier sank – wie erwähnt – der für Bildung verwendete Anteil des BIP deutlich ab. Dennoch kann festgestellt werden, dass in Irland und Finnland das starke Wachstum des BIP erhebliche Ausgabensteigerungen für Bildungseinrichtungen mit sich brachte.

Wissenschaftlicher Output

Die Leistungen der Wissenschaften in einem Land können an Hand von folgenden üblichen Kenngrößen grob eingeschätzt werden: Wissenschaftliche Veröffentlichungen, Anzahl der Patente und Anzahl der Wissenschaftler pro 1000 Beschäftigte.

⁵⁸ OECD (2005): Bildung auf einen Blick, S. 197.

4 Internationale Vergleichsstudie

Im Hinblick auf wissenschaftliche Publikationen (bezogen auf das Jahr 2002) nimmt Finnland in Europa mit 1309 Veröffentlichungen pro 1 Million Einwohner eine Spitzenposition ein. Nur Dänemark, Schweden und die Schweiz verzeichnen noch bessere Werte. Deutschland liegt mit 731 Veröffentlichungen pro 1 Million Einwohner noch deutlich über dem Durchschnitt der EU-15 von 673. Irland liegt mit 647 Veröffentlichungen etwas unterhalb des EU-15 Durchschnittswerts. Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen sich im Hinblick auf ihr Veröffentlichungsverhalten unterscheiden. Disziplinen im Bereich „Life sciences“ und klinischer Medizin veröffentlichen ungleich häufiger als im Bereich Ingenieurwesen (engineering research). Dementsprechend hat ein Land, das im Bereich „Life sciences“ spezialisiert ist einen hohen Output an Veröffentlichungen.⁵⁹

Patentanmeldungen sind ein Maß für den technologischen Output eines Landes. Sie erlauben den Erfindern ihre Erfindungen für eine bestimmte Zeitspanne zu schützen und zu vermarkten. Patentkenngrößen sind auch ein Maß für die Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen internationalen Märkten. Zur Vergleichbarkeit werden derartige Kenngrößen wieder zur Bevölkerung in Bezug gesetzt. Im Hinblick auf die Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (EPO) belegt Deutschland mit 259,4 Anmeldungen pro 1 Million Einwohner nach der Schweiz (351,7) und vor Finnland (258,6) einen Spitzenplatz. Demgegenüber reicht Irland relativ wenige Patentanmeldungen ein (61,6) und liegt auch deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15 von 128,4 Anmeldungen. Bemerkenswert in Irland ist aber, dass das Land im Hinblick auf diese Kenngröße nach Tschechien die höchste Steigerungsrate in Europa aufweist.

Die „Humanressourcen“ sind das zentrale Element in der Wissensgesellschaft und in wissensbasierten Ökonomien. Die folgende Kenngröße bezieht sich auf die Anzahl der Wissenschaftler pro 1000 Beschäftigte, ausgedrückt als „full-time equivalents“. Sie spiegelt die Rolle wider, die Wissenschaft in der Erwerbstätigkeit einer Nation spielt. Hier sind die Unterschiede in Europa sehr groß. Finnland hat mit 13,8 Wissenschaftlern von 1000 Beschäftigten mit Abstand den größten Anteil an Wissenschaftlern in Europa und auch weltweit. Deutschland weist hier einen Wert von 6,6, Irland von 5 auf. Betrachtet man die Verteilung des wissenschaftlichen Personals auf die Sektoren Wirtschaft, Regierung und den höheren Bildungsbereich ergibt sich folgendes Bild: In Irland sind 66,1% der Wissenschaftler im Wirtschaftsbereich tätig, 8,7% im Regierungsbereich und 25,2% im Bildungsbereich. Damit hat Irland den höchsten Anteil an Wissenschaftlern, die für die Wirtschaft arbeiten. Deutschland hat dem gegenüber nur 59,3% Wissenschaftler im Wirtschaftsbereich (14,4% Regierungsbereich, 26,3% Bildungsbereich) und Finnland sogar nur 56,9% (12,3% Regierungsbereich, 29,8% Bildungsbereich).⁶⁰

4.1.5 Schlussfolgerungen aus der vergleichenden Betrachtung

Die deutsche Gesellschaft ist eine alternde und schrumpfende Gesellschaft. Der Anteil an unter 15-Jährigen ist so niedrig wie in keinem anderen OECD-Land, der Anteil der

⁵⁹ European Commission. Key Figures 2003-2004, p 59 ff.

⁶⁰ European Commission (2003), Community Research: Toward a European Research Area. Science, Technology and Innovation. Key Figures 2003-2004.

4 Internationale Vergleichsstudie

über 65-Jährigen so hoch wie in kaum einem anderen OECD-Land. Mit ca. 1,3 Kindern pro Frau ist die Geburtenrate außerordentlich niedrig und führt dazu, dass jede Kindergeneration im Vergleich zur Elterngeneration um ein Drittel schrumpft. Bezogen auf das Wirtschaftswachstum befindet sich Deutschland im unteren Bereich der OECD-Staaten während die Arbeitslosigkeit auf einem überdurchschnittlich hohen Wert stagniert.

Ältere Menschen sind in Deutschland viel seltener erwerbstätig als in den beiden Vergleichsländern und in den meisten OECD-Ländern. Neben dem Alter spielen auch die Bildungsabschlüsse eine wichtige Rolle für Erwerbstätigkeit, denn je höher der Bildungsabschluss ist, desto höher sind die Chancen für Beschäftigung. Dieser Zusammenhang ist in Deutschland weit stärker ausgeprägt als in den meisten OECD-Ländern; die Kluft in der Erwerbstätigenquote zwischen Hoch- und Geringqualifizierten ist überdurchschnittlich hoch. Gleichzeitig wird der Humankapitalbestand eines Landes immer mehr zum bestimmenden Faktor für Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und wirtschaftlichen Erfolg. Vor dem Hintergrund der skizzierten demografischen Entwicklung gilt diese Aussage verstärkt für Deutschland. Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung erfordern in der schrumpfenden und alternden Gesellschaft, dass allen entsprechend befähigten und interessierten jungen Menschen ein Hochschulstudium ermöglicht wird. Diesem Umstand trägt das deutsche Bildungs- und Hochschulsystem noch kaum Rechnung: Im internationalen Vergleich hat Deutschland weniger Akademiker, insbesondere in den jüngeren Altersgruppen, deutlich weniger Studienanfänger und gibt bezogen auf das BIP wesentlich weniger Geld für seine Bildungseinrichtungen aus als andere Länder.

In seinen Empfehlungen vom Januar 2006⁶¹ hält der deutsche Wissenschaftsrat den zügigen Ausbau der Studienplatzkapazitäten der Hochschulen für dringend geboten. Zum einen steigt die Zahl der Schulabsolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife, zum anderen steigt der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, so der Wissenschaftsrat, muss das Reservoir an Talenten voll ausgeschöpft werden. Hierfür muss der Anteil der Studienberechtigten, der Studienanfänger und der Absolventen weiter gesteigert werden.

Gesonderte Empfehlungen macht der Wissenschaftsrat für Ostdeutschland. So geht die Zahl der studienberechtigten Landeskinder in den neuen Bundesländern, entgegen dem gesamtdeutschen Trend, zurück. Die geburtenschwachen Jahrgänge seit der Wende („Wendeknick“) erreichen Ende des Jahrzehnts die Hochschulen. Dennoch, so der Wissenschaftsrat, sollten die neuen Länder die Studienplatzkapazitäten beibehalten und so Studierende aus den alten Bundesländern gewinnen. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der in Deutschland insgesamt steigenden Studienanfängerzahlen.⁶² Ebenso sollte die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Hochschulen in den Bereichen Forschung und Entwicklung weiter

⁶¹ Wissenschaftsrat, Geschäftsstelle, Drs. 7083/06: Empfehlungen zum Arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Berlin 2006.

⁶² Dem Wissenschaftsrat zufolge werden bis Anfang des kommenden Jahrzehnts die Studienanfängerzahlen deutlich steigen und danach noch für lange Zeit hoch bleiben. Mit Blick auf den demographischen Wandel liegt darin jedoch eine große Chance.

4 Internationale Vergleichsstudie

gestärkt werden. Die Profile der einzelnen Hochschulen können durch besonders attraktive Studienangebote und gute Studienbedingungen, z. B. für Studierende mit Kind, geschärft werden.

4.2 Hochschulen und Regionalentwicklung in Finnland

Finnland ist ein Beispiel dafür, dass Hochschulen ausgezeichnete Katalysatoren regionaler Entwicklung sein können. Eine Region, die in dieser Hinsicht besondere Erfolge aufzuweisen hat ist die Region um die nordfinnische Stadt Oulu. War in den 1960er und 1970er Jahren die Entwicklung der Ouluregion noch von Strukturschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung gekennzeichnet, gehört sie heute zu den bedeutendsten Hochtechnologiestandorten in Europa. Oulu ist bekannt als „High-Tech Capitel“ der nordischen Länder. Hochtechnologie, das heißt im Falle von Oulu in erster Linie Informationstechnologie aber auch Biotechnologie, Gesundheitstechnik, Umwelttechnik und Multimedia. Trotz der peripheren Lage gelang es, diesen Hochtechnologie-Standort in den letzten 30 Jahren zu etablieren und kontinuierlich auszubauen. An dieser Entwicklung hat die noch junge Universität (gegründet 1958) einen maßgeblichen Anteil, sei es durch die Qualifizierung der benötigten Fachkräfte, durch Forschung und Entwicklung in enger Kooperation mit den High-Tech-Unternehmen der Region oder durch die Beteiligung an der Entwicklung der regionalpolitischen Strategien auf Seiten der Planung. Gleichzeitig steigt die Bevölkerung von Oulu kontinuierlich an, zum einen durch die hohe Zuwanderung, zum anderen durch die hohen Geburtenraten in der Region. Rückblickend sind besonders bemerkenswert das große Selbstbewusstsein und die Entschiedenheit mit der die wichtigen Akteure aus Hochschule, Regionalverwaltung und Unternehmen in enger Kooperation und großer Einvernehmlichkeit ihre Entwicklungsziele umgesetzt haben. Ihre ambitionierte Vision für Oulu war nicht weniger als die Entwicklung des „Zentrums der finnischen Hochtechnologie“.

Die genauere Untersuchung dieser Zusammenhänge unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Hochschule war das Ziel eines einwöchigen Forschungsaufenthalts in Oulu, der im September 2006 stattfand. Dabei wurden zahlreiche Experten der Universität, der Fachhochschule, des Technologieparks und der Unternehmen interviewt sowie die relevante Literatur zum Thema zusammengestellt und ausgewertet. Für die Experteninterviews gewonnen werden konnten:

- Prof. Jarmo Rusanen, Department of Geography, University of Oulu
- Prof. Markku Juntti, Centre for Wireless Communications, University of Oulu
- Dr. Leila Risteli, Research and Innovation Services, Director, University of Oulu
- Dr. Martti Hyry, Learning and Research Services, University of Oulu
- Dr. Airi Hirvonen, Director of Research and Development, Oulu University of Applied Sciences
- Paavo Similä, Director School of Business Studies, Oulu University of Applied Sciences
- Dr. Petri Ahokangas, Director Business Development, NetHawk
- Tarmo Pinker, Researcher, Department of Geography, University of Oulu
- Katariina Ala-Rämi, Researcher, Department of Geography, University of Oulu
- Jaakko Simonen, Researcher, Department of Economics, University of Oulu

4 Internationale Vergleichsstudie

- Seppo Selmgren, Marketing Director, Technopolis Oulu

Allen Interviewpartnern sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

4.2.1 Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in Finnland

Bevor der Blick auf die Entwicklung der Ouluregion fällt, sollen zunächst allgemeine Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung dargestellt werden, in die die Region eingebunden ist.

Global befindet sich die Wirtschaft im Umbruch. In vielen Bereichen sind neue Wege des Wirtschaftens mittlerweile zur dominierenden Form geworden und lösen bestehende Muster ab. Eckpunkte dieser Entwicklung sind Globalisierung, der Bedeutungsgewinn der IuK-Technologien und die dramatisch gestiegene Bedeutung von Wissen. Finnland scheint mit diesen veränderten Rahmenbedingungen besser zurecht zu kommen als viele andere vom Strukturwandel betroffene Länder. So weist beispielsweise das „World Competitiveness Yearbook“ für 2005 Finnland als eines der wettbewerbsfähigsten Länder aus. Dabei werden die Qualität des Bildungssystems, der Wissenstransfer, der zwischen Hochschulen und Unternehmen stattfindet, sowie die Kooperationen zwischen den Unternehmen der technischen Branchen, besonders hervorgehoben.⁶³ Bei den Pisa-Studien gehört Finnland ebenfalls in die Spitzengruppe der Länder mit hervorragenden schulischen Leistungen.

Als Land an der Peripherie Europas war Finnland noch nach dem zweiten Weltkrieg eine Agrargesellschaft. 1950 waren ca. 55% der Beschäftigten im primären Sektor, d. h. im Wesentlichen in der Landwirtschaft, tätig. Die Reparationszahlungen, die Finnland ab 1947 an die Sowjetunion zu leisten hatte, gaben dann einen entscheidenden Impuls zur Industrialisierung. Da ein Großteil der Reparationen in Form von Industriegütern erfolgen sollte (vor allem Schiffe und Maschinen), wurde in kürzester Zeit und unter großen Anstrengungen, halb staatlich, halb privat, eine metallverarbeitende Industrie errichtet. Es gelang, bis 1952 die Reparationen termingerecht zu bezahlen (Militz 2002).⁶⁴

Die Forstwirtschaft hat bereits seit Jahrhunderten eine große wirtschaftliche Bedeutung in Finnland, denn Finnland ist das walddreichste Land Europas. Die Holzverarbeitende Industrie, z. B. die Zellstoff- und Papierherstellung, befindet sich heute allerdings auf einem hohen technologischen Niveau. Die finnischen Holz- und Papierunternehmen gehören mit ihren hoch spezialisierten Produktionsverfahren zu den größten und modernsten weltweit. Hier gelang es also, traditionelle Wirtschaftsbereiche mit modernster Technik zu verbinden und daraus neue wirtschaftliche Potentiale und Märkte zu erschließen.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung im High-Tech-Sektor. Das Land hat frühzeitig den Schritt in die Informationsgesellschaft geschafft. Finnland war und ist

⁶³ www.investinfinland.fi/news/2005/en_GB/1115887564279/

⁶⁴ Militz, E. (2002): Finnland. Schnittstelle zwischen den Mächten am Rande Europas. Perthes Länderprofile.

4 Internationale Vergleichsstudie

unter den Ländern der Welt, die am stärksten vernetzt sind; das Land ist Vorreiter im Hinblick auf digitale Netze und Mobiltelefone. Auch in der Nutzung des Internets nimmt Finnland eine Spitzenstellung in der Welt ein. Die finnische Industrie steckt große Summen in Forschung und Entwicklung, so dass die Wachstumsraten ungebrochen sind. Zudem werden durch die fortschrittliche Telekommunikation die Nachteile überwunden, die dem Land aus der ungünstigen geographischen Lage und der Weite entstehen (vgl. Militz, 2002).

Im Bereich der Mobilkommunikation ist auch Finnlands bedeutendstes Unternehmen Nokia tätig: Nokia trägt zu 4% des Bruttoinlandsprodukts und zu 30% der gesamten finnischen Exporte bei, verglichen mit 25%, die auf die finnische Papierindustrie entfallen (Hyry 2005). Damit sind natürlich auch Risiken verbunden. Mit Ausnahme von Irland ist kein anderes EU-Land so abhängig vom Export der I- und K-Technologien wie Finnland. Auch wenn im Bereich der Telekommunikationsindustrie und der damit verbundenen zahlreichen anderen High-Tech-Bereiche für die finnische Wirtschaft zurzeit noch keine Probleme auftauchen, stellt der zunehmende globale Wettbewerb eine große Herausforderung für das Land dar. Finnische Unternehmen werden nur konkurrenzfähig bleiben, wenn es gelingt, die hohe Innovativität und den hohen Standard der Produkte aufrechtzuerhalten. Das jüngste Beispiel des Konkurses der deutschen BenQ-Tochter, der ehemaligen Handy-Sparte von Siemens, und der drohende Verlust von 3000 Arbeitsplätzen machen dies besonders deutlich.

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit Finnlands basiert auf dem hohen Bildungsniveau und auf der Bereitschaft der Bevölkerung, die neuen Technologien auch anzuwenden. Kleine Länder wie Finnland sind sich dieser Tatsachen weit stärker bewusst als es für große Länder wie Deutschland der Fall zu sein scheint. Entsprechend hoch sind die Investitionen in Bildung und Forschung.

Die Gründung von Universitäten und die Anlage von Technologieparks in der Nähe der Hochschulen spielen bei der beschriebenen Entwicklung der letzten Jahre eine wesentliche Rolle. Oulu Technopolis ist der älteste und der erfolgreichste Technologiepark in ganz Skandinavien.

Im Folgenden soll zunächst das finnische Bildungs- und Hochschulsystem kurz vorgestellt werden. Im Anschluss wird dann die Region Oulu genauer untersucht und dabei die Rolle der Universität für die regionale Entwicklung beleuchtet. Die wesentlichen Aussagen aus den Experteninterviews fließen hier mit ein.

4.2.2 Das Bildungssystem in Finnland

Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über das finnische Bildungssystem und geht damit über Betrachtungen zum Hochschulsystem hinaus. Damit geht es also um die Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Hochschulsystem und eine hohe Quote an Akademikern, nämlich um die Schülerinnen und Schüler, die die Qualifikation für eine Hochschule im Schulsystem erst erwerben müssen. Es soll kurz beleuchtet werden, warum Finnland in den internationalen Bildungsvergleichsstudien für Jugendliche Spitzenplätze einnimmt und warum das System, wie beschrieben, eine hohe Anzahl an Absolvierenden im Tertiärbereich hervorbringt, also über einen hohen Bestand an Humankapital verfügt. Im Anschluss daran wird das finnische Hochschulsystem beschrieben.

PISA macht finnische Bildung berühmt

Mehr noch als die Hochschulen haben insbesondere die Schulen in Finnland für internationales Interesse gesorgt. Dahinter stehen die guten Ergebnisse, die Finnland regelmäßig bei den international vergleichenden Bildungsvergleichsstudien erzielt. Deshalb soll hierauf kurz eingegangen werden.

Finnische Jugendliche nehmen mit ihren Fähigkeiten in Mathematik, in den Naturwissenschaften, beim Lesen und Problemlösen innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten eine Spitzenposition ein. Dies ist das Ergebnis der PISA-Bildungsvergleichsstudien, die in den Jahren 2000 und 2003 durchgeführt wurden.⁶⁵ Bei PISA 2000 lag der Schwerpunkt auf den Lesefähigkeiten, bei PISA 2003 waren es Mathematik und Problemlösung. Im Jahr 2006 werden die Naturwissenschaften im Vordergrund stehen.

Der Erfolg Finnlands in der PISA-Studie hat internationales Interesse geweckt. Tausende Besucher aus Europa und der ganzen Welt kommen nach Finnland, um von dem finnischen Schulsystem zu lernen. Der Erfolg des finnischen Schulsystems liegt laut PISA-Studie darin, dass es ungeachtet des sozialen Hintergrunds gleichberechtigte Lernmöglichkeiten schafft. Schüler werden entsprechend ihren Bedürfnissen besonders gefördert und angeleitet. Weitere positive Faktoren des finnischen Gesamtschulsystems sind, dass die Schüler nicht durch den ständigen Leistungsvergleich in Konkurrenz gebracht werden. In der Gesamtschule haben die Schüler in den ersten sechs Jahren einen Klassenlehrer, der die meisten Fächer unterrichtet. Es werden keine Noten vergeben. Die Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern sind ungezwungen und warm. Großer Wert wird auf eine angenehme und stimulierende Schulumgebung gelegt. Die Lehrer an finnischen Schulen sind hervorragend ausgebildet. Für alle Schulstufen müssen ein Universitätsstudium sowie eine breite pädagogische Ausbildung und Qualifizierungen in speziellen Fächern nachgewiesen werden. In den letzten drei Jahren der Gesamtschule erfolgt der Unterricht durch auf einzelne Fächer spezialisierte Fachlehrer. Für Kinder mit Lernschwierigkeiten muss Sonderunterricht organisiert werden.⁶⁶ Etwa die Hälfte eines Jahrgangs besucht nach der Gesamtschule die gymnasiale Oberstufe. Die Oberstufe ist in Kursen organisiert mit zahlreichen verschiedenen Fächern zur Auswahl, sie dauert im Durchschnitt drei Jahre und endet mit dem Abitur. Dabei handelt es sich um eine einheitliche, landsweit gleichzeitig stattfindende Abschlussprüfung. Neben der gymnasialen Oberstufe gibt es auch eine dreijährige berufliche Grundausbildung, die allgemeines und berufsspezifisches Wissen vermittelt – ein Weg, den fast alle Schüler, die nicht die gymnasiale Oberstufe besuchen einschlagen. Auch dieser Weg verleiht die Befähigung für ein nachfolgendes Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Nur 6% eines Jahrgangs beenden die Schulausbildung nach der Gesamtschule.

Analog zum Lissabonner-Prozess ist es Bestandteil der finnischen Strategie im Bildungsbereich, das Land zu einer Wissensgesellschaft umzubauen. Das wird u. a. in der Tatsache sichtbar, dass in nur wenigen anderen OECD-Ländern mehr öffentliche Ausgaben, gemessen als Prozentsatz des BIP, in den Bildungsbereich fließen wie in

⁶⁵ OECD 2004: Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003.

⁶⁶ Vgl. <http://virtual.finland.fi>

4 Internationale Vergleichsstudie

Finnland (5,9%). Für dieses Kriterium gibt es in der OECD eine „skandinavische Spitzengruppe“ zu der neben Finnland auch Dänemark, Island, Schweden und Norwegen zählen (alle zwischen 6 und 7%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das BIP in Finnland in den letzten Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von 3,6% zu verzeichnen hatte (vgl. Tabelle 2), - dementsprechend sind auch die Ausgaben im Bildungsbereich proportional kräftig gestiegen. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Erfolge Finnlands kommt also dem Bildungsbereich zu Gute.

4.2.3 Hochschulen in Finnland

Das bemerkenswerte Schulsystem wird durch ein außerordentlich gutes Hochschulsystem ergänzt. Bevor nun in einer Fallstudie die Universität der nordfinnischen Stadt Oulu genauer vorgestellt wird, sollen die Grundzüge des finnischen Hochschulsystems dargelegt werden.

Bei einer Bevölkerung von 5,2 Millionen Einwohnern hat Finnland 20 Universitäten, die bewusst auf alle Teile des Landes verteilt sind. Von diesen 20 Universitäten sind 10 Universitäten traditionell mit mehreren Fakultäten ausgestattet, drei Universitäten sind Technische Universitäten, drei sind Wirtschaftsuniversitäten und vier Hochschulen sind Kunstuniversitäten.

Alle Universitäten sind staatliche Hochschulen bei denen der Staat auch den größten Teil der Finanzierung trägt. Aufgabe der Universitäten ist die die Förderung der freien Forschung sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung auf höchstem Niveau und auf Basis der wissenschaftlichen Forschung.

Universitäten sind in Finnland weitgehend autonom. Unter Autonomie ist zu verstehen, dass die Universitäten in eigenen Angelegenheiten weitreichende Entscheidungskompetenzen haben. Sie bestimmen über ihre Prüfungsordnungen und Lehrpläne und die Anzahl der Studienanfänger in den Fachbereichen. Studiengebühren werden in Finnland nicht erhoben. Die Zahl der Bewerber um einen Studienplatz an einer Universität ist allerdings höher als die Zahl der zu vergebenden Studienplätze. Die Universitäten wählen ihre Studierenden selbst aus. Im Allgemeinen werden hierfür die Noten der Schulabschlüsse sowie die Ergebnisse von Eingangsprüfungen herangezogen.

Die finnischen Hochschulabschlüsse sind seit Herbst 2005 reformiert: Das „European Credit Transfer System“ zur Bewertung der akademischen Leistungen im Studium wurde eingeführt, die Studiengänge wurden auf Bachelor und Master umgestellt.

Finnische Universitäten bemühen sich um eine internationale Orientierung. In der Absicht, eine weiterhin steigende Anzahl von Studierenden anzuziehen, haben alle finnischen Universitäten englischsprachige Studienprogramme entwickelt.⁶⁷ Mit über 350 englischsprachigen Hochschulabschlussprogrammen hat Finnland immerhin eines der besten europäischen Angebote außerhalb Englands.⁶⁸ Dennoch ist im OECD-Vergleich der Anteil ausländischer Studierender nach wie vor relativ gering (vgl. Tabelle 2).

⁶⁷ CIMO (Centre for International Mobility) (2005): Universities in Finland. A brief guide.

⁶⁸ CIMO (Centre for International Mobility) (2005): Study in Finland

4 Internationale Vergleichsstudie

Neben 20 Universitäten gibt es weitere 29 Fachhochschulen, die durch eine enge Verknüpfung mit der Arbeitswelt gekennzeichnet sind. Das Fachhochschulwesen ist in Finnland noch relativ jung, es wurde erst in den 1990er Jahren geschaffen. Dahinter stand der Wunsch, einen Teil der wachsenden Nachfrage nach Hochschulausbildung von den Universitäten zu den neuen Hochschulen zu lenken. Fachhochschulen betonen die engen Kontakte vor allem mit der regionalen Wirtschaft, der Industrie und dem Dienstleistungsbereich. Die Fachhochschulen sind nicht in staatlichem Besitz sondern werden von den Kommunen oder privaten Einrichtungen getragen. Der Staat beteiligt sich jedoch zu 57% an der Basisfinanzierung der Fachhochschulen.⁶⁹

Für Bewerber und Bewerberinnen an Fachhochschulen gibt es ein gemeinsames nationales Verfahren, bei dem, neben dem Schulabschluss und der Aufnahmeprüfung, auch die Arbeitserfahrung, die Begabung und das Interesse im betreffenden Fach eine Rolle spielt.

Diese allgemeinen Ausführungen werden nun durch das Fallbeispiel der Region und der Universität Oulu konkretisiert.

4.2.4 Die Region Oulu in Nordfinnland

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Forschungsaufenthalts im finnischen Oulu, einem Zentrum der Hochtechnologie im europäischen Norden, dargestellt. Während des Aufenthalts im September 2006 wurden zahlreiche Experteninterviews geführt und Literatur zur Entwicklung Oulus zusammengestellt und im Anschluss ausgewertet.

Oulu: Von Holz und Teer zu High-Tech

Oulu liegt am Bottnischen Meerbusen, am Fluss Oulu, ungefähr 200 km südlich des Polarkreises und 600 km nördlich von Helsinki. Im Winter werden hier häufig Temperaturen von -30° Celsius erreicht, die Durchschnittstemperaturen im Januar liegen bei ca. -10° Celsius. Der Bottnische Meerbusen friert zu. Die Sommermonate werden hingegen durchaus warm, so betragen allein die Durchschnittstemperaturen im Juli ca. 18° Celsius. Von Anfang Juni bis Mitte Juli geht die Sonne praktisch nicht unter. Die Landschaft um Oulu ist durch die ausgedehnten Waldgebiete, bedeutende Feuchtgebiete und den bottnischen Meerbusen geprägt.

⁶⁹ <http://virtual.finland.fi>

4 Internationale Vergleichsstudie



Abbildung 10: Das Rathaus von Oulu
(Foto: F. Reul)

Das im Jahr 1887 erbaute Rathaus mit seinen prächtigen Festsäulen war einst der Treffpunkt des Bürgertums und das Zentrum des Kulturlebens in Nordfinnland. Es zeugt von dem Stolz der traditionsreichen, internationalen Handelsstadt. Heute sind einzelne Verwaltungsabteilungen der Stadt Oulu in diesem Gebäude untergebracht

Die Stadt Oulu wurde 1605 von König Karl IX. von Schweden gegründet und erlangte rasch internationale Bedeutung. Bereits Anfang des 17. Jahrhunderts wurde hier ein Betrieb für Schusswaffen gegründet, der zweite innerhalb des schwedischen Reiches. Neben Lachs und Holz war Kiefernholzteer dann im 18. und 19. Jahrhundert der wichtigste Exportartikel der Stadt, so war Oulu der größte Teerexporteur der Welt und besaß eine eigene große Handelsflotte. Die Bauern der Provinz produzierten den aus Kiefernäulen gewonnenen Rohstoff durch Destillation in großen Brennöfen. Größter Abnehmer war die englische Marine, deren Flotte große Mengen an Kiefernholzteer benötigte, denn Teer diente der Konservierung von Holz und Tauwerk. Mit dem Aufkommen von Stahlschiffen Ende des 19. Jahrhunderts ging dann der Handel mit Teer rapide zurück. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren dann die holzverarbeitende Industrie sowie die chemische Industrie in Oulu besonders dominant. Aufgrund der Krise in diesen Wirtschaftsbereichen war in den 1960er und 1970er Jahren die Entwicklung in Oulu von wirtschaftlicher Rezession, Arbeitslosigkeit und Abwanderung gekennzeichnet. Mit der erfolgreichen Ansiedlung der Universität und neuer Branchen konnte diese Entwicklung gestoppt und umgekehrt werden.

1960 hatte die Stadt Oulu ca. 58.000 Einwohner. Mit ca. 129.000 Einwohnern ist Oulu heute die größte Stadt in Nordfinnland und die sechstgrößte Stadt Finnlands. Betrachtet man die Region, also die Stadt und die zehn sie umgebenden Gemeinden, ergibt sich ebenfalls fast eine Verdoppelung der Bevölkerung, von 105.000 Einwohnern im Jahr 1960 auf ca. 200.000 Einwohner heute, und jedes Jahr kommen 2000-3000 neue Einwohner hinzu. Die Stadt und die Region gehören zu den am schnellsten wachsenden Gebieten in Finnland – während allerdings Nordfinnland insgesamt durch die starke Landflucht in hohem Maße Bevölkerung verliert (vgl. Brach 2004). Die Bevölkerungsdynamik entsteht durch die hohen Zuzüge aus den nördlichen Einzugsgebieten sowie durch die hohen Geburtenraten einer sehr jungen Bevölkerung.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt hat sich in den letzten Jahren gewandelt: Oulu erregt seit geraumer Zeit als Standort einer boomenden IT Industrie und als „high-tech hub“ internationale Aufmerksamkeit (vgl. Risteli 2006). So ist die Stadt eine der Geburtsstätten von Nokia, dem weltweit führenden Unternehmen im Bereich

4 Internationale Vergleichsstudie

Mobilkommunikation. Die folgenden Daten sollen einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung der Region geben.

Betrachtet man zunächst die Anzahl der Arbeitsstellen in der Region Oulu (die Stadt und ihre 10 Nachbargemeinden) über die letzten Jahre, so ist, bezogen auf alle Branchen, eine beträchtliche Steigerung zu konstatieren: Betrug die Zahl der Stellen 1993 noch 61.427 waren es im Jahr 2002 schon 85.535. In der gleichen Zeit hat sich die Anzahl der Firmenstandorte allein im Informationssektor von 303 auf 570 erhöht und stieg das Personal im gleichen Sektor von 3625 auf 11.871 Mitarbeitende.

Die größten Arbeitgeber in der Region Oulu sind die Stadt Oulu mit 9581 Beschäftigten, das regionale Krankenhaus mit 5427 Angestellten, Nokia mit 4590 Beschäftigten, die Universität von Oulu mit 3080 Beschäftigten sowie die Stora Enso Group mit 1080 Beschäftigten. Stora Enso betreibt am Standort Oulu eine der größten und modernsten Papierfabriken weltweit. Neben Unternehmen der Hochtechnologie sind herkömmlichere Industriezweige der Papier- und Holzverarbeitungsindustrie also nach wie vor bedeutsam vertreten, haben aber durch Verwendung modernster Technik ihr Gesicht stark verändert.

Die Arbeitslosigkeit (2004) ist in Oulu mit 10,8% dennoch relativ hoch und liegt damit auch über dem nationalen Durchschnitt von 10,3%. (vgl. Oulu Regional Business Agency 2004.)

Die Universität von Oulu hat an der Entwicklung zum High-Tech-Standort wesentlichen Anteil gehabt. Diese Zusammenhänge werden im folgenden Abschnitt genauer dargelegt. Die Entwicklung der Universität und seiner Forschungsschwerpunkte wird erläutert. Anschließend werden die Entwicklung der Ouluregion zum erwähnten High-Tech-Standort nachvollzogen und die zu Grunde gelegten regionalen Konzepte und Strategien vorgestellt.

4.2.5 Die Universität von Oulu: Impulsgeber der regionalen Entwicklung

Die Universität von Oulu hat zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region einen entscheidenden Beitrag geleistet. Sie wurde 1958 als die erste Universität außerhalb von Südfinnland gegründet. Ausgangspunkt war die rückständige Entwicklung der dünn besiedelten Gebiete im Norden und die starke Bevölkerungswanderung in den Süden des Landes, wo die Menschen nach besseren Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten suchten. Es ging darum, den Bildungsstandard und das medizinische Angebot in der Region zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen und die Entvölkerung zu stoppen. Ziel der Regierung war es nicht nur, Lehrer, Techniker und Wissenschaftler heranzuziehen, sondern auch Forschung zu initiieren, die für die wirtschaftliche Entwicklung von Nordfinland bedeutend ist. Tatsächlich gelang es in den folgenden Jahren, diese an die Hochschule gekoppelten Erwartungen eindrucksvoll zu erfüllen.

4 Internationale Vergleichsstudie



Abbildung 11: Eingangsbereich am Universitätscampus Oulu (Foto: F. Reul). Ein großer Gebäudekomplex, der phasenweise erweitert und modernisiert wurde beherbergt mit 16.600 Studierenden die zweitgrößte Universität des Landes.

Die Entwicklung der High-Tech-Industrie von Oulu ist ohne die Universität als Ausbildungsstätte für hoch qualifiziertes Personal nicht denkbar. Die ersten Elektroingenieure absolvierten 1965 die Universität. Das zunehmende Angebot an Ingenieuren und die relativ geringen Löhne im finnischen Maßstab zogen dann Tochterunternehmen von Elektrokonzernen in die Region, darunter das Unternehmen Nokia, das 1972 seine erste Einheit in Oulu eröffnete (Risteli 2006)⁷⁰. Die Produktion von Nokia begann zunächst mit einfachen Radiogeräten, die als Lizenzprodukt für das finnische Militär produziert wurden.

Der Hochschulstandort, die sich immer stärker abzeichnende Fokussierung der Universität auf den technischen Bereich und das Engagement zweier Professoren der Universität von Oulu (Prof. Ojala und Prof. Mannerkoski) waren auch der Grund für die finnische Regierung, hier 1974 eine Abteilung des technischen Forschungszentrums von Finnland (VTT) zu gründen und damit den Standort im Bereich Technik zu stärken. Das VTT ist von seiner Ausrichtung und Aufgabe mit der deutschen Fraunhofer-Gesellschaft vergleichbar. Damit bekam Oulu eine weitere starke Institution der technischen Grundlagenforschung und seiner kommerziellen Anwendung. Das Institut wird über eine staatliche Grundfinanzierung und Auftragsforschung finanziert. Ca. 300 Mitarbeiter sind für das VTT in Oulu tätig.

Dennoch blieb die Wirtschaft der Stadt bis in die späten 1970er Jahre von der Papier- und Chemieindustrie dominiert. Erst die Eröffnung des Technologieparks in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität Anfang der 1980er Jahre, ein gemeinschaftliche Maßnahme von Universität, Stadt und Unternehmen, sollte an dieser Situation etwas ändern.

Mit über 16.600 Studierenden im Jahr 2005 ist die Universität von Oulu nach Helsinki (38.000 Studierende) die zweitgrößte Universität in Finnland. Im gleichen Jahr

⁷⁰ Risteli, L (2006): Technology and knowledge transfer at the University of Oulu. In: Journal of Industry-Academic-Government Collaboration, Vol.2, No. 8.

4 Internationale Vergleichsstudie

erlangten 1700 Studierende einen akademischen Abschluss, darunter 130 Promovierende. Aufgrund der großen Nachfrage nach Studienplätzen können nur 30% der Bewerber und Bewerberinnen von der Universität aufgenommen werden. Die Studierenden verteilen sich auf sechs Fakultäten: Technologie (ca. 31% der Studierenden), Naturwissenschaften (ca. 26%), Geisteswissenschaften (ca. 14%), Erziehungswissenschaften (ca. 12%), Medizin (ca. 12%) und Wirtschaftswissenschaften (ca. 5% der Studierenden). Ein Schwerpunkt im Bereich Technik und Naturwissenschaften ist somit erkennbar. Die technologisch orientierten Fächer sind so entworfen, dass sie den absehbaren Anforderungen der Elektronik- und Softwareunternehmen der Ouluregion entsprechen.

Die Anzahl der jährlichen Promotionen liegt bei ca. 130 (davon 65 Frauen) und soll in den kommenden Jahren durch die Einrichtung weiterer Graduiertenkollegs (analog zum deutschen DFG-System) gesteigert werden.

Eine Besonderheit der Universität von Oulu ist der sehr hohe Anteil an Studierenden aus der Region, die nach dem Studium auch bleiben: Zweidrittel der Studierenden kommen aus Nordfinnland und ebenso viele finden nach dem Studium eine Arbeit in der Region, eine Option, die aufgrund der starken Heimatbindung durchaus bei den Hochschulabsolvierenden gewünscht ist. Dadurch gelingt es zudem, das Wissen zu einem großen Teil für die Region zu erhalten.

Das Personal der Universität beläuft sich auf 3080 Personen (darunter 242 Professoren und 610 Lehrende sowie weitere 680 Forschende). Damit ist die Universität nach der Stadt Oulu, dem Universitätskrankenhaus und Nokia der viertgrößte Arbeitgeber in der Region. 38% der Beschäftigten der Universität haben eine feste Stelle, das Durchschnittsalter des Personals beträgt 41 Jahre, 50% der Beschäftigten sind weiblich.

Das Budget der Universität beläuft sich auf 207 Millionen Euro, davon sind 141 Millionen staatliche Mittel und der Rest (66 Millionen Euro, entspricht 32%) außeruniversitäre Mittel, die vor allem von der Finnischen Akademie (vergleichbar der DFG), Tekes (die finnische Technologieförderung), von heimischen Unternehmen und der EU kommen.



Abbildung 12: Fahrradparkplatz am Campus der Universität von Oulu (Foto: F. Reul)

Zwei Drittel der Studierenden und Mitarbeiter kommen aus der Region und viele wollen, aufgrund der großen Heimatbindung, auch gerne bleiben. Der gute Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte und ein familienfreundliches Umfeld machen dies auch möglich.

Forschung an der Universität von Oulu

Die enge Verbindung zur nordfinnischen Region und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Nordfinnland gehören seit der Gründung zum Selbstverständnis der Universität. Ausbildung und Wohlstand von Nordfinnland sollen explizit gefördert werden. Hochschule und lokale Unternehmen sowie die Verwaltung arbeiten hierfür eng zusammen. Diese Zusammenarbeit reicht bis in die 1970er Jahre zurück und ist sehr ausgeprägt. Sie beinhaltet FuE-Kooperationen mit Unternehmen, die Beteiligung der Universität an der regionalen Entwicklungsplanung und die Zusammenarbeit mit Unternehmen in Fragen der Studieninhalte und zukünftiger Anforderungen an Absolvierende.

Die Hauptforschungsbereiche der Hochschule, die besonders konzentriert und gefördert werden, sind

- Informationstechnologie,
- Biotechnologie,
- Erforschung der nördlichen Räume.

Diese Forschungsbereiche spiegeln die besonderen Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft aber auch der regionalen Umwelt und Gesellschaft wider. Die Forschung, die in erster Linie durch thematische Forschungsgruppen durchgeführt wird, ist gut organisiert und wird professionell durch spezifische universitäre Dachorganisationen betreut und gefördert.

Die starken Forschungstätigkeiten im Bereich der Informationstechnologie tragen der enormen regionalen Bedeutung dieser Branche Rechnung. Die Forschung der Universität gehört auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnik anerkannter Maßen zur Spitzenklasse. Forschung in diesen Feldern wird hauptsächlich durch die universitäre Dachorganisation „Infotech Oulu“ und durch das „Centre for Wireless Communication“ durchgeführt.

Infotech Oulu koordiniert die universitäre Grundlagen- und Anwendungsforschung in Form von zurzeit acht Forschungsgruppen auf dem Gebiet der Informationstechnologie und sorgt für ein innovatives Umfeld. Die Forschungsgruppen arbeiten auch mit dem örtlichen „Nationalen Technologieforschungszentrum“ (VTT) zusammen. Die themenbezogenen Forschungsgruppen sind hauptsächlich in den universitären Abteilungen angesiedelt, in denen auch die Gruppenleiter arbeiten. Elektronik, Kommunikation, Informatik und Software sind die Hauptthemen, zu denen die Gruppen arbeiten. Die Basisfinanzierung von Infotech Oulu und der Forschergruppen wird aus Mitteln der Universität gestellt, wengleich der Hauptteil der Finanzierung für die Forschungsgruppen aus externen Mitteln stammt. Quellen sind hier „Tekes“ (die „National Technology Agency of Finland“), die „Finnische Akademie“, die in erster Linie Graduiertenkurse und Post-Doktoranden-Stellen finanziert, sowie das finnische Bildungsministerium, welches Forschungsstudierende finanziert. Die „Infotech“ Forschungsgruppen verfügen – ohne assoziierte Forscher außerhalb der Universität – über 330 Mitarbeitende bei einem Budget von ca. 12,4 Millionen Euro für das Jahr 2005 (vgl. University of Oulu 2003 and 2005; Infotech Oulu Annual Report 2005).

4 Internationale Vergleichsstudie

Das Centre of Wireless Communication (CWC) der Universität von Oulu gehört zu den führenden Forschungsinstitutionen auf dem Gebiet der drahtlosen Kommunikation. Das Forschungszentrum wurde 1995 als Teil der Universität mit dem Ziel gegründet, die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet voranzutreiben und Sachverstand und Wissen zum Nutzen von Gesellschaft und Wirtschaft auf lokaler und nationaler Ebene zu fördern. Bemerkenswert ist, dass die Mittel der Forschungsprojekte am CWC allein von externen Quellen kommen. Das jährliche Budget beläuft sich auf ungefähr 5 Millionen Euro bei ca. 90 MitarbeiterInnen, von denen ein Viertel aus dem Ausland kommt. Drei Forschungsschwerpunkten widmet sich das CWC: „Short Rang Communication“ (wie sie z. B. im Sport- und Gesundheitsbereich eingesetzt wird und wo mit geringeren Datenmengen auf kurzen Distanzen gearbeitet wird), „Broadband Wireless Access“ (hier geht es um Handytechnologien und die Verbesserung seiner Kapazitäten) und „Security and Defence“, ein Bereich, der den drahtlosen Datentransport im Hinblick auf hohe Sicherheitsstandards für hauptsächlich militärische Anwendungen untersucht (University of Oulu 2005, CWC 2005).

Forschung im Bereich der Biotechnologie läuft in erster Linie über das Biocenter Oulu, also wiederum einer Dachorganisation innerhalb der Universität, die Forschungsaktivitäten unterstützt und koordiniert aber auch die erforderlichen Labore und Einrichtungen bereitstellt. 12 Forschungsgruppen mit einem Personal von 300 MitarbeiterInnen arbeiten zurzeit in den biotechnischen Forschungsprojekten. Molekulare und zellbiologische Methoden stehen dabei im Vordergrund der Anwendung (University of Oulu 2005).

Das Thule Institute koordiniert als Einrichtung der Universität die Aktivitäten des dritten Forschungsschwerpunktes, der Erforschung der nördlichen Räume. Hauptforschungsbereiche sind umwelt- und gesundheitsbezogene Fragestellungen wie sie sich aus der „Global-Change-Problematik“, wie z. B. dem globalen Klimawandel, für die nördlichen Regionen ergeben. Zusammenarbeit zwischen den Instituten innerhalb der Universität sowie mit internationalen Instituten hat einen hohen Stellenwert. Zu diesem Zweck werden regelmäßig nationale und internationale Tagungen durchgeführt. Die verschiedenen Forschergruppen beschäftigen ca. 250 MitarbeiterInnen.

Die Entwicklung Oulus zum High-Tech-Standort

Wie hat sich nun Oulu im Einzelnen und innerhalb weniger Jahre so erfolgreich zum High-Tech-Standort entwickelt?

Ende der 1970er Jahren bauten die traditionellen Firmen der Holzverarbeitung und der Chemieindustrie in starkem Maße Arbeitsplätze in Oulu ab. Dieser Abwärtstrend kündigte sich bereits in den 1960er Jahren an, wo bei hoher Arbeitslosigkeit und geringem Lebensstandard vornehmlich jungen Menschen abwanderten. Um starke wirtschaftliche Brüche zu vermeiden, setzten die Akteure der Stadt auf eine gemeinsame „Strategie der Konzentration auf die eigenen Fähigkeiten“ (vgl. Brach 2004). Diese Strategie führte zu einem wirtschaftlichen Strukturwandel, weg von den natürlichen Rohstoffen und traditionellen Industrien hin zu einem Technologiestandort. Der Ausdruck „Oulu Phänomen“ (vgl. Donnelly/Hyry 2004) steht dabei für den geglückten Wechsel von einer traditionellen, geografisch abgelegenen Industriestadt

4 Internationale Vergleichsstudie

zu einer High-Tech-Stadt von internationalem Rang mit Elektronik, Software, Telekommunikation. Der Wechsel setzte an den viel versprechenden Potenzialen der Universität, insbesondere im Bereich der Elektrotechnik und an den ersten Technikunternehmen in der Region an. Hinzu kam, wie beschrieben, die Ansiedlung des Technischen Forschungszentrums VTT im Jahr 1974 mit einem Schwerpunkt im Bereich Elektronik.

Neben der Etablierung der Universität und VTT war aber die Gründung des Technologieparks der entscheidende Schritt, der den Durchbruch in der Entwicklung Oulus brachte.

Ein Projektteam aus Vertretern der Universität, der Stadt und der Industrie vereinbarte 1982 die Gründung von „Technopolis“, dem ersten Technologiepark in Skandinavien, um den Einfluss der Universität auf die Region zu erhöhen. Der Park wurde in unmittelbarer Nähe zur Universität angesiedelt. Beispielgebend waren die guten Erfahrungen, die mit Clustern im Umfeld von Universitäten in England gemacht wurden (v. a. Cambridge Research Park von 1972), aber auch Silicon Valley in den USA diente als Vorbild.

Die Finanzierung des Technologieparks wurde in einer Public-Private-Partnership aufgebracht, wobei die Stadt Oulu 50% des Kapitals stellte und private Firmen und die Universität den restlichen Betrag aufbrachten. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einer „Triple Helix“ der Wirtschaftsförderung sprechen, bestehend aus Hochschule, Behörden und Unternehmen (vgl. Etkowitz, H. 2002).⁷¹

Im Jahr 1988 fanden sich in Technopolis, am Standort Linnanmaa in Universitätsnähe, bereits 80 Unternehmen mit fast 500 Mitarbeitern. Heute sind es über 100 Unternehmen mit über 4000 Mitarbeitern.

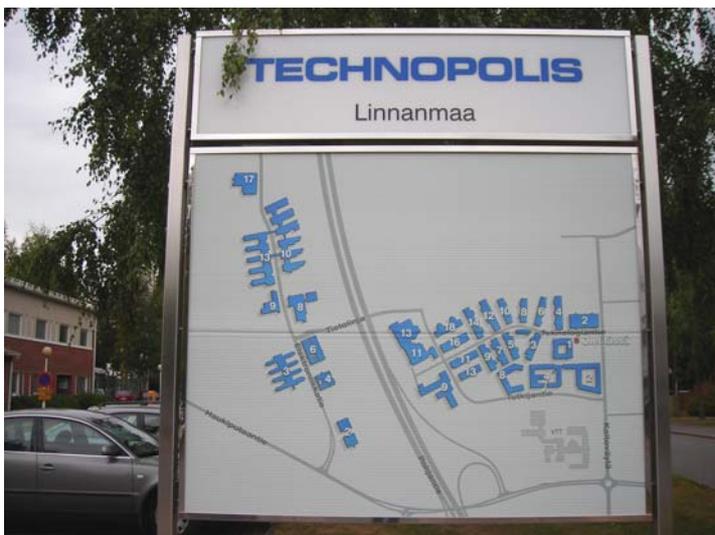


Abbildung 13: Technopolis am Universitätsstandort Linnanmaa (Foto: F. Reul)

Der östliche Teil des Plans stellt die eingeschossigen Gebäude des ersten Bauabschnitts aus den frühen 1980er Jahren dar. Der neue westliche Teil wird durch eine Autobahn vom östlichen Bereich getrennt. Hier finden sich hochmodernen, mehrgeschossige Gebäudekomplexe aus den 1990er Jahren, die kontinuierlich ergänzt werden.

⁷¹ Etkowitz, H.: The Triple Helix of University – Industry – Government, Implications for policy and evaluation. Stockholm 2002.

4 Internationale Vergleichsstudie

Aus Technopolis ist 1999 eine Aktiengesellschaft hervorgegangen, die mittlerweile zu den größten Unternehmen dieser Art in Europa gehört. In Oulu bietet Technopolis heute an mehreren Standorten, also auch außerhalb des Universitätsgebiets, insgesamt Raum für über 700 Firmen mit über 9000 Beschäftigten an. Die Firmen sind in den Bereichen Telekommunikation, Elektronik, Informationstechnik, Medizintechnik und Biotechnik tätig (vgl. www.ouka.fi/city).

Das Angebot, welches Technopolis den Firmen macht, besteht aus

1. der Bereitstellung von hochwertigen Büroflächen und Forschungsräumen,
2. einem umfassenden Serviceangebot für die ansässigen Firmen (Telekommunikation, Empfangs- und Konferenzräume, Restauration, Kindergarten, Gesundheitsdienste, Reisebüro etc.) sowie
3. einer Entwicklungsberatung, die die Umsetzung von Produktideen, die Akquise von Mitteln, Schulungen etc. beinhaltet.

Technopolis berät zudem Kunden in Schweden, Norwegen, Russland und Süd-Afrika im Hinblick auf die Gründung von neuen, eigenen Technologiezentren (Technopolis, Annual Report 2005).



Abbildung 14: Technopolis am Standort Linnanmaa (Foto: F. Reul)

Eingeschossige Gebäude des ersten Bauabschnitts der frühen 1980er Jahre. Bei fehlendem wirtschaftlichem Erfolg war die Nutzung als Studentendorf vorgesehen.

Technopolis kann in seiner Funktion also zum einen als Anbieter von Räumlichkeiten für Unternehmen gesehen werden. Zum anderen ist der Technologiepark aber auch ein Förderer bei der Umsetzung von Wissen und von technischen Fähigkeiten in wirtschaftlich erfolgreiche Produkte für den Markt (vgl. Donnelly/Hyry 2004)⁷².

Wie angedeutet blieb der Erfolg von Technopolis in Oulu nicht nur auf die Einrichtungen am Standort Linnanmaa beschränkt. Mittlerweile finden sich vier weitere Standorte in der Region. So wurde 1990 der Standort Kontinkangas gegründet, er liegt in unmittelbarer Nähe des Universitätsklinikums. Die dort ansässigen Unternehmen haben sich in erster Linie auf Medizintechnik und Biotechnologie spezialisiert. Ein weiterer erfolgreicher Standort findet sich der Nähe des Flughafens.

⁷² Donnelly, T., Hyry, M.: Urban and Regional High Technologies: The Case of Oulu. Local Economy, Vol. 19, 2004.

4 Internationale Vergleichsstudie

Ende 2006 wird „Technopolis Oulu City Center“ eröffnet, ein Standort, der im Stadtzentrum von Oulu in nächster Nähe zur Fachhochschule und zur Haupteinkaufsstraße angesiedelt ist.



Abbildung 15: Technopolis (Linnanmaa) (Foto: F. Reul)

Büro- und Forschungsgebäude der 1990er Jahre im erweiterten Bauabschnitt. Hier ein von Nokia genutzter Komplex.

The spirit of Oulu

Wichtig für das Verständnis des Oulu Phänomens sind auch der soziale Kontext und die Einstellung der Bevölkerung. Das Vorhandensein der verschiedenen Institutionen, die es so oder ähnlich auch an anderen Standorten gibt, erklärt noch nicht den Erfolg der Region. Die Interviews in Oulu mit den verschiedenen Akteuren im Rahmen dieser Studie und die Auswertung der Literatur haben gezeigt, dass die engen Kooperationen zwischen den verschiedenen Institutionen von großer Bedeutung sind. Diese lokale Kultur der Kooperation wird auch als „The spirit of Oulu“ bezeichnet. Gemeint ist das enge Netzwerk zwischen den Handelnden aus den verschiedenen Institutionen; in diesem Netzwerk sind gegenseitiger Respekt für den Beitrag des Anderen sowie gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Region ein Kennzeichen (vgl. Brach 2004). Die Persönlichkeiten aus Universität, Politik und Industrie sind eng miteinander verflochten und agieren gemeinsam zur Umsetzung ihrer Konzepte, denen eine gemeinsame Vision für die Region zu Grunde liegt.

Hinzu kommen die überschaubare Größe der Stadt und die daraus resultierenden guten Kontaktmöglichkeiten, die sich auch in den privaten Bereich fortsetzen. Die große Mehrheit der UnternehmerInnen und WissenschaftlerInnen kommt zudem selbst aus der Region. Oftmals besuchten sie bereits die gleichen Schulen und Universitäten und haben das gleiche kulturelle und gesellschaftliche Verständnis, wodurch die Bildung gemeinsamer Werte erleichtert wird. Eine Kultur der Zusammenarbeit um wettbewerbsfähig zu sein hat Tradition in Oulu und wird beispielsweise auch in den Bildungseinrichtungen von Oulu vermittelt.⁷³

⁷³ Morris, Donnelly, Hyry: The Oulu Phenomenon. Regional Studies Association 2006.

4 Internationale Vergleichsstudie

Förderlich ist auch die räumliche Anordnung der Infrastrukturen: Durch die unmittelbare räumliche Nähe von Universität und Technologiepark wird der Kontakt zwischen WissenschaftlerInnen und Firmen erheblich erleichtert. Aber auch innerhalb des Technologieparks ist der Austausch zwischen den Beschäftigten der verschiedenen Unternehmen sehr gut und durch kurze Wege gekennzeichnet. Viele MitarbeiterInnen von Technopolis treffen sich zudem in der Mittagspause in der großen, schönen und sehr guten Kantine des Standortes und tauschen sich dabei auch über aktuelle Projekte und Möglichkeiten der Kooperation aus. Kontaktschwierigkeiten hat hier keiner, zumal sich viele Beschäftigte ja bereits aus der Studienzeit kennen, nun aber für verschiedene Firmen am Standort arbeiten. Als Unterauftragnehmer für ein größeres Vorhaben von z. B. Nokia arbeitet man zudem oft gemeinsam an der gleichen technischen Herausforderung, nur an unterschiedlichen Detaillösungen und für unterschiedliche Firmen. So sind die Unternehmen sowohl Wettbewerber als auch Partner, je nachdem in welchen Zusammenhängen gearbeitet wird.

Gleichzeitig ist in der egalitären Gesellschaft von Finnland hierarchisches Denken nur sehr gering ausgeprägt und auch dadurch der Kontakt und Austausch erleichtert. Mitarbeitende und Vorgesetzte empfinden sich viel stärker als Kolleginnen und Kollegen in einer insgesamt egalitären Gesellschaft, was in vielen anderen Ländern eher unüblich ist. Hier zeigt sicherlich auch das finnische Schulsystem seine Wirkung.



Abbildung 16: "The spirit of Oulu"
(Foto: F. Reul)

Kooperation und Kommunikation in
der zentralen Kantine von
Technopolis.

Die gute Idee zur richtigen Zeit

Die beschriebene institutionsübergreifende Gründung von Technopolis ist ein Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung von gemeinsamen regionalen Visionen. Zunächst mochte die Idee einer „City of Technology“ von internationalem Rang am Rande Europas gelegen sicherlich unrealistisch erscheinen. Die Ausstrahlungskraft der Idee, die zudem von charismatischen Persönlichkeiten der Universität gefördert wurde, sowie die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Verantwortlichen für das gleiche Ziel haben den Erfolg aber möglich gemacht. Hinzu kam auch das Glück, die richtige Idee zur richtigen Zeit gehabt zu haben und das Geschick, aktuelle technologische Entwicklungen abzusehen und für sich nutzbar zu machen. So war die Entwicklung der

4 Internationale Vergleichsstudie

mobilen Kommunikation eine wesentliche Innovation der 1980er und 1990er Jahre. Diese Innovation war und ist als wissensbasierte Technologie in starkem Maße auf akademische Fachleute angewiesen. Heute versteht es Oulu als hochspezialisierter Standort, seinen Wissens- und Innovationsvorsprung gegenüber der wachsenden internationalen Konkurrenz zu halten. Mit Unterstützung der Universität, einer starken Forschungs- und Entwicklungstätigkeit und mit einer guten und übergreifenden Organisation der regionalen Forschungslandschaft wird dieser Vorsprung weiter kontinuierlich ausgebaut.

Ein weiteres Beispiel soll den innovativen Geist Oulus, der bewusst auch für das Image der Region eingesetzt wird, belegen: Im gleichen Maße wie Mobiltechnologie und Internet immer wichtiger für die BürgerInnen wird hat sich die Stadt Oulu dafür entschieden, möglichst allen Einwohnern und Besuchern freien drahtlosen Zugang zum Internet zu gewähren. Hierfür wird das Stadtgebiet schrittweise an das „panOulu-network“ angeschlossen. Zahlreiche drahtlose Internetzugangspunkte (Hotspots) werden im Stadtgebiet installiert. Mit dem panOulu-network wird es möglich sein, überall und ohne die Zahlung von Gebühren mit dem Laptop, Mobiltelefon oder PDA das Internet zu nutzen, also auch in der Fußgängerzone und im Stadtpark. Eine Registrierung oder ein Kennwort sind hierfür nicht erforderlich.

Zu den ersten angeschlossenen Gebieten gehört der Campus der Universität. Von 2005 bis 2007 werden für dieses Projekt 2,4 Millionen Euro ausgegeben und 20 MitarbeiterInnen beschäftigt. Ein wichtiger Bestandteil ist, neben der Verbesserung von E-Government, das Angebot von speziellen Kursen, die BürgerInnen (insbesondere den Jungen, Älteren, Arbeitslosen und Zugewanderten) das notwendige Wissen zur Nutzung der Technik vermitteln sollen. Das Vorhaben ist Teil des INTERREG III C Projekts „Wireless Cities“.⁷⁴

Ein wichtiger Faktor sind zudem die ambitionierten Regionalprogramme, die in Oulu gemeinsam vereinbart und umgesetzt werden. Der folgende Abschnitt stellt beispielhaft das „Oulu Growth Agreement“ vor.

Oulu Growth Agreement

Das Growth Agreement ist eine Strategie und ein Aktionsprogramm für Oulu. Mit Hilfe dieser Vereinbarung möchte die Stadt ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Position als internationaler Technologiestandort stärken. Neue Möglichkeiten für Arbeitsplätze und Unternehmen sollen geschaffen werden. Gleichzeitig sollen die EU-Mittel der Ziel-2-Förderung (Kriterium hier: Oulu als Gebiet mit hoher Quote an Langzeitarbeitslosen) effizient genutzt werden. Das Growth Agreement gehört zu den großen Investitionsplänen im Hinblick auf die Wachstumsbranchen der Stadt.⁷⁵

Die Vereinbarung, die sich als ein Fahrplan der Technologie- und Wirtschaftsentwicklung versteht und unter Federführung der Stadt Oulu ausgearbeitet wurde, beinhaltet konkrete Festlegungen für den Zeitraum 2002-2006. Damit wird der bis dato erfolgreiche Weg von Zielformulierungen im Hinblick auf den Technikstandort

⁷⁴ www.ouka.fi/wirelesscities/; www.ouka.fi/taito/english.html; www.panoulu.net/index.shtml.en

⁷⁵ <http://oulu.ouka.fi/kasvusopimus/english/index.html>. City of Oulu: Oulu Growth Agreement 2006. Annual Review 2005

4 Internationale Vergleichsstudie

weiter besprochen. Die besonderen Herausforderungen, die der wachsende Wettbewerb und die immer schneller werdende technologische Entwicklung mit sich bringen, werden offensiv angegangen. Alle wichtigen Akteure der Region sind Teil der gemeinsamen Vereinbarung und wollen ihren Beitrag zur Entwicklung leisten. Fünf „Cluster“, bestehend aus der Universität, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatlichen Institutionen, sind die Bausteine des Growth Agreements. Durch das Abkommen sollen im Zeitraum 150 neue Unternehmen mit insgesamt 6000 neuen Arbeitsplätzen entstehen. Die fünf Cluster oder Wachstumsbereiche für Hochtechnologie, die identifiziert wurden, sind Informationstechnologie, Biotechnologie, Umwelt, Gesundheit und Software. Innerhalb der Cluster sollen ganz konkrete Projekte mit festgelegten Projektpartnern umgesetzt werden. Ein Beispiel ist die Entwicklung eines schnurlosen Krankenhauses, in dem z. B. alle wichtigen Patienteninformationen drahtlos zum Versorgungspersonal weitergeleitet werden. Aber auch das bereits vorgestellte Projekt der „Wireless City“ ist Teil des Growth Agreements. Die im Rahmen der fünf Bereiche definierten Projekte werden sowohl durch private als auch durch öffentliche Investitionen finanziert. Ca. 40% der Gelder stammen von privaten Geldgebern, die öffentlichen Mittel stammen jeweils zu rund 1/3 von regionalen Institutionen, dem finnischen Staat und der EU. Das Gesamtvolumen des Growth Agreement liegt bei ca. 300 Millionen Euro.

Das Growth Agreement läuft 2006 aus. Bilanzen zum Erfolg des Agreements geben dem Konzept recht, wenn auch nicht alle ambitionierten Ziele innerhalb der Periode erreicht werden konnten. Insbesondere im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze blieben die Ergebnisse etwas hinter den Erwartungen zurück.

Die Bedeutung des Abkommens liegt aber auch in der Leitbildfunktion, denn Schwerpunkte zukünftiger Entwicklung wurden transparent gesetzt. Auch die Stärkung der Kooperation durch das Growth Agreement ist bedeutend: Das Abkommen ist das Ergebnis einer breiten Diskussion, an der die wesentlichen Akteure aus Politik, Universität und Unternehmen beteiligt sind.

Für die Periode 2007-2013 wird erneut eine Strategie analog zum Growth Agreement 2006 aufgelegt.

4.2.6 Familie und Beruf in Finnland

Während des Forschungsaufenthalts in Oulu hat auch die Frage der Elternschaft bei Studierenden und AkademikerInnen eine wichtige Rolle gespielt. In den Gesprächen mit den Interviewpartnern wurde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als eine Selbstverständlichkeit dargestellt, genauso wie es für alle Gesprächspartner selbstverständlich war, eine eigene Familie zu haben. Alle Interviewpartner haben zumindest ein Kind und beide Partner können anscheinend problemlos berufstätig sein. Warum das so ist, zeigt der Exkurs „Kinder und Elternschaft in Finnland“. Die guten Berufsperspektiven für Hochschulabsolventen in der Region bei gleichzeitig hoher Heimatverbundenheit sind sicherlich ein weiterer Grund. Die Lebensqualität von Oulu wurde von allen Gesprächsteilnehmern als besonders gut bewertet. Hierzu gehörten nach Ansicht der Interviewten eine gesunde und sichere Umwelt, die schöne Natur und Landschaft, die vielen Möglichkeiten für Sport und Freizeit, der günstige und attraktive Immobilienmarkt und das sehr gute Bildungsangebot. Die Stadt versteht es zudem, für diese Stärken gut zu werben.

Exkurs: Kinder und Elternschaft in Finnland

In Anlehnung an die Klassifikation der Soziologin Birgit Pfau-Effinger kann das „Geschlechterkulturelle Familienmodell“ in Finnland als „egalitär-erwerbsbezogenes Familienmodell“ bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um ein Doppelversorgermodell (Mutter und Vater sind erwerbstätig) mit staatlicher Kinderbetreuung. Ein derartiges Modell ist nur in einem gut entwickelten Wohlfahrtsstaat – wie Finnland ihn darstellt – funktionsfähig. Deutschland und viele andere westeuropäische Gesellschaften entsprechen nach Pfau-Effinger einem „modernisierten bürgerlichen Familienmodell“ (oder auch Vereinbarkeitsmodell der Versorgerehe) mit einem zumeist Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer Teilzeit erwerbstätigen Mutter.

Finnen bezahlen hohe Steuern, bekommen aber auch viele Leistungen. So erhalten Familien mit Kindern vielfältige Unterstützungen, die ihnen das Leben leicht machen und Wahlmöglichkeiten offen lassen. Mütter haben in Finnland wesentlich bessere Chancen auf ein aktives Berufsleben als in vielen anderen EU-Staaten. Das beginnt bereits bei den kostenfreien Mütterberatungszentren, die Teil des Gesundheitssystems sind und gesetzlich verpflichtend von den Kommunen bereitgestellt werden müssen. Die Zentren begleiten die werdenden Mütter während der Schwangerschaft medizinisch, psychologisch aber auch bei sozialen Fragen. Ihr Standard ist so gut, dass fast alle Mütter die Dienste der Zentren in Anspruch nehmen.

Eine lange Tradition hat in Finnland auch das Mutterschaftspaket, das jede Mutter vor der Geburt ihres Kindes zugesandt bekommt. Das Paket enthält u. a. Babykleidung, Bettwäsche, Hygieneartikel und andere wichtige Dinge im Wert von über 280 Euro.

Bemerkenswert sind auch die Regelungen zum Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub und zu den Beihilfen. In Finnland gibt es verschiedene Arten von Urlaub aus familiären Gründen, und zwar Mutterschaftsurlaub, besonderen Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub und Erziehungsurlaub, Kinderbetreuungsurlaub sowie eine teilweise oder zeitweilige Freistellung zur Kinderbetreuung. Nach dem Ende einer solchen Freistellung aus familiären Gründen haben die Arbeitnehmenden Anspruch auf Wiederbeschäftigung an ihrem alten Arbeitsplatz bzw. in einer dem Arbeitsvertrag entsprechenden Position.

Insgesamt beträgt der Mutterschafts- bzw. Erziehungsurlaub 263 Arbeitstage. Der Urlaub beginnt mit einer Mutterschaftsurlaubszeit von 105 Tagen, nach der die Eltern entscheiden können, ob die Mutter oder der Vater den verbleibenden Erziehungsurlaub nimmt. Während des Mutterschaftsurlaubs ihrer Partnerin haben Väter Anspruch auf Vaterschaftsurlaub von 18 Tagen bei Zahlung eines entsprechenden Vaterschaftsurlaubsgeldes. Mittlerweile ist es der Normalfall geworden, dass Väter auch davon Gebrauch machen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Vätern auch weitere 12 Tage Vaterschaftsurlaub gewährt werden. Die finnische Sozialversicherungsanstalt (KELA) zahlt Arbeitnehmenden während des Urlaubs aus familiären Gründen ein einkommensabhängiges Tagegeld. Manche Tarifabkommen garantieren einen vollen Lohn- oder Gehaltsausgleich für einen Teil des Mutterschaftsurlaubs.

Werden alle Urlaubsregelungen in Anspruch genommen ist das Kind zwischen 9 und 10 Monaten alt.

4 Internationale Vergleichsstudie

Falls ein Kind unter 10 Jahren krank wird haben Eltern die Möglichkeit, bis zu vier Tage zu Hause zu bleiben. Sollte ein Kind ernsthaft für einen längeren Zeitraum erkranken und wird von einem Elternteil betreut, so erstattet KELA einen Ausgleich für das entgangene Einkommen.

Auch die Kinderbetreuung ist rechtlich verankert und sehr gut organisiert. Entsprechend dem finnischen Recht haben Kinder unter sieben Jahren Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. In Finnland gibt es ein dichtes Netz an Kindertagesstätten, die zumeist in der Nähe des Zuhauses oder der Arbeitsstelle liegen. Das Personal an den Tagesstätten ist sehr gut ausgebildet, der Schwerpunkt liegt auf Lernen. Während die Eltern arbeiten werden die Kinder in kleinen Gruppen entsprechend ihrem Alter betreut und erhalten auch ein Mittagessen. Für Eltern, die unregelmäßig arbeiten, wird zumeist auch eine 24-Stunden-Betreuung angeboten.

Pfau-Effinger, Birgit (1994): Geschlechterkontrakt, Familienmodell und Erwerbsbeteiligung von Frauen in europäischen Industrieländern, in: Gerhard, Ute; Hradil, Stephan; Lucke, Doris; Nauck, Bernhard (Hrsg.): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen: Leske und Budrich.

<http://europa.eu.int/eures/main.jsp?acro=living&catId=1938&parentId=1740&countryId=FI&lang=de>

<http://virtual.finland.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=26468>

<http://virtual.finland.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=38634>

4.2.7 Lessons learnt from the Oulu example

Welche Schlussfolgerungen können aus dem finnischen Beispiel gezogen werden? Welche Erfahrungen können auf Regionen in Ostdeutschland übertragen werden, die heute vor ähnlichen Problemen wie seinerzeit Oulu stehen? Was kann getan werden, damit Hochschulen als Katalysatoren der regionalen Entwicklung ihre Wirkungen entfalten? Das finnische Beispiel zeigt, dass Hochschulen an ihren Standorten enorme wirtschaftliche und demografische Wirkungen entfalten können. Oulu steht für viele Aspekte und Zusammenhänge, die auch für ostdeutsche Hochschulstandorte interessant sein könnten:

Hochschulen als Haltefaktoren erkennen

Durch Hochschulen werden qualifizierte junge Leute aus der Region zum Bleiben veranlasst. Haben Studiumsinteressierte die Möglichkeit, ihr Studium in der Heimatregion aufzunehmen, ist dies für den Großteil auch die bevorzugte Variante. Im Falle von Oulu kommen zwei Drittel der Studierenden aus der Region. Vor der Gründung der Universität sind insbesondere die Jungen auf der Suche nach besseren Bildungsangeboten abgewandert.

Attraktive Angebote für Studium und Beruf entwickeln

Hochschulen müssen attraktive Angebote machen, um Studierende aus der Region, dem Land und aus dem Ausland anzuziehen. An der Universität von Oulu übersteigt die Zahl der sich um einen Studienplatz Bewerbenden bei weitem das Angebot. Nicht nur die guten Ausbildungsmöglichkeiten kommen hier zum Tragen, sondern auch die guten Berufsperspektiven, die die Hochschulabsolvierenden mit ihren Abschlüssen haben.

4 Internationale Vergleichsstudie

Lebensqualität am Hochschulstandort fördern

Regionen, die verstärkt Menschen anziehen und binden wollen, müssen attraktive Lebensbedingungen schaffen und die Qualitäten der Region verbessern. Hierzu gehören ein familienfreundliches Umfeld, eine gesunde und sichere Umwelt, gute Bildungsangebote sowie gute Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Diese Vorteile müssen offensiv vermarktet werden.

Ungünstige Lage und wirtschaftlichen Rückstand nicht als Schicksal begreifen

Eine periphere Lage, Abwanderung und wirtschaftlicher Rückstand müssen kein Hindernis für eine gute Regionalentwicklung sein. Insbesondere durch die Förderung von Hochschulen und von Forschung und Entwicklung können in einer ökonomisch problematischen Region wichtige Impulse gesetzt werden.

Starke Profilbildung vorantreiben

Hochschulen, die ein unverwechselbares Profil entwickeln, haben besonders gute Chancen, Studierende und Forschende anzuziehen, Forschungsgelder einzuwerben und damit als Katalysatoren der regionalen Entwicklung zu wirken. Die Weiterentwicklung des Hochschulprofils ist eine ständige Aufgabe, die Flexibilität, Autonomie, den regen Austausch und die regionale Verankerung erfordert.

Regionale Identitäten als Wegweiser nutzen

Bei der Entwicklung eigenständiger, starker Hochschulprofile sind regionale Identitäten ein guter Wegweiser. Traditionen, regionale Stärken, Potenziale und Herausforderungen sollten dabei besonders betont und weiterentwickelt werden. Diese Aspekte sollten Bestandteil von Forschung und Lehre werden und Impulse für Innovationen und Kooperationen mit Unternehmen und lokalen Institutionen liefern.

Die Zeichen der Zeit erkennen und handeln

Für Regionen, die nach Konzepten für die regionale Wirtschaftsentwicklung suchen, ist es wichtig, die „Zeichen der Zeit“ rechtzeitig zu erkennen und für einen eigenen, regionsspezifischen Weg zu nutzen. Im Falle von Oulu hieß dies, die wissensintensiven Trends der technologischen Entwicklung im Bereich der Mobilkommunikation aufzunehmen und mit den Potenzialen der Hochschule, der Unternehmen und der Menschen klug zu verbinden. Hochschulinstitute verfolgen die aktuellen Entwicklungen weltweit besonders aufmerksam und können ihre Erkenntnisse gut mit regionalspezifischen Empfehlungen verbinden.

Hochschulstandorte als Modellstandorte nutzen

Regionale Modellvorhaben sind für die Hochschulen ein guter Forschungs- und Anwendungsbereich und können Hochschulstandorten entscheidende Impulse sowie Prestige bringen. In diesem Rahmen lassen sich gut Drittmittel gewinnen, Konzepte erproben, Kooperationen verstärken und best practices für die wirtschaftliche Anwendung entwickeln. Oulu und seine Bewohner sind bekannt für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Innovationen. Für den Bereich der Mobilkommunikation ist die ganze Stadt häufig Labor für neue Entwicklungen.

4 Internationale Vergleichsstudie

Know-how als zentrale Voraussetzung weiterentwickeln

Zu den großen Herausforderungen für Unternehmen gehört es „Schritt zu halten“. Sie müssen bei großem Konkurrenzdruck ihre Wettbewerbsvorteile ausbauen, ihre Produkte verbessern und auf den globalen Märkten ihre Kunden finden. Ohne Forschung und Entwicklung, Schnelligkeit und ein gutes Gespür für die Trends auf dem Markt ist dies kaum möglich. Auch hier kommt den Hochschulen eine wichtige Rolle zu: Sie sind Teil der aktuellen Entwicklungen und bilden das erforderliche Personal für Forschung und Entwicklung am Standort aus.

Die Knowledge-based economy in der Region stärken

Die wirtschaftlichen Vorteile eines Hochschulstandortes kommen in der Kooperation mit wissensintensiven Branchen voll zur Geltung. Eine kluge Regionalpolitik versucht, die spezifischen Stärken der Hochschulinstitute mit den spezifischen Bedürfnissen von Unternehmen zu verbinden. Unterstützungen bei der Ansiedlung entsprechender Unternehmen, z. B. durch Gründungszentren, sind ein viel versprechender Weg.

Eigenständige Forschungszentren an den Hochschulen entwickeln

Auch innerhalb der Universität können neue Institute und Zentren gegründet werden, die über Projekte und Drittmittel finanziert werden und mit lokalen Unternehmen kooperieren. Auch internationale Kooperationen und staatliche Auftragsforschung können hier angesiedelt werden. Die regionalen Wirkungen von Hochschulen und der Wissensaustausch werden so weiter verbessert. Auch das Know-how an der Hochschule und in Forschung und Lehre profitieren davon. Das „Centre for Wierelss Communications“ (CWC) an der Universität von Oulu ist ein erfolgreiches Beispiel. Es belegt, dass über entsprechende Zentren hoch qualifiziertes Personal und große Volumen an Forschungsgeldern gewonnen werden können.

Den Erfolg bereits in der Schule begründen

Die Sicherung des hochqualifizierten Nachwuchses setzt bereits in den Schulen an. Die Pisa-Studien bescheinigen dem finnischen Schulsystem und den finnischen SchülerInnen Spitzenleistungen im OECD-Vergleich. Durch die sehr gute Förderung aller SchülerInnen ist Schulerfolg in Finnland in geringem Maße vom sozialen Hintergrund abhängig. Zudem besuchen überdurchschnittlich viele Schulabsolventen eine Hochschule. Mit gutem „Humankapital“ fällt es den Finnen dann auch leicht, in wissensbasierten Branchen wie der Mobilkommunikation weltweit an der Spitze zu stehen.

Kooperation für gemeinsame Konzepte der Regionalentwicklung eingehen

Enge Kooperation zwischen Hochschule, Verwaltung und Wirtschaft zur Entwicklung regionaler Strategien und zur Stärkung des Standorts helfen, den Herausforderungen zu begegnen. „The spirit of Oulu“, die Gründung von Technopolis Oulu und das „Oulu Growth Agreement“ sind eindrucksvolle Beispiel hierfür. Wichtig ist dabei auch eine Identifikation mit und Verantwortungsbewusstsein für die Region. In Oulu ist es vielfach die Heimatverbundenheit, die das Engagement stärkt.

4 Internationale Vergleichsstudie

Fördermittel klug für den Wissensstandort einsetzen

Fördermittel, z. B. der EU, werden besonders effizient für die Regionalentwicklung eingesetzt, wenn diese in konsistente und langfristige Strategien eingebunden sind, die das Wissen und die Praxis in der Region mehren. Solche Entwicklungsstrategien sind besonders tragfähig, wenn sie unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure der Stadt erarbeitet und in gemeinsamen Modellvorhaben umgesetzt werden.

Innovativität und Image aufrecht halten

Eine einmal gewonnene Position muss im Wettbewerb der Regionen fortwährend durch Innovationen gestärkt werden. Auch das Image spielt eine wichtige Rolle: Erfolge müssen bekannt gemacht und originell vermarktet werden.

4.3 Hochschulen und Regionalentwicklung in Irland

In diesem Teil der Studie geht es um die Darstellung der Entwicklung des irischen Hochschulsystems und der gegenwärtigen Strategien im Bildungs- und Hochschulbereich. Hochschulpolitik und ökonomische Ziele stehen in Irland in einem engen Zusammenhang, deshalb erfolgen die Ausführungen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Am Beispiel der Universität von Limerick werden dann die regionalen Wirkungen einer besonders innovativen irischen Hochschule genauer analysiert. Daraus kann für die Bildungs-, Wirtschafts- und Regionalpolitik in Ostdeutschland viel gelernt werden.

Folgende Fragestellungen stehen im Mittelpunkt der Analyse und Darstellung:

- Wie hat sich das irische Hochschulsystem in den letzten Jahren herausgebildet?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Wirtschafts- und Hochschulentwicklung?
- Welche hochschulpolitischen Strategien und Ziele hat Irland in den letzten Jahren verfolgt? Welche Erfolge wurden dabei erzielt?
- Wie stellt sich das irische Hochschulsystem heute dar? Welche Herausforderungen hat es zu bewältigen?
- Welche konkreten regionalen Wirkungen gehen von der University of Limerick aus?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden einschlägige Studien recherchiert und ausgewertet. Ein einwöchiger Forschungsaufenthalt Ende Februar/Anfang März 2006 führte an die zentrale Hochschulverwaltung in Dublin sowie an die Universitäten in Maynooth, Limerick und Galway. Als Gesprächspartner konnten folgende Experten gewonnen werden, denen für die freundlichen Interviews gedankt sei:

- Caitriona Ryan (Senior Policy Analyst, Higher Education Authority, Dublin),
- Prof. James Walsh (Vice-President National University of Ireland, Maynooth),
- Prof. Seamus Grimes (Geography Department, National University of Galway).
- Prof. Ulf Strohmeyer (Geography Department, National University of Galway).
- Dr. Daniel O'Mahony (Director, Technology Transfer Office, National University of Galway),
- Dr. Brid Quinn (Department of Government and Society, University of Limerick),
- Dr. Anthony Leddin (Department of Economics, University of Limerick),
- Dr. Patricia Conlan (Lecturer in European Law, University of Limerick),
- John Stapleton (Senior Lecturer in Public Administration, University of Limerick),
- Pat Rockett (Human Resources Manager, University of Limerick)

4.3.1 Wirtschaftliche Entwicklung und Bildung

Irland stellt sich heute als ein ökonomisch und demografisch prosperierendes Land dar (vgl. Tabelle 2, Schlüsselindikatoren zur Ökonomie, und die Ausführungen in Kapitel 1.2). Das Irland von Mitte der 1980er Jahre ist hingegen durchaus mit dem Ostdeutschland von heute vergleichbar. Damals befand sich das Land in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung, wirtschaftlicher Rückständigkeit und hoher Abwanderung. 1987 hatte Irland ein BIP/Kopf von nur 64% des EU-Durchschnitts (EU12) und eine Arbeitslosenquote von 17,5%. Durch eine radikale wirtschaftspolitische Umsteuerung Anfang der 1990er Jahre gelang Irland eine beispiellose ökonomische Entwicklung. Grundlagen dafür waren eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an den EU-Vorgaben, eine klare Konsolidierungspolitik für die öffentlichen Haushalte, die günstige weltwirtschaftliche Lage und funktionierende Sozialpartnerschaften mit mäßigen Lohnsteigerungen. Noch wichtiger war aber eine ausgesprochene investitionsfreundliche Politik, welche ausländischen Investoren hohe Zuschüsse und niedrige Steuersätze bei sehr guten Abschreibungsmöglichkeiten versprach.⁷⁶ Ein weiterer Faktor von hoher Bedeutung, der im Rahmen der Studie genauer beleuchtet wird, ist die deutliche und kontinuierliche Verbesserung des irischen Hochschulwesens und damit des Humankapitals. In Irland wurden die EU-Fördermittel stärker als z. B. in Portugal oder Spanien in die Köpfe und nicht in Beton und Straßen investiert. Dementsprechend gehört Irland heute zu den EU-Ländern, in denen der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss im Tertiärbereich A oder B mit 26% hoch ist (Portugal 11%, Spanien 25%, Deutschland 24%, Frankreich 23%, Finnland 33%)⁷⁷. Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn man diese Anteile für die Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen betrachtet und damit viel stärker die Erfolge der Bildungspolitik der letzten Jahre hervorhebt: Der Anteil der Bevölkerung für diese Altersgruppe mit einem entsprechenden Abschluss beträgt in Irland 37%, in Portugal 16%, in Deutschland 22% und in Finnland 40%.

Ein zentraler Punkt der gegenwärtigen wirtschafts- und bildungspolitischen Diskussion ist die starke internationale Orientierung der irischen Wirtschaft. Damit verbunden ist eine hohe Abhängigkeit von multinationalen Unternehmen - was durchaus kritisch gesehen wird. Befürchtet wird, dass internationale Investitionen zurückgehen und dass im Zuge der weiteren Globalisierung z. B. asiatische Standorte gegenüber Irland an Attraktivität gewinnen. Produktion könnte zunehmend ins Ausland verlagert werden. So sind beispielsweise im Vergleich zum EU-Durchschnitt die irischen Löhne überproportional gestiegen. Irland ist kein Niedriglohnland mehr, was auch Folge der zunehmenden Qualifizierung der Bevölkerung ist.⁷⁸

In diesem „Klima der Unsicherheit“ gewinnen Argumente, die für einen Ausbau des Bildungssystems plädieren, weiter an Bedeutung. Gut ausgebildete Menschen, die eine

⁷⁶ vgl. Diemel, C (2004): Vergleichsstudie Irland – Wirtschaftlicher Aufschwung und regionale Bevölkerungsdisparitäten, in: Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt. Abschlußbericht.

⁷⁷ OECD 2005, Bildung auf einen Blick, Tab. A1.3a. Die Angaben beziehen sich auf 2003 und auf die Altersgruppe der 25-64-jährigen.

⁷⁸ Steigende Qualifizierung und steigende Löhne spiegeln allerdings auch Steigerungen der Produktivität wieder: das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung nimmt zu.

hohe Produktivität gewährleisten, so die These, rechtfertigen auch höhere Gehälter. Gleichzeitig geht es darum, mehr und mehr wissens- und forschungsorientierte Bereiche der international agierenden Unternehmen für den irischen Standort zu gewinnen. Das Engagement der Firmen soll durch die Ansiedlung der strategisch entscheidenden Bereiche von Forschung und Entwicklung sowie der Unternehmensführung auch langfristig an das Land gebunden werden. Wichtiges Argument sind die hoch qualifizierten Kräfte.

Investitionen in das Hochschulsystem haben im vergleichsweise kleinen Irland tatsächlich einen steigenden Stellenwert. Bei der strategischen Ausrichtung der Forschungs- und Bildungsaktivitäten werden dabei die spezifischen Bedürfnisse der Wirtschaft stark antizipiert und berücksichtigt.

Wie hat sich nun das irische Hochschulsystem in den letzten Jahrzehnten herausgebildet und von welchen politischen Überlegungen wurde dabei ausgegangen? Darum soll es in den folgenden Abschnitten gehen.

4.3.2 Entwicklung des irischen Hochschulsystems

Ende der 1960er Jahre wurde das irische Hochschulsystem grundlegend reformiert. Die Regierung erkannte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme die wichtige Rolle der Hochschulen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Anzahl der Studierenden sollte rapide gesteigert werden und die Vielfalt der akademischen Abschlüsse erhöht werden. Das „binäre System“ der irischen Hochschulen, bestehend aus Universitäten und Fachhochschulen, den heutigen Institutes of Technology (IoT), wurde schrittweise weiterentwickelt und verbessert, gleichzeitig wurden die Hochschulstandorte ausgewogener auf die Regionen verteilt.

Ähnlich wie die Fachhochschulen in Deutschland haben die IoT heute einen eher technischen, anwendungsorientierten und regionalen Fokus. An Universitäten wird demgegenüber Grundlagen- und auch Anwendungsforschung betrieben. Universitäten bieten „Under- and Postgraduate Programme“ an, die zum Bachelor und Master oder zum PhD (Doctor of Philosophy) führen.

Universitäten und IoT der irischen Hochschullandschaft werden durch kleinere Colleges für die Lehrerausbildung (Colleges of Education) als drittes Element ergänzt.

Der Ausbau der Hochschulen seit den späten 1960er Jahren führte zu einem deutlichen Anstieg der Studienanfänger: Besuchten 1965 nur 11% aller Schulabgänger Hochschulen, waren es 1980 20%, 1998 44% und 2003 schon über 54%.⁷⁹ Der Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung ist dementsprechend insbesondere in den jungen Altersgruppen im OECD-Vergleich überdurchschnittlich hoch. Die Anzahl der Studierenden stieg seit 1965 jährlich um 2%. Gleichzeitig konnten Arbeitslosigkeit und Abwanderung deutlich gesenkt werden. Waren 1994 noch 14,8% der erwerbsfähigen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen, waren es 2004 nur noch 4,4% (detaillierte Angaben finden sich in Kapitel 1). Gerade in den 1990er Jahren haben zahlreiche multinationale Unternehmen stark in Irland investiert. Damit haben sie den enormen Wirtschaftsboom in der dynamischsten Volkswirtschaft

⁷⁹ HEA (2006): Overview of Higher Education System in Ireland, Information on Current Priorities and Challenges (unveröffentlicht).

4 Internationale Vergleichsstudie

Europas (mit regelmäßig mehr als 5% Wachstum des Bruttoinlandsprodukts) begründet. Die Unternehmen griffen dabei auf die steigende Zahl sehr gut qualifizierter Hochschulabgänger zurück.



Abbildung 17: Trinity College
Dublin, Campus mit Campanile
(Foto: F. Reul)

An der älteste und traditionsreichsten Universität des Landes, gegründet 1592, studieren heute über 15.000 Studierende. Damit hat sich die Zahl gegenüber 1940 verzehnfacht.

4.3.3 Hochschulen und Studium

Irland besitzt 7 Universitäten und 14 Institutes of Technology. Daneben gibt es noch einige private tertiäre Bildungseinrichtungen. Im Folgenden werden die Institutionen genauer beschrieben und auch die Organisation des Hochschulsystems erläutert.

Universitäten

Von den sieben Universitäten des Landes befinden sich allein drei in Dublin (University of Dublin/Trinity College, University College Dublin, Dublin City University). Weitere Universitätsstandorte sind Cork (University College Cork) sowie die Universitäten in Galway, Maynooth und Limerick. Die älteste und renommierteste Universität ist Trinity College Dublin, das 1592 gegründet wurde. Die Universitäten Limerick und die „Dublin City University“ sind Irlands jüngste Universitäten, sie entstanden erst 1989 und gingen aus „National Institutes of Higher Education“ hervor.

Die irischen Universitäten genießen einen guten Ruf. Insgesamt ist das Studium in Irland sehr viel verschulter und kürzer als in Deutschland. Die Studierenden beginnen deutlich früher als in Deutschland das Studium, so ist ein Drittel der Studienanfänger jünger als 18 Jahre, nur 5% sind älter als 20 Jahre. In einem straff organisierten Studium erwerben die meisten Studierenden schon nach drei bis vier Jahren ihren ersten akademischen Abschluss (Undergraduate Studies, Bachelor Degree). Überdurchschnittlich gute Undergraduate-Absolvierende werden für die „Postgraduate Studies“ zugelassen, die nach ein- oder zweijährigem Aufbaustudium zum Master Degree führen. Im Gegensatz zum relativ allgemeinen Bachelor-Studium, in dem sich die Studierenden mit einer Vielzahl von Fächern auseinandersetzen und sich lediglich oberflächlich spezialisieren, gehen die Masterprogramme mit einer tieferen fachlichen Auseinandersetzung einher. Für den Master Degree ist zumeist eine umfangreichere

4 Internationale Vergleichsstudie

Forschungsarbeit anzufertigen. Explizit forschungsbetont sind schließlich die Doctorate-Studiengänge, die den InhaberInnen des Master-Grades offen stehen und mindestens drei Jahre eigenständige Forschungsarbeit voraussetzen. Der durchschnittliche Anteil an Studierenden in den Postgraduate-Studiengängen (masters und doctoral students) beträgt an den Universitäten allerdings nur ca. 25%. Eine wichtige bildungspolitische Aufgabe ist daher anerkannter Maßen die Steigerung der Absolvierendenrate in den postgraduierten Studiengängen, um so das Qualifizierungsniveau weiter zu heben. Dabei geht es auch darum, der Wirtschaft in stärkerem Maße hoch qualifizierte Kräfte zur Verfügung zu stellen, um in der „knowledge-based economy“ und im globalen Wettbewerb um Innovativität stärker präsent zu sein.



Abbildung 18: National University of Ireland, Maynooth (Foto: F. Reul)

Die traditionsreiche Universität hat sich vom Priesterseminar zu einer modernen Ausbildungsstätte entwickelt. Mit den Disziplinen Computer Science, Software Engineering und Electronic Engineering erfüllt sie die Bedürfnisse der Boomregion Dublin nach hochqualifiziertem Personal.

Institutes of Technology

Die Institutes of Technology sind Hochschulen mit praxisorientierter Lehre und anwendungsbezogener Forschung mit zwei- und dreijähriger Ausbildungszeit. Sie sind mit den deutschen Fachhochschulen vergleichbar. Zurzeit bestehen 14 Institutes of Technology, von denen 11 bis 1997/98 „Regional Colleges of Technology“ waren und erst dann zur Verbesserung des nationalen Hochschulsystems den Institutsstatus verliehen bekamen. Diese Einrichtungen sind bewusst über die ganze Republik verteilt, um möglichst in allen Regionen akademische Bildung zu ermöglichen und qualifiziertes Personal für Wirtschaft und Verwaltung zu haben. Die IoT bieten Programme mit verschiedenen Abschlüssen an, wie z. B. das „National Diploma“. Viele Technologieinstitute bieten auch spezialisierte Aufbaustudiengänge an, welche sowohl Vorlesungen und Kurse als auch Forschungsprojekte beinhalten. Die Thematik der Fächer reicht hierbei von „Schools of Science“ über Ingenieurwissenschaften und Technologie bis hin zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen. Das „Dublin Institute of Technology“ (DIT) ist das größte der Institute, es wurde 1978 auf der Basis von 6 Berufsschulen gegründet. Seit 2001 hat das Institut sogar das Recht, alle akademischen Abschlüsse zu verleihen (first degree, master und doctoral degree). Auch andere Institute bemühen sich, zur Aufwertung ihrer Stellung höhere Hochschulabschlüsse vergeben zu dürfen und die Anzahl ihrer Bachelor- und

Masterprogramme zu erweitern.⁸⁰ Damit soll den gestiegenen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung getragen werden.

Vielfalt und Größe irischer Hochschulen

Einer der Gründe für die Vielzahl und die Vielfalt der Hochschulen ist, dass die Einrichtungen, gemessen an internationalen Standards, relativ klein sind. Die größte Universität ist das University College Dublin mit etwa 15.000 full-time und 4.000 part-time students. Maynooth ist mit 4500 full-time und 600 part-time students die kleinste Universität. Die IoT haben in der Mehrzahl weniger als 3000 Vollzeit-Studierende. Dies ist nicht überraschend, da viele Institute aus strategischen Gründen in Regionen mit geringer Bevölkerung angesiedelt wurden. An diesen kleinen Einrichtungen lässt sich dann in nur geringem Maße eine teure Forschungsinfrastruktur vorhalten, weshalb durch gesonderte Forschungsförderprogramme die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in jüngster Zeit stärker gefördert wird. Hier geht es also darum, die Stärken der relativ kleinen Hochschulen und Hochschulinstitute durch geförderte Kooperationsprojekte zum Tragen zu bringen.

Das erwähnte Dublin Institute of Technology ist im Hinblick auf die Größe der IoT eine Ausnahme, da es über 10.000 Vollzeit-Studierende verfügt.

Die Higher Education Authority

Die Verwaltung der Universitäten ist in Irland zentralisiert. Für die Hochschulbildung ist die nationale Higher Education Authority (HEA) in Dublin zuständig. Diese Institution ist die Planungs-, Entwicklungs- und Finanzierungsbehörde für die Hochschulen und den Forschungsbereich. Sie berät zudem die Regierung in allen Fragen der Hochschulbildung. Die HEA verteilt die Finanzmittel an die Universitäten und die Colleges of Education. Damit verbunden ist eine kontinuierliche Bewertung der Leistungen der Hochschulen. Grundlage der gegenwärtigen Mittelverteilung ist ein „unit-cost-system“, demzufolge die HEA eine spezifische Summe pro Studierenden und je nach Disziplin den Universitäten zuweist. Anders als die Universitäten werden die IoT zurzeit noch direkt vom Bildungsministerium (Department of Education and Science) finanziert. Ab 2007 wird die HEA auch für die Allokation der Mittel für die IoT zuständig sein.⁸¹ Mit dieser Finanzierungsreform werden Empfehlungen zum Hochschulsystem und zur Aufwertung der IoT umgesetzt, die die OECD in einer auf Irland bezogenen Studie im Jahr 2004 gegeben hat.⁸² Die Studie bestätigt das binäre Hochschulsystem in Irland, empfiehlt aber, beide Bereiche gleichberechtigt zu behandeln. Deshalb werden die IoT in Zukunft mehr Autonomie erhalten und mit Unterstützung der HEA Strategien entwickeln, die die spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen der IoT stärken und die regionalen Gegebenheiten und Erfordernisse besser berücksichtigen.

⁸⁰ vgl.: www.e-fellows.net/show/detail.php/3728 und OECD (2004), S. 19 f.

⁸¹ HEA (2006): Overview of Higher Education System in Ireland, Information on Current Priorities and Challenges (unveröffentlicht, Handreichung beim Besuch der HEA im März 2006).

⁸² OECD (2004): Review of National Policies for Education: Review of Higher Education in Ireland, Examiners' Report.

4.3.4 Zielsetzungen und Herausforderungen der irischen Hochschulpolitik

Wie überall in Europa steht auch die irische Hochschulpolitik trotz der positiven Entwicklungen vor großen Herausforderungen, die von politischer Seite in Irland erkannt und entschlossen angegangen werden. Die folgenden Ausführungen legen die Ziele der Bildungspolitik Irlands dar und ergänzen diese durch weitere Hintergrundinformationen.

Die irische Bildungspolitik verfolgt offiziell folgende Zielsetzungen:

Verbesserung des Zugangs

Zur Ausschöpfung der Bildungsressourcen soll der Zugang zu den irischen Hochschulen allgemeinen und für benachteiligte Gruppen erleichtert werden.

Ausweitung der Finanzierung

Der Anteil staatlicher und privater Gelder im Hochschul- und Forschungsbereich soll kontinuierlich gesteigert werden.

Regionale Entwicklung fördern

Hochschulbildung und -forschung sollen die Belange der irischen Regionen stärker berücksichtigen, deren Besonderheiten stärken und zu deren Entwicklung beitragen.

Gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen

Hochschulbildung und -forschung sollen stärker an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft orientiert werden.

Forschungsstandards auf Spitzenniveau heben

Die irischen Forschungsaktivitäten sollen der Qualität internationaler Standards entsprechen.

Lissabon Strategie umsetzen

Die Ziele von Lissabon sollen durch die Förderung der Hochschulen im Europa des Wissens gestärkt werden.

Welche aktuellen Entwicklungen und Probleme sind mit diesen Zielen verbunden? Hierzu sollen im Folgenden einige Erläuterungen gegeben werden, die die oben genannten Ziele teilweise wieder aufnehmen.

Verbesserung des Zugangs zu Hochschulen

Es kann kaum ein Zweifel darüber geben, dass der irische Wirtschaftserfolg auch dem zunehmenden Output an gut qualifizierten Hochschulabsolventen zu verdanken ist - allerdings mit der Konsequenz, dass Irland mittlerweile ein Hochlohnland geworden ist. Die irische Regierung geht davon aus, dass die irische Wirtschaft in den nächsten Jahren wesentlich mehr Hochschulabsolventen benötigt. Dementsprechend müssen noch mehr junge Menschen für die Aufnahme eines Studiums gewonnen werden. Studien der HEA haben gezeigt, dass insbesondere junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien nur relativ schwer den Eintritt in das höhere Bildungssystem schaffen. Die Verbesserung des Zugangs für benachteiligte Gruppen wird deshalb als eine zentrale Herausforderung angesehen.

4 Internationale Vergleichsstudie

Die OECD-Studie „Review of Higher Education in Ireland“ hat den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Besuch von Hochschulen nochmals bestätigt. In diesem Zusammenhang hat sich gezeigt, dass die IoT eine wichtige Rolle bei der Einbindung von sozial-benachteiligten Menschen spielen: Sie finden den Weg wesentlich leichter an die IoT als an die Universitäten. Gleichzeitig ist der Anteil an Studierenden aus der Region höher als an Universitäten. Allerdings, und hierin besteht eine weitere Herausforderung, ist die Zahl derjenigen Studierenden, die keinen Abschluss schaffen an den IoT ebenfalls höher.



Abbildung 19: Vorlesung an der University of Limerick (Foto: F. Reul)

Zur Ausschöpfung der Bildungsressourcen soll der Zugang in die heiligen Hallen der Wissenschaft in Zukunft weniger von der sozialen Herkunft abhängen. Die Stärkung der dezentralen Fachhochschulen trägt zu diesem Ziel bei und sichert so die benötigten Fachkräfte in der „knowledge-based economy“.

Verbreiterung der finanziellen Basis

Im Hinblick auf die Finanzierung sind die irischen Hochschulen, wie in Deutschland auch, stark von den Einnahmen der öffentlichen Hand abhängig. So beträgt der Anteil der staatlichen Leistungen an der Finanzierung der Universitäten ca. 80%. An der Finanzierung der IoT ist der Staat mit 90% beteiligt.⁸³ In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass seit 1995/96 Studierende für einen „Undergraduate Studiengang“ keine Studiengebühren bezahlen müssen, erst mit einem „Postgraduate Studium“ werden an irischen Hochschulen Gebühren fällig.

Trotz der deutlichen Steigerungen der irischen Bildungsausgaben in den letzten Jahren (vgl. Kapitel 1.4.3) ergibt sich im OECD-Vergleich, dass Hochschulen in Irland unterfinanziert sind: So sind die Ausgaben pro Studierenden deutlich unter dem Niveau von führenden OECD-Ländern. Gleichzeitig kommt, wie erwähnt, ein vergleichsweise hoher Betrag aus staatlichen Quellen. International betrachtet haben private und privatwirtschaftliche Zuwendungen einen höheren Anteil als in Irland und nehmen an Bedeutung zu. Spitzenforschung und -bildung sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit, so die Autoren der OECD-Studie (2004), werden in Zukunft einen höheren Input von privaten Förderern benötigen. Diesem Ziel fühlen sich die irischen Hochschulen zunehmend verpflichtet, wie den einzelnen Strategiepapieren der

⁸³ OECD (2004), S. 15.

4 Internationale Vergleichsstudie

Bildungseinrichtungen zu entnehmen ist. Hierzu gehören, der Ausbau des Alumnibereichs, die Erhöhung der Anzahl zahlender ausländischer Studierender und der Ausbau der Vertragsforschung für die Industrie.

Staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Wie sieht es nun mit der staatlichen Finanzierung von Forschung und Entwicklung genauer aus? Irlands Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind im internationalen Vergleich und gemessen am GDP-Anteil relativ gering. So betragen die staatlichen Ausgaben für diesen Bereich im Jahr 2003 0,33% des GDP. Im EU-Durchschnitt werden hierfür 0,75% ausgegeben. Der Anteil der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den gesamten Ausgaben beträgt 0,97%, während z. B. in Finnland 2,02% des gesamten Budgets auf Forschung und Entwicklung entfallen.⁸⁴ Hier muss aber auch angemerkt werden, dass Irland in den frühen 1990er Jahren noch ein sehr geringes Niveau an staatlichen Forschungsausgaben hatte und insbesondere seit 1998 große Anstrengungen unternommen werden, die diesbezüglichen Ausgaben zu steigern. Davon zeugen beispielsweise die jährlichen Steigerungsraten der Forschungsausgaben von 12,3% bezogen auf die Jahre 1997 bis 2002. Im „National Development Plan“ für die Jahre 2000-2006 hat die Regierung 2,5 Mrd. Euro für Forschung, Technik, Innovation und Entwicklung vorgesehen - immerhin eine Verfünffachung der Ausgaben gegenüber der Planperiode 1994-1999.⁸⁵ Mittlerweile hat die Regierung die Finanzierung von Forschung und Entwicklung zu einer vordringlichen Aufgabe erklärt. Aktuell gibt es zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Forschung und der Forschungsinfrastruktur. Einige Beispiele sollen das Engagement der Regierung verdeutlichen:

- Programme for Research in Third Level Institutions (PRTL): 1998 wurde das Programm für Forschung in Hochschuleinrichtungen gegründet. Es zielt darauf ab, die Forschungsfähigkeit der Hochschulen durch Infrastrukturinvestitionen und Investitionen in Forschungsprogramme zu steigern, die Qualität und Anzahl von Forschungsabsolventen zu erhöhen und die interdisziplinäre und interinstitutionelle Forschung zu unterstützen. Die Mittel werden in einem Wettbewerb vergeben, an dem sich alle staatlichen Institute beteiligen können. Im Rahmen von PRTL werden in der Förderperiode 2000 - 2006 605 Millionen Euro vergeben. Voraussetzung für die Mittelvergabe ist, dass die Hochschulen eine Forschungsstrategie formulieren, die an den Stärken der Institutionen anknüpft.⁸⁶
- Science Foundation Ireland (SFI): Die Science Foundation investiert in Forscher und Forschergruppen in den Bereichen Biotechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie. Im Zeitraum 2000 – 2006 sind dafür 646 Millionen Euro vorgesehen.⁸⁷

⁸⁴ OECD (2004), S. 16, Quelle: EC/eurostat: Statistics on Science and Technologie in Europe (2003), Table 2.1.

⁸⁵ OECD (2004), S. 16.

⁸⁶ HEA (2003): The Programme for Research in Third Level Institution. Transforming the Irish Research Landscape.

⁸⁷ www.sfi.ie/home/index.asp

4 Internationale Vergleichsstudie

- Irish Research Council for Humanities and Social Science (IRCHSS): Dieser Rat finanziert Stipendien für individuelle Forschungsprojekte zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Irlands in den Bereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Wirtschaft und Recht. Dafür werden jährlich ca. 8 Millionen Euro bereitgestellt.⁸⁸
- Irish Research Council for Science, Engineering and Technology (IRCSET): Der Council finanziert individuelle Projekte im Bereich Technik und Ingenieurwesen. Wissenschaftler mit originellen Ideen, die ihre Visionen umsetzen wollen stehen im Mittelpunkt der Förderung.⁸⁹

Das Ziel der Regierung, Irland zu einem international bedeutenden Forschungsland zu machen kommt auch im „National Plan“ zum Ausdruck: bis 2010 sollen die jährlichen öffentlichen Ausgaben für Forschung auf 0,58% des GDP angehoben werden (zurzeit ca. 0,3%).

Private Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Entsprechend dem Ziel der Strategie von Lissabon sollen die Ausgaben für den Forschungs- und Entwicklungsbereich insgesamt auf 3% des GDP ansteigen. Dieses Ziel, dem sich Irland verpflichtet fühlt, ist nach Ansicht der Autoren der OECD-Studie nur zu erreichen, wenn die Wirtschaft zwei Drittel dieser Kosten schultert. Insbesondere die multinationalen Unternehmen müssten an ihren irischen Standorten im F&E-Bereich aktiver werden, denn bisher sind es nur ein Viertel der multinationalen Firmen die Forschung in Irland betreiben. Irische Unternehmen tragen allerdings nur zu einem Drittel an den unternehmerischen F&E Ausgaben bei, ausländische zu zwei Drittel.⁹⁰

Hochschulen müssen sich, so die Empfehlungen der OECD-Studie, zukünftig noch viel stärker um externe Finanzierungen bemühen. Im Gegenzug sollte die Regierung zusichern, dass aufgrund der extern eingeworbenen Mittel keine Kürzung der staatlichen Zuwendungen erfolgt. Der OECD-Bericht erkennt die Investitionen in Forschung und Bildung durchaus an, geht aber davon aus, dass weitere Investitionen erforderlich sind, um internationale Forschungsstandards zu erreichen und Irland tatsächlich in eine Weltklasseposition zu bringen.⁹¹

Zur Förderung und Professionalisierung der Zusammenarbeit mit Unternehmen haben etliche Hochschulen in Irland „Technology Transfer Offices“ eingerichtet. Diese Institutionen, von denen das Transfer Office an der University of Galway zu den ersten gehört, sind auch dafür zuständig, universitäre Forschergruppen bei der Identifizierung von industriellen Partnern und von Forschungsgeldern zu unterstützen. Hierzu gehört auch die Beratung zur Kommerzialisierung von Erfindungen aus der Forschungsarbeit der Universität. Zudem werden Ideen zur Gründung von Unternehmen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt und gefördert. Für diesen Zweck wurde ein spezielles „Campus Company Development Programme“ eröffnet.

⁸⁸ www.irchss.ie/

⁸⁹ www.ircset.ie/index.html

⁹⁰ OECD (2004), S. 16.

⁹¹ OECD (2004), S. 8.

4 Internationale Vergleichsstudie



Abbildung 20: Eingang zum Martin Ryan Marine Science Institute am Campus der National University of Galway (Foto: F. Reul)

Die Universität von Galway besitzt mit dem Martin Ryan Institute für Meereswissenschaften ein gutes Beispiel für das Engagement der Wirtschaft für die Wissenschaft. Das 1992 eröffnete Institut wurde erst durch eine großzügige Spende von Dr. Tony Ryan (Vorsitzender von Ryanair) ermöglicht, der damit seinen Vater Martin Ryan ehren wollte.

Regionale Entwicklung fördern

Hochschulpolitik in Irland muss auch in einem regionalen Kontext gesehen werden. Innerhalb Irlands gibt es bedeutende Unterschiede im Hinblick auf die wirtschaftliche Aktivität, den Wohlstand und die Anzahl der Hochschulabgänger. Während die Region Dublin in diesen Bereichen eine sehr gute Entwicklung aufweist, gibt es in anderen Landesteilen, wie in der Region „Border Midlands and West“, Defizite. Die IoT, die zumeist aus den so genannten „Regional Colleges of Technology“ hervorgegangen sind, haben in den weniger gut entwickelten Regionen eine besonders wichtige Bedeutung. Sie werden in der „National Spatial Strategy“ als wichtiger Faktor bei der Verbesserung der lokalen ökonomischen Entwicklung gesehen. Sie tragen dazu bei, den regionalen Anteil an Hochschulabsolventen zu erhöhen und gut ausgebildete und benötigte Fachkräfte bereitzustellen. Durch sie wird anwendungsorientiertes Wissen und entsprechendes Personal für die benachteiligten Regionen bereitgestellt. Auch die jeweiligen regionalen Identitäten und Traditionen werden durch die Arbeit IoT herausgearbeitet und gestärkt. Ebenso spielen die IoT im Hinblick auf die Forschung regional eine wichtige Rolle. Sie sind die prädestinierten Partner für anwendungsorientierte Forschungsoperationen zwischen Hochschulen und der Industrie, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen. Die OECD sieht sie als Schlüsselakteure der regionalen Wirtschaftsentwicklung, weist aber auch darauf hin, dass hierfür erhöhte staatliche Zuwendungen zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur erforderlich sind.

Gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen

Hochschulen müssen ein ganzes Spektrum an Aufgaben erfüllen und die Erfordernisse der Gesellschaft sowohl bei der Konzeption der Forschung als auch der Lehre im Auge behalten. Sie müssen zum einen die vielfältigen Interessen und Begabungen junger Menschen widerspiegeln, zum anderen sollten sie den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft nach einer ganzen Reihe von Qualifikationen

4 Internationale Vergleichsstudie

entsprechen. Sie sollten zudem dazu beitragen gesellschaftliche Probleme zu analysieren und zu lösen.

Irishen Universitäten stehen vor diesem Hintergrund vor der großen Aufgabe die Anzahl der Promotionsstudierenden bis 2010 zu verdoppeln. Dies ist, so die Autoren der OECD-Studie, aus mehreren Gründen dringend erforderlich.⁹² Der Anteil an promovierten Hochschulabsolventen und der Anteil an wissenschaftlichem Personal in der erwerbstätigen Bevölkerung sind im Vergleich zu anderen EU-Ländern gering. Betrachtet man allein die geplanten Forschungsinvestitionen für die nächsten Jahre, so wird der Bedarf an promovierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen stark zunehmen. Gleichzeitig wird mit dem geplanten Ausbau der Hochschulen und der Pensionierung vieler Hochschullehrer die Nachfrage nach akademischem Personal steigen. Und nicht zuletzt haben auch die irische Industrie und wissensbasierte Unternehmen eine ständige und steigende Nachfrage nach promoviertem Personal.



Abbildung 21: Haupteingang der National University of Ireland, Galway (Foto: F. Reul)

Die Förderung der universitären Forschung wurde viele Jahre in Irland etwas vernachlässigt. Heute wird Wissen als der Schlüssel zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung angesehen und als Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben sich in den letzten Jahren vervielfacht.

4.3.5 Die University of Limerick: Regionale Entwicklung durch Hochschulförderung

Universitäten sind für die ökonomische und soziale Entwicklung ihrer Standorte von außerordentlicher Bedeutung. Sie können als regionale Unternehmen betrachtet werden, deren „Hauptgeschäftsbereich“ die Ausbildung von Studierenden und die Durchführung von Forschung und Entwicklung ist. In dieser Funktion ziehen Hochschulen beträchtliche Ressourcen außerhalb der lokalen Wirtschaft an und geben auch beträchtliche Summen für die Gehälter der Beschäftigten, Bauprojekte,

⁹² OECD (2004), S. 37.

4 Internationale Vergleichsstudie

Serviceeinrichtungen und Dienstleistungen aus. Diese Gelder kommen zum Großteil der Wirtschaft der Region zu Gute. Auch die Studierenden sind ein wichtiger lokaler Wirtschaftsfaktor. Neben ihrem Studium gehen sie häufig Beschäftigungen nach und geben einen Großteil ihres Geldes in der Region aus.

Viele weitere Beiträge einer Hochschule und seiner Mitglieder sind entscheidende Faktoren für die Qualität des regionalen Wirtschaftsstandortes aber kaum in ihrer Bedeutung zu quantifizieren. Hier geht es z. B. um die Ausbildung der Bevölkerung und der lokalen Verantwortungsträger in Wirtschaft, Politik und Kultur, um die zahlreichen Vernetzungen zu allen wichtigen Institutionen am Standort, um die kulturelle Bereicherung und Lebensqualität eines Standortes. Hochschulen sind, wie bereits an Hand der vorhergehenden Ausführungen verdeutlicht, die entscheidenden Quellen von Wissen und Innovation einer Region, sie befördern auf vielfältige Weise die Wirtschaftsentwicklung am Standort.

Auch im westirischen Limerick ist die Universität von herausragender Bedeutung für die Wirtschaft und die Entwicklung der Region. Die Stadt und die besonders junge und innovative Universität werden im Folgenden genauer vorgestellt.

Limerick: Phönix aus der Asche

Die Stadt Limerick wurde einem größeren Publikum durch den autobiographischen Roman von Frank McCourt „Die Asche meiner Mutter“ bekannt, mit dem der Autor 1997 den Pulitzer Preis gewann. Das Buch beschreibt die Armut und die Härte des Lebens in Limerick in den 30er und 40er Jahren. McCourt wuchs in den Slums von Limerick auf. Sein Vater war arbeitslos und vertrank häufig die Armenunterstützung. Der selbstständige Junge sparte schon als Kind für die Auswanderung. Mit 19 Jahren begab er sich dann auf ein Schiff nach New York.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts bis in die 1950er Jahre hat Limerick, wie Irland insgesamt, deutlich an Bevölkerung verloren, die sich dann bis in die 1970er Jahre ungefähr auf dem erreichten Niveau gehalten hat. Mit Ausnahme von Bevölkerungsverlusten in einer Rezessionsphase Ende der 1980er Jahre stieg dann die Bevölkerung kontinuierlich an.

Heute ist Limerick eine prosperierende Stadt mit Zuwanderung und positiver Geburtenentwicklung. Fielen die Geburtenraten seit den 1960er Jahren noch kontinuierlich ab, sind in den vergangenen Jahren wieder deutliche Steigerungen zu beobachten. Für die Periode 1996-2004 kann eine jährliche Steigerung der Geburtenrate von 6% konstatiert werden. Mit 52.000 EinwohnerInnen in der Stadt und weiteren 25.000 EinwohnerInnen in den Gemeinden ist Limerick die drittgrößte Stadt der Republik Irland und die Hauptstadt der Mid-Western Region (310.000 Einwohner) sowie das Zentrum der weiter gefassten Shannon Region (über 430.000 Einwohner, benannt nach dem Fluss Shannon, der bei Limerick in das Meer mündet). Auch für die Zukunft (bis 2022) gehen die Bevölkerungsprognosen der Stadtregierung, je nach Szenario, von weniger bis deutlich steigenden Bevölkerungszahlen aus (vgl. Limerick City Council 2004: Development Plan 2004).

Limerick hat Anteil an dem irischen Wirtschaftsboom seit den 1990er Jahren. Die Region ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, hier haben etliche multinationale Firmen der High-Tech Branche ihren Sitz gefunden. So beschäftigt allein der US-

4 Internationale Vergleichsstudie

amerikanische Computerhersteller Dell, der seit 1991 in Limerick ansässig ist, über 3.000 Menschen. Hier werden Computer für den europäischen Markt produziert, Forschung und Entwicklung betrieben und Produktions- und Geschäftsstrategien erdacht. Weitere renommierte Firmen in Limerick sind der Chiphersteller Analog Devices, Verbatim (Produzent von Informationsspeichern und von Zubehör für Computer), IBM und Sun Microsystems.

Knowledge City

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg des Standorts Limerick ist das gut ausgebildete Personal. Limerick versteht sich heute als „Knowledge City“, die nicht nur die Universität sondern auch weitere renommierte Bildungseinrichtungen aufweist. Permanent wird in die Verbesserung der Hochschulinfrastruktur und der Hochschulangebote investiert. Das „Limerick Institute of Technology“ ist eine Fachhochschule mit einem Schwerpunkt in Informationstechnologie, Elektroingenieurwesen, Management sowie Kunst und Design. 3.500 Studierende sind hier immatrikuliert. Das „Mary Immaculate Colleges“ wird von 2.500 Studierenden besucht, die mit pädagogischem, psychologischem und künstlerischem Schwerpunkt studieren. Die zahlreichen Studierenden der Stadt tragen zum lebendigen und internationalen Charakter und zum sozialen und kulturellen Leben von Limerick entscheidend bei.

Shannon Development

Besonders erwähnenswert im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung der Region ist die Wirkung von „Shannon Development“. Shannon Development ist ein staatliches, regionales Entwicklungsunternehmen, das bereits seit über 40 Jahren erfolgreich in der Region tätig ist. Ziel ist es, die Shannon Region durch Förderung der Bereiche Tourismus, Unternehmensansiedlung und -entwicklung, Infrastruktur, Management der Freihandelszonen, Wissensaustausch und Wissensnetzwerke weiter zu stärken. Zahlreiche Förder- und Beratungsprogramme werden zu diesem Zweck aufgelegt und national und international durch Shannon Development beworben.

Beispielhaft für die Arbeit der Entwicklungsagentur sei hier nur die Gründung und kontinuierliche Weiterentwicklung des „National Technology Parks“ auf dem Gelände der Universität genannt. Der Park wurde von Shannon Development und der Hochschule 1984 als erster Wissenschafts- und Technikpark des Landes gegründet. Über 80 internationale und irische Unternehmen aus vor allem dem Bereich Informationstechnologie und E-Business beschäftigen hier über 3.000 qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehr als 30 modernen Gebäuden. (<http://www.shannon-dev.ie/NewsReleases/Documents/filename,3730,en.pdf>). Ein eigenes „Business Development Programm“ dient der Förderung von einheimischen Unternehmen und von Start-Up Firmen im Technology Park. Das Programm hat zahlreiche innovative Firmen unterstützt, die heute „World Players“ in ihrem Nischenmarkt sind. Aber auch bereits ansässige Firmen werden bei der Forschung und Entwicklung neuer Produkte beraten und unterstützt.

Die „University of Limerick“

Die „University of Limerick“ (UL) wurde erst 1989 gegründet und ging aus dem bereits seit 1972 ansässigen „National Institute for Higher Education“ hervor. 1972 war auch

4 Internationale Vergleichsstudie

das Jahr des Beitritts Irlands zur EU. Das National Institute sollte den neuen Anforderungen im Hinblick auf qualifiziertes Personal in einem sich stärker industrialisierenden EU-Land Rechnung tragen. Die spätere Aufwertung als Universität muss vor dem Hintergrund der damaligen ökonomischen Einbrüche und der Bevölkerungsverluste gesehen werden. Dem sollte durch starke Investitionen in das Bildungswesen begegnet werden.

Mit über 10.500 Studierenden ist die Universität von Limerick heute die zweit größte Universität des Landes und mit weit über 1.200 Mitarbeitenden einer der größten Arbeitgeber der Region. Die Universität verfügt über sechs Fakultäten: Wirtschaft (mit ca. 22% der Studierenden), Ingenieurwesen (mit 5% der Studierenden), Geisteswissenschaften (21%), Informatik/Elektronik (14%), Naturwissenschaften (15%) und Erziehung (mit ca. 23% der Studierenden). In diesen Fachgebieten schließen pro Jahr über 2.700 Studierende ihr Undergraduate Studium und ca. 970 Studierende ihr Postgraduate Studium ab (Masters and Doctorate).

Zu den besonderen Qualitäten der University of Limerick gehört der einzigartige, parkähnliche Campus mit optimalen Einrichtungen für Sport, Kultur und Wohnen. Das Konzerthaus und die große Schwimmhalle am Campus (erste Schwimmhalle des Landes mit 50m Bahn nach Olympia-Standard) werden nicht nur von der Universität sondern auch von der Bevölkerung der Region ausgiebig genutzt. Am Campus finden sich vier moderne Studentendörfer, die über 1.900 Studierenden eine Unterkunft bieten. Die Universität liegt zudem in unmittelbarer Nachbarschaft zum „National Technology Park“. Die optimale Nutzung der universitären Ressourcen durch Partnerfirmen wird so unterstützt.

Praxisorientiertes Studium – gute Berufsaussichten

Die University of Limerick gilt als Pionier der irischen Universitäten. Ihr gelang es, die akademische Ausbildung und die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen von Land und Region auf einzigartige Weise zu verbinden.

So ist die Universität für ihr in Irland einmaliges praxisorientiertes Studienprogramm bekannt, das ein „Cooperative Education Programme“ in allen Studiengängen beinhaltet. Gemeint ist ein 6-8-monatiges Berufspraktikum, das von den Studierenden in der Wirtschaft, im Handel, der Verwaltung, in Kultureinrichtungen sowie der Wissenschaft absolviert wird und von der Universität organisiert wird. Damit bekommen die Studierenden schon vor Abschluss ihres Studiums relevante Berufserfahrung. Die Kontakte der Universität zu den erwähnten Institutionen und die Beschäftigungsaussichten der Absolvierenden gelten als ausgezeichnet: Die Universität hat ein internationales Netzwerk aufgebaut, das über 1.700 Institutionen aufweist, die mit der Universität zur Umsetzung der erwähnten kooperativen Ausbildungsinhalte zusammenarbeiten. So werden jährlich über 2.000 Praktikumsstellen vergeben. Unternehmen haben auf diese Weise bereits frühzeitig die Gelegenheit, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für zu besetzende Stellen kennen zu lernen.

Der Careers Service der Universität führt jedes Jahr im April/Mai Verbleibstudien über die vorjährigen Absolventinnen und Absolventen durch. Dabei werden die ehemaligen Studierenden zu ihrem gegenwärtigen Status befragt. Ca. 95% der UL Graduates haben in den letzten Jahren, so das übergreifende Ergebnis, bereits ein Jahr nach

4 Internationale Vergleichsstudie

dem Abschluss eine Stelle gefunden oder waren mit weiteren festen Studien beschäftigt.

Die Befragung 2005 ergab, dass nur 4% der Ehemaligen des Vorjahres noch auf der Suche nach Arbeit waren, 62% nahmen unmittelbar nach dem Studium eine Beschäftigung auf, 26% nahmen ein Postgraduate Studium auf, davon viele in Anbindung an konkrete Forschungsaktivitäten. 6% der Absolvierenden von Limerick entschieden sich für eine Arbeit im Ausland, damit ist der Anteil der Abwandernden im Vergleich zu den Vorjahren auf einem weiterhin niedrigen Niveau, was für die guten Arbeitsaussichten in Irland spricht. Von den Ehemaligen, die in Irland eine Beschäftigung aufgenommen haben gingen 35% in die Boomregion Dublin, 33% fanden sogar in der Mid-West Region Limericks eine Beschäftigung. Damit ist die Kluft zwischen den ehemaligen Studierenden, die bleiben und denen, die gehen weiter zurückgegangen – ein weiterer Beleg für den positiven Trend in der Shannon-Region.

Betrachtet man nur die Beschäftigungszahlen der Absolvierenden mit Postgraduate Diploma sehen die Aussichten für den Berufseinstieg noch besser aus: 87% der Postgraduates bekamen unmittelbar nach dem Studium eine Stelle, das ist zudem eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.



Abbildung 22: University of Limerick, Haupteingang (Foto: F. Reul).

Mit ihrem einzigartigen Studienprogramm, der „Cooperative Education“, und den guten nationalen und internationalen Kontakten ist die junge Universität ein Pionier in der irischen Hochschullandschaft. Die Berufsaussichten der Absolvierenden, von denen 1/3 eine Stelle in der einstigen Problemregion findet, sind ausgezeichnet.

Ökonomische Wirkungen der UL

Zur Quantifizierung der wirtschaftlichen Wirkungen der University of Limerick gibt die Diplomarbeit von Cornelius O'Connell genauere Auskunft, die am Institut für Wirtschaft unter der Betreuung von Dr. Anthony Leddin 2005 entstand. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden von O'Connell an Hand der Mittel, die von den Studierenden und der Universität in der Mid-West Region ausgegeben werden, abgeschätzt. Aussagen zum Ausgabeverhalten der Studierenden (für Unterkunft, Kultur, Essen, Kleidung etc.) werden in der Arbeit unter Heranziehung aktueller Befragungen von Studierenden gewonnen. Daraus werden dann die Gesamtausgaben der Studierenden an der UL berechnet. So ergibt sich für die Mid-West Region ein Gewinn aufgrund der studentischen Ausgaben von jährlich 65, 6 Millionen Euro. Die

4 Internationale Vergleichsstudie

Auswirkungen, so der Autor, sind an den vielen Einkaufsmöglichkeiten, Pubs und Kinos in der unmittelbaren Umgebung der Universitäten abzulesen.

Aufgrund der Geldkreisläufe ist der beschriebene Gewinn für die Region aber wesentlich höher, denn das Geld wird von den Empfängern erneut in der Region ausgegeben und erzeugt so an anderer Stelle neues Einkommen und Arbeitsplätze.

Nicht nur die studentischen Ausgaben sind von großer ökonomischer Wirkung, auch die Ausgaben der Universität selbst für Personal und Infrastruktur haben großes wirtschaftliches Gewicht. Sie belaufen sich, bezogen auf die Region Mid-West, auf ca. 80 Millionen Euro. Auch hier können wieder indirekte Effekte dazugerechnet werden. Einnahmen erzielt die Hochschule, und damit die Region, durch staatliche Zuwendungen (40% der Gesamteinnahmen), Studiengebühren (35% der Einnahmen), Auftragsforschung (23%) und andere Quellen.

In seiner Gesamtbilanz kommt O´Connell zu dem Schluss, dass die Universität eine Wirtschaftskraft von umgerechnet 240 Millionen Euro für die Mid-West Region entfaltet, das entspricht einer Arbeitsplatzwirkung von 4.800 Arbeitsplätzen. Diese Zahlen sollten sicherlich mit Vorsicht betrachtet werden, geben aber sicherlich eine realistische Größenordnung der quantifizierbaren ökonomischen Wirkungen der Universität wieder.

Natürlich sind es nicht nur finanziellen Ausgaben und die Arbeitsplätze, die die lokalen ökonomischen Wirkungen der Universität ausmachen. Die gut ausgebildeten Absolvierenden der Universität, von denen 1/3 eine Beschäftigung in der Region finden, verbessern kontinuierlich die Fertigkeiten, die Innovativität und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Sie sind ein wesentlicher Grund für weitere Investitionen in die regionale Wirtschaft. Aber auch ihre steigenden Einkommen und Ausgaben haben wichtige ökonomische Wirkungen.

Der National Technology Park im Umfeld der Universität ist in seinen Erfolgen nicht ohne die Universität und seinen qualifizierten Absolventinnen und Absolventen denkbar. Aus den vielen gemeinsamen Aktivitäten zwischen dem Technologiepark bzw. Shannon Development und der Universität sei hier nur auf ein ausgewähltes Programm verwiesen. Das „AlumniStart Programm“ wendet sich speziell an Limericker Alumni, die heute im Ausland leben und mit dem Gedanken spielen zurückzukehren, um, entsprechend ihrer Erfahrungen, eine eigene Firma zu gründen. Dieses Programm nutzt die Alumnikontakte der Universität, um die Ehemaligen gezielt zu erreichen. Zum „AlumniStart Package“ des Programms gehört:

- Eine beratende und finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung des Unternehmenskonzepts,
- die Bereitstellung günstiger Räume (Business incubation accommodation),
- Zugang zu allen weiteren Shannon Förderprogrammen für Unternehmen
- Gewährleistung weiterer Beratungen rund um die Unternehmensgründung und Entwicklung

4 Internationale Vergleichsstudie

- Unterstützung bei der Herstellung von wertvollen Firmen- oder Partnerkontakten

93

Viele Unternehmen am Standort nutzen das Angebot der Universität, als registrierte Mitglieder der „Business & Technical Information Service Unit“ Zugang zu allen Informationsquellen der Hochschule, insbesondere der modernen Bibliothek, zu haben. Zudem bietet ein eigenes Departement für Erwachsenenbildung Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Limericker Unternehmen die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen. Aber auch spezielle Kurse und Trainings können von den Unternehmen mit der Universität vereinbart werden.

Alle diese Beispiele haben dazu beigetragen, dass sich die Limerickregion, unter dem Einfluss der Hochschule, in nur wenigen Jahren von einer agrarisch geprägten Region in eine moderne Industrie- und Dienstleistungsregion von internationalem Rang gewandelt hat. Das ist übrigens noch daran abzulesen, dass der Anteil der Studienbeginnenden mit einem bäuerlichen Familienhintergrund in Limerick so hoch ist wie in keiner anderen Region Irlands (vgl. O'Connell 2005).

4.3.6 Abschließende Betrachtung Irland

Folgende Punkte sollen in der abschließenden Betrachtung nochmals hervorgehoben werden.

Irland hat den Sprung geschafft

Nach Jahren hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung gelang Irland eine in Europa einzigartige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Dazu beigetragen haben u. a. eine investitionsfreundliche Politik sowie die kontinuierliche Verbesserung des Hochschulwesens und damit des Humankapitals.

Herausforderung Globalisierung

Zu den bestimmenden Themen der politischen Diskussion in Irland gehört die Frage, wie die erreichte Position vor dem Hintergrund der Globalisierung gehalten werden kann. In keinem anderen Land in Europa sind multinationale Unternehmen so präsent wie in Irland und ist der wirtschaftliche Erfolg so von deren Engagement abhängig. Deshalb ist das Bewusstsein für globale Veränderungen und die damit verbundenen Herausforderungen besonders hoch. Ziel der irischen Wirtschafts- und Forschungspolitik ist es, die Unternehmen stärker an den Standort zu binden und hierfür, neben der Produktion, auch die strategischen Funktionen der Unternehmen, mit Management und Forschung, anzusiedeln. Gleichzeitig sollen heimische Unternehmen gefördert und gestärkt werden.

Wissen als der Schlüssel für weiteren Erfolg

Die irischen Ausgaben für Bildung und Forschung sowie der Anteil der Bevölkerung mit akademischen Abschlüssen waren lange Jahre deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Heute wird Bildung und Forschung als der Schlüssel zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs und der Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Die Steigerungsraten

⁹³ vgl. www.shannon-dev.ie/Business/KnowledgeNetwork/Documents/filename.2081.en.pdf

4 Internationale Vergleichsstudie

der investierten Mittel in diesem Bereich und die kontinuierlich ansteigende Anzahl der Hochschulabsolvierenden belegen dies eindrucksvoll.

Herausforderung Hochschule

Um den gewachsenen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden wird das irische Hochschulsystem erneuert und ausgebaut. Hierzu gehören:

- die deutliche Aufstockung der staatlichen Mittel für die Hochschulen,
- eine Stärkung der Fachhochschulen (IoT) und die Aufwertung der akademischen Ausbildungsmöglichkeiten in den Regionen,
- die Verbesserung des Zugangs zu Hochschulen für junge Leute aus sozial benachteiligten Familien und die deutliche Erhöhung des Anteils der Postgraduierten und Doktoranden,
- die Verbesserung der Forschung und der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulinstituten durch Förderprogramme und Wettbewerbe,
- die Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und der Wirtschaft durch eigene Forschungsprogramme, hochschuleigene Transferstellen, kooperative Studiengänge,
- ein stärkeres Engagement der Wirtschaft bei der Finanzierung der Hochschulen.

Regionalentwicklung durch innovative Hochschulen

- Hochschulen sind regionale Unternehmen, die ausbilden, investieren, forschen, vernetzen und viele Menschen in der Region beschäftigen. Die University of Limerick ist das beste Beispiel dafür, dass die Aufwertung und Förderung einer Hochschule enorme regionale Wirkung entfalten kann und die Standortqualität verbessert. Unternehmen profitieren von den qualifizierten Hochschulabsolventen, von den Forschungs- und Serviceeinrichtungen der Universität, von den Umsätzen, die durch die Ausgaben der Hochschulangehörigen und der Hochschule selbst generiert werden, von der Lebensqualität, die mit der Universität und ihre Angehörigen verbunden ist. Die Wirkung der Universität von Limerick wurde durch die Ansiedlung eines Technologieparks weiter eindrucksvoll verstärkt.
- Das Konzept der „Cooperative Education“ hat die Zusammenarbeit und Vernetzung der Universität mit der Wirtschaft und allen anderen gesellschaftlichen Institutionen, national wie international, stark gefördert. Die Beschäftigungsaussichten der Absolvierenden sind ausgezeichnet.

4 Internationale Vergleichsstudie

Literatur

- Bundesministerium für Bildung und Forschung: OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“. Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2005.
- Central Statistics Office Ireland, Statistical Yearbook of Ireland 2005 Edition
- CIMO (Centre for International Mobility) (2005): Universities in Finland. A brief guide.
- CIMO (Centre for International Mobility) (2005): Polytechnics in Finland.
- CIMO (Centre for International Mobility) (2005): Study in Finland.
- City of Oulu: Oulu Growth Agreement 2006. Annual Review 2005.
- Coolahan, John (2003): Country Background Report for Ireland. OECD 2003.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2005): DSW-Datenreport 2005.
- Dienel, C (2004): Vergleichsstudie Irland – Wirtschaftlicher Aufschwung und regionale Bevölkerungsdisparitäten, in: Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt. Abschlußbericht.
- Donnelly, T., Hyry, M. (2004): Urban and Regional High Technologies: The Case of Oulu. Local Economy, Vol. 19, 2004.
- Etkowitz, H. (2002): The Triple Helix of University – Industry – Government, Implications for policy and evaluation. Stockholm 2002.
- European Commission (2003), Community Research: Toward a European Research Area. Science, Technology and Innovation. Key Figures 2003-2004.
- European Commission (2005). Key Figures 2003-2004
- European University Association (2004): Institutional Quality Review of the University of Limerick. EUA Reviewers Report.
- European University Association: Glasgow Declaration. Strong Universities for a Strong Europe.
- Forfás (2003): Survey of Research and Development in the Higher Education Sector.
- Forfás (2005): Research and Development in Ireland, 2005 – at a glance.
- Geißler, R. (2004): Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Informationen zur politischen Bildung, 269, Dezember 2004.
- Harenberg Aktuell 2006 (2005).
- Limerick City Council (2004): Development Plan 2004.
- National University of Ireland, Galway: Martin Ryan Institute.
- O’Connell, C. (2005): Thesis for the BBS Business Studies Programme, Major: Economics and Finance. University of Limerick.
- OECD (2004): Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003.
- OECD (2004): Review of National Policies for Education: Review of Higher Education in Ireland, Examiners’ Report.
- OECD (2005): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2005
- OECD (2005): OECD Employment Outlook
- OECD (2005): OECD in Figures, Statistics on the member countries.
- Oulu Region (Ouluseutu): Oulu Region. The Direction for Expertise.
- Oulu Regional Business Agency (2004): How to set up a company in the Oulu Region.
- Oulu Region (2005): Business Strategy 2002-2006.
- HEA (2003): The Programme for Research in Third Level Institution. Transforming the Irish Research Landscape.
- HEA (2004): Creating Ireland’s Knowledge Society: Proposals for Higher Education Reform.
- HEA (2004): Review and Prioritisation of Capital Projects in the Higher Education Sector. Report of the Review Group.
- HEA (2006): Overview of Higher Education System in Ireland, Information on Current Priorities and Challenges (unveröffentlicht, Handreichung beim Besuch der HEA im März 2006).

4 Internationale Vergleichsstudie

- Hyry, Martti (2005): Industrial Growth and Development in Northern Finland: The Case of Oulu 1970-2000. Thesis for the Degree of Doctor of Philosophy, Coventry Business School, Coventry University.
- Militz, E. (2002): Finnland. Schnittstelle zwischen den Mächten am Rande Europas. Perthes Länderprofile.
- Morris, Donnelly, Hyryv (2006): The Oulu Phenomenon. Regional Studies Association 2006.
- Pfau-Effinger, Birgit (1994): Geschlechterkontrakt, Familienmodell und Erwerbsbeteiligung von Frauen in europäischen Industrieländern, in: Gerhard, Ute; Hradil, Stephan; Lucke, Doris; Nauck, Bernhard (Hrsg.): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen: Leske und Budrich.
- Royal Irish Academy (2005): Challenges facing Irish Universities.
- Risteli, L (2006): Technology and knowledge transfer at the University of Oulu. In: Journal of Industry-Academic-Government Collaboration, Vol.2, No. 8.
- Statistics Finland (2006): Population Structure and Vital Statistics by Municipality.
- Skilbeck, M. (2001): The University Challenged. A Review of International Trends and Issues with Particular References to Ireland.
- Technopolis, Annual Report 2005
- Tschirner, S. (2004): Irland. Dumont Reisetaschenbuch.
- University of Oulu 2005: Centre for Wireless Communication 2005.
- University of Oulu (2005): Annual Report 2004.
- University of Oulu (2004): Annual Report 2003.
- University of Limerick (2005): A Profile, 2004.
- University of Limerick (2005): Prospectus 2005-2006.
- University of Limerick: International Student Handbook.
- University of Oulu 2005: Infotech Oulu. Annual Report 2005.
- White, T. (2002): Investing in People. Higher Education in Ireland from 1960-2000.
- Wissenschaftsrat, Geschäftsstelle (2006), Drs. 7083/06: Empfehlungen zum Arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems.

Ausgewählte Internetadressen

Universitäten

<http://www.nuim.ie/>

<http://www.ul.ie/>

<http://www.nuigalway.ie/>

<http://www oulu.fi/english/index.html>

Städte und Institutionen

<http://virtual.finland.fi>

<http://oulu.ouka.fi>

<http://www.limerick.ie/>

www.shannon-dev.ie

<http://www.oecd.org>

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

5.1 Hochschule und Wirtschaft in Magdeburg

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Region Magdeburg. Dargestellt werden die geografische Lage und infrastrukturelle Erschließung, die demografische Entwicklung der Region von 1988 bis 2005 sowie weitere demografische Grundparameter wie Alters- und Geschlechterstruktur und Wanderungsbewegungen. Ein weiterer Abschnitt gibt Auskunft über die Entwicklung von Beschäftigung, Wirtschaft und Gewerbe. Zum Abschluss stellt der Beitrag die Magdeburger Hochschulen vor und erläutert, unter Einbeziehung wichtiger Forschungsergebnisse, die ökonomischen Wirkungen der Hochschulen.

5.1.1 Zur Region Magdeburg

Die Region Magdeburg liegt in der Mitte von Sachsen-Anhalt und umfasst die kreisfreie Landeshauptstadt Magdeburg sowie die vier umliegenden Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck.

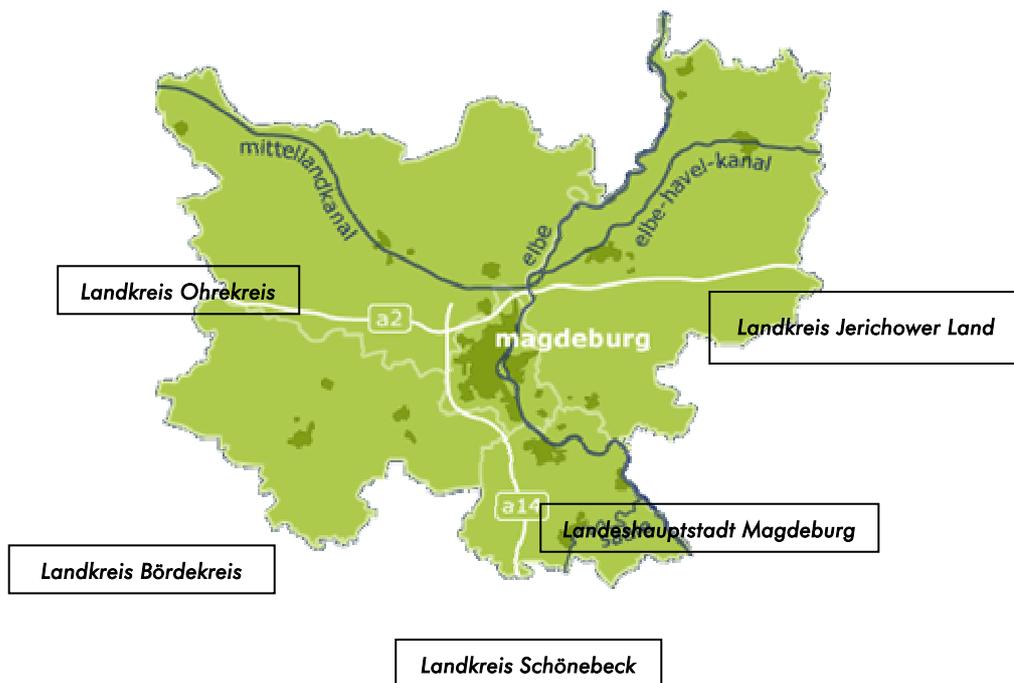


Abbildung 23: Landkarte Region Magdeburg (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg o. J.a, mit Ergänzungen)

Die Regionen haben sich 1994 zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit freiwillig zusammengeschlossen („Regionalkonferenz Magdeburg (RKM)“), um damit u. a. finanzielle Mittel zielgerichteter einzusetzen, durch kooperative Wirtschaftsförderung Investoren anzuziehen, den Infrastrukturausbau wirtschaftsnah zu gestalten sowie regionalspezifische Handlungspotenziale zu erschließen (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg o. J.b).

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Durch die Position zwischen den Zentren Rhein-Ruhr, der Region Hannover und dem Großraum Berlin-Brandenburg und den potenziellen osteuropäischen Wachstumsregionen ergeben sich vorteilhafte Anbindungen nach Westen, Osten, Süden und Norden durch die vielfältigen und sich ergänzenden Verkehrsträger. In einem Radius von rund 100 km sind mehrere Agglomerationsräume, darunter der Großraum Berlin-Brandenburg mit seinen rund 5,5 Mio. Einwohnern zu erreichen.

Die Verkehrsanbindungen von Stadt und Region sind sehr gut. Die Stadt Magdeburg hat eine gute Straßenanbindung: Sie hat eine direkte Anbindung an die BAB 2 sowie an die BAB 14; daneben gibt es ein umfangreiches Bundesstraßennetz, u. a. mit der B 81, B 184 (Magdeburg-Dessau-Leipzig), B 1 (Magdeburg-Brandenburg), B 71, B 245 (Haldensleben-Eilsleben-Halberstadt), B 246 a, B 180, B 189 (Magdeburg-Stendal).

Auch eine Flugaanbindung besteht: Ein Luftverkehrslandeplatz im Süden der Landeshauptstadt bewältigt den Bedarf an Privatluftfahrt, Geschäftsreise- und Werksverkehr in der Region. In Vorbereitung ist ein regelmäßiger Geschäftsreiseverkehr mit Zubringerflugzeugen zu den internationalen Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik.

Eine Wasserstraßenanbindung besteht durch die direkte Anbindung an Mittellandkanal sowie an den Elbe-Havel-Kanal, die Elbe, die Saale und Bode mit umfangreichen Hafen- und Verladekapazitäten. Der Ausbau des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg ist eines der herausgehobenen Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern.

Interessant sind auch die Naturraumpotenziale der Region. Neben den in der Region vorhandenen touristisch interessanten Gebieten und Landschaftsräumen sind die angrenzenden Tourismus- und Ausflugsregionen, wie z. B. der Harz, in kürzester Zeit zu erreichen.

Zwei Hochschulen haben in der Stadt Magdeburg ihren Standort: Die Otto-von-Guericke Universität und die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). In Kapitel 3. erfolgt eine genauere Beschreibung.

5.1.2 Demografische Daten der Region Magdeburg

In den folgenden Abschnitten wird die demografische Entwicklung der Region eingehend untersucht.

Bevölkerungsentwicklung

Das Einwohnermelderegister weist am 31.12.2005 für die kreisfreie Stadt Magdeburg 228.775 Einwohner mit Hauptwohnsitz aus (vgl. LHS Magdeburg 2006a). Werden die Einwohner der umliegenden Landkreise – Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis, Schönebeck – dazu genommen, zählte die Region Magdeburg im Jahr 2005 insgesamt 588.534 Einwohner (Bördekreis: 75.413, Jerichower Land: 97.159, Ohrekreis: 114.667, Schönebeck: 72.169) (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006c). Dies sind ungefähr 29% der Einwohner des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Werden für die Stadt Magdeburg die 5403 Personen einbezogen, die mit Nebenwohnsitz gemeldet sind, konnten im Jahr 2005 insgesamt 234.178 wohnberechtigte Einwohner, d. h. Personen mit Haupt- und/oder Nebenwohnsitz,

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

gezählt werden (vgl. LHS Magdeburg 2006b). Es sind normalerweise vor allem Studierende, die ihren Studienort als Zweitwohnsitz melden.

Nach der Zahl der Hauptwohnsitze ist die Bevölkerung erstmals seit knapp 20 Jahren im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (siehe Abbildung 24), gegenüber dem Jahr 2004 gab es im Jahr 2005 einen Bevölkerungszuwachs von 2100 (0,9 %) Personen.

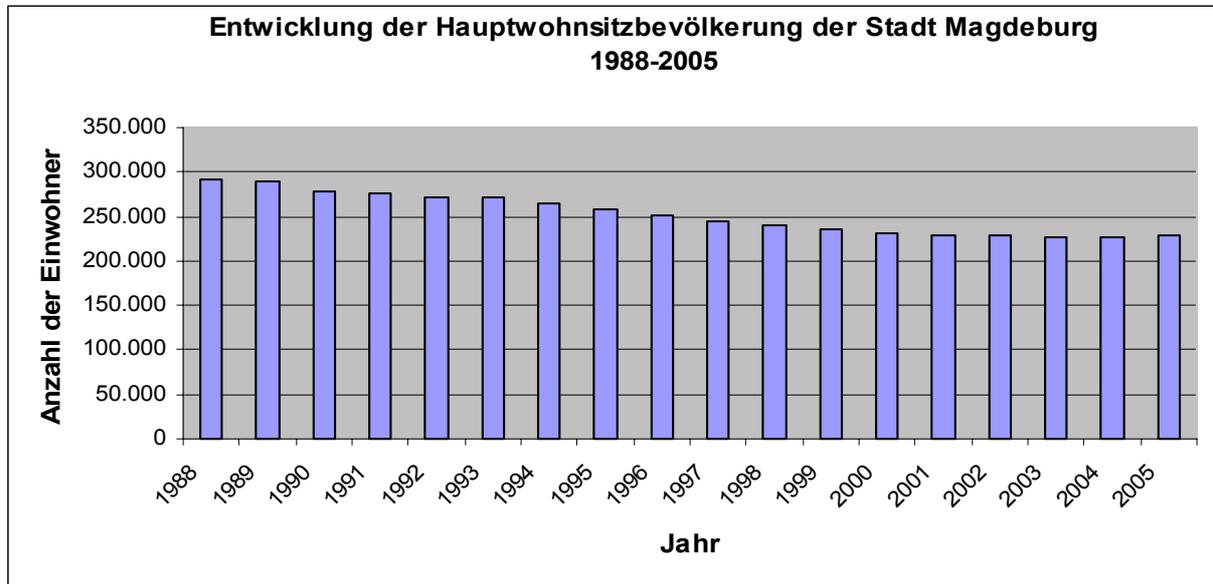


Abbildung 24: Hauptwohnsitzbevölkerung in Magdeburg 1988-2005 (vgl. LHS Magdeburg 2006a)

Die positive Bevölkerungsentwicklung kann zum einen auf die Einführung der Zweitwohnungssteuer am 01.01.2005 zurückgeführt werden, wodurch vermehrte Ummeldungen von Wohnungen als Hauptwohnsitz stattgefunden haben (vgl. LHS Magdeburg 2006a).

Ziel der Zweitwohnungssteuer ist es, durch den finanziellen Druck möglichst viele Personen zu einer An- bzw. Ummeldung des Hauptwohnsitzes in Magdeburg zu bewegen, da der kommunale Finanzausgleich, mit welchem der Bund über die Länder den Kommunen Geld zuweist, nur Zuweisungen für Erstwohnsitze vorsieht.

Zum anderen kann die steigende Einwohnerzahl durch vermehrte Zuzüge beeinflusst worden sein. Diese können insbesondere auf den Zustrom von Studierenden an die Hochschulen und Fachhochschulen zurückgeführt werden (vgl. LHS Magdeburg 2006a).

Der Aufenthalt von Studierenden sowie Auszubildenden, Asylbewerbern oder durch die Zweitwohnungssteuer gewonnenen Neubürgern ist grundsätzlich auf eine begrenzte Dauer angelegt. Um einem erneuten Absinken der Bevölkerungszahl in Magdeburg entgegenzuwirken gilt es, „dieser zu Arbeits- oder Ausbildungszwecken zuwandernden Schichten dauerhaft hier zu halten sowie zur Familiengründung zu veranlassen“ (LHS Magdeburg 2006a).

Die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung über einen längeren Zeitraum zeigt bereits eine deutliche Abnahme (vgl. Abbildung 24), im Zeitraum von 1988 bis 2005 hat die Stadt Magdeburg einen Einwohnerrückgang von 61.804 Personen (21,3%) aufzuweisen (vgl. LHS Magdeburg 2006a). Die Bevölkerungsabnahme fällt damit im

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Vergleich zum Bundesland Sachsen-Anhalt etwas höher aus, die Zahl der Einwohner ist hier im gleichen Zeitraum um 17,8% (534.740 Personen) gesunken (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006b).

Die 3. Regionalisierte Bevölkerungsprognose geht bisher von einem weiteren Bevölkerungsrückgang von 13,5% im Jahr 2020 im Vergleich zum Basisjahr 2002 aus (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006a). Magdeburg wäre dann auf eine Zahl von 197.258 Einwohnern im Jahr 2020 geschrumpft. Dabei sinkt laut den Prognoseberechnungen der Anteil der unter 20-jährigen von 17% im Jahr 2002 auf 15,9% im Jahr 2020 und der Anteil der über 65-jährigen steigt in dem gleichem Zeitraum von 19,3% auf 26,6% an (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006a).

Geschlechterverteilung der Einwohner

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung sind in Magdeburg stets – zumindest seit dem Jahr 1988 – etwas mehr Frauen als Männer wohnhaft gewesen. Im Jahr 2005 setzte sich die Bevölkerung aus 118.509 weiblichen Einwohnern (51,8%) und 110.226 männlichen Einwohnern (48,2%) zusammen. Dies entspricht der Verteilung im Bundesland Sachsen-Anhalt: von insgesamt 2.469.719 Einwohnern waren im Jahr 2005 51,2% Frauen (1.263.996) bzw. 48,8% Männer (1.205.720) (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006c, d, e).

Altersstruktur der Einwohner

Der Altersdurchschnitt der in der Stadt Magdeburg lebenden Bevölkerung ist seit dem Jahr 1990 jährlich gestiegen. Im Jahr 2005 lag der Altersdurchschnitt bei 44,93 Jahren (LHS Magdeburg 2006a).

Die Erhöhung des Altersdurchschnitts spiegelt sich auch in der Jugend- und Altenquote wider. Die Jugendquote, welche das Verhältnis der Zahl der Einwohner unter 18 Jahren zur Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren angibt, ist von 32,6% im Jahr 1990 auf 19,5% im Jahr 2005 gesunken. Demgegenüber ist das Verhältnis der erwerbsfähigen Einwohnerzahl zur Zahl der Einwohner ab 65 Jahren, die so genannte Altenquote, von 20% (1990) auf 33,3% (2005) gestiegen. Die Relationen von Jugendlichen und SeniorInnen, die auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter fallen, haben sich demzufolge genau umgekehrt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung nach einzelnen Altersgruppen zeigt ein Vergleich der Jahre 1991 und 2005, dass ein absoluter zahlenmäßiger Zuwachs nur bei den Altersgruppen der über 60-Jährigen zu verzeichnen ist (vgl. Abbildung 25). Alle darunter liegenden Altersgruppen haben in diesem Zeitraum absolut gesehen abgenommen. Insbesondere die Anzahl der 25-34-Jährigen, eine Altersgruppe, in die der Berufseinstieg und -aufstieg sowie die Familiengründung fällt, sehr stark zurückgegangen. Hier zeigt sich, dass viele Einwohner nach dem Studium oder der Ausbildung Magdeburg (wieder) verlassen haben, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen. Magdeburg hat damit wichtige menschliche Ressourcen verloren, die sowohl für das wirtschaftliche als auch soziale Leben der Stadt von Bedeutung sind. Allerdings konnte im Jahr 2005 in dieser Altersgruppe (25-34 Jahre) erstmals seit 1993 ein Zuwachs von 3,1% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Ebenfalls positive Entwicklungen werden bei den Altersgruppen zwischen 0-6 Jahren, 18-34 Jahren sowie 45-59 Jahren im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Dabei setzte bei den 18-24-Jährigen ein positiver Trend bereits seit dem Jahr 1997 ein. In diese Altersgruppe fallen vor allem Auszubildende und Studierende. Der Anstieg der Zahl von Studierenden in Magdeburg ist ebenfalls anhand der Abbildung 25 erkennbar geworden.

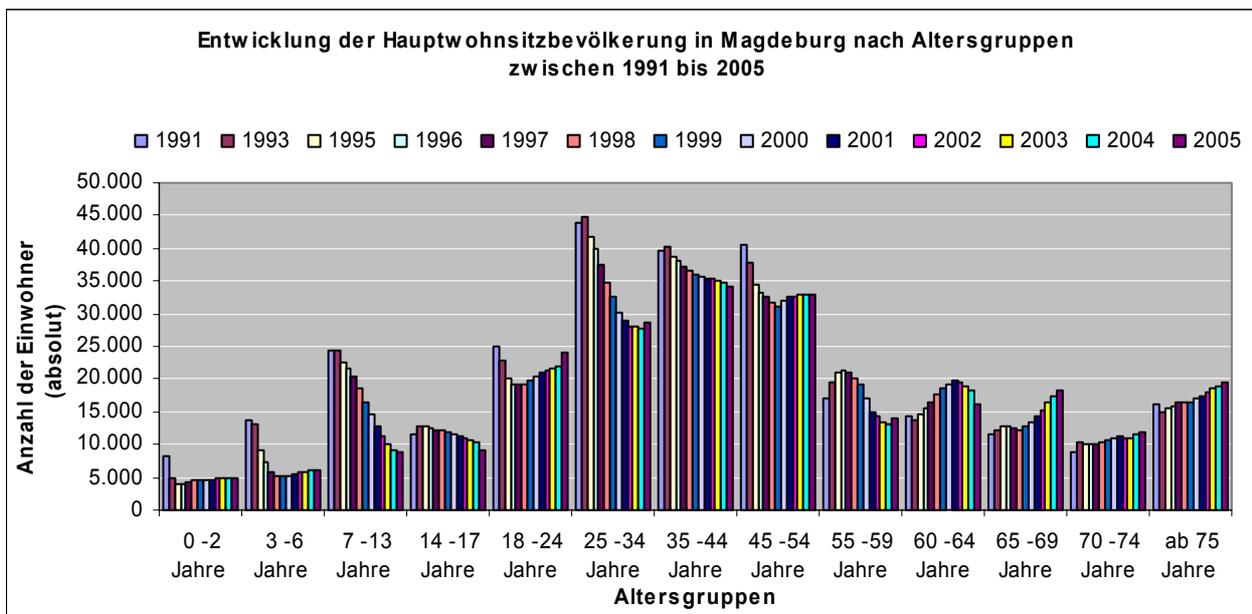


Abbildung 25: Entwicklung der Bevölkerung in Magdeburg nach Altersgruppen 1991-2005
(Datenquelle: LHS Magdeburg 2006a, eigene Darstellung)

Entwicklung der Geburten und Sterbefälle

Ursachen für den allgemeinen Bevölkerungsrückgang in Magdeburg liegen zum einen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit niedrigen Geburtenzahlen im Vergleich zu den Sterbezahlen. In der Abbildung 26 stehen sich die Geborenen- und Gestorbenenanzahlen für die Jahre 1989 bis 2005 gegenüber. Die Geburtenzahlen sind zwar nach ihrem tiefsten Stand im Jahr 1993 – hier lag die Zahl bei 1386 Lebendgeborenen – tendenziell wieder angestiegen, das Niveau der Vorwendezeit ist aber längst nicht erreicht. 1729 Geburten im Jahr 2005 sind rund die Hälfte weniger als im Jahr 1989, wo 3470 Geburten gezählt wurden.

Damit bleibt der Gestorbenenüberschuss im Jahr 2005 trotz gesunkener Sterbefälle im gleichen Zeitraum deutlich erkennbar und der Saldo von Lebendgeborenen gegenüber Gestorbenen negativ (- 595).

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

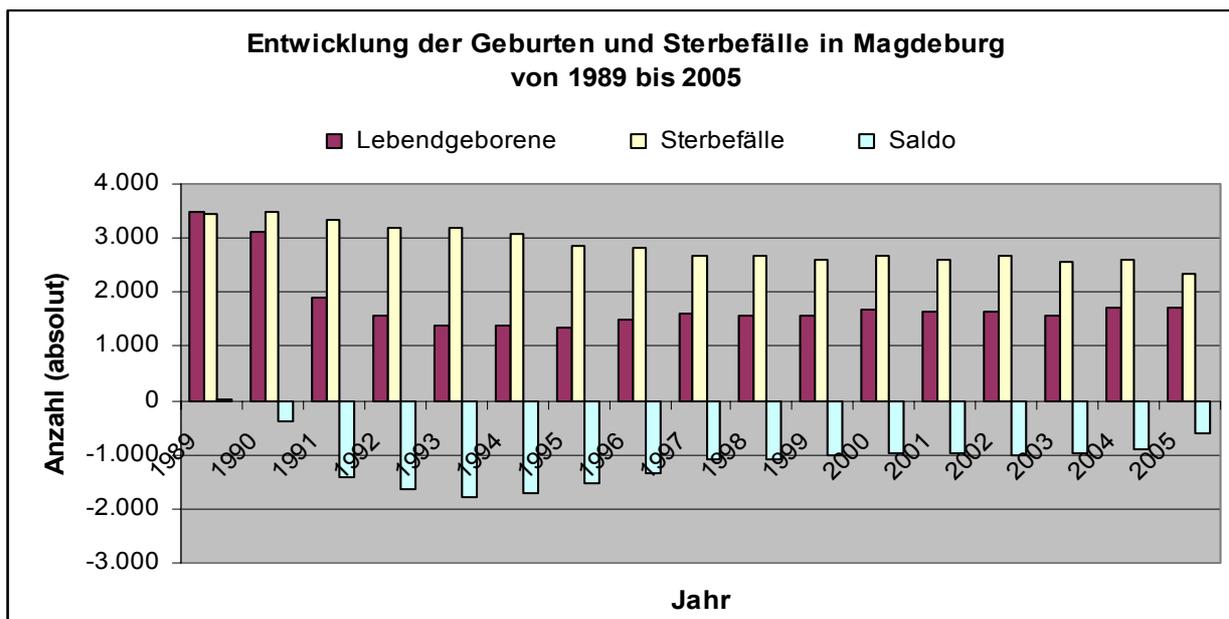


Abbildung 26: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Magdeburg von 1989 bis 2005 (Datenquelle: LHS Magdeburg 2006a, eigene Darstellung)

Wanderungsbewegungen

Ein weiterer Einflussfaktor auf die sinkende Bevölkerungsentwicklung stellt die Abwanderung von Menschen in andere Regionen von Sachsen-Anhalt als auch in andere Bundesländer oder ins Ausland dar. Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Magdeburg aufgrund von Migration für den Zeitraum von 1990 bis 2005 gibt die Abbildung 27 wieder. Demnach lag die Zahl der Wegzüge im Jahr 1990, kurz nach der Wende, sowie in den Jahren 1994 bis 2000 über der 10.000-er Marke (LHS Magdeburg 2005a: 15).

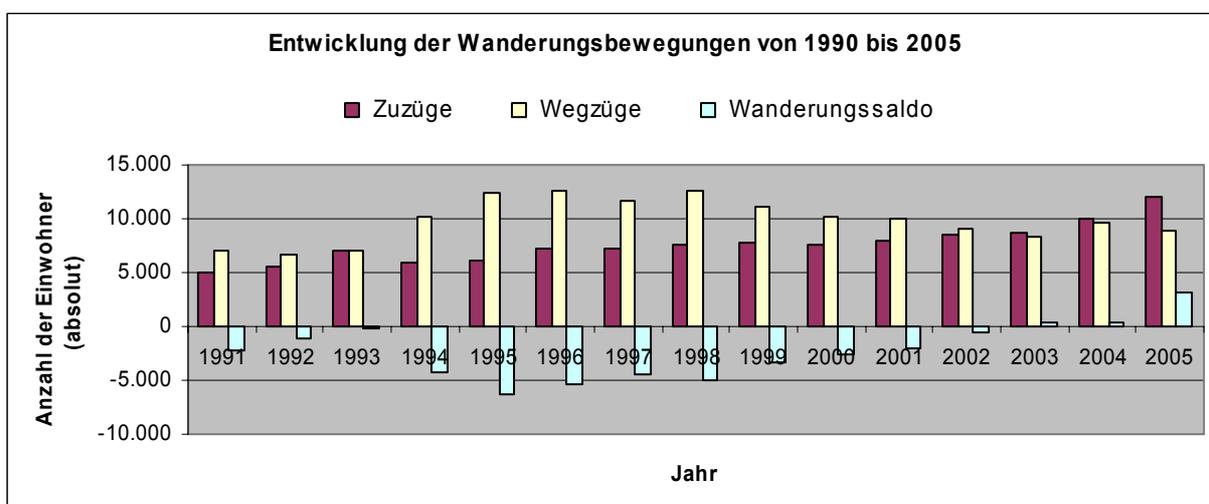


Abbildung 27: Entwicklung der Wanderungsbewegungen in Magdeburg (Datenquelle: LHS Magdeburg 2005a, StaLa Sachsen-Anhalt 2006c, eigene Darstellung)

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Direkt nach der Wende wanderten viele Menschen vor allem in den Westen ab, während Mitte der neunziger Jahre der Einwohnerrückgang vordergründig im Zuge der Suburbanisierung stattfand.

Allerdings haben sich die absoluten negativen Wanderungssalden kontinuierlich seit dem Jahr 1998 verringert. Ab dem Jahr 2003 lag der Wanderungssaldo aufgrund vermehrter Zuzüge bzw. weniger Wegzügen sogar im positiven Bereich. Im Jahr 2005 konnte Magdeburg über 12.100 Zuzüge verzeichnen, der Wanderungssaldo lag bei 3190 Einwohnern (StaLa Sachsen-Anhalt 2006c). Seit dem Jahr 2002 macht die Altersgruppe der 18-24-Jährigen den größten Anteil unter den nach Magdeburg zuziehenden Personen aus, für die Jahre 1998 bis 2004 kann in dieser Altersgruppe ein Anstieg von 155% verzeichnet werden (LHS Magdeburg 2005b: 3)⁹⁴.

Aus welchen Regionen kommen die ZuzüglerInnen? Der Anteil der Zuziehenden aus den alten Bundesländern liegt seit dem Jahr 1998 unter 20%, in den drei Jahren davor war der Anteil noch deutlich höher (20-35%) (vgl. LHS Magdeburg 2005a: 26). Demgegenüber ist der Anteil an Personen, die aus anderen Regionen des Landes Sachsen-Anhalt ihren Wohnsitz nach Magdeburg verlegt haben, von 46% im Jahr 1998 auf knapp 54% im Jahr 2004 gestiegen (vgl. LHS Magdeburg 2005b)⁹⁵.

Von den MagdeburgerInnen, die die Stadt verlassen, zogen seit dem Jahr 2001 kontinuierlich weniger Personen in die alten Bundesländer. Gegenüber 30% im Jahr 2001 waren es im Jahr 2004 ungefähr 23% (vgl. LHS Magdeburg 2005a). Viel häufiger sind Umzüge in das Magdeburger Umland oder eine weiter entfernte Region Sachsen-Anhalts, wobei auch hier der Anteil von 55,5% im Jahr 1998 auf 43,3% im Jahr 2004 gesunken ist (vgl. LHS Magdeburg 2005b)⁹⁶.

Bevölkerungsentwicklung Region MD

Während die Stadt Magdeburg seit dem Jahr 2000 kontinuierlich eine steigende Anzahl von Zuzügen verzeichnen konnte, weisen die umliegenden vier Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck in dem gleichen Zeitraum negative Wanderungssalden auf. Die Bevölkerungsentwicklung ist insgesamt rückgängig, da die Zahl der Sterbefälle gegenüber den Geborenen ebenfalls höher liegt und die Wanderungsverluste nicht auszugleichen vermag (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006f). Für den Ohrekreis ist allerdings differenziert zu sagen, dass dieser in der ersten Hälfte seines jetzt zwölfjährigen Bestehens einen 10-prozentigen Anstieg der Einwohnerzahl auf 118.132 im Jahr 2000 erfahren hat (vgl. LK Ohrekreis o. J.). Seit dem ist die Einwohnerzahl zwar gesunken, aber diese liegt mit 114.667 Einwohnern Ende des Jahres 2005 immer noch über dem Niveau der Existenzgründung im Jahr 1994.

Wirtschaftsentwicklung der Region Magdeburg

Die Wirtschaftsentwicklung der Region wird im folgenden Abschnitt über die Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit und eine grundlegende Beschreibung von Wirtschaft und Gewerbe dargestellt.

⁹⁴ Diese Daten gelten nur für die deutsche Hauptwohnsitzbevölkerung.

⁹⁵ Diese Abgaben gelten wiederum nur für die deutsche Hauptwohnsitzbevölkerung.

⁹⁶ Diese Abgaben gelten wiederum nur für die deutsche Hauptwohnsitzbevölkerung.

Erwerbstätige

Die Entwicklungen der Erwerbstätigen – bei der zugrunde liegenden Berechnung zählen hierzu alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – zeigen im Zeitraum von 1991 und 2004 insbesondere in der Stadt Magdeburg und der Region Schönebeck einen starken Rückgang von 23 bzw. 25% auf (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006h). Demgegenüber lag im Ohrekreis die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2004 sogar höher als im Jahr 1991 (1991: 41.500 Erwerbstätige, 2004: 43.900 Erwerbstätige) (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006h). In der Abbildung 28 sind die Erwerbstätigenzahlen der einzelnen Landkreise sowie die Stadt Magdeburg für ausgewählte Jahre dargestellt.

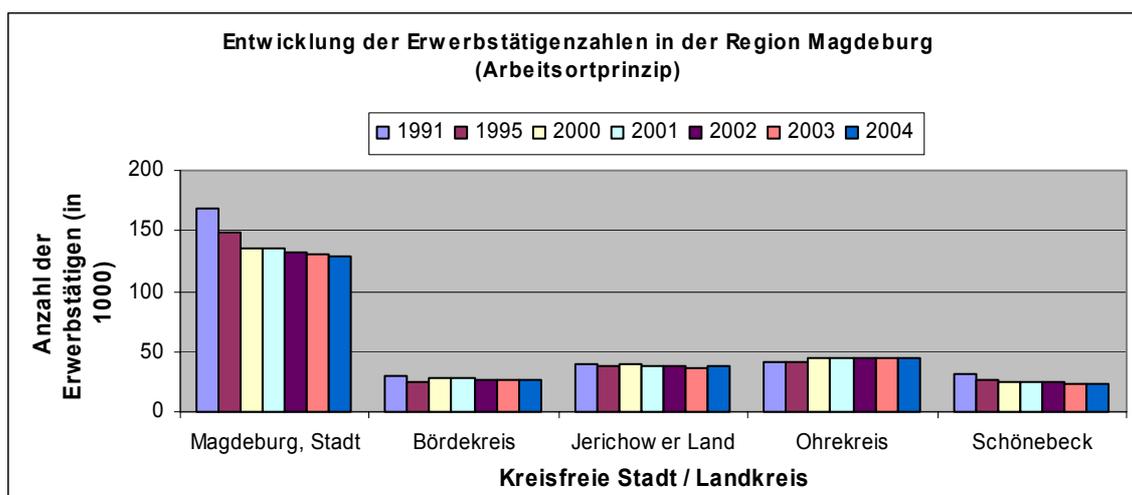


Abbildung 28: Entwicklung der Erwerbstätigen der Region Magdeburg
(Quelle: StaLa Sachsen-Anhalt 2006h, eigene Darstellung)

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in der Landeshauptstadt Magdeburg zählte Ende Juni 2005 97.705 Personen (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006g). Davon war eine verschwindend geringe Zahl (< 1%) in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei tätig, 16,8% im produzierenden Gewerbe und knapp 20% im Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Der größte Anteil mit 63% der Beschäftigten fällt in den Wirtschaftsabschnitt der sonstigen Dienstleistungen (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006g). Dieser Wirtschaftsbereich weist ebenfalls in den umliegenden Landkreisen den jeweils höchsten Anteil – dieser liegt je nach Landkreis zwischen 36 und 44% - sozialversicherungspflichtig Beschäftigter auf. Eine Ausnahme bildet der Ohrekreis, hier ist der größte Teil (38,7%) im produzierenden Gewerbe beschäftigt (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006g).

Die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten sind sowohl in der Landeshauptstadt als auch in den umliegenden Landkreisen zwischen den Jahren 1995 bis 2005 angestiegen (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006i)⁹⁷. In der Stadt Magdeburg sowie im Landkreis Schönebeck lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 bei gut 21%. Dies

⁹⁷ Es wird darauf hingewiesen, dass Vergleiche der Daten des Jahres 2005 zu den Vorjahren wegen der Einführung SGB II nur eingeschränkt möglich sind.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

entspricht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006i). Der Ohrekreis weist mit 15,5% im Jahr 2005 die geringste Arbeitslosenquote von allen Landkreisen Sachsens-Anhalts auf (vgl. StaLa Sachsen-Anhalt 2006i).

Die Kaufkraft je Einwohner beziffert die IHK Magdeburg (o. J.) mit 15.047 Euro für das Jahr 2005. Diese liegt damit über dem sachsen-anhaltinischen Durchschnitt (13.632 Euro).

Wirtschaftsentwicklung

Die Region Magdeburg hat einen tief greifenden, rasanten Strukturwandel erlebt, der sich auch in Zukunft fortsetzen wird, heißt es in dem regionalen Entwicklungsplan für die Planungsregion Magdeburg über das Gebiet (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg 2006). Waren in der Vergangenheit der Schwermaschinen- und Anlagenbau vorherrschend, haben sich inzwischen vermehrt Dienstleistungs- und Logistikunternehmen angesiedelt (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg 2006).

Die Böden der Magdeburger Börde werden als außergewöhnlich fruchtbar beschrieben und der – wenn auch arbeitskräftemäßig rückgängige – Landwirtschaftsbetrieb hat seine Produktivität erhöhen können (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg 2006). Zudem fand eine vermehrte Ansiedlung von Forschungs- und Lehreinrichtungen unterschiedlicher Disziplinen in der Region Magdeburg statt (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg 2006).

Insbesondere in Magdeburg entstehen modernisierte ökonomische Verflechtungszusammenhänge, die charakteristisch für eine Wissens- und Informationsgesellschaft sind. Innovative ökonomische Strukturen sind in Ostdeutschland noch immer zu wenig vorhanden. Diese Strukturen zeichnen sich durch den Aufbau von Zuliefer-, Produktions- und Distributionsnetzen aus, die mit Forschungskapazitäten und wissensbasierten Dienstleistungen wie Unternehmensberatung, Design, Werbung und Marketing verflochten sind. Sie werden durch regionale Milieus, von regionalen Kooperationen und informellen Beziehungen des Vertrauens getragen. Magdeburg ist hierfür der Knotenpunkt in Sachsen-Anhalt.

Das Zentrum des Fahrzeugbau-Netzwerks Mahreg Automotive ist Magdeburg. Es erstreckt sich von dort bis in den Harz, nach Staßfurt und Dessau. In Schönebeck, einem an Magdeburg angrenzenden Landkreis mit Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung, siedelt Daimler Chrysler ein drittes Werk an. So entstehen eigene Entwicklungszentren in der Region. Es wird begleitet von Forschungskapazitäten der Universität in Magdeburg. Die Neuromedizintechnik, die pharmazeutische Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln sind weitere geförderte Schwerpunkte in Magdeburg. Auch die MLU Halle und die Hochschule Anhalt in Bernburg sind in das pharmazeutische Netzwerk integriert. Es sind Projekte zur Entwicklung der Bioregion Sachsen-Anhalt. Diese Neuorientierung soll eine Abkehr von dem Image einer Region des traditionellen Schwermaschinenbaus und der grundstofflastigen Chemieindustrie fördern und eine Modernisierung der industriellen Standorte unterstützen. (Quelle: www.stadtentwicklung-sachsen-anhalt.de/inhalt/situation/)

Gewerbe

Die Region Magdeburg hat eine lange Tradition als Standort des verarbeitenden Gewerbes. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und das Baugewerbe.

Ein Kennzeichen für die ökonomische Entwicklung der Landeshauptstadt ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen. Wie der Abbildung 29 zu entnehmen ist, liegt die Zahl der Anmeldungen seit 2003 wieder höher als die Zahl der Abmeldungen.

Abbildung 30 gibt einen Überblick über die Wirtschaftsbereiche in denen die Magdeburger IHK-Unternehmen tätig sind. Mit 28,4% ist der Bereich Handel und Instandhaltung mit Abstand der stärkste Wirtschaftsbereich gefolgt vom Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 8,4% und dem Gastgewerbe mit 5,5%. Auf dem Niveau von 5% liegt der Bereich Verkehr- und Nachrichtenübermittlung und das Baugewerbe.

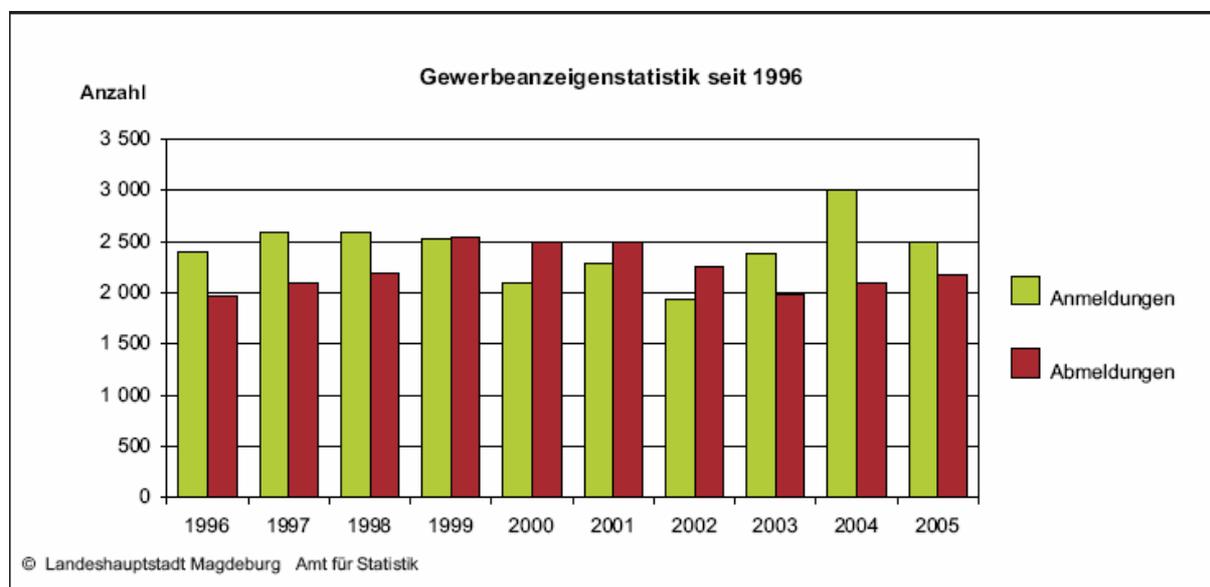


Abbildung 29: Gewerbeentwicklung in Magdeburg

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

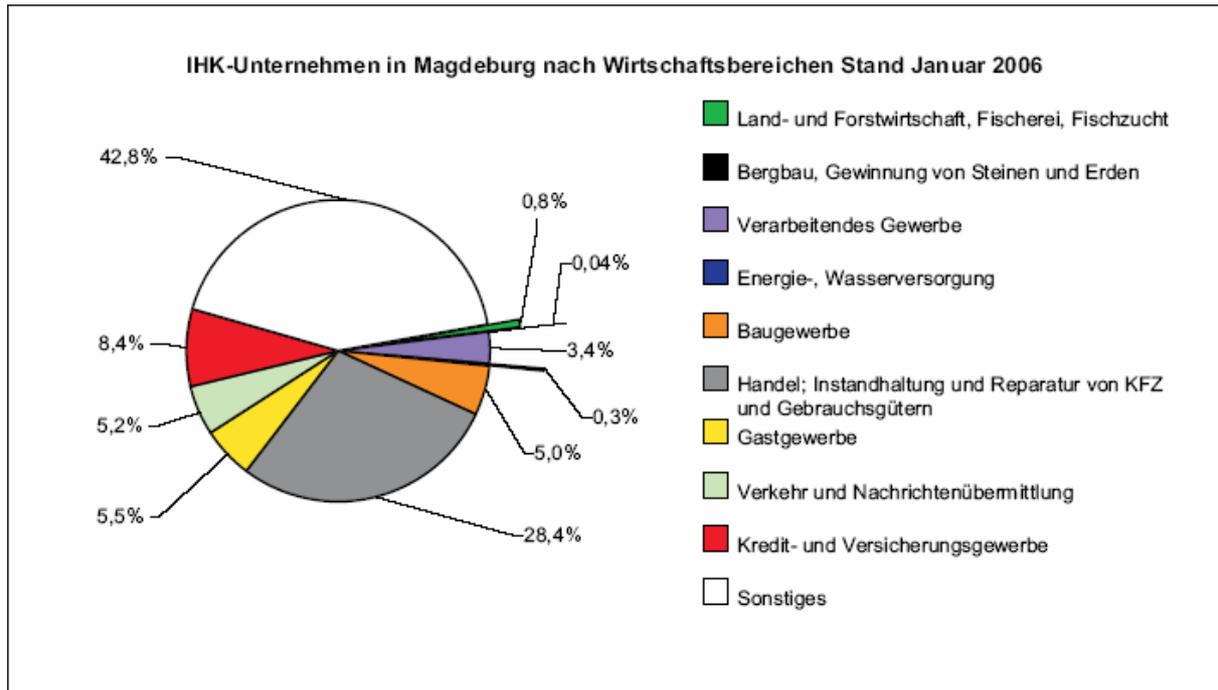


Abbildung 30: Wirtschaftsbereiche der Magdeburger IHK-Unternehmen.

Quelle: MSM, Sonderdruck Mai 2006.

5.1.3 Der Hochschulstandort Magdeburg

Zwei Hochschulen haben in der Stadt Magdeburg ihren Standort: Die Otto-von-Guericke-Universität und die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH).

An der zukunftsorientierten Magdeburger Universität gibt es neben den traditionsreichen technischen und medizinischen Studiengängen innovative neue Studienangebote. Dazu zählen unter anderem: Computervisualistik, Friedens- und Konfliktforschung sowie Cultural Engineering und European Studies. Durch die praxisnahe Ausbildung der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) wird die Palette der Möglichkeiten um so attraktive Studiengänge wie Industriedesign und Gebärdensprachdolmetschen noch erweitert.

Studierende

Die Zahl der Studierenden an den beiden Hochschulen von Magdeburg, der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), hat sich von 12.802 im Studienjahr 2000/01 innerhalb von fünf Jahren um 48,5% auf 19.008 Studierende im Wintersemester 2005/06 erhöht. Die Abbildung 31 zeigt diese Entwicklung der Studierendenzahlen für die einzelnen Universitäten sowie für beide Hochschulen insgesamt.

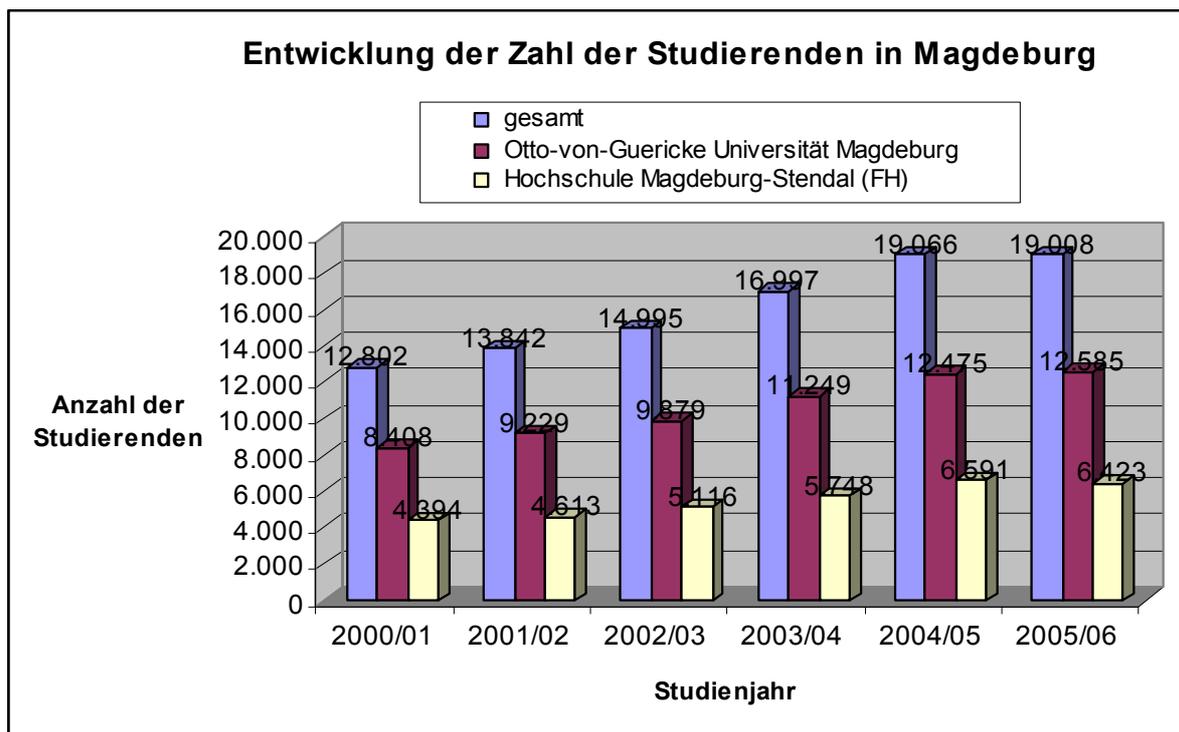


Abbildung 31: Entwicklung der Studierendenzahl in Magdeburg (Datenquelle: LHS Magdeburg 2005b, LHS Magdeburg 2006b, eigene Darstellung)

Die Otto-von-Guericke-Universität

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wurde 1993 gegründet und gehört zu den jüngsten Universitäten Deutschlands. Ihre Wurzeln liegen in den drei damaligen Hochschuleinrichtungen: Technische Universität, Pädagogische Hochschule und Medizinische Akademie Magdeburg.

Die Universität beschreibt ihre Mission wie folgt: „Die OvG-Universität versteht sich als Profiluniversität. Sie strebt eine scharf konturierte und schlanke Struktur an, die in den Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie in der Medizin einen traditionellen Schwerpunkt hat und in den Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften für eine moderne Universität in der Informationsgesellschaft unerlässliche Disziplinen sieht.“

Mit 9 Fakultäten und nahezu 13.000 Studierenden ist die Universität nach Halle mit über 18.000 Studierenden, die zweitgrößte Universität in Sachsen-Anhalt.

In 62 Studiengängen erfolgt an der Magdeburger Universität eine wahlweise Ausbildung in verschiedenen Studien- und Vertiefungsrichtungen. Dementsprechend groß ist auch die Auswahl an Kombinationsmöglichkeiten zwischen den Angeboten der Fakultäten.

Die Universität wird von den Studierenden wegen der guten Studienbedingungen, der modern ausgestatteten Labore und dem optimalen Betreuungsverhältnis zwischen den Hochschullehrern und Studierenden geschätzt. Damit wird eine gute fachliche Ausbildung auf hohem theoretischem und praktischem Niveau gewährleistet.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

In den letzten Jahren hat sich ein entscheidender Wandel in der universitären Forschung von der angewandten zur innovativen Grundlagenforschung vollzogen. Durch die Breite und Vielfalt der Disziplinen profilieren sich Spezialrichtungen wie die Neurowissenschaften, Immunologie, Nichtlineare Systeme, Neue Materialien, Prozesse und Produkte, Visualistik, Gesellschaftliche Transformation sowie Kommunikation und Kultur. Damit werden an der Universität Potenziale geschaffen, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt und des Landes entscheidend fördern. Aber auch junge Wissenschaftsdisziplinen wie die Geistes- und Wirtschaftswissenschaften bestimmen das neue Forschungsprofil der Universität mit.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wirkungen der Universität wurde ein Technologie-Transfer-Zentrum an der Universität eingerichtet. Das Zentrum soll den Unternehmen den Zugriff auf universitäre Forschungsressourcen erleichtern und damit dazu beitragen, die unternehmerische Innovationskraft zu stärken.

Das Universitätsklinikum im Süden der Stadt ist der zweite Standort der Universität. Hier werden 900 angehende Mediziner ausgebildet, gleichzeitig ist die Klinik ein Zentrum für die medizinische Betreuung der Bürger Sachsen-Anhalts. Mit seinen 1200 Betten ist das Universitätsklinikum das größte Krankenhaus im Raum Magdeburg. Jährlich werden über 35.000 Patienten stationär behandelt. Dazu kommen zahlreiche ambulante Behandlungsfälle. In den letzten Jahren haben sich die Zentren und Universitätskliniken der Medizinischen Fakultät zunehmend auf die Spezialversorgung der Patienten konzentriert. Im September 1995 wurde auf dem Campus des Klinikums das zweite Herzzentrum in Sachsen-Anhalt eröffnet. Besonderer Wert wird bei der Ausbildung auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Hochschullehrern gelegt.

Die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

Die Fachhochschule Magdeburg wurde 1991 gegründet. Im Jahr 2000 erfolgte nach der Zusammenlegung mit dem zweiten Standort in Stendal die Umbenennung in Hochschule Magdeburg-Stendal (FH).

Seit September 2000 sind alle Magdeburger Fachbereiche und Einrichtungen auf einem neuen Campus vereint, inmitten der Parklandschaft Herrenkrug, in direkter Nachbarschaft des Elbauenparkes. Damit verfügt die Hochschule über einen sehr attraktiven Hochschulstandort. Die Gebäude wurden saniert und großzügige neue Gebäude sind mit moderner Technik ausgestattet. Dieses Umfeld ermöglicht ein effektives Studium in einem von über 20 Studiengängen, die an acht Fachbereichen angeboten werden.

Die Universität beschäftigt 130 ProfessorInnen und garantieren für ein sehr gute Betreuungsquote – bei in Magdeburg etwa 5400 und in Stendal rund 1250 Studierenden. Es werden ausschließlich Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master angeboten. Die Regelstudienzeit beträgt dabei sechs oder sieben (Bachelor) bzw. drei oder vier zusätzliche Semester für den Master.

Das Angebot reicht unter anderem von Musiktherapie über Gebärdensprachdolmetschen oder Industriedesign bis hin zu den Studiengängen Wasserwirtschaft, Maschinenbau oder Elektrotechnik.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Die folgende Grafik gibt Auskunft über die Elternschaft beim wissenschaftlichen Personal am Hochschulstandort Magdeburg. Von den 342 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 183 Männer und 159 Frauen. 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Kind, das sind immerhin 34% des wissenschaftlichen Personals.

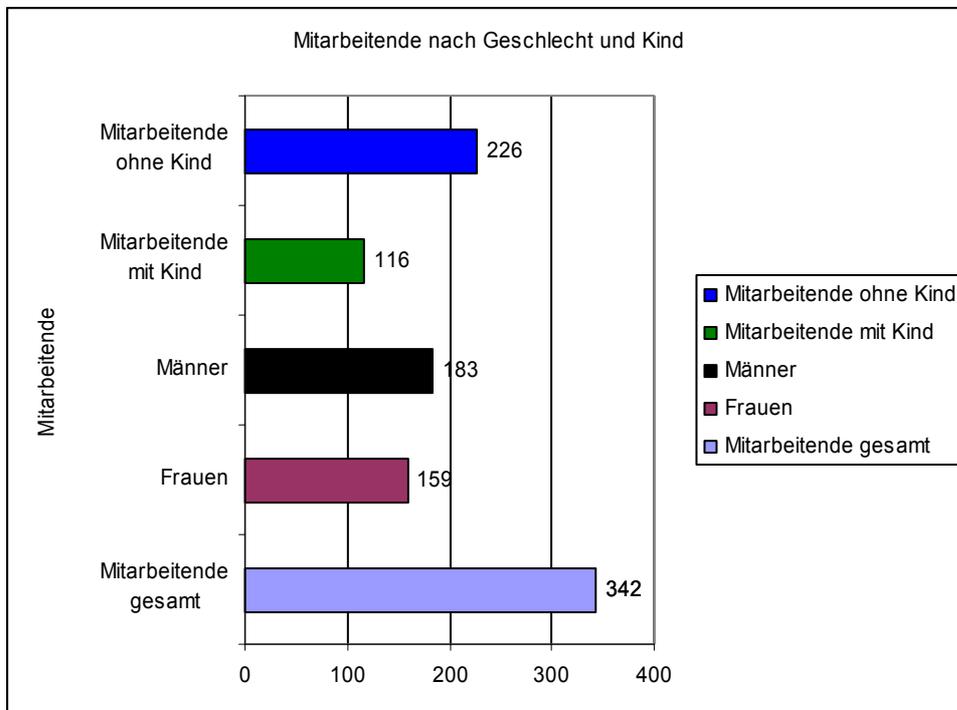


Abbildung 32: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Kind

Verbindungen zu Praxis und Wirtschaft

Da die Bedeutung von Bildung und Qualifikation wächst und neue Technologien und veränderte Formen der Arbeit das Bild von Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsmarkt verändern, wird es für Studierende immer wichtiger, sich bereits während des Studiums zu orientieren. Durch Kontakte mit der Wirtschaft sollten frühzeitig die Grundlagen für den späteren Berufsweg geschaffen werden.

Mehr und mehr Hochschulen haben deshalb ein Career Center als Dienstleistungseinrichtung eingerichtet. Mit dieser Einrichtung sollen die Möglichkeiten verbessert werden, die Kontakte zwischen Hochschule und regionalen Unternehmen auszubauen. Damit soll auch der Abwanderung von Hochschulabsolventen aus Sachsen-Anhalt entgegengewirkt und der Bedarf an Fachkräften in unserer Region gedeckt werden.

Das Career Center der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) versteht sich als zentrale Schnittstelle zur Vermittlung von Praktika, Diplomarbeitsthemen und Jobangeboten. Es bietet gute Voraussetzungen bei der effizienten bedarfsorientierten Personalvermittlung zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft. Das Career Center ist eine Kooperation der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und der TÜV Akademie Magdeburg. Das Projekt wird finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

und des Landes Sachsen-Anhalts. Zu den generellen Aufgaben gehört die Beratung, Betreuung und Vermittlung von HochschulabsolventenInnen in Unternehmen.

In Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt, dem Dezernat für Studentische und Akademische Angelegenheiten sowie der Bundesagentur für Arbeit gibt das Career Center außerdem Unternehmen und Studierenden die Gelegenheit auf Firmenkontaktbörsen, Unternehmenspräsentationen und Seminaren miteinander in Kontakt zu treten. Die Studierenden unterstützt es beim Erwerb berufsrelevanter Schlüsselqualifikationen durch das Angebot von Seminaren und Trainings. Außerdem unterstützt das Career Center Absolventen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit durch vielfältige Beratungsleistungen.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für die Verbesserung der Kooperation zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft sowie für die Verbesserung der ökonomischen Wirkungen der Hochschulen in Sachsen-Anhalt ist das Kompetenznetzwerk für Angewandte und Transferorientierte Forschung KAT.

Das KAT ist ein Angebot der vier Fachhochschulen des Landes Sachsen-Anhalt, um dem Bedarf der Unternehmen an Wissens- und Technologietransfer passgenau zu begegnen. Ausgangspunkt dieser, vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt unterstützten, Initiative war das fehlende oder mangelnde Forschungspotenzial insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Etwa nur 10% der KMU investieren bzw. können in die Forschung und Entwicklung ihrer Produkte investieren. Doch der Markt verlangt immer schnellere Produktions- und Innovationszyklen. Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt bieten mit KAT den Unternehmen an, eine wichtige Lücke zu schließen.

Im Rahmen von KAT können sich die Unternehmen mit ihrem Problem an die Fachhochschule in ihrer Nähe wenden. An jeder Hochschule gibt es einen zentralen Ansprechpartner des KAT. Kann die Fachhochschule vor Ort das Problem nicht kompetent lösen, leitet sie die Anfrage an die entsprechende Hochschule oder eine andere wissenschaftliche Einrichtung weiter. Die Hochschule Magdeburg hat sich dabei auf das Kompetenzfeld Nachwachsende Rohstoffe und Innovative Werkstoffe spezialisiert.

Ziel des kontinuierlichen Dialogs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen von KAT ist es also, eine am Bedarf orientierte Forschung an den Hochschulen zu fördern. Die mittelständischen Unternehmen sollen gestärkt werden, um sich auf dem Markt langfristig behaupten zu können. Das KAT bietet neben Forschungsleistungen wie z. B. Machbarkeitsstudien sowie Produkt- und Verfahrensentwicklungen auch Personaltransfer durch Praktikanten und Absolventen sowie Fortbildungen für Mitarbeiter an.

Die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) ist außerdem Initiatorin der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH, die in einem Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zur Hochschule Forschungs- und Entwicklungsfirmen eine infrastrukturelle Heimstatt bietet und so ebenfalls die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt. Technische und informationstechnologische Wissenschaften sowie die operationelle Wasserwirtschaft sind Schwerpunktbereiche. An das FEZ ist die wirtschaftspolitische Erwartung geknüpft,

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

durch technisch-innovative Leistungen, den Raum Magdeburg und seine angrenzenden Regionen entwickeln zu helfen.

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg hat zur Unterstützung der WissenschaftlerInnen der Universität bei der Beantragung von Fördermitteln das Technologie Transfer Zentrum (TTZ) eingerichtet. Die Interessierten werden umfassend über Förderungen der EU, des BMBF, der DFG und der Landesministerien informiert.

Zu den Aufgaben gehört auch die Förderung von Verbundprojekten mit Unternehmen, sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Für alle Angebote steht eine individuelle Beratung zur Verfügung.

Das TTZ versteht sich ganz generell als eine Einrichtung, die Kontakte zwischen der Wirtschaft und der Universität vermittelt. Als Ansprechpartner für Unternehmen und Verbände fördert das TTZ die Kommunikation und Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft. Dabei geht es auch darum, die vielfältigen Forschungs- und Dienstleistungsangebote der Universität für Interessenten zugänglich zu machen.

Ökonomische Effekte der Magdeburger Hochschulen

Zu den ökonomischen Effekten der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) liegt eine Studie vor, die 2003 von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften unter der Leitung von Prof. Dr. Weimann vom Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik erstellt wurde.

Ziel der Studie ist es, die ökonomischen Vorteile abzuschätzen, die dem Land Sachsen-Anhalt durch die Finanzierung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen entstehen. Dabei wurden die Ressourcenzuflüsse im Hinblick auf ihre ökonomische Wirksamkeit untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse dabei waren:

Hochschulen besitzen eine hohe arbeitsmarktpolitische Bedeutung für die Region. Allein durch ihre Nachfrage schaffen oder sichern zehn Studierende mindestens einen Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt.

Hochschulen führen zu erheblichen Mittelzuflüssen in die Region: Jedem Euro, der im Jahr 2001 vom Land für die Magdeburger Universität und für die FH ausgegeben wurde, stand mindestens 1,27 Euro an Mittelzuflüssen nach Sachsen-Anhalt gegenüber.

Die Mittelzuflüsse sind regionalökonomisch wirksam: Jeder Euro, der aufgrund der Hochschulen in die Region fließt, führt zu Umsätzen in Höhe von 1,37 Euro, zu Einkommen der privaten Haushalte in Höhe von 0,68 Euro und zu Wertschöpfung in Höhe von 0,64 Euro in Sachsen-Anhalt.

Die Mittelzuflüsse sorgen für Beschäftigung: Im Jahr 2001 waren rund 2000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt auf die Existenz der OvGU und der FH zurückzuführen – zusätzlich zu den rund 1700 direkt Beschäftigten (ohne Universitätsklinikum).

Die Entwicklung der Nachfrageeffekte geht stark mit der Entwicklung der Studierendenzahlen einher (vgl. Weimann et al. 2003).

Hinzu kommen indirekte Effekte durch die Humankapitalbildung. Dabei wird das Humankapital einer Gesellschaft als eine der zentralen Determinanten für die Wachstumsmöglichkeiten lokaler Ökonomien erkannt. Insbesondere für eine

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Ökonomie, die vor der Aufgabe steht, ein erhebliches Nachholwachstum zu entfalten, um den Produktivitäts- und den Produktionsrückstand zu den alten Bundesländern auszugleichen, besitzt dieser Faktor herausragende Bedeutung. Dies gilt umso mehr, so die Autoren der Studie, als aufgrund der demografischen Entwicklung mit einer erheblichen Verknappung von Nachwuchskräften aller Qualifikationsstufen zu rechnen ist.

Den Hochschulen kommt also die Aufgabe zu, die Versorgung mit hochqualifizierten Absolventen sicher zu stellen. Ohne eine ausreichende Ausstattung mit hochqualifizierten Arbeitsanbietern, so die Autoren der Studie, lassen sich neue Unternehmen weder ansiedeln noch neu gründen. „Vereinfacht ausgedrückt: Um ein Unternehmen mit 1000 Beschäftigten erfolgreich zu betreiben, werden ca. 100 hochqualifizierte Personen der verschiedensten Fachrichtungen benötigt. Fehlt diese Ausstattung, finden auch die 900 geringer qualifizierten Arbeitsanbieter keine Beschäftigung.“ (vgl. Weimann et al. 2003).

Neben den Effekten der Humankapitalbildung wirken auch die Kapazitätseffekte einer Hochschule im Hinblick auf die Forschungsleistungen. Diese sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass in den regionalen Unternehmen die notwendige Entwicklung innovativer Produkte und Produktionsprozesse vorangetrieben werden kann.

Weimann et al. weisen darauf hin, dass die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts wesentlich durch die Existenz einer Technologielücke geprägt ist. Es existieren zu wenige Unternehmen, die in der Lage sind, differenzierte handelbare Güter herzustellen und die vorhandenen Unternehmen sind zu klein. Die Schließung dieser Lücke ist Voraussetzung dafür, dass es Sachsen-Anhalt gelingt, eine mit den alten Bundesländern vergleichbare Wirtschaftskraft zu erlangen. Vor diesem Hintergrund ist die Humankapitalbildung durch Hochschulen ebenso bedeutsam wie die Innovationsleistungen, die unmittelbar aus den Hochschulen hervorgehen und für den Aufbau der notwendigen Innovationskapazität genutzt werden können.

Die Hochschulen in Magdeburg haben also sowohl direkt als auch indirekt enorme ökonomische Bedeutung. Bei den Ausgaben für die Hochschulen durch die Länder sollte berücksichtigt werden, dass jeder zusätzliche Studierende über den Länderfinanzausgleich direkte fiskalische Einnahmen für das Land in Höhe von rund 2200 EUR generiert, so dass sich die Hochschulen aus fiskalischer Sicht zu rund einem Drittel refinanzieren.

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind Hochschulen wichtig für die Ausbildung von Fachkräften. Schon in naher Zukunft wird es zu einem Import von Humankapital kommen müssen.

Mit der Zahl der Studierenden wird zudem die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensgründungen in der Region Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt (vor allem in den wissensbasierten Branchen) deutlich erhöht.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Literatur

- Barsch, J./Bohr, M./Wember, K./Zeisberg, M. (2006): Fiskalische Wirkungen von Hochschulen, im Rahmen der Veranstaltung „Wirkungen von Hochschulen“ von Spehl, H./Gensheimer, M., Universität Trier, FB IV Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- IHK Magdeburg – Industrie- und Handelskammer Magdeburg (o. J.): Zahlenspiegel 2005
- LHS Magdeburg - Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hg.) (2004): Bevölkerungsbestand, Bevölkerungsveränderungen in Magdeburg im Jahr 2003, Magdeburger Statistische Blätter, Heft 50
- LHS Magdeburg - Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hg.) (2005a): Bevölkerungsbestand, Bevölkerungsveränderungen in Magdeburg im Jahr 2004, Magdeburger Statistische Blätter, Heft 54
- LHS Magdeburg – Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hg.) (2005b), Magdeburger Statistische Monatsberichte, 16. Jg., Heft 3, Sonderdruck April 2005
- LHS Magdeburg - Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hg.) (2006a): Bevölkerungsbestand in Magdeburg im Jahr 2005, Magdeburger Statistische Blätter, Heft 59
- LHS Magdeburg - Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hg.) (2006b): Magdeburg in Zahlen 2006/2007
- LK Ohrekreis – Landkreis Ohrekreis (o. J.): Einwohnerentwicklung im Ohrekreis, http://www.ohrekreis.de/index_94.html (Zugriff am 12.09.2006)
- Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (Hg.) (2006): Regionaler Entwicklungsplan für die Planungsregion Magdeburg
- Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (Hg.) (o. J.a): Die Region Magdeburg, <http://www.regionmagdeburg.de>, Link: Region im Überblick, Die Region (Zugriff am 01.09.2006)
- Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (Hg.) (o. J.b): Ständige Regionalkonferenz Magdeburg, <http://www.regionmagdeburg.de>, Link: Region im Überblick, Regionalkonferenz (Zugriff am 01.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006a): 3. Regionalisierte Bevölkerungsprognose nach Kreisen, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12421/Bevoelkerungsprognose_nach_Kreisen_von_2002_bis_2020.html (Zugriff am 26.07.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006b): Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalt seit 1966, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12411/Bevoelkerungsentwicklung_Sachsen-Anhalts_seit_1966.html (Zugriff am 01.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006c): Bevölkerungsfortschreibung für Personen insgesamt nach Kreisen im Jahr 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12411/Bevoelkerungsfortschreibung_fuer_Personen_insgesamt_nach_Kreisen.html (Zugriff am 06.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006d): Bevölkerungsfortschreibung für weibliche Personen nach Kreisen im Jahr 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12411/Bevoelkerungsfortschreibung_fuer_weibliche_Personen_nach_Kreisen.html (Zugriff am 06.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006e): Bevölkerungsfortschreibung für männliche Personen nach Kreisen im Jahr 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/124/12411/Bevoelkerungsfortschreibung_fuer_maennliche_Personen_nach_Kreisen.html (Zugriff am 06.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006f): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes – Stand Bevölkerung, nach Kreisen, 2000 – 2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/online_recherche/pages/recherche/recherche.php (Zugriff am 12.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006g): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Land Sachsen-Anhalt nach Wirtschaftsabschnitten und Kreisen am 30.06.2005, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/13/131/13111/Sozialversicherungspflichtig_Beschaeftigte_am_Arbeitsort_nach_Wirtschaftsabschnitten_und_Kreisen_2005.html (Zugriff am 12.09.2006)
- StaLa Sachsen-Anhalt – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2006h): Erwerbstätige mit Arbeitsort im Land Sachsen-Anhalt nach Kreisen und Jahren, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/13/133/13311/Erwerbstaetige_mit_Arbeitsort_im_Land_Sachsen-Anhalt_nach_Kreisen.html (Zugriff am 13.09.2006)

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Weimann, J. et al. (2003): Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt – Direkte Nachfrageeffekte am Beispiel der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Weimann, J. et al. (2003): Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt – Fiskalische, Humankapital- und Kapazitätseffekte am Beispiel der Otto-von-Guericke-Universität.

5.2 Hochschule und Regionalentwicklung in Greifswald

Prof. Dr. Manfred Jürgen Matschke, Universität Greifswald

Der folgende Beitrag stellt die Entwicklung der Stadt Greifswald und ihres regionalen Umfeldes dar. Der erste Abschnitt veranschaulicht die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren. Hierbei wird insbesondere auf die Bedeutung der Universität und ihrer Studenten eingegangen. Abschnitt zwei behandelt die Entwicklung bei den Erwerbstätigen und benennt die zehn größten Arbeitgeber der Stadt. Anschließend werden in Abschnitt drei die wichtigen wirtschaftlichen Rahmendaten des Greifswalder Gewerbes und die Bedeutung der einzelnen Branchen aufgezeigt. Im letzten Abschnitt erfolgt eine Ausweitung der Untersuchung vom Stadtkreis auf die Mantelregion Ostvorpommern und die angrenzenden Landkreise Demmin und Nordvorpommern. Dabei liegt der Schwerpunkt der Betrachtung auf der Beschäftigungsstruktur und der Wirtschaftskraft dieser Regionen.

5.2.1 Bevölkerung

In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald waren am 31.12.2004⁹⁸ 52.669 Einwohner mit Hauptsitz gemeldet. Das sind rund 9650 Einwohner (15,5%) weniger als 1994. Diese abnehmende Entwicklung der Einwohnerzahl der Hansestadt ist in der Abbildung 33 für den Zeitraum 1994-2004 dargestellt. Einerseits liegen die Ursachen für diesen starken Rückgang in der Abwanderung der Bevölkerung. Hierbei sind vor allem Arbeitsplatz-, aber auch Wohngründe ausschlaggebend. Andererseits ist die Verminderung der Bevölkerungszahl eine Folge der niedrigen Geburtenzahlen im Vergleich zu den Sterbezahlen. So verzeichnet die Statistik der Universitäts- und Hansestadt in den letzten Jahren einen Gestorbenenüberschuss.⁹⁹

Die Bevölkerungsentwicklung der kreisfreien Stadt Greifswald darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Verließen Anfang der 1990er Jahre 95,6% der Abwanderungen nicht nur die Stadt, sondern auch die Region, so hat dieser Trend erfreulicherweise einen Wandel erfahren. Im Jahr 2004 zogen nunmehr 25% der Abwandernden in die umliegenden Gemeinden der Stadt.¹⁰⁰ So erlebte der Stadtkreis zwar seit 1994 einen Bevölkerungsrückgang von 15,5%, das Greifswalder Umland dagegen konnte einen Bevölkerungsanstieg von 29,5% (5682 Einwohner) verzeichnen. Ein Grund für diese Entwicklung ist die Entstehung von großen Eigenheimsiedlungen in den Umlandgemeinden von Greifswald, wo die Bevölkerung ihren Wohnbedarf außerhalb der Stadtgrenze realisiert. So hat beispielsweise die Gemeinde Weitenhagen in den

⁹⁸ Die offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2005 liegen noch nicht vor und bleiben deshalb in diesem Beitrag unberücksichtigt.

⁹⁹ Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005), Vierteljahreszahlen IV/2005 u. Verwaltungsbericht 2004, S. 79.

¹⁰⁰ Kaminski (2005), S. 43.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

letzten zehn Jahren einen Bevölkerungszuwachs um einen Faktor 1,7 erfahren. In der Gemeinde Wackerow stieg die Einwohnerzahl sogar noch stärker: von 395 im Jahre 1994 auf 1465 Einwohner im Jahre 2004. Das entspricht fast einer Vervielfachung der Einwohnerzahl. Die größten Gemeinden, die bis 18 km von der Innenstadt entfernt liegen, sind Süderholz mit 4521, Neuenkirchen mit 2281, Lubmin mit 1964 und Weitenhagen mit 1579 Einwohnern. Zählt man 21 selbständige Gemeinden zum näheren Umland¹⁰¹, so stellen sie mit 25.000 Einwohnern ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Stadtregion Greifswald. Trotz der positiven Bilanz für das Umland weist die Bevölkerungsentwicklung der gesamten Stadtregion für die letzten 10 Jahre einen Rückgang von 5,5% (4468 Einwohner) auf.

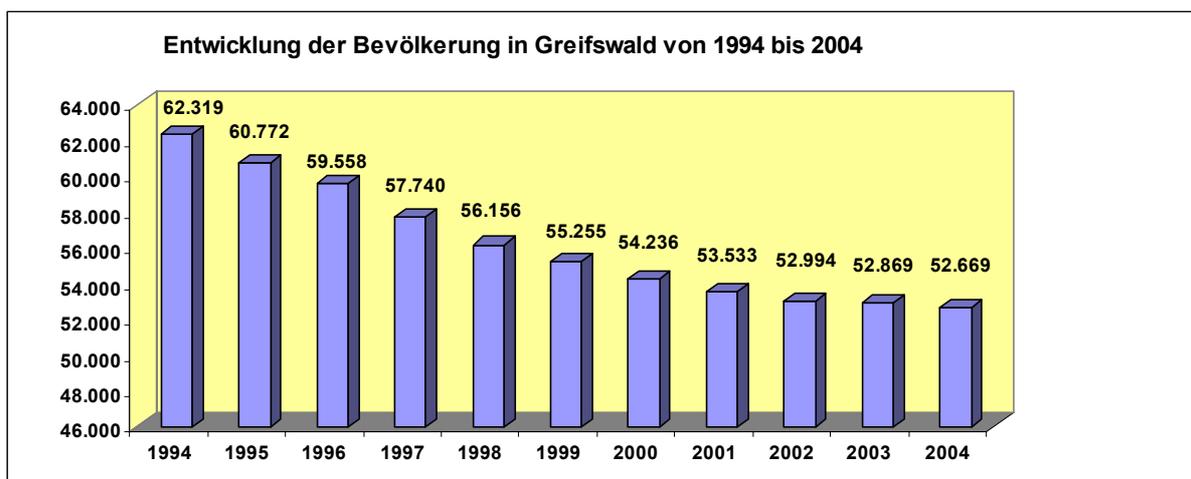


Abbildung 33: Bevölkerungsentwicklung¹⁰²

Es muss jedoch festgehalten werden, dass die tatsächliche Bevölkerung der Stadt größer ist, da die statistischen Daten nur Bevölkerung mit Hauptwohnsitz enthalten und damit die Studierenden nicht erfassen, die sich an ihrem Studienort nicht angemeldet haben. Im Wintersemester 2005/2006 waren an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität 10.845 Studierende eingeschrieben. Die 10.000-Studenten-Marke wurde bereits im Wintersemester 2004/2005 überschritten. Abbildung 34 zeigt die Entwicklung bei der Studierendenzahl.

¹⁰¹In den Quelle des Statistischen Landesamtes werden 46 Gemeinden aus den drei Landkreisen Ostvorpommern, Nordvorpommern und Demmin zum Umfeld der Stadt Greifswald (bis ca. 15 km) gezählt, darunter auch die nach Süderholz zweitgrößte Gemeinde – die Stadt Gützkow. Klüter und Heinz beschränken das Umland dagegen auf 21 Gemeinden. Klüter/Heinz (2005), S. 26 ff.

¹⁰² Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005b), S. 28.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

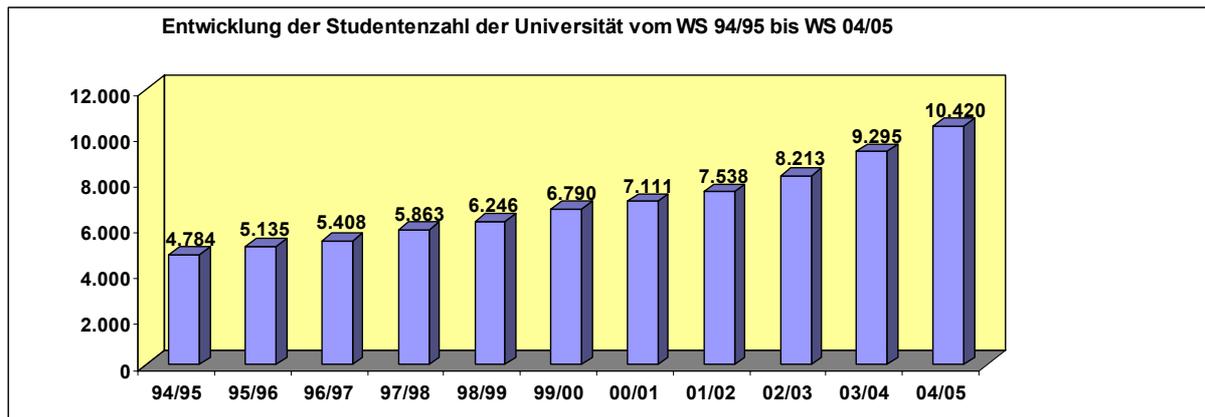


Abbildung 34: Studierendenzahlentwicklung¹⁰³

Seit dem Wintersemester 1994/1995 hat sich die Zahl der Studierenden mehr als verdoppelt. Der Zuwachs um 6061 Studierende reicht zwar bei weitem nicht aus, um den Bevölkerungsrückgang zu kompensieren, jedoch leistet die Universität mit ihren Studierenden einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und der gesamten Region. In einer von Matschke durchgeführten Studie über die studienjahrbezogene Schätzung der Kaufkraftwirkung der Studierenden der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wurde für das Studienjahr 2004/2005 ein Wert von 190,18 Mio. Euro für Mecklenburg-Vorpommern ermittelt. Davon entfallen 98,92 Mio. Euro (ca. 52%) unmittelbar auf die engere Region, d.h. diese Ausgaben sind in Greifswald wirksam. Damit wird das regional wirksame Nachfragepotenzial eines Studenten auf 17.000 Euro pro Jahr geschätzt. Da von den 10.420 Studierenden 6008 nicht aus dem Bundesland stammen, wird ca. 57,7% der studentischen Kaufkraftwirkung nach Mecklenburg-Vorpommern „importiert“.¹⁰⁴ Doch die Region profitiert nicht nur von der zusätzlichen Kaufkraft, sondern auch vom steigenden Bekanntheitsgrad und von der wachsenden Attraktivität für die Wirtschaft. Im Endergebnis führt das zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Ansiedlung neuer Unternehmen.

Ein dritter Punkt für die Region ist der Zuzug junger Menschen. Im Gegensatz zur landesweiten Überalterung weist Greifswald und sein Umland – als einzige Region in Mecklenburg-Vorpommern – eine Bevölkerungsstruktur auf, die mit der gesamtdeutschen Struktur vergleichbar ist. In der demografisch besonders wichtigen Gruppe der 18-25-Jährigen verzeichnet Greifswald, wie auch der zweite Hochschulstandort des Landes – Rostock – eine positive überregionale Wanderungsbilanz.¹⁰⁵ Greifswald hat dabei die höchste überregionale Zuwanderungsintensität im Nordosten Deutschlands. Dieser Indikator misst nur die Zuwanderung aus Regionen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Mit 34 Zuwanderern auf 1000 Einwohner steht Greifswald vor anderen Städten des

¹⁰³ Matschke (2005), S. 160 und (2005a).

¹⁰⁴ Matschke (2005), S. 159 sowie Foliensatz (2005a) zum Vortrag „Zur ökonomischen Bedeutung der Studenten in Mecklenburg-Vorpommern“.

¹⁰⁵ Klüter/Heinz (2005), S. 28.

Bundeslandes und sogar vor Berlin.¹⁰⁶ Dabei kann die Zuwanderung auf die überregional hohe Anerkennung und Beliebtheit der Universität zurückgeführt werden. Diese zeigen sich sowohl in einer großen Zahl guter Bewertungen der Hochschule in verschiedenen Rankings als auch in ihrem Einzugsbereich. Rund 60% der Studierenden der Greifswalder Universität stammen derzeit nicht aus Mecklenburg-Vorpommern sondern aus dem übrigen Bundesgebiet.¹⁰⁷

5.2.2 Erwerbstätige

Korrespondierend mit der Änderung der Bevölkerungszahlen ist die Entwicklung der Erwerbstätigen zu sehen. Im östlichen Mecklenburg-Vorpommern ist die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten zehn Jahren mehr als um 15% zurückgegangen. Am Arbeitsort Greifswald umfasst der Rückgang der Erwerbstätigen seit Anfang der 1990er 4400 Personen.¹⁰⁸ Ende 2005 waren in der Hansestadt insgesamt 5035 Personen als arbeitslos registriert, was einer Arbeitslosenquote in Höhe von 18,3% entspricht.¹⁰⁹ Vor allem die grundlegenden strukturellen Veränderungen in der regionalen Wirtschaft und die Neuausrichtung der Märkte haben schwerwiegende Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gehabt und führten in den letzten 10 Jahren zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote. Trotz dieser belastenden Entwicklung sind in Greifswald einige sehr erfolgreiche und stark wachsende Unternehmen ansässig, die Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiter bieten. Mit einem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner von 14.532 Euro pro Jahr lag Greifswald im Jahr 2003 in der Spitzengruppe aller Städte im Bundesland.

Der größte Arbeitgeber der Stadt und auch der gesamten Region ist die Ernst-Moritz-Arndt-Universität und das Klinikum, das organisatorisch von der Universität getrennt ist. Die Universität (mit Klinikum) führt mit 4901 Mitarbeitern¹¹⁰ die Liste der zehn größten Arbeitgeber an. Auf Platz zwei folgt die Stadtverwaltung mit 920 Mitarbeitern. Auf Platz drei befindet sich die MEDIGREIF-Unternehmensgruppe mit 860 Mitarbeitern, die zusammen mit dem Neurologischen Rehabilitationszentrum (NRZ) und der Johanna-Odebrecht-Stiftung neben der Hochleistungsmedizin des Universitätsklinikums ebenso zu den modernen und spezialisierten medizinischen Einrichtungen der Stadt zählen. Weitere „hochwertige“ Arbeitsplätze bieten das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (358 Mitarbeiter), das Biotechnikum (120 Mitarbeiter), das Leibniz-Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik sowie das Friedrich-Loeffler-Institut (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit). Als größte private Arbeitgeber gelten Siemens (330 Mitarbeiter) – die größte Hard- und Softwareschmiede in Mecklenburg-Vorpommern – und sein verbundenes Unternehmen in der Fertigung ml&s (288 Mitarbeiter). Der größte regionale Finanzdienstleister – die Sparkasse

¹⁰⁶ Klüter/Heinz (2005), S. 28.

¹⁰⁷ Matschke (2005), S. 160.

¹⁰⁸ Kaminski (2005), S. 44.

¹⁰⁹ Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005).

¹¹⁰ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005), S. 6.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

Vorpommern – und die Stadtwerke vervollständigen die Liste mit 270 bzw. 300 Beschäftigten.¹¹¹

5.2.3 Gewerbe

Die ökonomische Entwicklung der Stadt Greifswald ist auch durch eine wachsende Zahl von Gewerbebeanmeldungen gekennzeichnet. Abbildung 35 veranschaulicht diese für den Zeitraum 1994-2004. Der kontinuierliche Zuwachs wurde im Jahr 2000 unterbrochen und erreichte 2001 einen Tiefpunkt. Ab 2002 konnte aber wieder ein starker Anstieg verzeichnet werden. In den zehn Jahren wuchs die Unternehmenszahl insgesamt um 619 Betriebe (30%). Jedoch erlauben diese absoluten Zahlen nur zum Teil Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Bedeutung der Betriebe und damit auf die Wirtschaftskraft der Stadt.

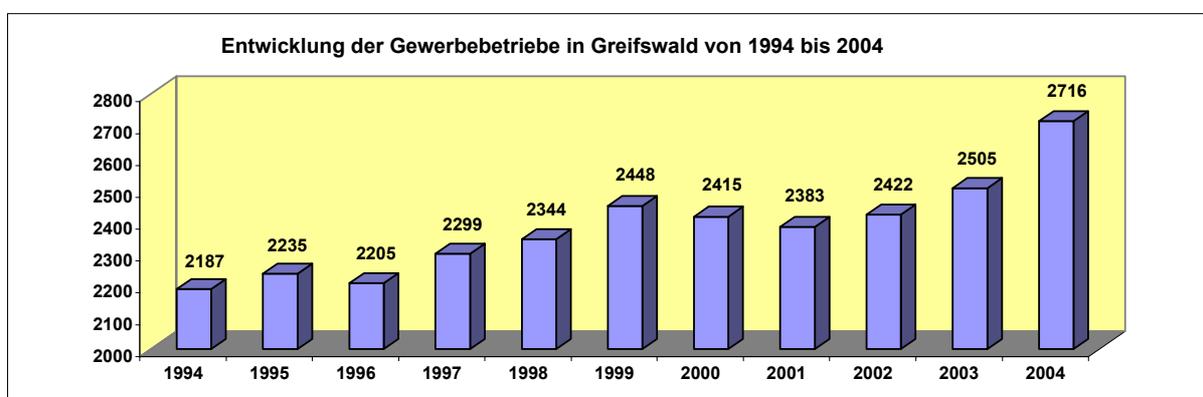


Abbildung 35: Gewerbebestandsentwicklung¹¹²

Konzentrationspunkte des Gewerbes sind die fünf gut erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen der Hansestadt. Hier wird ein Auslastungsgrad von 80% erreicht. Um weitere Neuansiedlung von Gewerbe und die Investorengewinnung zu unterstützen, bietet die Stadt zahlreiche unternehmensorientierte Dienstleistungen an. So sind in der Hansestadt branchenspezifische Technologiezentren – wie das Biotechnikum und das Forschungszentrum für Sensorik – das Technologie-Beratungs-Institut, die Industrie- und Handelskammer sowie der Unternehmerverband Vorpommern ansässig. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Bundeslandes richteten sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Einrichtung von Industrie-, Technologie- und Gewerbegebieten sowie entsprechender Infrastruktur. Für die Ansiedlung von flächenintensiven Unternehmen wurden im Greifswalder Umland zwei Großstandorte planerisch ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um das Großgewerbegebiet Pommerndreieck in Nordvorpommern am äußersten Westen der Stadtregion (Grimmen, Süderholz) und um den Synergiepark Lubminer Heide in Ostvorpommern (Rubenow, Lubmin) mit den Energiewerken Nord – dem größten industriellen Arbeitgeber der Stadtregion – und den in Bau befindlichen Gaskraftwerken.

¹¹¹ Degrassi (2005).

¹¹² Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005b), S. 65.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

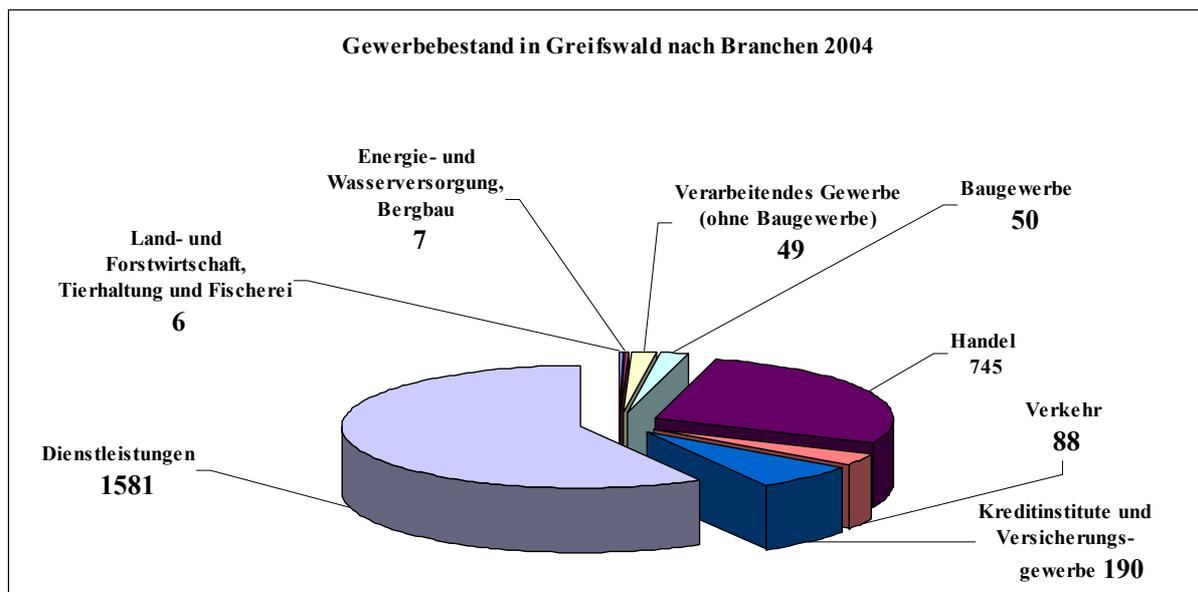


Abbildung 36: Gewerbebestand in Greifswald¹¹³

Die Verteilung der 2716 Greifswalder Unternehmen nach Branchen wird in Abbildung 36 unter Angabe der absoluten Zahlen veranschaulicht. Die Zuordnung der Unternehmen erfolgt entsprechend der Gewerbeordnung und gibt einen detaillierten Einblick in die Zusammensetzung des Gewerbebestandes. Die anschließende Tabelle (Tabelle 3) erlaubt die Bedeutung der Wirtschaftsbereiche entsprechend ihrer Beschäftigtenzahl und ihrem Beitrag zur Bruttowertschöpfung zu beurteilen.

	Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei	produzierendes Gewerbe	Dienstleistungssektor
Anteil der Beschäftigten in %	1,8	16,8	81,4
Anteil an der Bruttowertschöpfung in %	0,1	12,4	87,5

Tabelle 3: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung der drei Wirtschaftsbereiche in Greifswald in 2002¹¹⁴

Die Greifswalder Unternehmen im Dienstleistungsbereich beschäftigten im Jahr 2002 81,4% aller Erwerbstätigen und erwirtschafteten 853 Millionen Euro (87,5%) der Bruttowertschöpfung. Das produzierende Gewerbe hat in den letzten zehn Jahren stark an Bedeutung verloren. Entfielen 1991 noch 25,4% der Bruttowertschöpfung auf diesen Bereich, wurde elf Jahre später von 16,8% der Beschäftigten nur noch rund die

¹¹³ Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005b), S. 66.

¹¹⁴ Kaminski (2005), S. 51. und Klüter u. a. (2005) Wirtschafts atlas, S. 26 ff. Die Angaben des Wirtschafts atlas, die im weiteren betrachtet werden, beziehen sich alle auf das Jahr 2002.

Hälfte (12,4%) erwirtschaftet. Die Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei sind mit 1,8% der Beschäftigten und 0,1% der Bruttowertschöpfung in Greifswald von sehr geringer Bedeutung.

5.2.4 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur in Greifswald und den Landkreisen Ost- und Nordvorpommern sowie Demmin

Die Untersuchung soll nun von der Stadt Greifswald und ihrem Umland auf die Mantelregion Ostvorpommern und die mittelbar angrenzenden Landkreise Nordvorpommern und Demmin ausgeweitet werden. Die Ausweitung erscheint sinnvoll, da Greifswald aufgrund der starken räumlichen Arbeitsplatzzentralisierung für die 265 Gemeinden der drei Landkreise einen wichtigen Knotenpunkt bildet. Gerade in dieser Region sind die Arbeitsplätze weit stärker zentralisiert als die Bevölkerung: während in Greifswald auf zwei Einwohner mindestens ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz kommt, beträgt das Verhältnis im Amt Borrentin (Landkreis Demmin) 10 zu 1. Dies ist eine nahezu einmalige Situation in Deutschland, in der der Zwang zum Pendeln für die Bevölkerung entsprechend groß ist.¹¹⁵

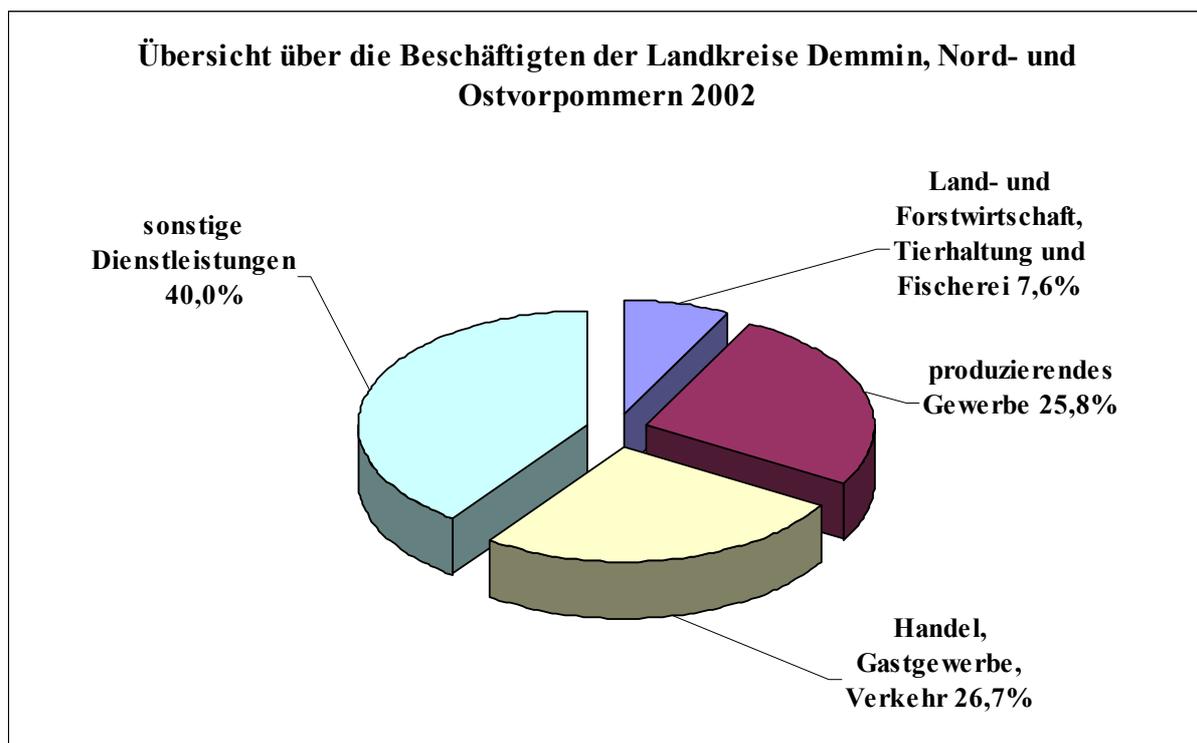


Abbildung 37: Beschäftigtenstruktur in den drei Landkreisen¹¹⁶

Abbildung 37 stellt im Kreisdiagramm die Beschäftigungsstruktur der drei Landkreise (Ost- und Nordvorpommern sowie Demmin) aufgegliedert nach Wirtschaftsbereichen dar. Der Dienstleistungssektor stellt heute mit 66,6% der Erwerbsfähigen die beschäftigungsintensivste Branche. Es erscheint sinnvoll, eine Unterteilung des gesamten Sektors in zwei Unterbereiche vorzunehmen. Die privaten Dienstleistungen des Handels, Gastgewerbes und Verkehrs beschäftigten im Jahre 2002 in der Region

¹¹⁵ Klüter u. a. (2005), S. 24.

¹¹⁶ Klüter u. a. (2005), S. 26 ff.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

26,7% der Sozialversicherungspflichtigen. Der Teilssektor sonstige Dienstleistungen, der überwiegend Banken, Versicherungen, Krankenhäuser, Bildung, Verwaltung, soziale und andere öffentliche Einrichtungen umfasst, war mit 40% anderthalbmal so stark. Rund ein Viertel der Arbeitnehmer der Region haben im produzierenden Gewerbe Arbeit gefunden. Und immerhin 7,6% der Beschäftigten entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei. Die 13.904 Betriebe der Region sind kammerangehörige Unternehmen der beiden Industrie- und Handelskammern des Bundeslandes – der IHK Neubrandenburg bzw. der IHK Rostock – und sind vor allem Branchen mit kleineren Unternehmensgrößen zuzuordnen. So stellt in Nordvorpommern und Demmin der Handel den größten Mitgliederanteil. Dagegen überwiegen in Ostvorpommern die sonstigen Dienstleistungen.

Die geografischen Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln innerhalb der betrachteten Region variieren jedoch sehr stark – deshalb kann sie in vier Raumkategorien unterteilt werden: Die Stadtregion umfasst den Stadtkreis Greifswald sowie die angrenzenden Kleinstädte wie z. B. Demmin. Hier sind die größten und leistungsstärksten Unternehmen angesiedelt. Sie verfügen über entsprechende Einzelhandels- und Bildungseinrichtungen, um mit anderen Stadtregionen konkurrenzfähig zu sein. Die Küstenregion mit starker Wirtschaftsbasis vor allem im Bereich des Tourismus bietet derzeit nur relativ wenige qualifizierte Dauerarbeitsplätze. Den Tourismus-Regionen in den Usedomer Seebädern ist es zwar gelungen Anschluss an die Entwicklung in den Stadt-Umland-Regionen zu gewinnen und mittelstädtische Beschäftigungsquoten in den Sommermonaten – Juni, Juli und August – zu erreichen, jedoch schlagen sich die erheblichen Schwankungen im Jahrgang in den niedrigen Beschäftigungsquoten außerhalb der Saison nieder. Deshalb ist die Küstenregion für die junge Generation wenig attraktiv und abwanderungsgefährdet. Die Landstädte Wolgast, Anklam, Malchin und Barth haben je nach Lage unterschiedliche Entwicklungschancen. Einige liegen zwischen der Autobahn A 20 und wichtigen Tourismus-Zielgebieten und können von dort wichtige Entwicklungsimpulse erhalten. Der dünn besiedelte ländliche Raum, vor allem die westliche Mitte Nordvorpommerns, die Mitte des Landkreises Demmin und der Süden Ostvorpommerns, wurde in der Vergangenheit am wenigsten gefördert und benötigt nun spezielle Teilraumkonzepte zur lebenswichtigen Schul-, Gesundheits- und Infrastrukturversorgung.¹¹⁷

¹¹⁷ In Anlehnung an Klüter u. a. (2005), S. 110.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

	1. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei in %	2. produzierendes Gewerbe in %	3. Dienstleistungen insgesamt in % (Summe aus 4 u. 5)	4. Handel, Gastgewerbe, Verkehr in %	5. sonstige Dienstleistungen in %
Greifswald	1,8	16,8	81,4	17,9	63,5
Ostvorpommern	4,9	24,2	70,9	29,4	41,5
Nordvorpommern	7,2	24,5	68,4	27,1	41,3
Demmin	10,6	28,8	60,6	23,5	37,1
Durchschnittswert der drei Landkreise	7,6	25,8	66,6	26,7	40,0

Tabelle 4: Beschäftigungsstruktur in Greifswald und den drei benachbarten Landkreisen¹¹⁸

Tabelle 4 stellt die Beschäftigungsstruktur in den Wirtschaftsbereichen für die drei Landkreise im Vergleich zur Stadt Greifswald dar. Wie bereits aus dem Kreisdiagramm erkennbar, dominieren die Dienstleistungen die beiden anderen Branchen stark. Jedoch liegen die Beschäftigungszahlen für diesen Bereich in den Landkreisen Ost- und Nordvorpommern mit 70,9% bzw. 68,4% mehr als 10 Prozentpunkte unter dem Beschäftigungsniveau des Dienstleistungssektors der Stadt Greifswald. Der Teilssektor der sonstigen Dienstleistungen ist in allen drei Landkreisen stärker entwickelt als Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dies hat in der strukturschwachen Region folgende Ursache: mit dem Gesundheits- und Bildungswesen sowie mit der staatlichen Verwaltung werden Leistungen produziert, auf die die Bürger unabhängig von der Wirtschaftskraft einen Anspruch haben. Damit bilden die Unternehmen und Behörden aus diesen Branchen einen Grundstock an Beschäftigung.

Die Zahlen der Arbeitnehmer im Handel, Gastgewerbe und Verkehr liegen für Ostvorpommern mit 29,4% und Nordvorpommern mit 27,1% über den Beschäftigungswerten von Greifswald. Der Grund dafür ist der starke Tourismusschwerpunkt, der gerade in den küstennahen Ämtern wie Darß/Fischland, Zingst, Hiddensee, Heringsdorf, Zinnowitz und am Schmollensee Beschäftigungswerte über 50% erreicht. Der Landkreis Demmin hat für den gesamten Dienstleistungssektor nur einen Beschäftigtenanteil von 60,6%, wobei hier die amtsfreie Gemeinde Jarmen an der A20 mit 46,7% der Beschäftigten im Speditions- und Verkehrswesen führend ist.

Das produzierende Gewerbe ist besonders schwach in peripheren Landgebieten mit unzureichenden Straßenverbindungen entwickelt. Dies trifft besonders auf die Küsten-

¹¹⁸ Klüter u. a. (2005), S. 26 ff.

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

regionen wie Usedom, Hiddensee, Darß/Fischland, Barth, Altenpleen zu. Der Anteil dieses Sektors an der Bruttowertschöpfung und bei der Beschäftigtenzahl ist in Ost- und Nordvorpommern entsprechend niedrig: 17,9% und 16,8% der Bruttowertschöpfung. Der Landkreis Demmin erweist sich beim produzierenden Gewerbe mit 28,8% der Arbeitnehmer, die 25,4% der Bruttowertschöpfung erwirtschaften, als führend. In Greifswald erreicht das produzierende Gewerbe trotz hoher Absolutzahlen bei den Beschäftigten (3723) nur einen relativ niedrigen Anteil an der Bruttowertschöpfung (12,4%)¹¹⁹, da die Dienstleistungsunternehmen noch größere Arbeitgeber sind.

Vor fünfzig Jahren konnte das Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns mit 46,3% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft als Agrarland gelten. Heute ist das Land im Bundesvergleich immer noch stark landwirtschaftlich orientiert, jedoch weisen andere Wirtschaftsbereiche höhere Beschäftigungszahlen auf. Den höchsten Anteil an Beschäftigten in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei innerhalb des Bundeslandes haben die Landkreise Demmin (10,6%) und Nordvorpommern (7,2% der Beschäftigten). Dabei ist auf Ämterebene in Demmin-Land die Landwirtschaft mit 49,4% der größte Arbeitgeber. Innerhalb der Landwirtschaft sind der Gartenbau und ökologischer Landbau am beschäftigungsintensivsten. In Mecklenburg-Vorpommern werden 8,1% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. In Ostvorpommern liegt der Anteil der Öko-Landbau-Betriebe bei 15,9% und damit ist es der zweitstärkste Landkreis des Bundeslandes.¹²⁰

Zum Abschluss soll auf die Wirtschaftskraft der Region eingegangen werden. Hierbei zieht man oft die Gewerbesteuer heran, da sie eine wichtige Finanzierungsquelle der Gemeinden ist und damit einen Referenzwert für die Stärke von Industrie und Handwerk vor Ort bildet. Mecklenburg-Vorpommern erreicht beim Gewerbesteueraufkommen mit 110,70 EUR je Einwohner (Stand: 2003) weniger als ein Drittel des Bundesdurchschnitts. Bei den Kreisen und Regionen ist Demmin mit 314,30 EUR führend, wie auch schon beim Relativanteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Ost- und Nordvorpommern sowie Greifswald liegen weit abgeschlagen dahinter mit jeweils 89,70 EUR, 80,90 EUR und 88 EUR je Einwohner. Ein überdurchschnittlich hohes Aufkommen auf der Ebene der amtsfreien Gemeinden und Ämter erreichen Tourismuskommunen wie die Insel Hiddensee und Heringsdorf und die gewerblich-industriellen Standorte wie Stavenhagen (301 EUR), Jarmen (203 EUR) und das Amt Landhagen (282 EUR) im Umland der Stadt Greifswald. Die Gemeinde Rubenow im Amt Lubmin (Sitz der Energiewerke Nord) liegt mit dem durchschnittlichen Gewerbeaufkommen pro Kopf von 430 EUR sogar über dem gesamtdeutschen Mittelwert.¹²¹

5.2.5 Die Universität Greifswald als Katalysator der demografischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung¹²²

¹¹⁹ Vgl. Tabelle 4

¹²⁰ Klüter u. a. (2005), S. 28.

¹²¹ Klüter u. a., (2005), S. 42.

¹²² Die Darstellung beruht auf einem ergänzenden Experteninterview mit Prof. Matschke.

Worin sehen Sie die besondere Bedeutung der Universität für den Standort Greifswald?

Die Universität ist die Basis für den Wissenschafts- und Technologiestandort Greifswald. Greifswald wäre ohne die Universität eine unbedeutende Kleinstadt von vielleicht 20-30.000 Einwohnern.

Weiter bildet die Universität die Fachkräfte für die Region und weit darüber hinaus aus.

Jeder fünfte Einwohner in Greifswald ist Studierender. Die Kaufkraft durch die Studierenden, die MitarbeiterInnen und die ProfessorInnen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt. Betrachtet man allein die Studierenden, so wird durch sie eine direkte und indirekte Wirkung von ca. 170 Millionen EUR im Studienjahr 2005/06 erzeugt, d.h., diese Kaufkraft würde in der Region fehlen, wenn es die Universität nicht gäbe!

Eine weitere wirtschaftliche Komponente ist der Bezug von Waren und Dienstleistungen durch die Universität und verbundene Einrichtungen (wie z.B. das Universitätsklinikum und das Studentenwerk), hier gibt es sehr hohe regionale Verflechtung.

Natürlich sollte die kulturelle Bereicherung des Standortes durch die Universität nicht vergessen werden – das Wohnumfeld wird durch die Universität in seiner Attraktivität sehr stark gesteigert. Die Universität ist also „Impulsgeber“ für die regionale und vor allem auch überregionale Entwicklung. Über die Studierenden, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen wird zudem ein dauernder Imagetransfer für die Stadt hergestellt.

Welche Rolle spielt die Hochschule für die Stadt Greifswald und die Region?

Die Universität ist in Greifswald der „Aktive Motor des Geschehens“. Denken Sie allein an das Beispiel des Klinikums, ein Krankenhaus der Maximalversorgung. Die Impulsgeberfunktion regional wie überregional habe ich genannt. Wichtig ist auch, dass durch die Universität eine wichtige Verbindung nach „Außen“ hergestellt wird, allein durch die Forschung.

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität ist das Herzstück von Stadt und Region.

Wie würden Sie die Auswirkungen der Hochschule auf die „Lebensqualität“ des Standortes einschätzen?

Als sehr hoch! Sowohl kulturell als auch wirtschaftlich, politisch, und demografisch. Die Hochschule strahlt über Ihre kulturellen und wirtschaftlichen Impulse auf alle Bereiche aus. Greifswald hat nicht eine Hochschule, Greifswald ist eine Hochschule.

Haben Sie Informationen zum Verbleib der Hochschulabsolventen? Wohin gehen die Absolventen nach dem Studium, wo finden Sie Arbeit? Was bedeutet das in der Summe für Greifswald?

Informationen zum Verbleib liegen für die BWL-Studierende aufgrund von zwei Absolventenbefragungen in den Jahren 2000 und 2005 vor. Hierzu gibt es von mir

5 Demografische und ökonomische Daten der Modellstandorte

einen Sachstandsbericht, der 2005 erschien. Daraus ist ersichtlich, dass von den 128 befragten AbsolventInnen 45% bereits vor ihrem Abschluss eine Arbeitsstelle gefunden hatten. Die überwiegende Mehrheit der AbsolventInnen des Diplomstudiengangs Betriebswirtschaftslehre hat keine Probleme bei der Stellenfindung. Über 80% der AbsolventInnen haben nicht länger als drei Monate für die Arbeitssuche benötigt. Aus unserer Absolventenbefragung 2005 wissen wir auch, dass 60% unserer AbsolventInnen aus Mecklenburg-Vorpommern stammen. Über 40% haben hier auch eine Arbeitsstelle gefunden. Der Studiengang hilft also mit, den „Brain Drain“ aus der Region zu reduzieren. In anderen Bereichen fehlen zum Teil Daten.

AbsolventInnen sind Botschafter für diese Region, gerade auch dann, wenn sie ganz woanders Arbeit gefunden haben. Es gibt eine enge Bindung an die Region von Ehemaligen.

Gehen von MitarbeiterInnen der Universität und von HochschulabsolventInnen Gründungsaktivitäten aus?

Ja. Gute Beispiele gibt es im Technologiezentrum Vorpommern, im Biotechnikum, Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik. Derzeit ist eine Diplomarbeit zum Thema in Bearbeitung. Wie meinem Sachstandsbericht zu entnehmen ist haben sich ca. 9-10% der BWL-AbsolventInnen selbständig gemacht.

Zusammenfassend: Ist die Universität in Greifswald ein Katalysator der regionalen Entwicklung? Warum? In welchen Bereichen?

Ein Katalysator beschleunigt eine Reaktion; Motor wäre in einigen Fällen die treffendere Formulierung. Als Beispiele möchte ich die Initiativen BioconValley oder Vernetzte Gesundheit nennen; auch Baltic Plasma. Ohne Universität wären diese Netzwerke nicht entstanden; Netzwerke gestalten regionale Entwicklung oftmals maßgeblich mit.

Kann die Stärkung der Hochschulen eine Strategie zur Verbesserung der Situation in Ostdeutschland sein? Was würden Sie diesbezüglich empfehlen?

Zum Übergang in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft dürfte der Ausbau der Hochschulen ein zentraler Bestandteil sein. Gerade durch Mangel an produzierenden Gewerben ist die Komponente „Wissen“ von besonderer Bedeutung, denken Sie an die Qualifikation der Arbeitskräfte usw.

Durch die Rolle als Motor oder eben Katalysator können über diesen Weg auch Entwicklungen vorangetrieben werden, bzw. beschleunigt werden. Wichtig ist die Ausnutzung des positiven Imagepotenzials der Hochschulen, Multiplikatoreffekte für Wirtschaft und Wissenschaft sind zu beachten!

Was sollten Hochschulen in Ostdeutschland tun, um ihre Wirkung und ihre Attraktivität zu stärken?

Die Verbesserung der Kommunikation nach Außen wäre wichtig, hier bestehen sicherlich einige Defizite.

Die Schaffung attraktiver Studienmöglichkeiten, wie z.B. die Möglichkeit für ein straffes Studium, die Stärkung des Servicegedankens der Universität, die Betonung der Dienstleistungsfunktion sind eine Herausforderung. Hochschulen in Ostdeutschland müssten angesichts des zu erwartenden Studierendenbergs in Deutschland gestärkt werden, statt dessen werden sie überall gestutzt, was sehr kurzsichtig ist und die potenziellen positiven Wirkungen ignoriert. Hochschulen bringen junge intelligente und leistungsfähige junge Menschen - nicht zuletzt junge Frauen! - in Gebiete, die gerade durch Abwanderungen dieser Gruppen gekennzeichnet sind.

Können Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit das Profil und die Attraktivität der Hochschulen stärken?

Ja; vor allem auch für die Anwerbung von qualifiziertem Personal sind diese Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Ggf. wäre eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit kommunalen/freien Trägern ratsam.

Literatur

- Degrassi, Katharina (2005): Die Uni ist größter Arbeitgeber, in: Ostsee-Zeitung v. 09. März 2006, Seite 1.
- Kaminski, Bert (2005): Stadtentwicklung, in: Die Stadt am Meer mit Zukunft, hrsg. v. Mutke, Rainer. Greifswald, S. 42-66.
- Klüter, Helmut; u. a. (2005): Wirtschafts atlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte, Schwerin.
- Klüter, Helmut; Heinz, Michael (2005): Greifswald und sein Umland, in: Die Stadt am Meer mit Zukunft, hrsg. v. Mutke, Rainer. Greifswald, S. 25-39
- Matschke, Manfred J. (2005): Der Bereich Wirtschaftswissenschaften der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Sachstandsbericht 2005 und regionalwirtschaftliche Analyse, Greifswald 2005.
- Matschke, Manfred J. (2005a): Foliensatz zum Vortrag „Zur ökonomischen Bedeutung der Studenten in Mecklenburg-Vorpommern“ am 25. Juni 2005 im Bürgerschaftssaal des Rathauses in Greifswald. <http://www.rsf.uni-greifswald.de/bwl/finanz-wirtschaft/Lehrstuhl%20Homepage/Vortrag%2025.06.2005%20korr.pdf>, (16/03/ 06).
- Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): Personal an Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern 2004.
- Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005): Vierteljahreszahlen IV/2005, Amt für Wirtschaft und Finanzen.
- Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005a): Verwaltungsbericht 2004.
- Universitäts- und Hansestadt Greifswald (2005b): Jahreszahlen 2004.

6 Modellmaßnahmen des Projektes

In der anwendungsorientierten Forschung zählen zu den Projektergebnissen nicht nur das Generieren neuer – bislang in der Literatur nicht berücksichtigter – Forschungsfragen und Analysen der erhobenen Daten, sondern vor allem die Verdichtung dieser Teilergebnisse zu Modellvorhaben und Maßnahmenvorschlägen. Im Projekt „Familienfreundliche Hochschulen als Katalysator regionaler Entwicklung“ setzten die an den beiden Modellstandorten implementierten Maßnahmen an den drei Defiziten an, die wir auf den drei Zugangswegen der Literaturrecherche, der empirischen Erhebung und des internationalen Vergleichs als Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit an Hochschulen identifizierten konnten. Es sind dies:

- Fehlen eines positiven Familienleitbildes
- Mangelnde Sichtbarkeit von Kindern auf dem Campus
- Mangelnde Netzwerkbildung der Eltern, Vereinzelung von Eltern
- Informationsangebot zu zersplittert und nicht medial aufbereitet
- Schlechte Vernetzung von Verantwortlichen und Akteuren

Es gibt zahlreiche weitere Ärgernisse für Studierende mit Kindern. Dazu zählt vor allem die zeitliche Belastung aufgrund der mangelnden finanziellen Unterstützung von Studierendenfamilien und aufgrund des Mangels an Sonderstudienplänen, die vergleichbar den Teilzeitarbeitsstellen dem geringeren Zeitbudget von Eltern Rechnung tragen würden. Maßnahmenvorschläge zu diesen Problembereichen gibt es in Hülle und Fülle. Dass sie nicht umgesetzt werden, hat verschiedene einander überlappende Gründe. So fällt die finanzielle Unterstützung in die politische Zuständigkeit des Bundes, der für die Regelung des BAFöG zuständig ist. Teilweise ist auch die Vernetzung der Akteure und Verantwortlichen zu schwach, um sich in den universitären Entscheidungsgremien durchsetzen zu können. Hinzu kommt, dass bei mangelnder Vernetzung auch die Kompetenzen schlecht gebündelt werden, die zur verwaltungsmäßig korrekten Umsetzung z.B. von Teilzeitstudiengängen nötig wären.

Bei der Implementierung von Modellmaßnahmen haben wir uns daher auf Bereiche konzentriert, die zum einen die positive Ausstrahlung erhöhen, weil davon die größten demografischen Wirkungen zu erwarten sind, und zum anderen die Vernetzung erhöhen.

6.1.1 Aktionstag und Bürgerausstellung „Projekt Zukunft – Familien an der Universität

Der Aktionstag zur familienfreundlichen Hochschule an der Universität Greifswald am 12. Juni 2006 stand unter dem Motto „Projekt Zukunft – Familien an der Universität“. Vier Ziele wurden mit dem Aktionstag verfolgt:

- Das Thema positiv besetzen und Kinder präsent machen
- Vernetzung der lokalen und überregionalen Akteure
- Information
- Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und Gremien

6 Modellmaßnahmen des Projektes

Durch diesen Impuls sollen im Sinne der Aktionsforschung Prozesse angestoßen werden, die von breiter Akzeptanz getragen werden und in die Entwicklung lokal angepasster Maßnahmen münden.

Ziele	Elemente zur Umsetzung der Ziele
a) Positive Besetzung des Themas „Studieren und Arbeiten an der Universität mit Kind“ und Kinder bzw. Familien an der Universität sichtbar machen.	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerausstellung „Projekt Zukunft – Familien an der Universität“ • Videos mit Interviews von Studentinnen mit Kindern • Kinderteller in der Mensa
b) Information von Eltern an der Hochschule über Hilfen im Alltag und Vorstellung lokaler Initiativen und Angebote.	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsbörse
c) Vernetzung von lokalen Akteuren.	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsbörse • Podiumsdiskussion
d) Sensibilisierung der Hochschulangehörigen und Gewinnung von Gremien für das Thema „Studieren und Arbeiten an der Universität mit Kind“.	<ul style="list-style-type: none"> • Podiumsdiskussion • Bürgerausstellung • Videos mit Interviews von Studentinnen mit Kindern

Tabelle 5: Ziele und Elemente zur Umsetzung

Positive Besetzung des Themas

Das Kinderkriegen im Studium gilt als unpopulär – jugendlicher Freiheitsdrang und Abenteuerlust werden als unvereinbar mit der Übernahme von Verantwortung für ein Kind bzw. Kinder gesehen. Außerdem gilt ein eigenes festes Einkommen nach der Etablierung im Beruf traditionell als Voraussetzung zur Familiengründung. Hinzu kommt die öffentliche Diskussion, in welcher Kinder oft als Armutsrisiko und Karrierehindernis dargestellt werden. Nach dem Examen steht aber nur ein begrenztes Zeitfenster zur Qualifizierung offen. Frauen wollen sich in dieser entscheidenden Karrierephase nicht freiwillig mit dem „Wettbewerbsnachteil Kind“ belasten. So führt der mehrfach verschobene Kinderwunsch ungewollt in die dauerhafte Kinderlosigkeit.

Beim Aktionstag soll diesbezüglich bewusst ein anderer Akzent gesetzt werden. Hierfür wurde eine Bürgerausstellung konzipiert, bei der Studierende, forschende und lehrende Mütter und Väter der Universität Greifswald, zu Wort kommen. Sie berichten vom Leben mit ihren Kindern – von der Bereicherung durch die Kleinen, vom Aufbruch

6 Modellmaßnahmen des Projektes

in einen abenteuerlichen neuen Lebensabschnitt und vom Motivationsschub für die wissenschaftliche Arbeit, den die Geburt eines Kindes mit sich bringen kann.

Als begleitende Maßnahmen wurden auf Monitoren Filmschnitte der Interviews gezeigt, die das Kommunikationsprojekt der Universität Leipzig mit studierenden Müttern und Vätern geführt hat.

Außerdem konnte mit den verantwortlichen Personen aus dem Studentenwerk für die Mensa vereinbart werden, dass ein Kinderteller, d. h. kleinere Portionen der Tagesgerichte zu einem entsprechend günstigerem Preis angeboten werden.

Information

Die alltäglichen Schwierigkeiten und Belastungen, die Eltern an der Universität erleben, sollen nicht verschwiegen werden. Zur besseren Koordination von Verpflichtungen in der Universität und familiären Aufgaben tragen unterstützende Maßnahmen und Beratung in bestimmten Situationen wesentlich bei. Betroffenen fehlt oft ein Überblick an Informationen über vorhandene Angebote. Unkenntnis bei potenziellen Familiengründern hält diese womöglich von der Realisierung des Kinderwunsches ab, wenn die Familienfreundlichkeit des universitären Umfeldes verborgen bleibt.

Bei einer *Informationsbörse* sollen sich die Hochschulangehörigen über lokale Angebote, z. B. von Beratungsstellen für Frauen und über Kinderbetreuungsmöglichkeiten, informieren können. Verschiedenste Anbieter von „Kinder- und Familiendienstleistungen“ Kinderbetreuungseinrichtungen, Beratungsangeboten etc. in Greifswald wurden durch die MitarbeiterInnen von nexus recherchiert und gezielt angesprochen auf eine Mitwirkung an der Informationsbörse. Aufgrund des hervorragenden Wetters wurde die Informationsbörse draußen, direkt vor dem Mensagebäude aufgebaut. Give aways und Luftballons, Bilder und Plakate haben zu einem bunten Bild beigetragen.

Tabelle 6: Akteure

Name der Organisation	Adresse / Ansprechpartner	Angebote / Projekte
Kindertagesstätte A.S. Makarenko	Makarenkostr. 50 17491 Greifswald Frau Thomas Tel.: 03834-812145	
Kindertagesstätte Regenbogen	Ernsthofer Wende 5 17491 Greifswald Frau Neumann Tel.: 03834-811093	Integrative (behinderte und nicht behinderte Kinder) Kindertagesstätte
Integrative Montessori- Kindertagesstätte	Makarenkostr. 8 17491 Greifswald Frau Schmidt Tel.: 03834-834531 E-Mail:	

6 Modellmaßnahmen des Projektes

	AktionSonnenscheinGreifswald@t-online.de www.aktion-sonnenschein-greifswald.de	
Integrative Kindertagesstätte Weg ins Leben	Schillstraße 3 17489 Greifswald Frau Behrendt Tel.: 03834-512287	Integrative und altersgemischte Gruppen
Kindertagesstätte Am Grünland	Birnenweg 43 17489 Greifswald Frau Paentzer Tel.: 03834-3945	
Waldorf-kindertagesstätte	Hans-Beimler-Straße 79-83 17491 Greifswald Frau Worschech Tel. 03834-502212	
Kindertagesstätte Friedrich Wolf	Lise-Meitner-Straße 11 17491 Greifswald Frau Kerber Tel.: 03834-811010	
Kindertagesstätte Samuel Marschak	Ernst-Thälmann-Ring 30 17491 Greifswald Frau Bansemer Tel. 03834-812734	
Kindertagesstätte der Christuskirche	An der Christuskirche 3 17491 Greifswald Frau Wendenburg Tel.: 03834-812038	
Kindertagesstätte Riems	Hauptstraße 1 17493 Greifswald Frau Hor Tel.: 038351-395	
Evangelischer Kindergarten „St. Marien“	Rudolf-Breitscheid-Straße 32 17489 Greifswald Frau Brodhagen Tel.: 03834-854129 E-Mail: kita.marien@kirchenkreis-greifswald.de	
Evangelische Kindertagesstätte Arche Noah	Bughagenstr. 1-3 17489 Greifswald Frau Aßmann Tel. 03834-2251	
BALTIC e. V.	Spiegelsdorfer Wende, Haus 2,	- Kinderbetreuung

6 Modellmaßnahmen des Projektes

	<p>17491 Greifswald Frau Graupner Tel.: 03834-820343 Fax: 03834-822077 E-Mail: baltic.hgw@web.de www.baltic-ev.de</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Frauenbildungs- und Beratungszentrum - Alleinerziehenden Café
<p>Demokratischer Frauenbund, Landesverband M-V e.V., Kreisverband Greifswald</p>	<p>Brüggstr. 38 17489 Greifswald Fr. Gemse Tel./Fax: 03834-899015 dfb.greifswald@t-online.de</p>	
<p>Deutscher Kinderschutzbund Ostverband Greifswald e.V.</p>	<p>Lise-Meitner-Str. 11 17491 Greifswald Frau Schönert Tel./Fax: 03834-811009 E-Mail: DKBS.Greifswald@t-online.de</p>	
<p>Lokales Bündnis für Familie Greifswald</p>	<p>Stefan Fassbinder Tel.: 03834-830035 E-Mail: lbf.greifswald@web.de www.familie-greifswald.de</p>	<p>Kooperation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Greifswald</p>
<p>Stadt Greifswald</p>		<p>Broschüre Kindertagesstätten der Hansestadt Greifswald 2005/2006</p>
<p>Stadtbibliothek Hans Fallada</p>	<p>Knopfstr. 18-20 17462 Greifswald Frau Spieker Tel.: 03834-778160 E-Mail: Stadtbibliothek@greifswald.de www.stadtbibliothek.greifswald.de</p>	<p>Spezieller Kinderbereich</p>
<p>Studentenwerk Greifswald</p>	<p>Am Schießwall 1-4 17489 Greifswald Tel.: 03834-861700 Fax: 03834-861702 E-Mail: info@studentenwerk-greifswald.de www.studentenwerk-greifswald.de</p>	<p>Soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und kulturelle Förderung der Studenten der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald sowie der Hochschule Neubrandenburg und der Fachhochschule Stralsund</p>
<p>berufundfamilie gGmbH</p>	<p>Feldbergstr. 21 60323 Frankfurt a. M. Tel.: 069-3003880 Fax: 069-30038877 www.beruf-und-familie.de</p>	<ul style="list-style-type: none"> - audit berufundfamilie - audit familiengrechte hochschule

6 Modellmaßnahmen des Projektes

Bertelsmann Stiftung	Carl-Bertelsmann-Straße 256 33311 Gütersloh Herr Thiede Tel.: 05241-81217 Fax: 05241-81999 www.bertelsmann-stiftung.de	- Projekt „Balance von Familie und Arbeitswelt“
----------------------	---	---

Vernetzung

Die Vernetzung lokaler und überregionaler Akteure sowie die Sensibilisierung von Gremien und Verantwortungsträgern in der Universität Greifswald war ein wichtiges Ziel der Podiumsdiskussion. Teilnehmer waren

- Prof. Dr. Rainer Westermann, Rektor der Universität
- Dr. Cornelia Krüger, Gleichstellungsbeauftragte
- Dr. Cornelia Wolf-Körnert, Studentenwerk Greifswald
- Christian Bätz, AStA
- Anne Buckler, Bertelsmann Stiftung

Angesprochen werden sollten die zwei wichtigen Politikfelder, die im Projekt „Bevölkerungsmagnet Hochschule als Katalysator regionaler Entwicklung“ behandelt werden: Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit von Hochschulen und ihrer regionalen Wirksamkeit, wenn Familiengründung als Haltefaktor für Studierende sowie Lehrende wirkt und die Bereitschaft zu wirtschaftlicher und Gründungs-Aktivität steigert.

Mit provokativen Fragen konfrontiert sollten sich die TeilnehmerInnen mit der Thematik auseinandersetzen und neue Gedanken für zukunftssträchtige Aktivitäten in ihre jeweiligen Aufgabenbereiche mitnehmen.

Die Vernetzung der Zuständigen in Studentenwerk und Universität mit den Akteuren auf kommunaler Ebene war ein Novum für Greifswald und hat zu einer engeren Zusammenarbeit der universitären Einrichtungen mit dem lokalen Bündnis für Familie Greifswald geführt. Auch der im Vorfeld vermittelte Kontakt zwischen Gleichstellungsreferat und dem audit familiengerechte Hochschule wird vermutlich zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten führen, zumal bei der Universitätsleitung durch die Einbindung in das Programm des Aktionstages nach eigener Aussage ein Umdenken eingesetzt hat, was den Handlungsbedarf von Universitätsseite aus angeht.

Sensibilisierung

Sensibilisierung war eine Querschnittsaufgabe in allen Elementen des Aktionstages. Die Schwerpunktsetzung erfolgte dabei durchaus unterschiedlich entsprechend den Einzelzielen. Insbesondere auf die positive Besetzung des Themas erfolgte in der Podiumsdiskussion ein positives Feedback.

6.1.2 Vernetzungswebsite: www.familienfreundliche-hochschule.de

Mit der Vernetzungswebsite www.familienfreundliche-hochschule.de ist im Rahmen des Forschungsprojektes ein zielgruppenspezifisches Kommunikationsmittel entwickelt worden, das verschiedene Ansatzpunkte bündelt

- Bessere Vernetzung von Eltern
- Information
- Positives Familienimage
- Überregionale Vernetzung

Stärken stärken – das war einer der Ansatzpunkte zur Vernetzungswebsite. Die Stärke von Studierenden-Familien im Vergleich zu allein lebenden Kommilitonen besteht in einer viel intensiveren sozialen Vernetzung, die auch zu einer deutlich geringeren Abwanderungsneigung führt. Gleichwohl haben in den qualitativen Interviews Studierende mit Kind vom Gefühl der Vereinzelung berichtet. Das ist kein Widerspruch, denn nur etwa 6% aller Studierenden haben ein oder mehrere Kinder – Studieren mit Kind kann man also als eine seltene studentische Lebensform bezeichnen, die auch noch aufgrund der hohen Durchorganisation des Alltags wenig im viel freieren und andere Räume und Zeiten besetzenden studentischen Alltag präsent ist. Das Internet als bevorzugtes Kommunikationsmittel der Jugend bietet hier den Vorteil der zeitlich flexiblen virtuellen Vernetzung, die auch noch an „Life Style“ angepasst ist und so zu einer positiven Wahrnehmung von Familie beiträgt.

Die Website www.familienfreundliche-hochschule.de entspricht den Informationsgewohnheiten junger Menschen besser als Broschüren, wie sie sonst üblicherweise verteilt werden und ist damit auch ein Beitrag zu familienfreundlichen Maßnahmen. Sie ist ein „zentraler Anlaufpunkt“ für Magdeburger und Greifswalder Studierende und AkademikerInnen mit Kind. Hier findet sich eine Menge an Informationen zu den großen und kleinen Problemen akademischer Eltern und das Alltagsmanagement mit Kind. Die Seite hat die Bereiche: Uni-Alltag mit Kind, finanzielle Förderung, Magdeburg mit Kind (Tipps), Greifswald mit Kind (Tipps) sowie weitere Links.

Die Gestaltung als Website mit Foren knüpft an die Kommunikationsgewohnheiten junger Menschen an. Insiderwissen der Familien wird ausgetauscht aber auch ein Ort zur sozialen Interaktion und zur gegenseitigen Unterstützung geboten.

Die Vernetzung überregionale tätiger Akteure im Themenfeld familienfreundliche Hochschule ist über die Verlinkungsstruktur, bzw. durch die Verlinkung mit der wissenschaftlichen Projekthomepage gegeben.

6.1.3 Vernetzung von Akteuren und Verantwortlichen

Vernetzung der Akteure muss immer das Ziel angewandter Forschung sein, da nach dem Ende des Projektes die initiierten Maßnahmen weitergeführt werden müssen oder überhaupt erst nach einer begleiteten Phase der Konzeption und Entwicklung umgesetzt werden. Eine bessere Vernetzung ist dafür unerlässlich, denn sie setzt Synergien frei, bündelt die Kräfte, stärkt die Durchsetzungskraft – z.B. in universitären

6 Modellmaßnahmen des Projektes

Gremien. Die neuen Kontakte bringen auch neue Sichtweisen und Kenntnisse ein, so dass auch ungekannte oder doch nicht aufgenommene Lösungsvorschläge geprüft werden.

Die Vernetzung der lokalen Akteure, wie sie auf dem Aktionstag in Greifswald beispielhaft angestoßen wurde, diente dem Ziel, Lösungen für Probleme, die auf kommunaler Ebene liegen, anzustoßen. Dazu gehören insbesondere die Kinderbetreuung und die Präsenz von Familien in der Universitätsstadt.

Die Vernetzung der lokal Verantwortlichen mit überregionalen Initiativen wie der Bertelsmannstiftung oder dem audit familienfreundliche Hochschule war ein wichtiges Ziel der Abschlusstagung, wo Vertreter der Gleichstellungsbüros, der Universitätsleitungen, der Hochschulforschung und des audits familiengerechte Hochschule zusammenkamen.

Name	Institution, Funktion
Sabine Adamy-Kühne	Universität Erfurt, Gleichstellungsbüro und Büro für Familienfragen
Dr. Monika Benedix	Universität Leipzig, Gleichstellungsbeauftragte
Gösta Gabriel	Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Referent der Geschäftsleitung
Jens Gebert	Bertelsmann Stiftung
Elke Hannuschka	Universität Greifswald, wiss. Mitarbeiterin der Gleichstellungsbeauftragten
Prof. Dr. Beatrice Hungerland	Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), FB Angewandte Humanwissenschaften
Monique Lampe	Bertelsmann Stiftung
Dr. Elisabeth Mantl	audit familiengerechte hochschule, audit berufundfamilie
Elke Müller	Leiterin Ev. Kindertagesstätte Leipzig-Connewitz
Prof. Dr. Detlef Müller-Böling	Leiter Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)
Annemarie Reimann	Hochschule Anhalt (FH), Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Uta Schlegel	Projektleiterin "Frauen an Hochschulen" Institut für Hochschulforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Prof. Dr. Andreas Geiger	Rektor Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

Tabelle 7: Vernetzung von Akteuren auf der Abschlusstagung

Die Kombination mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Kommunen ging über die engeren Ziele der Vernetzung noch hinaus, war aber wegen der über den universitären Rahmen hinausgehenden Abhängigkeiten familienfreundlicher Strukturen besonders erfreulich.

Aus diesen Vernetzungsaktivitäten haben sich bereits intensive Vorgespräche zu einer Auditierung der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) ergeben, die nach gegenwärtigem Stand der Verhandlungen schon im nächsten Jahr in den Einstieg in den Auditierungsprozess münden werden.

7 Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge

Hochschulen sind der wichtigste Zuwanderungsgrund in den neuen Bundesländern. Die Familiengründung während des Studiums oder der Zeit als MitarbeiterIn oder DoktorandIn in der Wissenschaft wiederum hat die höchste Signifikanz für die Entscheidung der AbsolventenInnen, in der Hochschulregion zu bleiben. Diese zwei wichtigsten empirischen Einzelbefunde sind Hintergrund und Legitimation für die Forderung an die Hochschulen im Osten Deutschlands, der Familienfreundlichkeit einen hohen Stellenwert für die Gestaltung und strategische Ausrichtung zu geben.

Aus den vielen qualitativen (Experten-)Interviews, den internationalen Vergleichen und einem Vergleich der Erfolgsfaktoren für Familienfreundlichkeit zwischen einzelnen Maßnahmen und Hochschulen haben wir einen konkreten Katalog von Vorschlägen abgeleitet, der im Folgenden überblicksartig aufgeführt wird. Aus diesem Katalog sollte nun eine ausführliche Beschreibung dieser Maßnahmen in einem Leitfaden für die Hochschulen, die auch eine Abschätzung des jeweiligen Aufwands und einem Fahrplan für die Durchführung und Hinweise für die Nachhaltigkeit befristeter Angebote enthält, entwickelt werden. Wir regen dies nachdrücklich an.

7.1 Wirkungsbereich Demografie

7.1.1 Familiengründung fördern

Eines der wichtigsten Einzelziele im Wirkungsbereich Demografie ist die Förderung der Familiengründung im Studium, denn davon geht eine doppelt positive Wirkung auf die regionale Entwicklung aus.

Zum einen hat sich Familie als ein herausragender Haltefaktor für Absolventen erwiesen. Mit der Familiengründung erhöhen sich die Chancen, dass das auf Landeskosten ausgebildete „Humankapital“ auch nach Studienabschluss in der Region bleibt. Ein Effekt, der nicht nur mit Blick auf den dramatischen Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern anzustreben ist, sondern auch weil bereits jetzt in einigen Branchen ein Mangel an (hoch)qualifizierten Arbeitnehmern besteht, der sich mittelfristig noch stark erhöhen wird. In der Konkurrenz um diese Arbeitskräfte kann der Faktor Familie Nachteile wie beispielsweise ein geringeres Lohnniveau ausgleichen.

Zum anderen kann durch die Familiengründung im Studium die Zahl der Akademikerinnen vermindert werden, die ungewollt kinderlos bleiben. Gegenwärtig bleibt etwa jede dritte von Ihnen kinderlos, wobei man gemessen am Kinderwunsch zu Eingang in das Erwachsenenleben von einer ungewollten Kinderlosigkeit sprechen muss, die durch mehrfache Verschiebung der Wunschrealisierung aus einem temporären in einen dauerhaften Status übergeht. Die Entzerrung des Lebenslaufs kann durch eine Vorverlegung des Familiengründungsalters gelingen.

Für die Förderung der Familiengründung sind aber nicht etwa Maßnahmen ausschlaggebend, die studierende Eltern bei der Bewältigung des Studienalltags unterstützen, sondern primär Maßnahmen, die geeignet sind, ein positives Familienbild zu vermitteln. Auch handfeste Vorteile für Familien würden im Kontext eines positiven Familienleitbildes sicher nicht wirkungslos bleiben, doch gibt es keine

7 Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge

Ansatzpunkte, die so attraktiv wären wie etwa die Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe in der DDR.

Familie kann aktiv beworben werden. Mit der Bürgerausstellung „Projekt Zukunft – Familien an der Universität“ haben wir das Konzept einmal umgesetzt. Wichtig ist es, grundsätzlich die Präsenz von Kindern zu erhöhen. Dies kann durch geeignete infrastrukturelle Maßnahmen unterstützt werden. Wenn Wickelplätze, Kinderstühle und Spielecken vorhanden sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mitgenommen werden, größer. Es geht nicht um dauerhafte Präsenz von Kindern, denn die Trennung von Arbeits- und Privatsphäre hat sich bewährt. Doch die Begleitung von Eltern zu einem Sondertermin, an schulfreien Tagen, um schnell etwas aus der Bibliothek zu holen etc. hat eine eigene Aussagekraft: Kinder gehören dazu. Wenn Kinder zum Leben gehören, sollten sie aber auch nicht verschwiegen werden. Die Lebensläufe auf den Internetseiten der Fachbereiche und Institute der Universitäten machen die WissenschaftlerInnen nur in ganz seltenen Ausnahmen als Menschen mit Familie kenntlich. Die Aufnahme von persönlichen Daten in solche Lebensläufe ist nur ein kleiner Schritt, würde aber zumindest beispielhaft Studierenden zeigen, dass Kinder dazugehören.

Ohne Verankerung im universitären Alltag bleibt ein positives Familienleitbild jedoch ein wirklichkeitsfernes Konstrukt. Die Haltung von DozentInnen, ProfessorInnen und Vorgesetzten zu Kindern ist hier von ausschlaggebender Bedeutung. Der Glückwunsch zur Schwangerschaft durch einen Vorgesetzten ist ebenso wichtig wie offizielle Maßnahmen, die Eltern bei der Bewältigung des Alltags an der Universität unterstützen. Lehrende mit Kindern haben eine Vorbildfunktion für die nachwachsende akademische Generation. Sensibilisierung von Wissenschaftlichem Personal für das Thema Familienfreundlichkeit, wie es etwa im audit familienfreundliche Hochschule praktiziert, und Überzeugungsarbeit bei den Skeptikern, dass MitarbeiterInnen durch Kinder an Kompetenzen gewinnen, ist insofern eine unerlässliche Ergänzung zum positiven Familienleitbild.

Eine Maßnahme zur Etablierung eines familienfreundlichen Leitbildes können Wettbewerbe sein. Gesucht wird das kinderreichste Institut. Auf der Universitätswebsite wird das Gewinnerinstitut porträtiert, wobei ein Schwerpunkt die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und der andere die Familienfreundlichkeit sein sollte. Der ausgelobte Preis muss nicht hoch sein: Eine finanzielle Unterstützung für die Weihnachtsfeier. Ein Gutschein für X Stunden bei einem Kinderbetreuungsnotdienst o.ä. reicht völlig.

Der fehlende Partner bzw. dass der Partner (zurzeit) keine Kinder wünscht, ist der wichtigste Grund für Kinderlosigkeit. Um günstige Rahmenbedingungen für Familiengründungen zu schaffen, sollten Universitäten daher auch die Bedingungen für Partnerschaften berücksichtigen. Für die Gruppe der Studierenden ist z.B. wichtig, dass das Studienangebot für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. In der höheren Altersgruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, AssistentInnen und ProfessorInnen geht es vor allem darum, dass existierende Partnerschaften nicht durch den Mobilitätswang in der wissenschaftlichen Community zerstört werden. Double Career Strategien sind ein wichtiger Ansatzpunkt.

Familiengründung fördern		
Wirkung	Ansatzpunkt	Maßnahmen
Weniger kinderlose Akademikerinnen	Positives Familienleitbild	Bürgerausstellung
Haltefaktor Familie	Kinder sichtbar machen	Webseiten mit Infos zum Familienstand
	Sensibilisierung des wissenschaftlichen Personals	Vorbild- und Schlüsselfunktion von Dozenten insbesondere Institutsleitern
	Kompetenzen herausstellen	Wettbewerb kinderreichstes Institut
	Partnerschaft einbeziehen	Keine einseitig technische Fokussierung von Studienangeboten

Tabelle 8: Maßnahmen zur Förderung der Familiengründung

7.1.2 Unterstützung von Studierenden mit Kindern

Die Unterstützung für Studierende mit Kindern ist nicht nur geboten, weil die Förderung der Familiengründung eine gewisse Fürsorgepflicht nach sich zieht, sondern auch weil unterstützende Maßnahmen die Studienabbrecherquote senken und den Weg zu Mehrkindfamilien erleichtern.

Da Kinder im Studium unerwünscht sind, weil das Muster der beruflichen Etablierung vor der Familiengründung zu stark ist und Kinder mit jugendlicher Abenteuerlust nicht in Einklang zu bringen sind, werden Maßnahmen zur Unterstützung studierender Eltern nicht zur Zielstellung der Förderung der Familiengründung beitragen. Trotzdem sind sie auch demografisch sinnvoll, denn die Entscheidung für ein weiteres Kind fällt umso leichter, je unkomplizierter das Leben mit dem ersten Kind war. Die negative Entwicklung der Geburtenziffer hängt aber zum guten Teil nicht an verbreiteter Kinderlosigkeit sondern an dem Fehlen von Mehrkindfamilien. Ein weiterer positiver Effekt der Unterstützung liegt in der Senkung der Studienabbrecherquote, die insbesondere Frauen betrifft. Das Potenzial der Frauen wird erhalten und es bestehen durch den Haltefaktor Familie gute Aussichten, dass es in der Region beruflich genutzt werden wird.

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, die gravierenden Benachteiligungen von Eltern in Ausbildung und Studium zu beseitigen. Die Maßnahmenvorschläge beziehen sich auf drei Bereiche: Gestaltung von Studien- und Prüfungsordnungen und Organisation des Studiums, Finanzierung des Studiums und Sicherung einer flexiblen Kinderbetreuung im Umfeld der Hochschulen.

7 Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge

Unterstützung von studierenden Eltern		
Wirkung	Ansatzpunkt	Maßnahmen
Mehrkind-Familien	Studien- und Prüfungsordnungen	Teilzeitstudiengänge statt Beurlaubungen
Weniger Studienabbrecher	Organisation des Studiums	Sonder-Prüfungsordnungen mit Einhaltung der gesetzlichen Mutterschutzfristen!
		Prüfungstermine nur innerhalb der Kita-Öffnungszeiten
Unterstützung des positiven Leitbildes	Finanzierung	Eltern- unabhängiges Familien-BAFöG
	Kinderbetreuung	Befreiung von Studiengebühren
		Zentrale Anlaufstelle für Beratung und alle Anträge
		Pflichtveranstaltung nur während der Kita-Öffnungszeiten.
		Familienwohnungen über das Studentenwerk
		Bei Bedarf Uni Kita
		Organisation einer Notfallbetreuung bei Krankheit etc.
		Kinderzimmer zum selbstorganisierten Betreuen
		Kinderfreundliche Einrichtung: Wickelplätze, Kinderstühlchen, abgeschirmte Spielecke in der Bibliothek etc.
		Weitere Maßnahmen vgl. Literaturbericht.

Tabelle 9: Maßnahmen zur Förderung studierender Eltern

7.1.3 Unterstützung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen mit Kindern

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit Kindern partizipieren natürlich an Maßnahmen, die oben als unterstützende Maßnahmen für Studierendefamilien beschrieben wurden. Dies gilt vor allem für die kinderfreundliche Einrichtung und Maßnahmen, die eine flexible Kinderbetreuung gewährleisten. Die Flexibilität der Betreuung ist vielleicht für Angehörige des akademischen Mittelbaus noch wichtiger als für Studierende, da Pflichttermine und Tagungsbesuche oft auch außerhalb der Kita-Öffnungszeiten liegen. Wissenschaftliche Qualifikation, Projektarbeit, Lehre, gegebenenfalls Mitarbeit in der universitären Selbstverwaltung und zusätzlich die familiären Aufgaben führen zu einer starken zeitlichen Belastung, die oft auch als Überlastung erlebt wird. Eine Selbstverpflichtung zu einer familienfreundlichen Terminplanung sowie verbindliche Absprachen zu Anwesenheitspflichten, Überstundenabbau und Möglichkeit zu Heimarbeit, weisen Wege, wie die Kumulierung von Zeit-fressenden Aktivitäten, die unvermeidlich bleiben wird, durch ruhigere Phasen ausgeglichen werden kann.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass diese Regelungen gleichermaßen für MitarbeiterInnen ohne Kinder gelten, da sonst die geringere zeitliche Belastbarkeit für Institutsbelange zu einem Karrierehindernis wird.

Die Karriere ist ohnehin schwieriger, da das Tempo, mit dem die Phase der wissenschaftlichen Qualifizierung durchmessen wird sowie die Zahl der Veröffentlichungen über Berufungen entscheiden. Die Berücksichtigung der geringeren zeitlichen Ressourcen von Eltern sollten bei Berufungen berücksichtigt werden und statt der Quantität stärker die Qualität beachtet werden. Denkbar ist, dass bei Berufungen neben der Gleichstellungsbeauftragten auch ein Familienbeauftragter zu Rate gezogen werden muss, bzw. der Vertretungsanspruch der Gleichstellungsbeauftragten erweitert wird.

Die bereits unter dem Einzelziel Förderung der Familiengründung angesprochene Frage der Partnerschaft sollte im akademischen Mittelbau integraler Bestandteil von Konzepten zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit sein. Regelungen, die etwa die gleichzeitige Beschäftigung von Partnern an einem Institut untersagen, müssen abgeschafft werden oder im Gegenteil arbeitsteilige Besetzung von Stellen durch Paare angeboten werden. Wie schon an einigen Universitäten praktiziert, können einige Stellen für die Partner besonders unworbener BewerberInnen vorgehalten werden, bzw. die Partner können aktiv bei der Stellensuche über das Netzwerk der Universität unterstützt werden. Die Existenz eines räumlichen Mittelpunktes des Familienlebens ist für die Familiengründung und für das Familienleben von herausragender Bedeutung. Wenn beide Elternteile eine wissenschaftliche Laufbahn anstreben, wird sich das trotz aller Bemühungen nicht immer realisieren lassen. Um die ohnehin schwierigen Bedingungen der von ihrer Familie getrennt lebenden Wissenschaftler zu erleichtern, können Universitäten z.B. Familienpendlern für die Wochenendheimfahrten Bahnnetzkarten zur Verfügung stellen, mit denen wochentags Dienstreisen absolviert werden.

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen unterstützen		
Wirkung	Ansatzpunkt	Maßnahmen
Arbeitszufriedenheit steigern	Zeitmanagement	Möglichkeit zur Heimarbeit mit eingeschränkter Anwesenheitspflicht
Die besten Köpfe	Kinderbetreuung	Termine möglichst nur zu Kita-Öffnungszeiten
Unterstützung des positiven Leitbildes	Karriereoptionen	Keine Sonderregelung für Eltern
	Partnerschaft	Double-Career-Möglichkeiten
		Job Sharing
		Stellenvermittlung für mitziehende Partner
		Bahnnetzkarte am Wochenende für Familienpendler

Tabelle 10: Maßnahmen zur Unterstützung wissenschaftlicher MitarbeiterInnen mit Kind/ern

7.2 Wirkungsbereich Wirtschaft

Wirtschaftliche und demografische Entwicklung von strukturschwachen Regionen beeinflussen sich gegenseitig. In konjunkturellen Krisenzeiten kommt es zu einer Dequalifizierung der Bevölkerung durch verstärkte Abwanderung derjenigen, die am besten ausgebildet sind. Es setzt eine Abwärtsspirale ein, die aufgrund des Fachkräftemangels zum weiteren wirtschaftlichen Niedergang einer Region führt, was nicht ohne Folgen auf die weitere Abwanderungsneigung bleibt. Umgekehrt haben die internationalen Vergleichsstudien gezeigt, dass Wissenstransfer aus den Hochschulen dann zum Kern für die Regionalentwicklung wird, wenn Ausgründungen gezielt unterstützt werden und es vor allem durch ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Arbeitskräfteangebot zur Clusterbildung in Schlüsseltechnologien kommt.

Durch Hochschulen können gezielt junge Menschen in die Region geholt werden und gleichzeitig wird damit das regionale Qualifikationsniveau beträchtlich angehoben. Gehalten werden können diese jungen Menschen durch frühe Familiengründung, die die Bindung zum Studienort beträchtlich verstärkt, insbesondere dann, wenn sie im Rahmen des Studiums oder der Nachstudienphase an Unternehmen der Region vermittelt werden. So bleibt wichtiges innovatives Potential in der Region wirksam. Insbesondere die Bedingungen für Absolventinnen mit Kindern in der Nachstudienphase müssen jedoch verbessert werden, da hier bislang eine fatale Lücke zwischen Programmen zur Familienfreundlichkeit von Hochschulen und zur Familienfreundlichkeit im Berufsleben klafft.

7 Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge

Auch der bereits mittelfristig prognostizierte Facharbeitermangel zwingt zu einer frühen Absolventenbindung. Durch eine stärkere Vernetzung können Wissenstransfer und Ausgründungstätigkeit mit dem langfristigen Ziel der Clusterbildung unterstützt werden. Existenzgründung von Frauen wird hierbei bislang zu wenig berücksichtigt, insbesondere wenn es um „Teilzeitselbstständigkeit“ während der Familienphase geht.

Vernetzung von Hochschulen und regionaler Wirtschaft		
Wirkung	Ansatzpunkt	Maßnahmen
Absolventenbindung	Vernetzung von Hochschule und regionaler Wirtschaft	Vermittlung von Studierenden in die regionale Wirtschaft während des Studiums und an wegzugsrelevanten biografischen Schnittstellen
Fachkräftereservoir	Bindung von AbiturientInnen	Internationale Erweiterung der Netzwerke
Gesteigerte Innovativität	Ausgründungsförderung	Kooperation mit Schulen, Studienmotivation fördern
Ausgründungen Schaffung von Arbeitsplätzen	Risikokapital	WerksstudentInnenprogramm gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen auflegen.
Clusterbildung		Gründerberatung und Gründerstammtisch
		SeniorBeratung zur Ausgründung etablieren
		Alumninetzwerk für Gründungsberatung und zur Stellenvermittlung aktivieren
		Unterstützung von Ausgründungen durch geeignete Räume
		Bündeln von Ressourcen der Universität mit Ziel der außeruniversitären Clusterbildung

Tabelle 11: Maßnahmen zur besseren Vernetzung von Hochschule und regionaler Wirtschaft

7.3 Wirkungsbereich Kultur und Bildung

Universitäten und Hochschulen haben vielfältige Einflüsse auf Kultur und Bildung in der Region. Über Nachfrageeffekte tragen sie dazu bei, dass sich ein hochklassiges Kulturangebot etablieren kann. In Städten gleicher Größe ohne Universität kann sich ein entsprechendes, breit gefächertes Angebot von Theateraufführungen, Konzerten und Ausstellungen aufgrund der geringeren Nachfrage nicht durchsetzen. Dieses Angebot wird auch gern von Einwohnern wahrgenommen, die nicht Angehörige der Hochschule sind. Vergleichbare – wenn auch schwächer ausgeprägte – Effekte gibt es auch im Bildungsbereich, in dem Studierende als Teilnehmer an Kursen aller Arten auftreten.

Außer über diese direkte Nachfrage von Studierenden strahlen Hochschulen und Universitäten auch über die „Universitätsfamilien“ in die regionale Bildungslandschaft aus, indem diese Ansammlung bildungsinteressierter Eltern auf die Qualität der schulischen Bildung dringt und institutionelle Defizite ausgleicht.

Auch über die Angebotsseite wird die Verflechtung von Hochschulen und Region auf dem Gebiet von Bildung und Kultur vorangetrieben. Hochschulen sind große Bildungsanbieter und haben – das zeigen die Erfahrungen mit Sommerakademien, Kinder- und Senioren-Unis – das Potenzial, auch als Zielgruppen übergreifender Bildungsanbieter zu fungieren.

Eine nicht unwesentliche Übergangszone zwischen Angebots- und Nachfrageseite bildet die an Universitätsstandorten traditionell reich vertretene Laienszene von Off-Theatern, Chören, Bands und anderem mehr. Diese Szene ist auch ein wichtiges Element der studentischen Alltagskultur, die wiederum für die Attraktivität von Hochschulstandorten umso wichtiger ist, je stärker Studierende aus anderen Regionen angezogen werden sollen. Radwege und eine studentische Kneipenszene werden so zu wichtigen Standortfaktoren. Die demografische Zielstellung für ostdeutsche Universitätsstandorte erfordert eine Stärkung dieser spezifischen Alltagskultur, denn aus Untersuchungen zu Kriterien der Studienplatzwahl ist bekannt, dass Aspekte der Qualität von Lehre (für etwa 40% wichtig), Forschung (für etwa 24 %wichtig) und Platzierung in Rankings (für etwa 20% wichtig) eine erstaunlich geringe Rolle spielen im Vergleich zur Attraktivität der Stadt (für 50 %wichtig). Die Hochschule ist also in hohem Maße von Imagefaktoren der Kommune abhängig und umgekehrt gewinnt die Stadt an Attraktivität über die kulturelle Ausstrahlung der Universität.

Kulturelle Ausstrahlung der Universität für die Region		
Wirkung	Ansatzpunkt	Maßnahmen
Entwicklung eines urbanen, weltoffenen Klimas	Internationales Netzwerk der Universität	Auslandaufenthalte im Studium fördern
Bildung eine kulturellen „Szene“	Leuchtturmfunktion von Hochschulen für regionale Identität und kulturelles Selbstbewusstsein	Multikulturelle Ausstrahlung auf Theater und Musik

7 Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge

		Hochschulbasierte Freizeit- Kultur- und Sportangebote entwickeln und erweitern
		Mehr Multikulturalität durch Zuzug von qualifizierten nichtdeutschen Studierenden und Wissenschaftlern schaffen
		Eigene Kulturprogramme im Hochschulprofil, wie z.B. die nordischen Musiktage in Greifswald
		Die Universität als offenes Haus der Kultur: Raumnutzung durch Gruppen
		Radwegebau
		Probenräume für Bands an der Universität
		Förderung der Universitätschöre und Orchester etwa durch Unterstützung von Konzertreisen ins Ausland
Ausstrahlung auf die regionale Bildung		
		Hochschulen als Weiterbildungszentren etablieren
		Kooperation mit Schulen, Studienmotivation fördern
		Modellschule, -kita zur Verbesserung lokaler Bildungseinrichtungen

Tabelle 12: Maßnahmen an Hochschulen, die auf Kultur und Bildung der Region wirken